

# Beiträge Region und Nachhaltigkeit

Zu Forschung und Entwicklung im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön

*Herausgeber: Prof. Dr. Erich Ott, Redaktion: Dr. Dieter Wittmann  
Hochschule Fulda – University of Applied Sciences,  
Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften*

---

Themen:

**Perspektiven der Wissenschaftlichen Sammlung  
UNESCO-Biosphärenreservat Rhön**

**Anmerkungen zu Entwicklung und Struktur v.a. des  
Biosphärenreservats Rhön**

**Lebensweise, Kulturlandschaft und Identität**

**Bildung und Ausbildung für nachhaltige Entwicklung**

**Natur- und Landschaftsschutz –  
zentrale Faktoren der regionalen Entwicklung**

**Nachruf**

---

**5/2008**

## Impressum

Die *Beiträge Region und Nachhaltigkeit* sind ein Periodikum für Veröffentlichungen zur „Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön“, zur „Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit“ und zum Programm „Mensch und Biosphäre (MAB)“ der UNESCO.

Herausgeber: Prof. Dr. Erich Ott,  
Redaktion: Dr. Dieter Wittmann,  
Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften  
Hochschule Fulda – University of Applied  
Sciences

Redaktionsadresse:  
Marquardstraße 35  
36039 Fulda

Tel.: +49/661/9640-525  
Fax: +49/661/9640-568  
mailto: dieter.wittmann@sk.hs-fulda.de

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda

Verlag: Michael Imhof Verlag GmbH & Co. KG

ISSN-Nr.: 1860-8914

Erscheinungsweise: jährlich, ggf. Sonderausgaben

Die inhaltliche Verantwortung für die einzelnen Beiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorbemerkung</b> .....	5
<b>Perspektiven der Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön</b> .....	7
Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön – Grundlagen eines virtuellen Forschungsdokumentationsverbunds der deutschen Biosphärenreservate (Anne Sabine SCHÄFER) .....	8
<b>Anmerkungen zu Entwicklung und Struktur v.a. des Biosphärenreservats Rhön</b> .....	14
Bürgerinitiativen und Verbände als zivilgesellschaftliche Gestaltungskräfte im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön (Erich OTT) .....	15
Sozialwissenschaftliche Biosphärenreservatsforschung – drei Untersuchungen und eine Vision (Jens-Uwe KÜNZEL) .....	23
<b>Lebensweise, Kulturlandschaft und Identität</b> .....	28
Veränderungen der Lebensweisen im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön – Untersuchungen und Interpretationen als Vorstudie zu einem soziologischen Projekt (Erich OTT / Dieter WITTMANN) .....	29
Slow Life (Christoph KLOTTER) .....	35
„Genusswerk“ – Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung in der Rhön (Burkhard AHLERT / Eva-Maria ESSLINGER / Christoph KLOTTER / Nadine MÜLLER / Katrin WUNDERLICH) .....	47
Dokumentation historischer Kulturlandschaftselemente im Biosphärenreservat Rhön: Notwendigkeit und Nutzen – Verfahren und Beispiele (Armin RÖHRER / Thomas BÜTTNER) .....	58
Kulturlandschaft Hessische Rhön – Bestandsaufnahme, Perspektiven, Handlungsbedarf (Carsten WIENRÖDER) .....	77
Durch Redesign zu mehr regionaler Identität: Die Rhön und andere Biosphärenreservate als Impulsgeber für den Biosphärenpark Neusiedler See (Tobias BEHNEN) .....	83
<b>Bildung und Ausbildung für nachhaltige Entwicklung</b> .....	89
Anmerkungen zum aktuellen Verhältnis Schule und UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ – mit Ergebnissen einer Befragung von Lehrern und Lehramtskandidaten (Erich OTT) .....	90
Von der Umweltbildung zu einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) – eine Bestandsaufnahme (Hans UNBEHAUEN / Sabine HACKSPACHER) .....	95
Ausbildungsverbund Rhöner Lebensmittel e.V. (Dieter LOMB) .....	105

<b>Natur- und Landschaftsschutz – zentrale Faktoren der regionalen Entwicklung</b> .....	120
Umweltverträgliche Erfahrung der Kulturlandschaft Rhön mit der neuen Bundesstraße B 87n möglich? (Ulrich BOESCHEN) .....	121
Partizipation und Beteiligungsrechte bei Vorhaben und Planungen des Naturschutzes und aufgrund von Entscheidungen nach dem Naturschutzrecht (Klaus WERK) .....	141
Zustandsanalyse und Zielkonzept zur Erhaltung und Entwicklung von Streuobstwiesen – Dargestellt am Beispiel einer Gemeinde des Biosphärenreservats Rhön (Julia BERGER) .....	155
Revitalisierung der Ulster am „Ulstersack“ – Konzept zur Entwicklung eines Uferrandstreifens und Förderung der Eigendynamik (Johanna DRINNENBERG) .....	168
<b>Nachruf</b> .....	182
Nachruf Reinhard Grebe .....	183
<b>Autorenverzeichnis</b> .....	185
<b>Inhalt vorausgegangener Beiträge RN</b> .....	186

## Vorbemerkung

Dieser fünfte Band der Schriftenreihe „Beiträge Region und Nachhaltigkeit“ erscheint zu einem Zeitpunkt, in dem nicht nur die weltweiten Diskussionen um den Klimawandel und seine vielfältigen anthropogenen Ursachen zunehmen, sondern offensichtlich auch das Problembewusstsein hinsichtlich der Folgen auf mehr Resonanz trifft. Dies ist in weiten Kreisen von Politik und Gesellschaft weniger den tieferen Einsichten geschuldet, als den in immer kürzeren Abständen und zunehmend mit verheerenden Folgen verbundenen Naturkatastrophen, die allein im vergangenen Jahr Hunderttausenden von Menschen das Leben kosteten und Millionen die existentiellen Lebensbedingungen zerstörten. Nicht nur der Tsunami vor Indonesien oder der Zyklon in Birma zeugen davon, auch andere Regionen der Erde erfahren immer häufiger schmerzhaft und folgenschwere Veränderungen für Mensch und Natur. Die ärmsten Menschen und Regionen erfahren es am schmerzlichsten, zunehmend und zusätzlich auch noch in besonderer Weise betroffen von den menschenverachtenden Spekulationen der Globalisierungsökonomie mit Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Produkten.

Die noch immer zunehmenden anthropogenen Ursachen des Klimawandels sind eine Herausforderung an politisches und gesellschaftliches Handeln, dem viel stärker als bisher Nachdruck verliehen werden muss, wenn der negative Trend zumindest verlangsamt oder gar gestoppt werden soll. Die Dimension, dass die Opfer der Katastrophen auch die Opfer der Lebensweise und des Wohlstands eines Teils der Menschen sind, ist nicht nur eine moralische Kategorie, sondern beinhaltet hinsichtlich der Verursachung, Betroffenheit und Folgen elementar die Gerechtigkeits- und damit auch die Konfliktfrage.

Eine Wende zur Durchsetzung von mehr Nachhaltigkeit ist unbestreitbar dringlicher und offensichtlicher denn je, auch alternativlos deutlicher von Jahr zu Jahr. In Relation dazu geschieht wenig, viel zu wenig und noch weniger im Hinblick auf eine grundlegende Umsteuerung in globalen, nationalen oder regionalen Dimensionen sowie akteursbezogen hinsichtlich politischer, ökonomischer und sozialer Anstrengungen – eruptive Konfliktlösungen werden wahrscheinlicher: Deshalb ist die Richtung Nachhaltigkeit alternativlos. Viele leisten dazu wichtige Beiträge und versuchen, auf die politischen und ökonomischen Machtstrukturen im Sinne der Erkenntnis einzuwirken, dass nachhaltige Entwicklung als weltweiter Prozess nur dann tatsächlich wirksam werden kann, wenn damit nachhaltige Wirkungen für mehr soziale Gerechtigkeit – global und regional – einhergehen.

Große Erwartungen setzen viele Menschen in der Welt und besonders auch in Deutschland in die 9. UN-Weltkonferenz zur Konvention über die biologische Vielfalt – CBD (19.-30. Mai diesen Jahres in Bonn) sowie in die Umsetzung ihrer Ergebnisse. Die Erkenntnis, dass die Erhaltung der Biodiversität als Schutz der Vielfalt der Arten, ihrer Lebensräume und als Vielfalt der genetischen Potenziale der Arten die Überlebensfrage auf der Erde beinhaltet und – wenn überhaupt – auch die wichtigsten Potenziale zur Milderung der Folgen des Klimawandels enthält, scheint mehr verstanden zu werden und kann sogar einen zuständigen Bundesminister nach dem Erfassen dieser Zusammenhänge im Engagement beflügeln. Wirklich, so ist zu hoffen!

Der vorliegende Band enthält zahlreiche grundlegende theoretische und empirische Beiträge zur Nachhaltigkeitsthematik und z.T. deren Konkretion auf den regionalen Raum sowie eine Vielzahl

interessanter und aktueller Informationen, die dem Leserkreis der *Beiträge* als Information, Quelle und Anregung im weiteren Diskurs dienen sollen. Im Mittelpunkt stehen dabei natürlich Texte, die sich direkt oder indirekt mit dem Biosphärenreservat Rhön und seiner Entwicklung befassen, neue Erkenntnisse aus der Forschung liefern, Projekte darstellen bzw. erörtern, ergänzt durch einen ansehnlichen Berichtsteil.

Die große Zahl der Autoren zeigt wieder einmal, dass viele Experten in unterschiedlicher Weise und in verschiedensten Funktionen mit dem Biosphärenreservat Rhön und der Nachhaltigkeitsthematik befasst sind, darauf einwirken oder sich an den Debatten beteiligen. Diesem Diskurs einen Raum zu geben und eigene Projekte zu realisieren, sehen wir als wichtige Aufgabe der *Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit* an. Ich möchte ausdrücklich zum weiteren Dialog und zu Publikationsvorschlägen für die *Beiträge RN* ermuntern.

Ein herzlicher Dank an alle, die zum Gelingen des fünften Bandes dieser Schriftenreihe beigetragen haben.

Prof. Dr. Erich Ott

Fulda, im Juni 2008

# **Perspektiven der Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön**

## **Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön – Grundlagen eines virtuellen Forschungsdokumentationsverbunds der deutschen Biosphärenreservate**

Anne Sabine Schäfer

Vor vier Jahren haben wir an dieser Stelle in den Beiträgen Region und Nachhaltigkeit den Grundstein zur jährlichen Berichterstattung über den Entwicklungsstand und die Perspektiven der Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön (kurz: Wissenschaftliche Sammlung Rhön oder WSR) gelegt. In diesem Jahr nehmen wir die erfolgreich vollzogene Integration der Wissenschaftlichen Sammlung Rhön in den Dauerbetrieb der Hochschul- und Landesbibliothek (HLB) Fulda zum Anlass, künftige Schwerpunkte für den Ausbau der Sammlung zu skizzieren.

Mit der im Juli 2007 erfolgten Integration der Wissenschaftlichen Sammlung Rhön als dauerhafte Einrichtung in der HLB Fulda ist es neben der räumlich-organisatorischen Einbindung gelungen, die Finanzierung für die weitere Bestandspflege und -entwicklung auch langfristig zu sichern. Damit einher ging die dauerhafte Bereitstellung von personellen Ressourcen sowohl für die Medienbearbeitung als auch für die inhaltliche Erschließung der Sammlung.

Eine ausführliche Zwischenbilanz über den erreichten Entwicklungsstand der Sammlung haben wir in Heft 4/2007 der Beiträge Region und Nachhaltigkeit gezogen (OTT/SCHÄFER/WITTMANN 2007). Als verbliebene Aufgabe der Projektarbeit zum Aufbau der Wissenschaftlichen Sammlung Rhön haben wir dort den Aufbau eines Dokumentenservers aufgeführt und weiterhin Szenarien zur Übertragung des Modells WSR auf andere Biosphärenreservate entwickelt.

### **WSR-Volltexte auf dem Dokumentenserver der HLB Fulda**

Die auf der Internettechnologie basierenden Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten spielen schon seit längerer Zeit für Forschung und Lehre eine bedeutende Rolle, die sich heute zunehmend in dem Auf- und Ausbau von sog. Dokumentenservern niederschlägt. So lassen sich über einen Dokumentenserver z.B. Forschungsarbeiten und -ergebnisse für eine weltweite Verfügbarkeit frei zugänglich per Mausclick publizieren und archivieren. Als elektronische Dokumente stehen sie sofort zur Verfügung und können unabhängig von Raum und Zeit von Wissenschaftlern und Studierenden genutzt werden. Der Aufbau von Dokumentenservern wird schon seit Jahren sowohl vom Wissenschaftsrat und der Hochschulrektorenkonferenz gefordert (WISSENSCHAFTSRAT 2001) als auch durch Fördereinrichtungen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft und das Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt sowie praxisorientiert von der Deutschen Initiative für Netzwerkinformation (DINI)<sup>1</sup> angegangen.

---

<sup>1</sup> <http://www.dini.de/ag/e-pub/> [Letzter Aufruf am 19.05.2008]. Der stellvertretende Leiter der Hochschul- und Landesbibliothek Fulda ist Mitglied und Gutachter in der DINI-Arbeitsgruppe „Elektronisches Publizieren“.

Zunächst werden Überlegungen zu den Chancen, die sich durch einen Dokumentenserver für die Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön, die Hochschul- und Landesbibliothek Fulda und für die Hochschule Fulda insgesamt ergeben, aufgezeigt und die WSR-Aktivitäten für die nächsten Monate skizziert.

Zunehmend liegen Dokumente und Materialien, die unter den Sammelauftrag der WSR fallen, in ausschließlich elektronischer Form vor, i.d.R. als pdf-Datei. Vielfach wurden diese Materialien nicht publiziert oder sind für die scientific community schwer recherchierbar oder erhältlich. Dies betrifft z.B. Abschlussarbeiten, wie Bachelor- oder Masterarbeiten zum Biosphärenreservat Rhön, Gutachten, Projektberichte etc. Weiterhin sollen bislang nicht in elektronischer Form vorliegende Dokumente digitalisiert und nach dem Prinzip des *open access* auf dem Dokumentenserver zugänglich gemacht werden. Die seit 1991 geführte Zeitungsausschnittsammlung zum Biosphärenreservat Rhön soll ebenfalls digitalisiert und mit inhaltlicher Erschließung versehen über den Dokumentenserver angeboten werden.

### **Exkurs open access: Freier Zugang zu wissenschaftlichen Informationen**

Open access bedeutet den freien, unbeschränkten und kostenlosen Zugang zu wissenschaftlichen Informationen im Internet. Grundgedanke ist die Förderung der Verbreitung wissenschaftlichen Wissens über das Internet (BERLINER ERKLÄRUNG), der schnelle Zugriff auf dieses Wissen und dessen Nutzung für die weitere Forschung. Zur Qualitätskontrolle werden i.d.R. Peer-Review-Verfahren oder Impact-Analysen eingesetzt.<sup>2</sup>

Neben der gezielten Feldsuche in den bibliographischen Meta-Daten der Volltexte (Titel, Autor, Schlagwort etc.) bietet der Dokumentenserver eine freie Volltextsuche über alle online verfügbaren Volltexte oder Abstracts auf dem Server an. Das sog. „Browsing“ ermöglicht weiterhin das nach verschiedenen inhaltlichen oder formalen Kategorien geordnete Anzeigen der Volltexte, z.B. sortiert nach Sachgruppen entsprechend einer wissenschaftlichen Klassifikation, nach Fachbereichen/Abteilungen oder nach Dokumentarten (z.B. Dissertationen, Bachelor-, Diplom- oder Masterarbeiten, Proceedings, Pre-Prints).

Die umfassende inhaltliche Erschließung der Volltexte bietet dem Nutzer zusätzliche Möglichkeiten der Recherche und des Zugangs zu Inhalten. Als normierte Systeme werden auf der Ebene verbaler Sacherschließung entsprechend dem bisherigen Standard in der WSR Schlagwörter aus der Schlagwortnormdatei (SWD) vergeben. Denkbar wäre weiterhin, freie, nicht normierte Schlagwörter zur ergänzenden inhaltlichen Beschreibung der Volltexte zu vergeben.

Für die klassifikatorische Sacherschließung ist zu klären, ob die elektronischen Dokumente neben RVK-Notationen entsprechend den DINI-OAI-Empfehlungen auch mit Notationen der Dewey Decimal Classification erschlossen werden sollen. Zusätzlich lassen sich Schlagwörter in englischer Sprache vergeben, z.B. entsprechend den Library of Congress Subject Headings, oder deutsch- und/oder englischsprachige Abstracts hinzufügen.

Die elektronischen Volltexte auf dem Dokumentenserver sollen nicht unabhängig von den anderen – physisch in der Bibliothek vorliegenden – WSR-Medien geführt werden, sondern ebenfalls biblio-

---

<sup>2</sup> Ausführliche weiterführende Informationen sind unter <http://open-access.net> zu finden.

thekarisch erschlossen und im Online-Katalog der HLB nachgewiesen werden, um bei thematischen Rechercheanfragen gemeinsam mit den nicht online verfügbaren Nachweisen gefunden zu werden. Als Teilmenge werden die Volltexte des HLB-Dokumentenservers zusätzlich im Verbundkatalog des Hessischen BibliotheksInformationsSystems (HeBIS) sowie über das Portal OASE, einem Meta-Suchdienst über die wichtigsten Dokumentenserver in Deutschland (s. Abb. 1), suchbar sein.

Für alle diese neuen Veröffentlichungsformen gilt es vorab, zahlreiche rechtliche Fragestellungen zu klären, um urheber-, persönlichkeits- oder datenschutzrechtliche Belange nicht zu verletzen.

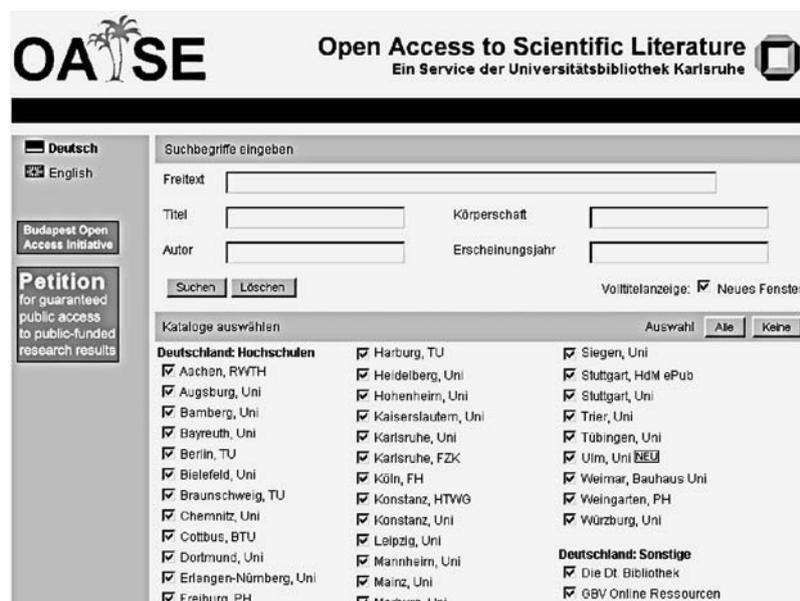


Abb. 1: Screenshot der Suchmaske (Detail) des open access-Portals OASE der Universitätsbibliothek Karlsruhe.<sup>3</sup> OASE bietet die Möglichkeit, in den bibliographischen Daten der wichtigsten Dokumentenserver in Deutschland und im europäischen Ausland zu recherchieren.

Das Zusammenführen verschiedener Quellen unter einer Rechercheoberfläche ist eine weitere Aufgabe für die WSR im Rahmen des neuen Dokumentenservers an der HLB Fulda. Bedingt durch die bislang an der Hochschule Fulda nicht vorhandene Möglichkeit, hochschulweit (also fachbereichs- und abteilungsübergreifend) digitale Inhalte abzulegen und auf diese auch von extern zuzugreifen, da die eingesetzte Webservertechnologie und Software nicht für die Speicherung und Verwaltung größerer Dokumente (= Volltexte) geeignet ist, werden die Online-Findbücher von WSR, die aus diesen Gründen derzeit noch auf einem externen Server liegen<sup>4</sup>, auf den Dokumentenserver überführt werden.

Dies sind erste Schritte, die Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön insgesamt online zu präsentieren und ihren Benutzerinnen und Benutzern neue Möglichkeiten des Zugangs zur Sammlung anzubieten. Es ist gleichzeitig ein weiterer Schritt, den Ausbau der HLB als hybride Bibliothek – als Dienstleistungseinrichtung, die Print- und Onlinebestände sammelt, erschließt und zugänglich macht – voranzutreiben.

<sup>3</sup> Siehe: <http://www.ubka.uni-karlsruhe.de/oase/>

<sup>4</sup> Siehe: <http://www.rhoenprojekt.de/findbuch.html>

## **Überlegungen für einen virtuellen Forschungsdokumentationsverbund für Biosphärenreservate**

Der Auftrag an Biosphärenreservate, Modellregionen für eine nachhaltige Entwicklung zu sein, umfasst nicht nur das Aufzeigen von Wegen und Möglichkeiten zur nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen, sondern spätestens seit der Verabschiedung der sog. Sevilla-Strategie 1995 auch Forschung und Bildung, insbesondere Umweltbildung, verstärkt voranzutreiben bzw. anzubieten.

In Biosphärenreservaten konkretisiert sich als eine Zielsetzung des zwischenstaatlichen, interdisziplinären Forschungsprogramms „Man and the Biosphere (MAB)“ der UNESCO die Erforschung der Wechselbeziehungen v.a. zwischen Naturhaushalt, Landnutzung, Kultur und ökonomischen Rahmenbedingungen. Durch Grundlagen- und Entwicklungsforschung sollen Antworten gefunden werden auf die Frage der nachhaltigen, einschließlich wirtschaftlich tragfähigen Nutzung der natürlichen Ressourcen. Biosphärenreservate als Modellregionen dienen dem beispielhaften Aufzeigen von neuen Wegen des partnerschaftlichen Zusammenlebens von Mensch und Natur (UNESCO 1984).

Auf lokaler Ebene, d.h. bezogen auf ein konkretes Biosphärenreservat, ist es wichtig, dass dort erhobene Forschungsergebnisse v.a. anwendungsorientiert in die Region zurückfließen (POKORNY). Tragen Forschungsergebnisse zur Gestaltung von Biosphärenreservaten bei bzw. unterstützen sie damit verbundene Entscheidungsprozesse, sollten sie und die mit ihnen verbundenen Wirkungen und Folgen für die Region transparent gemacht werden. Ein frei zugänglicher Dokumentenserver im Internet stellt hierfür ein wichtiges Informations- und Kommunikationsinstrument dar.

Zugleich sind die Biosphärenreservate aufgefordert, Informationen und Wissen über Lösungsansätze und Möglichkeiten nachhaltiger Entwicklung zu sammeln, zusammenzutragen und im Sinne der Anwendbarkeit auch in anderen Regionen einer breiten wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Der auf dem 3. Weltkongress der Biosphärenreservate in Madrid im März 2008 vorgestellte Madrid Action Plan für die Jahre 2008-2013 baut auf der Sevilla-Strategie auf und soll entlang von 65 Aktionslinien zur effizienteren Umsetzung der Ziele des MAB-Programms beitragen. Die Forderung des Madrid Action Plan – „compile and synthesize first-hand information on the functioning of BRs, which should then be shared interregionally and globally with the help of MAB Secretariat“ (Action 1.2) – verstärkt den Auftrag an Biosphärenreservate, Modellhaftes wissenschaftlich zu unterstützen, herauszuarbeiten und öffentlich nutzbar darzustellen.

Diese Forderung auf der Ebene der deutschen oder auch deutschsprachigen Biosphärenreservate zu konkretisieren, könnte im ersten Schritt im Nachweis von Ergebnissen und Inhalten der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auf der Ebene der deutschen Biosphärenreservate bestehen und bedeutet die Erfassung und Organisation der zunehmend elektronisch vorliegenden Volltexte auf einem zentralen Server oder als Teil eines Servernetzwerks. Ziel wäre der kooperative Aufbau eines virtuellen Forschungsdokumentations-Verbunds als bedeutender Bestandteil der Informationsinfrastruktur der deutschen Biosphärenreservate.

### **Nutzen für Biosphärenreservate**

Die gebündelte, systematisierte Darstellung von Forschungsthemen und -ergebnissen auf einem frei zugänglichen Server im Internet unterstützt den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit der

Biosphärenreservate untereinander. Das schnelle und leichte Zurverfügungstellen und Auffinden von Forschungsergebnissen und Best-Practice-Beispielen kann wichtige Entwicklungsimpulse für Vorhaben in anderen Biosphärenreservaten freisetzen und zur Einsparung ohnehin knapper Forschungsgelder beitragen: Denn das Suchen und Finden relevanter Dokumente aus einer kontinuierlich und undifferenziert anwachsenden Informationsmenge sowie das Verbreiten eigener wissenschaftlicher Ergebnisse erfordert einen immer höheren Zeitaufwand, der sich direkt in längeren Projekt- oder Studienlaufzeiten niederschlagen kann.

Damit Biosphärenreservate sich auf ihrem Weg zu Modellregionen für eine nachhaltige Entwicklung besser untereinander vernetzen und voneinander lernen können, wird eine wechselseitige Nutzung wesentlicher Forschungsergebnisse durch die Biosphärenreservate, unter anderem durch den Aufbau eines (Meta-) Datenpools aus den Forschungsergebnissen, gefordert (POKORNY/KRUSE-GRAUMANN 2004, S. 128), was zugleich hilfreich zur Initiierung von Verbundforschungsprojekten zwischen Biosphärenreservaten und zur Identifikation von gemeinsamen Forschungsschwerpunkten ist.

### **Denkbare Schritte zur Erfassung und Vernetzung der Forschungsergebnisse und Literaturbestände in Biosphärenreservaten**

Es gilt, den Nutzen, der sich für Forschungsaktivitäten in Biosphärenreservaten durch den systematisierten Aufbau einer bibliothekarischen und archivarischen Infrastruktur ergibt, einer über das exemplarische Projektgebiet Biosphärenreservat Rhön hinausreichenden Öffentlichkeit bekannt zu machen. Angesprochen sind in erster Linie andere Biosphärenreservate im deutschsprachigen Raum, ihre zuständigen Träger- und Aufsichtsbehörden sowie wissenschaftliche Bibliotheken mit Bezug z.B. zu interdisziplinären sozial-, umwelt- oder planungswissenschaftlichen sowie kulturgeographisch ausgerichteten Fakultäten.

Bestärkt wurden wir in unserem Vorhaben, die Erfassung und Vernetzung der Forschungsergebnisse und Literaturbestände in zunächst deutschsprachigen Biosphärenreservaten im Rahmen eines Dokumentenservers voranzutreiben, durch das positive Echo, dass wir bei der Präsentation des bislang erreichten Entwicklungsstands und der oben skizzierten Entwicklungsszenarien im Biosphärenreservat Rhön und im Gespräch mit dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) erfahren haben. Ein weiterer Schritt könnte die gezielte Kontaktaufnahme zu einigen anderen Biosphärenreservaten in Deutschland sein, um im Gespräch vertiefend Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Einbeziehung von Literatur und Materialien aus weiteren Gebieten in den Dokumentenserver zu klären.

Als konkretes Ziel hat sich die Hochschul- und Landesbibliothek Fulda vorgenommen, erste elektronische Volltexte aus dem WSR-Bestand zu Beginn des nächsten Wintersemesters (Oktober 2008) auf dem Dokumentenserver zu präsentieren. Vor diesem Hintergrund würde es sich anbieten, das Szenario des virtuellen Forschungsdokumentationsverbunds vor einem Forum, über das möglichst viele Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Biosphärenreservate zu erreichen sind, vorstellen zu können, z.B. im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Biosphärenreservate (AGBR) oder EUROPARC.

## Literatur

BERLINER ERKLÄRUNG über offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen, vom 22.10.2003

[http://www.mpg.de/pdf/openaccess/BerlinDeclaration\\_dt.pdf](http://www.mpg.de/pdf/openaccess/BerlinDeclaration_dt.pdf)

DINI – Deutsche Initiative für Netzwerkinformation e.V.: DINI-Zertifikat Dokumenten- und Publikationsservice 2007: Arbeitsgruppe „Elektronisches Publizieren“, DINI Schriften 3-de (Version 2.0, September 2006)

DINI-OAI-Empfehlungen

<http://edoc.hu-berlin.de/series/dini-schriften/2005-2-de2/PDF/2-de2.pdf>

(urn:nbn:de:kobv:11-10049220)

OTT, Erich / Anne Sabine SCHÄFER / Dieter WITTMANN 2007: Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön – ein Modell für die Biosphärenreservate in Deutschland: Überlegungen zur Übertragbarkeit. In: Beiträge Region und Nachhaltigkeit: Zu Forschung und Entwicklung im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön, Jg. 4, Heft 4/2007, Petersberg

POKORNY, Doris / Lenelis KRUSE-GRAUMANN 2004: Forschung und Monitoring in Biosphärenreservaten. In: Voller Leben: UNESCO-Biosphärenreservate: Modellregionen für eine Nachhaltige Entwicklung, Berlin/Heidelberg

UNESCO 1984: Action plan for biosphere reserves. In: Nature Resources, Jg. 20, Heft 4, S. 11-22

WISSENSCHAFTSRAT 2001: Empfehlungen zur digitalen Informationsversorgung durch Hochschulbibliotheken, Greifswald, Drs. 4935/01

# **Anmerkungen zu Entwicklung und Struktur v.a. des Biosphärenreservats Rhön**

## **Bürgerinitiativen und Verbände als zivilgesellschaftliche Gestaltungskräfte im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön**

Erich Ott

### **1. Differenzierte Verwaltungsstrukturen**

Der Entwicklungsauftrag der Biosphärenreservate auf der Grundlage des MAB-Programms der UNESCO ist ein sehr umfassender und vielschichtiger, der programmatisch u.a. durch die Leitlinien und Anerkennungskriterien<sup>1</sup> definiert ist und eine hohe Eigenständigkeit und Unabhängigkeit in der Interessenwahrnehmung erfordert, um den Ansprüchen des UNESCO-Konzepts gerecht werden zu können.

In Deutschland ist die Umsetzung dieses Auftrags der UNESCO vom Bund<sup>2</sup> weitgehend in die Zuständigkeit der Bundesländer übertragen worden, die dazu Verwaltungsstellen für die Biosphärenreservate eingerichtet und ihnen entsprechende Aufgaben übertragen haben. Die rechtliche Konstruktion und inhaltliche Arbeit ist z.T. in den Bundesländern unterschiedlich strukturiert.<sup>3</sup>

Das Biosphärenreservat Rhön stellt in seiner Verwaltungs- und Zuständigkeitsstruktur eine Besonderheit dar. Es ist in der Fläche eine Mittelgebirgsregion, die sich mit unterschiedlich großen Anteilen auf die drei Bundesländer Bayern, Hessen und Thüringen verteilt. Die drei Länder konnten sich nicht auf eine gemeinsame Verwaltung einigen und haben jeweils eine eigene Verwaltungsstelle eingerichtet, die für ihren Landesteil zuständig ist. Diese Verwaltungsstellen sind in ihrer behördlichen Zuordnung, ihren Kompetenzen und der Hierarchisierung zur Landesverwaltung wiederum sehr verschieden strukturiert. Sie weisen auch in der Organisation, der personellen und fachlichen Struktur der Beschäftigten und in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben erhebliche Unterschiede auf. In Thüringen ist die Verwaltungsstelle direkt dem zuständigen Landesministerium zugeordnet, in Bayern ist die Regierung von Unterfranken als Mittelbehörde die vorgesetzte Dienststelle und im Weiteren das ebenfalls zuständige bayrische Staatsministerium.

In Hessen ist die Situation komplizierter. Bis zum Jahre 2004 war das Regierungspräsidium Kassel als Oberbehörde die vorgesetzte Dienststelle der Biosphärenreservatsverwaltung. Die letztendliche Zuständigkeit liegt beim Landesumweltministerium. Im Jahre 2004 wurde die hessische Verwaltungsstelle per Verordnung der Zuständigkeit der Oberen Naturschutzbehörde (Regierungspräsidium

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu: DEUTSCHES MAB-NATIONALKOMITEE (Hg.) 1996: Kriterien für die Anerkennung und Überprüfung von Biosphärenreservaten der UNESCO in Deutschland, Bonn; UNESCO (Hg.) 1996: Biosphärenreservate. Die Sevilla-Strategie und die Internationalen Leitlinien für das Weltnetz, Bundesamt für Naturschutz, Bonn.

<sup>2</sup> Das beim Bundesumweltministerium angesiedelte Deutsche MAB-Nationalkomitee nimmt im Wesentlichen koordinierende und (mit Einschränkungen) kontrollierende Funktionen wahr.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Informationen zu den einzelnen Biosphärenreservaten und ihre Spezifik im Überblick: STÄNDIGE ARBEITSGRUPPE DER BIOSPHÄRENRESERVATE IN DEUTSCHLAND 1995: Biosphärenreservate in Deutschland – Leitlinien für Schutz, Pflege und Entwicklung, Berlin, Heidelberg; DEUTSCHES MAB-NATIONALKOMITEE (Hg.) 2004: Voller Leben. UNESCO-Biosphärenreservate – Modellregionen für eine nachhaltige Entwicklung, Berlin/Heidelberg.

Kassel) entzogen und dem Landrat des Landkreises Fulda unterstellt. Trotz heftiger Einsprüche und Widerstände gegen diese Form der Kommunalisierung, die den Handlungsspielraum für eine eigenständige und unabhängige Interessenwahrnehmung im regionalen Geschehen erheblich einschränkt, setzte die hessische Landesregierung im Jahre 2007 mit einer Novellierung des Hessischen Naturschutzgesetzes (HENatG) diese Zuordnung in den Kompetenzbereich des Landkreises auch gesetzlich durch.<sup>4</sup>

Die seitens der UNESCO für die Biosphärenreservate verbindlich definierte Regelung: „(13) Die Verwaltung des Biosphärenreservats ist der Höheren bzw. Oberen oder der Obersten Naturschutzbehörde zuzuordnen“<sup>5</sup> hat ihren tieferen Sinn. Dieser liegt u.a. in der Gewährleistung der notwendigen Unabhängigkeit und Eigenständigkeit im engeren regionalen Raum des Biosphärenreservats und einer zu erwartenden erweiterten Sichtweise der Oberbehörde und der daraus folgenden Unterstützungskompetenz für die Entwicklung des Biosphärenreservats, gerade in konfliktorischen Vorgängen, beispielsweise mit den kleinräumigen Gebietskörperschaften Landkreis und Gemeinde, aber auch örtlich einflussreichen Organisationen, Firmen, Verbänden und Vereinen.

## 2. Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements

Die institutionellen Verwaltungs- und Betreuungseinrichtungen der Biosphärenreservate und anderer Schutzgebiete können ihre Funktionen und Aufgaben ohne zivilgesellschaftliches Engagement kaum erfüllen. Üblicherweise sind dabei die zivilgesellschaftlichen Akteure vor allem die im Umwelt- und Naturschutz engagierten Personen und Gruppen sowie die einschlägigen Verbände. Dabei kann man zwei Grundtendenzen in deren Aktivitäten unterscheiden: erstens diejenigen Einzelpersonen, Gruppen oder auch Vereine, die sich in die jeweilige Konzeption und inhaltliche Ausrichtung der Verwaltungen einbringen und darin bestimmte Aufgaben und Aufgabenbereiche übernehmen und im ehrenamtlichen Sinne erfüllen. Dies setzt voraus, dass entsprechende Betätigungsfelder eröffnet werden und in diesem Engagement von den Beteiligten ein sinnvoller und anerkannter Beitrag für Natur und Gesellschaft der Region gesehen wird. Zweitens: Gruppen, Einzelpersonen und zumeist Verbände, die ihre Mitwirkung und die Übernahme bestimmter Aufgabenfelder anbieten, dies aber mit der Umsetzung ausgeprägter konkreter Vorstellungen im Rahmen der MAB-Programmatik und anderer relevanter Programme verbinden. Diese müssen nicht zwangsläufig mit der Alltagspraxis der Biosphärenreservatsverwaltung übereinstimmen. Klassisch sind dies die regionalen Gruppen der Natur- und Umweltschutzverbände, mit jeweils unterschiedlichen Betätigungs-

---

<sup>4</sup> Die zu diesem Zeitpunkt anstehende Neubesetzung (Nachfolge) des Leiters der Verwaltungsstelle des hessischen Teils des Biosphärenreservats wurde im laufenden Verfahren (nach Stellenausschreibung, einer großen Zahl qualifizierter Bewerber, einer Bewerberanhörung und -vorauswahl) abgebrochen. Statt eines neuen Leiters gab es eine Eingliederung und Aufgabenverteilung innerhalb der Landkreisverwaltung. Leiter der hessischen Verwaltung des Biosphärenreservats ist damit der Landrat des Landkreises Fulda. Dazu gab es in der Region eine heftige Diskussion, die aber ohne Einfluss blieb. Eine ausführliche Analyse und Kommentierung dieser Vorgänge, den daraus folgenden Problemen, einschließlich der rechtlichen Situation, wurde im vorigen Band dieser Schriftenreihe publiziert: vgl. OTT, Erich 2007: Kommunalisierung der hessischen Verwaltung des Biosphärenreservats Rhön – Folgen und Perspektiven einer problematischen politischen Entscheidung, mit einer *Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Reform des Naturschutzrechts, zur Änderung des Hessischen Forstgesetzes und anderer Rechtsvorschriften Hessisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege*. In: Beiträge Region und Nachhaltigkeit, Bd. 4/2007, S. 69 ff.

<sup>5</sup> DEUTSCHES MAB-NATIONALKOMITEE (Hg.), Kriterien für die Anerkennung und Überprüfung von Biosphärenreservaten der UNESCO in Deutschland, Bonn 1996, S. 8.

schwerpunkten, spezifischen programmatischen Zielsetzungen, ausgeprägter Konfliktbereitschaft und ausgewiesenen Qualifikationspotenzialen. Aber auch bei Bürgerinitiativen, oft als konkret Betroffene oder Tangierte, die sich auf relevante größere oder kleinere Problem- und Konfliktbereiche konzentrieren, fällt auf, dass sie sich i.d.R. auf die MAB-Programmatik beziehen und somit in diese zweite Kategorie gehören. Die Kooperationstiefe und -breite mit den Verwaltungen stellt sich differenzierter dar als bei der ersten Gruppe und ist u.a. vom Grad der Annäherung der Positionen, von den Möglichkeiten und Grenzen der gegenseitigen Offenheit, von der Flexibilität und den Handlungsspielräumen sowie vom Willen und der Fähigkeit zur Konsensbildung und Konfliktaustragung der Beteiligten abhängig.<sup>6</sup>

In vielfältigen Formen und in relativ großen Beteiligungsdimensionen sind beide Kategorien zivilgesellschaftlichen Engagements im Biosphärenreservat Rhön vorhanden und ganz wesentlich an den positiven Entwicklungen beteiligt. Die Kooperationsbeziehungen der zweiten Kategorie, also v.a. der Verbände und Bürgerinitiativen, stellen sich zum Teil recht kompliziert dar, was sowohl mit unterschiedlichen inhaltlichen Akzentsetzungen der dreigeteilten Verwaltung (Bayern, Hessen und Thüringen) als auch mit ihrer strukturellen und personellen Souveränität bzw. Abhängigkeit zu tun hat, wie in Ansätzen oben skizziert wurde. Regionale und örtliche Loyalitäten gegenüber Einfluss ausübenden Institutionen, Organisationen, Firmen und Personen sowie gegenüber politischen Konstellationen oder hegemonialen Strukturen und Hierarchien setzen weitere Grenzen in der Kooperationsfähigkeit von Verwaltungen, Verbänden, Bürgerinitiativen etc. im Kontext dieser zweiten Kategorie von Akteuren. Im Biosphärenreservat Rhön lässt sich dies zu unterschiedlichen Zeiten seiner Entwicklung und differenziert in den Länderteilen mit deutlichen Varianten wahrnehmen.<sup>7</sup>

### **3. Beispielhafte Konflikte: Verläufe, Akteure und Ergebnisse**

Bürgerinitiativen und Verbände spielen seit der frühen Entwicklung des Biosphärenreservats Rhön bis zum heutigen Tag in den zentralen regionalen Konfliktbereichen eine tragende Rolle und haben in entscheidendem Maße zu wichtigen Erfolgen beigetragen. Der herausragende Bereich dieser Aktivitäten und Konflikte ist seit den frühen 1990er Jahren das Thema Verkehr, insbesondere unter dem Vorzeichen von Verkehrskonzepten und Verkehrssystemen, die ein höheres Maß an Umweltverträglichkeit gewährleisten und den Anforderungen an die Nachhaltigkeitsorientierung des Biosphärenreservats gerecht werden. Dies war auch schon in der Entstehungsphase des Rahmenkonzepts, bei weiteren Entwicklungsgutachten und programmatischen Positionen der dominante Punkt grund-

---

<sup>6</sup> Nicht ohne weiteres in die Kategorie Zivilgesellschaft einzuordnen ist eine weitere aktive Gruppe. Es engagieren sich zahlreiche Einzelpersonen mit zumeist gewerblichem/professionellem Hintergrund, deren subjektive Interessenbezogenheit deutlich in solchen Bereichen ausgeprägt ist, in denen konkrete materielle/ökonomische Vorteile für sie realisierbar erscheinen. Sie partizipieren in der Regel direkt oder indirekt von den Aktivitäten der Biosphärenreservatsverwaltung, der Trägervereine und beteiligten Gebietskörperschaften in ganz unterschiedlichen Formen und unterstützen diese nachdrücklich, aber primär aus existenziellen und/oder eigennützigen Gründen.

<sup>7</sup> Zur Zeit der Einrichtung des Biosphärenreservats Rhön und seiner Entwicklung in den 1990er Jahren gab es Unterschiede in der Parteienkonstellation der drei beteiligten Bundesländer, die sich auch in eigenen Akzentsetzungen für die Rolle und Handlungsfähigkeit von Verwaltungsstellen niederschlug. Mit der dann folgenden „Homogenisierung“ der politischen Parteienkonstellationen in den drei Länderregierungen ging zwar ein Stück Diskurs und Dynamik verloren, aber weder eine einheitliche Verwaltungsstruktur noch eine spürbar verbesserte Kooperation auf dieser Ebene wurden erreicht.

legender Differenzen zwischen den Beteiligten und Betroffenen.<sup>8</sup> Bis heute hat sich an der politischen und regionalen Brisanz dieses Themenbereichs als Konfliktgegenstand nichts geändert. Differenzierter geworden sind die Strukturen und Rollen der Beteiligten vor dem Hintergrund der oben skizzierten Entwicklungen im Verhältnis Biosphärenreservatsverwaltung und zivilgesellschaftliches Engagement von Verbänden und Bürgerinitiativen.

Im Folgenden wird dies knapp anhand einiger in erster Linie auf den hessischen Teil bezogener Beispiele aus dem Verkehrsbereich (1 bis 3) und den Planungen zum Bau einer Anlage zur Massentierhaltung (4) skizziert:

1. Ein exponiertes Beispiel einer breiten Bürgerinitiative ist die „Interessengemeinschaft Rhönbahn“, die sich in der Folge von zahlreichen Aktivitäten und Stellungnahmen gegen die Stilllegungsdiskussion seit 1991 offiziell 1995/96 in Fulda gründete, um die von der Stilllegung bedrohte Rhönbahn-Strecke Fulda–Gersfeld als öffentliches Verkehrsmittel dauerhaft zu erhalten. Gegen heftigen regionalen politischen Widerstand, insbesondere des Landkreises Fulda, aber auch gegen die Entschlossenheit der Bundesbahn zur Stilllegung der Bahnstrecke, engagierten sich zahlreiche Einzelpersonen, Institutionen, Verbände, Vertreter der Stadt Gersfeld, Parteienvertreter u.a. über Jahre und fochten einen mit vielfältigen Engagements in der regionalen Öffentlichkeit unterstützten Kampf aus. Schließlich schwenkten auch der Landkreis Fulda und andere Anliegergemeinden auf einen Pro-Kurs ein, und es gelang mit einer mehr als 20 Mio. DM umfassenden finanziellen Unterstützung des Landes Hessen sowie einer geringen finanziellen Beteiligung der regionalen Kommunen, die Bahnstrecke zu sanieren und zu erhalten. Dies war ein großer Erfolg. Wichtig ist hervorzuheben, dass die Existenz und Bedeutung des UNESCO-Biosphärenreservats Rhön dabei eine entscheidende Rolle spielte, vor allem weil es die breite regionale Solidarität und Unterstützung und damit die entscheidende Durchsetzungskraft erzeugte. Die letzte noch verbliebene und für den Personenverkehr wichtige Bahnstrecke von Fulda in das Biosphärenreservat nach Gersfeld stillzulegen, wurde mehr und mehr zu einem kaum vermittelbaren Vorhaben. Herauszustellen ist, dass die hessische Verwaltung des Biosphärenreservats und der Verein Natur- und Lebensraum Rhön von Anfang an aktiv und offiziell in der Interessengemeinschaft mitwirkten und einzelne Mitarbeiter sich in besonderer Weise engagierten. Dies ist also ein Beispiel für ein gelungenes und erfolgreiches zivilgesellschaftliches Engagement in Kooperation mit dem Biosphärenreservat zum Nutzen der Region.<sup>9</sup>
2. Ein weiteres positives Beispiel stellen die Aktivitäten der Bürgerinitiative „Keine Schnellbahntrasse durch die Rhön“ 1992/93 dar. Die Absicht der Deutschen Bundesbahn, eine ICE-Trasse

---

<sup>8</sup> Vgl. dazu: GREBE, Reinhard / Guido BAUERNSCHMITT (Bearbeiter) 1995: Biosphärenreservat Rhön. Rahmenkonzept für Schutz, Pflege und Entwicklung, Radebeul, S. 121 ff. und S. 274 ff.; OTT, Erich / Thomas GERLINGER 1992: Zukunftschancen für eine Region – Alternative Entwicklungsszenarien zum UNESCO-Biosphärenreservat Rhön, Frankfurt/M., S. 137 ff.; die Dokumentation der beiden Verkehrskonferenzen zum Biosphärenreservat Rhön im März 1995 in Gersfeld und im September 1995 in Bad Brückenau. In: HABERMEHL, Klaus / Erich OTT / Barbara REDDIG (Hg.) 1996: Verkehrsentwicklung im Biosphärenreservat Rhön. Positionen und Beiträge, Frankfurt/M.; sowie die umfangreichen Archivbestände mit einschlägigen Dokumenten und Materialien, u.a. zu den Debatten um die Festschreibung von Ansprüchen an einer adäquaten Verkehrskonzeption im Rahmenkonzept. In: WSR-Archiv, Bestand VK und Bestand RK.

<sup>9</sup> Vgl. zur Gründung und zu den Aktivitäten der „IG Rhönbahn“: OTT, Erich 1996: Aktuelle Verkehrsprobleme in der Rhön – Problembeispiele Straße und Schiene. In: Habermehl et al., a.a.O., S. 140 ff. Die vollständige Sammlung der Materialien und Dokumente der „Interessengemeinschaft Rhönbahn“ befindet sich im WSR-Archiv: VK 1.2.

zur Begradigung und Beschleunigung des Streckenabschnitts Fulda–Eisenach quer durch sensibelste und wertvollste Naturräume der Rhön zu planen, um auf der Strecke nach Berlin ca. 5 Minuten Fahrzeit einzusparen, traf in der Region unmittelbar nach Bekanntwerden der Absicht auf härtesten Widerstand. In diesem Falle gab es von Anfang an einen breiten ablehnenden Konsens aller Kräfte der Region, was nicht zuletzt darin begründet ist, dass diese Bahntrasse keinerlei regionalen Nutzen, aber immensen Schaden für Natur, Landschaft, Tourismus und betroffene Gemeinden etc. bringen würde. Die Bürgerinitiative organisierte erfolgreich öffentliche Informationsveranstaltungen und demonstrativen Widerstand. Nach wenigen Monaten gab die Bahn ihre Pläne für eine ICE-Rhönquerung auf und blieb bei der Orientierung auf den Ausbau der bisherigen Trasse. Auch in diesem anschaulichen und erfolgreichen Beispiel zivilgesellschaftlichen Engagements ist die Bedeutung und der Schutz des Biosphärenreservats die entscheidende Argumentationsbasis. Eine solcher Verstoß gegen die Rahmenplanung, wie er mit dieser Bahntrassierung vorgenommen worden wäre, war nicht hinnehmbar und politisch nicht durchsetzbar. Die Bahn wurde faktisch politisch gestoppt. Wichtig festzustellen ist auch hier, dass sich die hessische Verwaltung des Biosphärenreservats und deren engagierte Mitarbeiter in diese Initiative eingebracht haben und so Interessen der Region und besonders des Biosphärenreservats in einer kooperativen zivilgesellschaftlichen Aktion durchgesetzt werden konnten.<sup>10</sup>

3. Die konfliktreichste und dauerhafteste Auseinandersetzung, wiederum zu einem Verkehrsthema, stellt die Planung einer Straßentrasse als Bundesstraße B 87n dar, eine Rhönquerung durch sensibelste Naturbereiche als Verbindung zwischen Fulda und Meiningen.<sup>11</sup> Das Thema wurde seit 1990 zunächst faktisch nur in Osthessen (im Landkreis und in der Stadt Fulda) mit der Grenzöffnung zur ehemaligen DDR direkt auf die Tagesordnung gesetzt: ausgehend von Überlegungen zu einer Autobahnquerung, die sich aber schnell als kaum vermittelbar erwiesen, dann in der Folge mit einer Vielzahl von Trassenvarianten als Bundesstraße in Ost-West-Richtung quer durch die Rhön. Der über lange Jahre argumentativ von den Protagonisten vertretene Sinn dieser Bundesstraße sollte eine Bündelung der regionalen Pendler- und Wirtschaftsverkehre in Richtung Fulda sein sowie die Verbindung der Wirtschaftsräume Meiningen und Fulda. Beide Begründungen für eine solche Trasse waren zu keinem Zeitpunkt überzeugend und auch nicht das Ergebnis fundierter Untersuchungen, wie vielfach nachgewiesen wurde.<sup>12</sup> Letztlich war es der sogenannte politische Wille, der hier zum Zuge kommen sollte, der dann auch in den letzten Jahren schrittweise einen Paradigmenwechsel in der Begründung vollzog. Mit der Übernahme der Planung für den Ausbau dieser Trasse als Bundesstraße wurde der Bund auch für die

---

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Materialien und zahlreichen Presseberichte in der Zeitungsausschnittsammlung im WSR-Archiv: VK 1.5.

<sup>11</sup> Zur Geschichte und Vorgeschichte dieser Trassenplanung und ihrer politischen und regionalen Implikationen, zu den Folgen und zu den Widerständen dagegen ist bereits sehr viel publiziert worden. Vgl. dazu aus den letzten Jahren u.a.: RÜPPEL, Johann 2005: Regionalentwicklung und Erhalt der Kulturlandschaft: Die Tanner Bürgerinitiative gegen die Trasse Fulda–Meiningen. In: Beiträge Region und Nachhaltigkeit (Beiträge RN), Bd. 2/2005, S. 111 ff.; ARBEITSGEMEINSCHAFT DER NATURSCHUTZVERBÄNDE (AGN) IM LANDKREIS FULDA 2006: Stellungnahme zur Straßenverbindung Rhein-Main–Erfurt, Abschnitt Fulda–Meiningen. In: Beiträge RN, Bd. 3/2006, S. 132 ff.; OTT, Erich 2006: Neue Bundesstraße B 87n soll das Biosphärenreservat Rhön durchqueren – 15 Jahre Kontroversen um die Trasse Fulda–Meiningen. In: Beiträge RN, Bd. 3/2006, S. 121 ff.; BRÄUTIGAM, Helmut 2007: Geplante Bundesfernstraße B 87n (Rhönquerung) – Zum Verfahren, zur Verantwortung und zur Notwendigkeit. In: Beiträge RN, Bd. 4/2007, S. 59 ff.

<sup>12</sup> Zahlreiche Gutachten, Stellungnahmen, Zählungsergebnisse und Analysen der Vorstudien zu den planerischen Entwürfen der Straßenverkehrsbehörde zeigen dies in aller Deutlichkeit. Sie sind zugänglich im WSR-Archiv: VK 1.3.

Begründung und Finanzierung zuständig und sah nur einen vertretbaren Sinn in der überregionalen Funktion als Entlastungstrecke des Ost-West-Verkehrs zwischen den Autobahnen A 4/A 71 und A 7/A 66 in Fulda. Dies bedeute neue Verkehrsströme, einschließlich Schwerverkehr durch die Rhön. Die damit verbundenen Folgen für Bürger und Gemeinden, für das Biosphärenreservat und den Naturschutz des betroffenen Landschaftskorridors zu vermeiden, war die grundlegende Argumentation der Trassengegner seit Beginn der Debatte und sie gewinnt nach 18 Jahren Auseinandersetzung auch gegenwärtig noch an Brisanz.

Es entstanden zahlreiche örtliche bzw. regionale Bürgerinitiativen mit großem Engagement, zunächst in Hessen, später auch in Thüringen, gegen die vorgesehenen Planungen der Trasse und deren konkreten Verlauf als Bundesstraße, aber auch dabei formulierten Interessen z.B. für einzelne Ortsumgehungen im bisherigen Straßenstatus etc. Nach inzwischen 18 Jahren Planungs- und Bauabsicht sind die Interessen und Folgen der B 87n für immer mehr Bürger transparent geworden und viele Menschen gerade in den Anliegergemeinden haben erkannt, was ihnen möglicherweise bevorsteht. Gerade in den Thüringer Gemeinden gab es in Erwartung einer regionalen Begünstigung durch die verbesserte Verkehrsanbindung lange Zeit eine eher vordergründige Pro-Stimmung, die sich dann aber auch zunehmend deutlich relativierte. Wichtigste Träger der langjährigen soliden Aktivitäten und Gegenargumentationen sind die Naturschutzverbände der Region, in Hessen und Thüringen, mit ihren zahlreichen aktiven und naturschutzfachlich hochkompetenten Mitgliedern. Sie sind neben Einzelpersonen aus unterschiedlichsten Betroffenen- und Interessengruppen die Hauptakteure in diesen Initiativen gegen den Bau der B 87n und haben mit zahlreichen einschlägigen Stellungnahmen und Gutachten große Überzeugungsarbeit geleistet und Widerstand organisiert.

Interessant ist im Zusammenhang der hier behandelten Thematik, dass die Verwaltungen des Biosphärenreservats sowohl in Hessen als auch in Thüringen sich nicht an Aktivitäten gegen diese Rhönquerung beteiligen, sich völlig zurückhalten oder sogar vereinzelt Pro-Äußerungen abgeben, was mit viel Unverständnis und Missbilligung in der Region zur Kenntnis genommen wird. Die Hierarchie der Verwaltungsstrukturen lässt hier offensichtlich keinen Spielraum. In Thüringen ist das zuständige Ministerium als vorgesetzte Dienststelle ein massiver Befürworter der Trasse. In Hessen ist der Landkreis und exponiert der Landrat die politische Instanz, die seit Anfang der 1990er Jahre der kämpferischste Befürworter des Baus dieser Straße war und bis heute ist. Zugleich ist der Landrat des Landkreises Fulda seit der zweifelhaften gesetzlichen Kommunalisierung der Biosphärenreservatsverwaltung auch deren Leiter. Eine Interessenkollision ist unvermeidlich, die notwendige Unabhängigkeit des Handelns der Verwaltungsstelle in Verantwortung für die selbständige Umsetzung der UNESCO-Kriterien und des Rahmenkonzepts ist nicht mehr gegeben.<sup>13</sup>

Zwei Dinge sind daran für die Zukunft bemerkenswert: Erstens ist eine tiefe Vertrauenskrise zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren (v.a. den Verbänden) und der Verwaltung hinsichtlich der Interessenwahrnehmung für Natur und Landschaft der Rhön entstanden, die sich folgeschwer auf künftige regionale Vorgänge und Kooperationen auswirken wird. Zweitens ist sichtbar geworden, dass die in Hessen vollzogene Unterordnung der Biosphärenreservatsverwaltung unter eine regionale Gebietskörperschaft nicht angemessen funktionieren kann und

---

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Hinweise in Anmerkung 4 dieses Beitrags.

deren Akzeptanz in der Region weiter schwinden wird. Beides ist für die Perspektive des Biosphärenreservats schädlich und bedarf der schnellstmöglichen Veränderung.

4. Um eine andere Konflikthematik geht es bei der Bürgerinitiative (BI) in der Gemeinde Ebersburg im Landkreis Fulda (zum Teil im Gebiet des Biosphärenreservats Rhön, hessischer Teil). Sie wendet sich gegen den Bau einer Puten-Intensiv-Mastanlage in einer relativ exponierten Lage des Gemeindeteils Thalau, in der jährlich ca. 30.000 Puten in einer geschlossenen Stallanlage gemästet werden sollen. Die BI zeichnet sich von Anfang an dadurch in besonderer Weise aus, dass sie mit hoher Kompetenz und Informiertheit den Bürgern die Probleme dieser Massentierhaltung sowie des geplanten Standorts und die konkreten Folgen und Risiken für die in diesem Raum lebenden Menschen sowie für Natur und Umwelt darlegt und mit entsprechenden Studien, Gutachten, Materialien etc. belegt.<sup>14</sup> Die Resonanz und Unterstützung seitens der Bürger ist außerordentlich groß, die Wirkungen auf die den Bau der Anlage unterstützende und mit absoluter Mehrheit agierende CDU in der Gemeindevertretung stark. Die Gemeinde Ebersburg liegt zu einem großen Teil im Biosphärenreservat, der geplante Standort der Putenmastanlage noch außerhalb, aber unmittelbar im Randbereich und soll im Zuge einer geplanten Erweiterung des Biosphärenreservats in dessen Gebiet einbezogen werden.

Die Bürgerinitiative hat in ihren schriftlichen Stellungnahmen, in öffentlichen Informationsveranstaltungen etc. stets exponiert darauf hingewiesen, dass eine solche Massentierhaltung mit den Zielen des Biosphärenreservats nicht zu vereinbaren ist. Seitens der Verwaltung des hessischen Teils des Biosphärenreservats Rhön gibt es keine Positionierung dazu, die Teilnahme an einer öffentlichen Podiumsdiskussion wurde sogar explizit abgesagt. Obwohl die Befassung mit dieser Thematik, auch in einem angrenzenden Gebiet, explizit dem Auftrag des Rahmenkonzepts entspricht und die Gebietsintegration vorgesehen ist, gibt es kein Engagement seitens der Verwaltungsstelle. Aber auch die Gemeinde, die ansonsten für ihre Interessen im Biosphärenreservat sehr engagiert ist, hat die Thematik dort nicht eingebracht.

Über die Baugenehmigung ist letztlich noch nicht entschieden, eine gerichtliche Auseinandersetzung eher wahrscheinlich. Das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürgerinitiative ist mit großen Anstrengungen und erheblichem Aufwand verbunden und kann als vorbildlich gelten. Unterstützung gab es seitens des ehrenamtlichen und des amtlichen Naturschutzes sowie von einzelnen Experten und Akteuren aus der Region. Auch hier wird deutlich, dass die fehlende Unabhängigkeit der Biosphärenreservatsverwaltung von der Politik des Landkreises durchschlagend ist und eine eigenständige Arbeit und Umsetzung der formulierten Aufgaben und Planungen des Biosphärenreservats nicht zulässt. So wird es auch öffentlich wahrgenommen.

#### **4. Fazit und Perspektiven**

Es ließen sich zahlreiche weitere Vorgänge mit vergleichbaren und differenzierten Parallelen darstellen.<sup>15</sup> An diesen vier Beispielen wird die Tragweite und Unverzichtbarkeit der zivilgesellschaftlichen Anstrengungen für eine erfolgreiche Entwicklung, für die Abwehr von zweckfernen, aber strukturell

---

<sup>14</sup> Eine umfangreiche Sammlung von Materialien zu den Aktivitäten der Bürgerinitiative sowie Stellungnahmen, Gutachten, Planungsunterlagen, CD-Aufzeichnungen, Pressespiegel etc. finden sich im WSR-Archiv.

<sup>15</sup> So z.B. ebenfalls aus dem Bereich Verkehr mit der Thematik Streckenstilllegung: Stilllegung der Feldabahn (Thüringen), Bahnlinie Fulda-Götzenhof – Hilders (Hessen). Vgl. WSR-Archiv: VK 1. und 1.4.

eingreifenden Begehrlichkeiten, für Schutz und Pflege wertvoller Naturpotenziale etc. im Biosphärenreservat Rhön deutlich. Auch die Notwendigkeit, ein zukunftsfähiges, erfolgversprechendes, regionales Nachhaltigkeitskonzept zu entwickeln, das sowohl im Bereich der menschlichen Lebensweise wirksam werden sollte als auch eine verantwortliche Strategie für den Umgang mit der Biodiversität im Biosphärenreservat Rhön aufzeigt, wird deutlich. Ein solches Konzept entspräche auch dem von der UNESCO für Biosphärenreservate angestrebten Modellcharakter – hier in Bezug auf Partizipation und Entwicklung. Dies kann nur gelingen, wenn Transparenz, Akzeptanz, Partizipation und Zivilcourage mehr Menschen inspirieren und aktivieren und damit erst wirklich die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Gestaltung einer dauerhaft verträglichen Beziehung zwischen Mensch und Natur im Biosphärenreservat entstehen. Gelingen kann dies nur mit den wichtigen, ja entscheidenden zivilgesellschaftlichen Potenzialen der Region, die für eine solche Zukunftsentwicklung stehen, nicht ohne sie und schon gar nicht gegen sie.

## **Sozialwissenschaftliche Biosphärenreservatsforschung – drei Untersuchungen und eine Vision**

Jens-Uwe Künzel

Das Weltnetz der Biosphärenreservate (WNBR) ist Teil des UNESCO-Programms „Der Mensch und die Biosphäre“ (MAB). Die UNESCO-Biosphärenreservate sollen Modellregionen für nachhaltige Entwicklung sein (STÄNDIGE ARBEITSGRUPPE 1995, S. VII-XVI), und zu ihren Hauptaufgaben zählt die Förderung interdisziplinärer Forschung im ökologischen, sozialen und ökonomischen Bereich (EUROPARC 2007, S. 12).

Eine Untersuchung zur Forschung im und über das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön aus dem Jahre 2006 hatte ergeben, dass von den damals 151 durch das Biosphärenreservat Rhön dokumentierten abgeschlossenen wissenschaftlichen Arbeiten aus dem Zeitraum von 1991-2004 56,29 % der Biologie oder der Geographie (ohne Kultur- und Wirtschaftsgeographie), 28,48 % der Wirtschaftsgeographie oder den Wirtschaftswissenschaften und 15,23 % den Sozialwissenschaften oder der Kulturgeographie zugeordnet werden konnten. In dem untersuchten Zeitraum schienen wissenschaftliche Arbeiten aus den Bereichen der Biologie und der Geographie in der Forschung zum UNESCO-Biosphärenreservat Rhön den größten Raum eingenommen zu haben. Die Sozialwissenschaften waren nur am Rande vertreten (KÜNZEL 2007).

Eine im Rahmen der selben Untersuchung erfolgte Zuordnung jeder der 151 wissenschaftlichen Arbeiten zu genau einem gängigen Themengebiet aus dem Bereich Biosphärenreservat Rhön wiederum hatte zum Ergebnis, dass 56,29 % der Arbeiten dem Themengebiet „Ökologie“, 16,56 % dem Themengebiet „Politik, Gesellschaft, Kultur“, 9,27 % dem Themengebiet „Ökonomie“, gleichfalls 9,27 % dem Themengebiet „Tourismus“ und 8,61 % dem Themengebiet „Landwirtschaft“ zugeordnet wurden. Dabei unterscheidet sich das Ergebnis dieser zweiten Zuordnung nur minimal von dem der ersten. Die im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön seit dessen Einrichtung vorrangig bearbeiteten Themengebiete „Ökologie“, „Ökonomie“, „Tourismus“ und „Landwirtschaft“ treten deutlich hervor. Lediglich das insgesamt relativ schwache Abschneiden des Themengebiets „Landwirtschaft“ überrascht, dürfte allerdings im Großen und Ganzen mit der Bedeutung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in der bayerischen und hessischen Rhön übereinstimmen. Das Themengebiet „Politik, Gesellschaft, Kultur“ befindet sich mit 16,56 % wahrscheinlich nur deshalb an der zweiten Stelle, weil es weniger fest umrissen ist als die anderen Themengebiete. Es kann als diffuses Sammelbecken für eine Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten angesehen werden, die keinem der anderen Themengebiete zugeordnet werden konnte. Eine weitere Aufspaltung des Themengebiets „Politik, Gesellschaft, Kultur“ hätte mit Prozentzahlen im deutlich einstelligen Bereich die Randständigkeit der dann enger gefassten entsprechenden Themengebiete hervortreten lassen.

Eine zweite Untersuchung vom September 2007 hatte die für den Anschlusszeitraum 2004-2006 dokumentierten, wissenschaftlichen Arbeiten zum Gegenstand. Die entsprechende Liste mit abgeschlossenen Forschungsarbeiten findet sich auf der Internetseite des Biosphärenreservats Rhön (LISTE 2007), die allerdings die eigenständige Forschung von wissenschaftlichen Einrichtungen

nicht erfasst. Ein Jahr zuvor hatten die Daten für diesen Zeitraum noch nicht zur Verfügung gestanden. Im Rahmen dieser Anschlussuntersuchung wurde jede der in dem Untersuchungszeitraum 2004-2006 aufgeführten wissenschaftlichen Arbeiten genau einem wissenschaftlichen Fach oder Teilfach aus dem universitären Fächerkanon nach herkömmlichem Ermessen, fachgebietslogisch und ideal zugeordnet. Diese Zuordnung ergab, dass von den 33 Arbeiten des entsprechenden Zeitraums elf der Biologie, zwei der allgemeinen Geographie, weitere elf der Wirtschaftsgeographie, vier der Kulturgeographie (Geographie insgesamt siebzehn), eine der Europäischen Ethnologie, eine der Soziologie, eine der Politikwissenschaft, eine der Betriebswirtschaftslehre und eine der Pädagogik zugeordnet werden konnte(n). Mit elf und siebzehn wissenschaftlichen Arbeiten lag auch diesmal der absolute Schwerpunkt der Forschungstätigkeit zum UNESCO-Biosphärenreservat Rhön in den Bereichen der wissenschaftlichen Universitätsfächer Biologie und Geographie.

Ein weiteres Ergebnis dieser zweiten Untersuchung war jedoch auch, dass von den insgesamt 33 Arbeiten lediglich dreizehn (entspricht rd. 39 %) eher naturwissenschaftlich, die restlichen zwanzig (entspricht rd. 61 %) eher sozial- und kulturwissenschaftlich ausgerichtet sind. Da dieser Aspekt bei der ersten Untersuchung aus dem Jahr 2006 noch nicht ausdrücklich betrachtet worden war, können hierzu für den Zeitraum von 1991-2004 keine Zahlen vorgelegt werden. Insgesamt kann für die ersten dreizehn Jahre des Bestehens des UNESCO-Biosphärenreservats Rhön aber die Aussage gemacht werden, dass eher sozial- und kulturwissenschaftlich ausgerichtete wissenschaftliche Arbeiten in der ersten Hälfte der neunziger Jahre bereits einen Höhepunkt erreicht hatten, welcher anschließend schnell abflachte. Zu Beginn des Zeitraums der zweiten Untersuchung waren naturwissenschaftlich ausgerichtete wissenschaftliche Arbeiten auch noch relativ dominant, vor allem solche aus der Biologie. Der Wandel hin zu einer stärkeren Bearbeitung sozial- und kulturwissenschaftlicher Aspekte fällt vor allem in die Jahre 2005 und 2006. Diese Entwicklung hat sich fast ausschließlich im Bereich des breit angelegten Fachs Geographie vollzogen. Eine genauere Bewertung dieses Vorgangs könnte erst mit der Durchführung einer dritten Untersuchung zu den wissenschaftlichen Arbeiten zum UNESCO-Biosphärenreservat Rhön erfolgen. Im Rahmen einer solchen weiteren Anschlussuntersuchung bestünde die Möglichkeit, zu klären, ob es sich bei dem Beobachteten um einen zufällig-zyklischen Vorgang oder eine sich festigende Tendenz handelt.

Eine dritte Betrachtung der wissenschaftlichen Biosphärenreservatsforschung von Januar und Februar 2008 sollte herausarbeiten, wie sich die Ergebnisse der Forschung über die deutschen UNESCO-Biosphärenreservate auf die drei Bereiche Ökologie, Soziales und Ökonomie verteilen. Zu diesem Zweck wurde eine schriftliche Befragung aller deutschen Biosphärenreservatsverwaltungen mittels eines Fragebogens vom Autor durchgeführt. Die Befragung bezog sich auf alle abgeschlossenen wissenschaftlichen Arbeiten der Jahre 2003-2007, die von der jeweiligen Biosphärenreservatsverwaltung in Auftrag gegeben, selbst erstellt oder unterstützt wurden. Insgesamt wurden achtzehn Biosphärenreservatsverwaltungen angeschrieben. Rückmeldungen kamen von acht der angeschriebenen Stellen, was etwa 44 % entspricht. Eine der antwortenden Verwaltungsstellen erklärte sich aus personellen Gründen für nicht in der Lage, wissenschaftliche Arbeiten, wie sie in dem Fragebogen genannt wurden, zu begleiten. Eine weitere Verwaltungsstelle gab an, für die Forschungskoordination nicht zuständig zu sein. Die dann in dieser Sache erfolgte Anfrage bei der zuständigen Stelle blieb allerdings ohne Reaktion. Eine dritte Verwaltungsstelle konnte den Bearbeitungsbogen nicht termingerecht beantworten. Von dieser Stelle wurde ersatzhalber ein ausgefüllter Fragebogen aus einer anderen Befragung zu den Forschungsaktivitäten in den deutschen Biosphärenreservaten übersandt. Von den achtzehn ausgegebenen Bearbeitungsbögen kamen lediglich fünf

zurück, was rund 28 % entspricht. Da aus dem Biosphärenreservat Rhön mit seinen drei Verwaltungsstellen zwei Bögen übersandt wurden, konnten mithin durch die Untersuchung Informationen zu vier von dreizehn deutschen Biosphärenreservaten eingeholt werden, was etwa 31 % entspricht. Damit lag die Rücklaufquote alles in allem deutlich unter den knapp 60 %, welche Erich OTT (2007) im Sommersemester 2006 bei einer Fragebogenaktion erreichen konnte. Aufgrund des relativ geringen Rücklaufs muss die Aussagekraft der Ergebnisse, die die Auswertung der Fragebögen erbracht hat, von vornherein als entsprechend eingeschränkt angesehen werden. Vor dem Hintergrund des Umstands, dass Öffentlichkeitsarbeit und Forschungsförderung zu den Hauptaufgaben von Biosphärenreservaten zählen (EUROPARC 2007, S. 12), kann dieses formale Teilergebnis der dritten Untersuchung als insgesamt deutlich unbefriedigend bezeichnet werden.

Das inhaltlich-materielle Ergebnis der Untersuchung aus dem Januar und Februar 2008 gestaltet sich wie folgt: Die Verwaltungsstellen Mittelelbe, Niedersächsische Elbtalau und Oberlausitz sowie die Forschungskoordination Rhön melden für den Zeitraum der Kalenderjahre 2003-2007 195 wissenschaftliche Arbeiten, davon 130 aus dem Bereich der Ökologie (entspricht 67 %), 30 aus dem des Sozialen (15 %) und 35 aus dem der Ökonomie (18 %). Aus einem Biosphärenreservat liegen zudem Informationen vor, aus welchen ersichtlich ist, dass der weitaus größte Teil der wissenschaftlichen Arbeiten „nur“ betreut wurde, nämlich 79 %. 21 % wurden von der Verwaltungsstelle in Auftrag gegeben. Selbst erstellt wurde keine wissenschaftliche Arbeit, was i.d.R. durchaus der Aufgabenstellung einer Verwaltung entsprechen dürfte. Obgleich eigentlich nicht abgefragt, dürfte dieses interessante Teilergebnis auch auf die anderen Biosphärenreservate übertragbar sein. Der deutliche Schwerpunkt der wissenschaftlichen Biosphärenreservatsforschung in Deutschland liegt mit gut 49 % aller gemeldeten wissenschaftlichen Arbeiten des Referenzzeitraums in der Rhön. Die Verteilung auf die drei Bereiche von Ökologie mit 46 %, Sozialem mit 26 % und Ökonomie mit 27 % stellt sich in dort vergleichsweise relativ ausgeglichen dar. Mit insgesamt 53 % tritt das Sozial- und Kulturwissenschaftliche hier sogar vor das Naturwissenschaftliche mit 46 %.

Die UNESCO-Biosphärenreservate sollen Modellregionen für nachhaltige Entwicklung und Orte fächerübergreifender wissenschaftlicher Forschung sein. Bas ARTS hat schon 1994 (S. 24) darauf hingewiesen, dass nachhaltige Entwicklung wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeit kombinieren muss, was dementsprechend auch auf die wissenschaftliche Biosphärenreservatsforschung zutreffen sollte. Die deutschen UNESCO-Biosphärenreservate befinden sich erst auf halbem Weg von Naturschutz- zu echten Nachhaltigkeitsprojekten, was sich unter anderem in der anhaltenden Vorherrschaft von Biologie und Geographie sowie dem Randdasein der Sozialwissenschaften in der Biosphärenreservatsforschung zeigt. Auch die Verwirklichung eines Biosphere Reserve Integrated Monitorings (BRIM), eines Social Monitorings for BRIM oder gar eines Biosphere Reserve Social Monitorings (BRSM) ist unter diesen Bedingungen noch nicht möglich (KÜNZEL 2007).

Das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön ist aufgrund seiner Größe, Struktur und Entwicklung dasjenige in Deutschland, welches für die Durchführung von Projekten der sozialwissenschaftlichen Biosphärenreservats- und Nachhaltigkeitsforschung die besten Voraussetzungen bietet. Zudem erfährt das Biosphärenreservat mit der Hochschule Fulda seit langem in räumlicher Nähe eine Unterstützung im sozial-, wirtschafts- und naturwissenschaftlichen Bereich. Die vielfältigen Arbeiten von Erich Ott zum Biosphärenreservat Rhön, so zum Beispiel im Zusammenhang der Erstellung des Rahmenkonzepts für das Biosphärenreservat (GREBE/BAUERNSCHMITT 1995), die Bemühungen von Joseph DEHLER (etwa 1990 und 1995), die früheren Aktivitäten der Stiftung RWZ (Regionales Zen-

trum für Wissenschaft, Technik und Kultur) oder die bestehende Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön sind bis in die Gegenwart Beiträge zur Entwicklung des Biosphärenreservats Rhön. Die Vielfalt und Kontinuität dieser Beiträge sollte auch in der Zukunft aktiv gepflegt werden. Vor allem der Fortbestand der Wissenschaftlichen Sammlung und der Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit sollte bewahrt werden. Dazu ist es notwendig, dass das Biosphärenreservat und die in der Hochschule Fulda Engagierten in engem Kontakt bleiben. In diesem Zusammenhang sollte im Sinne der Verwirklichung des Gedankens der Nachhaltigkeit insbesondere auch daran gearbeitet werden, die sozialwissenschaftliche Biosphärenreservatsforschung auszubauen, da hier noch deutliche Mängel bestehen. So weist zum Beispiel Nicole SCHRADER (2006) in ihrer Dissertation über die deutschen Biosphärenreservate darauf hin, dass die Hälfte der deutschen Biosphärenreservate sich auf Naturschutzmaßnahmen konzentriert. Ein anderes Beispiel für die Wichtigkeit sozialwissenschaftlicher Untersuchungen sind auch auftretende Phänomene im Bereich des Sozialen, wie sie im Regionalen Entwicklungskonzept für den hessischen Teil des Biosphärenreservats Rhön für die Zeit der laufenden Haushaltsvorschau der Europäischen Union stehen. Nach Ansicht der Verfasser dieses Konzepts lassen sich die Kaufkraftunterschiede pro Einwohner zwischen Poppenhausen und Gersfeld „nicht nach gängigen Mustern erklären“ (VEREIN NATUR- UND LEBENSRAUM 2007, S. 10).

Das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön und die Hochschule Fulda könnten – so die Vision – auf dem oben skizzierten Weg eine systematische Kooperation beginnen und damit national, ggf. sogar international eine gewisse Bedeutung erlangen. Dabei wäre unter anderem auch die Mitarbeit in bisher selbst in Wissenschaftskreisen offensichtlich weitgehend unbekanntem oder unbeachteten Forschungsinitiativen – wie etwa der sozialwissenschaftlichen Initiative MOST (Management of Social Transformations Programme) der UNESCO – denkbar und wünschenswert. Allerdings gilt, dass es ohne Sozialwissenschaftler keine sozialwissenschaftliche und somit wirklich fächerübergreifende, den Anforderungen der Nachhaltigkeit entsprechende Biosphärenreservatsforschung geben wird, was auch durch die Forschungsarbeit sozial- und kulturwissenschaftlich orientierter Geographen nicht ausgeglichen werden kann.

## Literatur

ALEMANN, Ulrich von (Hg.) 1995: Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriß für Studium und Forschung, Opladen

ARTS, Bas 1994: Nachhaltige Entwicklung. Eine begriffliche Abgrenzung. In: Wissenschaftliche Vereinigung für Entwicklungstheorie und -politik (Hg.), 1994: Peripherie, Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, 14. Jahrgang (1994), Heft 54, S. 6-27

DEHLER, Joseph 1990: Wider die Verschwendung von Wissen. Vernetzung in Regionalen Wissenschaftszentren, 6. aktualisierte Ausgabe, Frankfurt/Main

DEHLER, Joseph 1995: Vom Geißhirten zum Ressourcenmanager. Arbeitsplatz Rhön. Vortrag anlässlich der 31. Kulturtagung des Rhönklubs am 4. März 1995 in Hilders, Frankfurt (Main)

EUROPARC Deutschland 2007: UNESCO-Biosphärenreservate. Modellregionen von Weltrang, Berlin

GREBE, Reinhard / Guido BAUERNSCHMITT (Bearbeiter), im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen / Hessischen Ministeriums für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz und des Thüringischen Ministeriums für Umwelt und Landesplanung 1995: Biosphärenreservat Rhön. Rahmenkonzept für Schutz, Pflege und Entwicklung, Radebeul

HITZLER, Ronald / Anne HONER (Hg.) 1997: Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung, Opladen

KÜNZEL, Jens-Uwe 2007: Forschung für eine nachhaltige Modernisierung im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön aus einer politikwissenschaftlichen Sicht. In: Ott, Erich (Hg.) 2007: Beiträge Region und Nachhaltigkeit. Zu Forschung und Entwicklung im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön, 4. Jahrgang (2007), Heft 4, S. 77-83

LISTE ABGESCHLOSSENER FORSCHUNGSARBEITEN 2007, auf: <http://www.biosphaerenreservat-rhoen.de> (Stand: 05. September 2007)

OHNE VERFASSER 2007: Seit 1988 über 100 Konzepte, Gutachten und Forschungsarbeiten erstellt. In: Kallenbach, Carsten (Red.), 2007: UNESCO-Biosphärenreservat Rhön. Mediendienst aus Bayern, Hessen und Thüringen, Ausgabe 12/2007, (elektronisch unter: [www.biosphaerenreservat-rhoen.de](http://www.biosphaerenreservat-rhoen.de)), S. 24 f.

OHNE VERFASSER 2008: Über 100 Konzepte, Gutachten und Forschungsarbeiten. In: Rötter, Gerhard (Hg.) 2008: Rhön-Spiegel. Das Freizeitmagazin, 25. Jahrgang (2008), Heft 2/2008, S. 37

OTT, Erich 2007: Die Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014)“ in deutschen UNESCO-Biosphärenreservaten. In: Ott, Erich (Hg.) 2007: Beiträge Region und Nachhaltigkeit. Zu Forschung und Entwicklung im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön, 4. Jahrgang (2007), Heft 4, S. 18 ff.

OTT, Erich / Dieter WITTMANN 2004: Forschung für nachhaltige Entwicklung – Konzeptionelle Orientierung für sozialwissenschaftliche Projekte. In: Ott, Erich (Hg.) 2004: Beiträge Region und Nachhaltigkeit. Zu Forschung und Entwicklung im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön, 1. Jahrgang (2004), Heft 1, S. 16-30

Regierung von Unterfranken, Bayerische Verwaltungsstelle Biosphärenreservat Rhön (Hg.), 2002: Netzwerk für eine nachhaltige Entwicklung. Forschung im Biosphärenreservat Rhön, ohne Ort

SCHRADER, Nicole 2006: Die deutschen Biosphärenreservate auf dem Prüfstand! – Evaluierung der bestehenden Biosphärenreservate unter Berücksichtigung der Vorgaben der UNESCO, der Anforderungen der nationalen Biosphärenreservatskriterien und des neu entwickelten Bewertungsverfahrens, Dissertation, Universität Trier

STÄNDIGE ARBEITSGRUPPE DER BIOSPHÄRENRESERVATE IN DEUTSCHLAND (Hg.) 1995: Biosphärenreservate in Deutschland. Leitlinien für Schutz, Pflege und Entwicklung, Berlin/Heidelberg

VEREIN NATUR- UND LEBENSRAUM RHÖN 2007: Regionales Entwicklungskonzept Lebensraum Rhön 2007-2013, Gersfeld

WENTURIS, Nikolaus / Walter VAN HOVE / Volker DREIER 1992: Methodologie der Sozialwissenschaften. Eine Einführung, Tübingen

# **Lebensweise, Kulturlandschaft und Identität**

## **Veränderungen der Lebensweisen im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön – Untersuchungen und Interpretationen als Vorstudie zu einem soziologischen Projekt**

Erich Ott / Dieter Wittmann

### **Konzeption**

Im Rahmen dieses Projekts wird untersucht, ob sich mit der Einrichtung und der inzwischen fast 17-jährigen Existenz und Entwicklung des UNESCO-Biosphärenreservats Rhön relevante Veränderungsprozesse in der Lebensweise ausgewählter Personengruppen vollzogen haben, die mittelbar oder unmittelbar auf Wirkungen des Biosphärenreservats zurückgeführt werden können. Es wird die Fragestellung untersucht: Gibt es bei diesen Personengruppen signifikante Elemente in Bewusstsein und Verhalten, die – aus dem Nachhaltigkeitsansatz der Entwicklung des Biosphärenreservats abgeleitet – die Lebensweise direkt oder indirekt im Sinne nachhaltigen Verhaltens belegbar verändert haben bzw. sind solche Wirkungen nur sehr undeutlich oder gar nicht erkennbar? Die alltägliche Lebensweise wird hier begrifflich so gefasst, dass darin private, persönliche, familiäre und individuelle Verhaltensweisen, Entscheidungen und Prioritäten in der Lebenswelt spezifischer Personengruppen ebenso eingeschlossen sind wie deren berufliche Tätigkeit und deren berufliches Entscheidungsverhalten.

Dieser hier verwandte Begriff der Lebensweise in einem erweiterten und zugleich auf das Untersuchungsfeld konkretisierten Sinne hat einen theoretischen Bezugspunkt in den soziologischen Konzeptionen der alltäglichen Lebensführung. Diese wird definiert als eine umfassende Alltagsbewältigung, in der sich mit Rollen, Bedingungen und Interessen auseinanderzusetzen ist und diese im Umfeld in Einklang zu bringen sind. Gesellschaftliche Vorgänge werden unter der subjektorientierten Prämisse betrachtet, wie Strukturen und deren Rückwirkungen die Umfeldstrukturen beeinflussen (vgl. PROJEKTGRUPPE 1995; KUDERA/VOSS 2000). Alfred Schütz und Thomas Luckmann gehen in ihrem Ansatz zur Analyse der Lebensweltstrukturen zunächst vom „fraglos Gegebenen“ aus, fragen, unter welchen Umständen etwas problematisch wird, wie sich das erlebende Subjekt die Lebenswelt strukturiert und auf welche Vorerfahrung es sich dabei stützt (vgl. SCHÜTZ/LUCKMANN 2003). Diese maßgebliche Basis für die Herausbildung oder Infragestellung eigener Lebensentwürfe in einer mehr oder weniger widersprüchlich erfahrenen Welt ist Grundlage der eigenen Handlungsorientierung und faktischen Art und Weise zu leben. Das Prinzip der Nachhaltigkeit – so eine Grundannahme des Projekts – erscheint dabei für die Handlungsorientierung und somit unmittelbare Lebensplanung als Logos, der universelle, weil intra- und intersubjektive Gültigkeit, beanspruchen kann.

Methodologisch bezieht sich die Studie v.a. auf die von GLASER/STRAUSS formulierte Grounded Theory (2005), sie folgt dabei aber eher dem Ansatz von STRÜBING (2004), der die Arbeit des Forschens in Anlehnung an STRAUSS (1991) als Parallelität von Datenerhebung, Datenanalyse und Theoriebildung, als wechselseitigen, sich in einer Erkenntnisspirale wiederholenden Prozess von Verstehen (der Zusammenhänge, in denen ein Phänomen erscheint) und Erklären (seiner Ursachen)

beschreibt (S. 14 ff.). Das Erkenntnisinteresse ist auf die konkrete Realität bezogen, d.h. die Studie nimmt besondere beobachtbare Veränderungen von Lebensweisen (als individuelle Normabweichung und in der Generationenfolge) zum phänomenologischen Ausgangspunkt für Vergleiche und Typenbildung sowie parallel zur Interpretation, um diese ggf. später weiter empirisch zu erhärten und zu präzisieren, möglicherweise zu korrigieren.

Der Ausgangspunkt in der Alltagswelt wird bezogen auf gesellschaftlich-strukturelle wie auch soziokulturell besondere Bedingungen, die mit dem regionalen Umfeld in Beziehung stehen. Dabei wird neben dem Bezug auf SCHÜTZ/LUCKMANN konkret inhaltlich und z.T. forschungspragmatisch angeknüpft an die Untersuchung „Umweltbewußtsein und Alltagshandeln – Eine empirische Untersuchung sozial-kultureller Orientierungen“ von POFERL/SCHILLING/BRAND (1997).

Mit den qualitativen empirischen Methoden der Erhebung (APITZSCH 2003, S. 97 ff.), u.a. in Aspekten der Biographieforschung, soll versucht werden, den skizzierten theoretischen Ansatz forschungssystematisch so umzusetzen, dass neben den konkreten Ergebnissen auch der Wirkungsgrad des Nachhaltigkeitsprinzips in der Lebenswirklichkeit nachgewiesen werden kann.

Dieses theoretische und empirische Untersuchungskonzept lässt Ergebnisse erwarten, die substanziellen Aufschluss geben über die Wirkungen der großräumigen Bedeutung des Biosphärenreservats Rhön und die alltäglichen Lebensweisen und Erfahrungen, über deren Reflexion und bewusstseinsbildende Wirkungen, sinnorientierte Haltungen und konkrete Lebenspraxis. Es ermöglicht die Ermittlung und Feststellung differenzierter Einstellungen, ihre Begründungs- und Entstehungszusammenhänge, ihre spezifischen Ausprägungen und Stabilisierungsfaktoren. Die Erhebungen sind auf zwei Ebenen interpretierbar: erstens die subjektive Interpretation ihrer Lebenswelt durch die Befragten selbst mit eigenen Erklärungs- und Begründungszusammenhängen sowie zweitens die externe, objektivierte und vergleichende Analyse des Forschungsteams. D.h., es kann davon ausgegangen werden, dass sich die Erkenntnisse und Ergebnisse deutlich von doch häufig dominierenden Vordergründigkeiten situativ geäußerter Meinungen und Einstellungen in quantitativen Identitätsbefragungen zu Region und Biosphärenreservat unterscheiden.

### **Ansatzpunkte und methodische Vorgehensweise**

Die Einrichtung eines Biosphärenreservats in der Rhön durch die Bundesländer Bayern, Hessen und Thüringen sowie die Anerkennung durch die UNESCO 1991 bedeuteten die Auswahl einer länderübergreifenden Kulturlandschaft als Modellregion für eine nachhaltige Entwicklung. Über 16 Jahre Entwicklungszeit sind ein Zeitraum, in dem qualitative Veränderungen in der Lebensweise angenommen werden können. In dieser noch zu belegenden Annahme ist auch die zentrale Forschungshypothese dieses Projekts zu sehen. Hinzu kommen die Veränderungen der Lebensbedingungen durch die damit einhergehende Information, Beratung, Infrastrukturmaßnahmen und Förderung. Welche realen Veränderungen in Richtung einer nachhaltigen Lebensweise stattgefunden haben, wird im Rahmen dieses Projekts zunächst anhand ausgewählter Fallbeispiele aus den drei Länderteilen des Biosphärenreservats Rhön (Bayern, Hessen, Thüringen) untersucht. Es werden Einzelpersonen bzw. Personengruppen aus den Bereichen Landwirtschaft, Gastronomie und Bildung/Erziehung befragt, bei denen Einflüsse des Biosphärenreservats und davon ausgehender neuer Orientierungen in der Region durch ihre Tätigkeit, Einstellung und spezifische Stellung wahrscheinlich sind. Personen mit allzu engen Bindungen an die Aktivitäten der Verwaltungsstellen des Biosphärenreservats und anderer institutioneller Strukturen, die eine direkte Wirkung auf oder Bindung an diese

bedeuten können, nehmen nicht an der zunächst als Vorstudie angelegten Untersuchung teil. Der besonders wichtige Wirkfaktor „Grenzöffnung“, d.h. die Öffnung der Grenze durch die DDR am 9. November 1989 und die am 3. Oktober 1990 stattfindende Auflösung der DDR und deutsche Wiedervereinigung, werden im Kontext der Fragestellungen zu präzisieren und darauf bezogen eigenständig zu interpretieren sein. Dies gilt für den thüringischen Teil des Biosphärenreservats in besonderer Weise, hat aber auch für den hessischen und bayrischen Teil vielfältige lebensweltliche Präjudizierungen und Auswirkungen, die in den Untersuchungen zu analysieren und zu bewerten sind. Insgesamt muss es darum gehen, herauszufinden, ob sich bestimmte Typenmuster bei den erwarteten Veränderungen erkennen lassen.

Die begonnene Studie will aber im Unterschied zu klassischen Meinungs- und Einstellungsuntersuchungen primär real vollzogene oder unmittelbar bevorstehende faktische Veränderungen in verschiedenen Lebensbereichen aufspüren, die auf die Änderungen in der Lebensweise schließen lassen. Dabei gehen wir der Kernfrage nach, was die Hauptwirkfaktoren sind und ob sich diese mit den Zielsetzungen eines Biosphärenreservats und den Aktivitäten seiner Hauptakteure in Verbindung bringen lassen.

Aus den geäußerten und beobachtbaren Veränderungen lassen sich Rückschlüsse auf geäußerte Grundeinstellungen und Werte ziehen wie auch Bestätigungen oder eine Infragestellung der geäußerten Wertmaßstäbe. Es wird damit quasi überprüft, ob Handlungen, die für die Lebensweise prägend sind bzw. sie repräsentieren, solche Äußerungen bestätigen oder verneinen. Ließe sich nachweisen, dass das BRR mit Information, Beratung und Projektunterstützung nicht nur steuernd im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung wirkt, sondern darüber hinaus zu Einstellungsänderungen und daraus resultierenden Handlungskonsequenzen für die Art und Weise zu arbeiten und zu leben führt, könnte von einer Art „regionaler Sozialisationsinstanz“<sup>1</sup> gesprochen werden.

Zurzeit werden erste narrativ ausgerichtete Leitfadeninterviews durchgeführt. Diese dienen neben ihren eigenständigen qualitativen Befunden auch der Konstituierung bzw. Vertiefung von Leitfragen i.V.m. der Überprüfung eines Fragebogens zur standardisierten Erhebung von Rahmendaten; parallel erfolgen die Beobachtung des Wohn- und/oder des Arbeitsumfeldes der zu untersuchenden Per-

---

<sup>1</sup> Wie IPSEN (2003, S. 542) ausführt, findet die Region in der Soziologie bisher wenig Berücksichtigung. Vor diesem Hintergrund plädiert er für einen sowohl systemischen als auch lebensweltlichen Ansatz einer Raumsoziologie, die Gestalt und Dynamik ihres Gegenstands erfasst und erklärt; wobei klar ist, dass die Gesellschaft den zentralen Bezug der Soziologie darstellt (ESSER 2003, S. 523).

Folgt man diesem Ansatz und rekurriert dabei methodologisch auf die Grounded Theory (vgl. die vorherigen Ausführungen dazu), lässt sich nicht nur fragen, welche Gestalt hat das Biosphärenreservat Rhön angenommen, sondern welche Prozesse haben zu welchen sozialisierenden Wirkungen seit seiner Einrichtung 1991 geführt.

Sozialisation, allgemein „... zu verstehen als Prozess der Entstehung und Entwicklung der Persönlichkeit in wechselseitiger Abhängigkeit von der gesellschaftlich vermittelten sozialen und materiellen Umwelt ...“ (ZIMMERMANN 2006, S. 15), findet dabei eben auch im Erwachsenendasein und in der beruflichen Tätigkeit statt (JOAS 2007, S. 157, 7.). Dabei spielt der subjektive Faktor in der Entwicklung eine bedeutsame Rolle in der Wechselwirkung des Subjekts mit den Außeneinflüssen, kulturelle und regionale Spezifika werden zu relevanten Teilen über die Generationen vermittelt bzw. angeeignet (vgl. ebd. 5.).

Es lässt sich deshalb die These formulieren, dass dort, wo es zu regionalen institutionellen (z.B. Beratung, Förderung oder Infrastruktur schaffend) oder einheitlich informellen (kulturellen) Wirkungen kommt, gerade wenn sie existenzielle Bedeutung und Relevanz für das Subjekt erlangen, von „regionaler Sozialisation“ gesprochen werden kann. In der Bewertung der Ergebnisse ließe sich dann möglicherweise auch von „regionaler Identität“ und spezifischen regional geprägten Einstellungen und Werthaltungen sprechen.

sonengruppen. Ergänzend werden Interviews mit Experten geführt, die genügend Distanz zur Biosphärenreservatsverwaltung und hinreichend Erfahrung hinsichtlich der spezifischen Gesprächsgegenstände besitzen. Über eine mögliche Ergänzung der Feldforschung durch Gruppendiskussionen unter Beteiligung von Experten wird zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden sein.

Eine wichtige Grundlage der Studie ist die langjährige wissenschaftliche Beschäftigung der Forschungsgruppe der „Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit“ an der Hochschule Fulda mit dem UNESCO-Biosphärenreservat Rhön (BBR).<sup>2</sup>

### **Erste Ergebnisse**

Eine erste Fallstudie verweist auf einen maßgeblichen Einfluss des Biosphärenreservats Rhön für faktische Veränderungen im beruflichen Bereich (Gastronomie i.V.m. Lebensmittelherstellung). Der Faktor Grenzöffnung war allerdings mitentscheidend für die wirtschaftliche Perspektive einer Existenzgründung. Die dem zugrunde liegende Einstellungsänderung hin zu einer konsequenten nachhaltigen Lebensweise im beruflichen wie im privaten Bereich sowie die Rückbesinnung auf die Region Rhön als identitätsprägender Faktor wurde durch das BRR verstärkt, wenn nicht sogar mit ausgelöst.

In weiteren Fallstudien zeigt sich bisher, dass in den untersuchten Bereichen Arbeiten, Wohnen, Zusammenleben, Ernährung, Freizeit/Kultur/Politik und Mobilität wesentliche ermittelbare Veränderungen nicht durch das BRR ausgelöst oder mit ausgelöst wurden.

In einer dieser Fallstudien kam es zu einer deutlichen Unterstützung der Nachhaltigkeitsorientierung v.a. im beruflichen Bereich (Landwirtschaft i.V.m. Tourismus). Aber auch hier ist beim derzeitigen Stand der Analysen von einer ökonomischen Bedeutung des Wirkfaktors Grenzöffnung beim Aufbau der eigenen Existenz auszugehen. Die dort heute vorhandene Motivation, nachhaltig zu wirtschaften und zu leben, wurde durch das BRR sicherlich indirekt gefördert.

In weiteren Fallstudien war das BRR im beruflichen Bereich ein marginaler – allenfalls die Rahmenbedingungen optimierender – Faktor für ein Mehr an Nachhaltigkeit. In der privaten Lebensweise spielte es keine (direkte) Rolle. Allerdings dürfte seine bloße Existenz einen Rahmenfaktor darstellen, der eine nachhaltige Lebensweise eher fördert.

Aus den ersten sechs der insgesamt 18 geplanten Interviews und einem Experteninterview lassen sich so bisher drei typisierende Muster erkennen.

*Typus I: Durch konsequente Nachhaltigkeit geprägte berufliche und private Neuorientierung (zurück in die Rhön) und Existenzaufbau mit engem Bezug zur Region  
Das BRR ist – neben anderen Wirkfaktoren – bedeutsam für die Entstehung und Umsetzung der neu gewonnenen Grundüberzeugung, nachhaltig in der Region zu arbei-*

---

<sup>2</sup> Erich Ott hat sich seit 1991 in den Aufbau- und Entwicklungsprozess des UNESCO-Biosphärenreservats Rhön eingebracht, hervorzuheben ist hierbei seine Beteiligung bei der Entwicklung der Rahmenkonzeption (GREBE/BAUERNSCHMITT 1995). Seine Einbindung in die „Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön an der Hochschule Fulda (WSR)“ und in die „Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Fulda (FRN)“ seit 2003 lässt sich ebenso wie die von Dieter Wittmann einsehen unter [www.rhoenprojekt.de](http://www.rhoenprojekt.de).

*ten und zu leben. Die Grenzöffnung wirkt als Verstärkung, ggf. als eigenständiger Faktor. Ein weiterer Faktor ist die berufliche Erfahrung außerhalb der Rhön. Ein Zusammenhang zwischen dem multifaktoriellen Entstehen einer veränderten Einstellung und neuen beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten in der Heimatregion wird deutlich.*

*Typus II: Durch mehr oder weniger konsequente Nachhaltigkeit geprägter beruflicher und privater Existenzaufbau in der Region*

*Das BRR wirkt unterstützend, ist aber weder für die Grundeinstellung noch für die Art und Ausgestaltung der neuen Existenz maßgeblich oder spielt gar keine Rolle. Die wachsende Bekanntheit und Akzeptanz der Rhön als touristische Zielregion hat wirtschaftlich positive Auswirkungen, die durch das BRR zumindest mitbewirkt werden. Die Grenzöffnung wirkt in Bayern und Hessen als ökonomisch stabilisierender, ggf. als eigenständiger darüber hinausgehender Faktor. Für eine nachhaltige Lebensweise substanzieller Art hat sich die z.T. modern überformte bäuerlich-dorfgemeinschaftliche Tradition ausgewirkt.*

*Typus III: Eine mehr oder weniger stark ausgeprägte, weitgehend vorhandene Nachhaltigkeitsorientierung entwickelt sich in Thüringen im beruflichen und privaten Bereich unter den veränderten Lebensbedingungen nach der Grenzöffnung. Dabei werden ca. in den ersten 10 Jahren konsumtive Bedürfnisse (Wohnung, Ernährung, Reisen) z.T. ökologisch wenig reflektiert, nach einer gewissen Konsolidierung erfolgt dies jedoch verzögert. In Bezug auf soziale Nachhaltigkeit wird die neue individualisierende und konkurrenzorientierte Gesellschaftsform negativ bewertet.*

*Das BRR wird dabei als regionaler Entwicklungsfaktor eher positiv wahrgenommen, hat aber im beruflichen eine geringe und im privaten Bereich keine weitergehende Funktion.*

Im Fall des Typus I bestätigt sich die zuvor formulierte Hypothese des BRR als regionale Sozialisationsinstanz mit Wirkung auf eine regionale und nachhaltige Einstellung mit entsprechenden Handlungskonsequenzen zu einem relevanten Teil. In den anderen Typen kann von einer Unterstützungsfunktion oder von positiven Rahmenbedingungen ausgegangen werden.

Interessant sind Aspekte, die möglicherweise auf Elemente einer spezifischen DDR-Sozialisation schließen lassen, weil sich dort offensichtlich ein gesellschaftlich induziertes Nachhaltigkeitsbewusstsein in der Lebensweise entwickeln konnte, das sich in der thüringischen Rhön erkennbar mit bäuerlich-dorfgemeinschaftlichen Traditionen verbunden hat. Der Wirkfaktor „bäuerlich-dorfgemeinschaftliche Traditionen“ ist allerdings modifiziert auch in West-Beispielen zu beachten und ggf. näher zu untersuchen.

Das Experteninterview hat v.a. für Bayern und Hessen die grundsätzliche Offenheit von Grundstückseigentümern für nachhaltig-kooperative Nutzung (extensive, ggf. gemeinsame Nutzung, Weitergabe der Flächen zum Zwecke des Naturschutzes etc.) oder die Bereitschaft zum Tausch von Flächen erkennen lassen – bei offensichtlich größeren Problemen in der Umsetzung. Dies gilt insbesondere im Vergleich z.B. mit der Herkunftsregion des Experten, dem Vogelsberg. Hemmfaktoren sind die emotionale Bindung an den z.T. erst urbar gemachten oder mühsam bearbeiteten Boden und eine Traditionsbindung, die dem Alten weitestgehend verhaftet bleibt und kaum modernisierende Überformung zulässt. Die Offenheit für Veränderungen ist insoweit begrenzt, weil sie motivational nicht ausreicht, um eine Selbsttätigkeit und Eigendynamik zu bewirken.

Verdichtet man die Zielsetzung eines Biosphärenreservats auf den Grundsatz „Schutz durch Nutzung in einer modellhaften Region“, so lässt sich annehmen, dass dieser in besonderen Fällen handlungswirksam vermittelt werden und in andern Fällen aktiv oder passiv unterstützt werden konnte.

## Literatur

APITZSCH, Ursula 2003: Biographieforschung. In: Orth, Barbara / Thomas Schwietring / Johannes Weiß 2003: Soziologische Forschung: Stand und Perspektiven, Opladen

ESSER, HARTMUT 2003: Das Modell der soziologischen Erklärung und die Paradigmen der Soziologie. In: Orth, Barbara / Thomas Schwietring / Johannes Weiß 2007: Soziologische Forschung: Stand und Perspektiven, Opladen, S. 523-532

GLASER, Barney G. / Anselm L. STRAUSS 2005: Grounded Theory – Strategien qualitativer Forschung, Bern

GREBE, Reinhard / Guido BAUERNSCHMITT (Bearbeiter) 1995: Biosphärenreservat Rhön – Rahmenkonzeption für Schutz, Pflege und Entwicklung, Radebeul

IPSEN, Detlev 2003: Von der Stadt- und Regionalsoziologie zu einer Soziologie des Raumes? In: Orth, Barbara / Thomas Schwietring / Johannes Weiß 2007: Soziologische Forschung: Stand und Perspektiven, Opladen, S. 533-546

JOAS, Hans (Hg.) 2007: Lehrbuch der Soziologie, Frankfurt/M.

KUDERA, Werner / Günter G. VOSS (Hg.) 2000: Lebensführung und Gesellschaft. Beiträge zu Konzept und Empirie alltäglicher Lebensführung, Opladen

POFERL, ANGELIKA / Karin SCHILLING / Karl-Werner BRAND 1997: Umweltbewußtsein und Alltagshandeln – Eine empirische Untersuchung sozial-kultureller Orientierungen, Opladen

PROJEKTGRUPPE „ALLTÄGLICHE LEBENSFÜHRUNG“ (Hg.) 1995: Alltägliche Lebensführung. Arrangements zwischen Traditionalität und Modernisierung, Opladen

SCHÜTZ, Alfred / Thomas LUCKMANN 2003: Strukturen der Lebenswelt, Konstanz

STRAUSS, ANSEM L. 1991: Grundlagen qualitativer Sozialforschung, München

STRÜBING, Jörg 2004: Grounded Theory – Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung, Reihe: Qualitative Sozialforschung, Bd. 15, Wiesbaden

ZIMMERMANN, Peter 2006: Grundwissen Sozialisation – Einführung zur Sozialisation im Kindes- und Jugendalter, Wiesbaden

## Slow Life

Christoph Klotter

Hektik, Stress und Zeitknappheit scheinen die Zeit, in der wir leben, in hohem Maß zu prägen. Die Nahrungsaufnahme wird dementsprechend in Zusammenhang gebracht mit: Fast Food, Convenience-Produkten, keine Zeit zum Einkaufen, Zubereiten und Verspeisen der Lebensmittel, Verlust an Esskultur usw.

Die internationale Bewegung Slow Food hat sich dagegen zum Ziel gesetzt, die genannten Merkmale derzeitiger Nahrungsaufnahme zurückzudrängen oder zum Verschwinden zu bringen. Essen soll wieder in Ruhe, in der Gemeinschaft, mit qualitativ hochwertigen und traditionellen Lebensmitteln stattfinden. Voraussetzung von Slow Food ist demnach Slow Life.

Aber ist Slow Life in unserer Zeit überhaupt lebbar? Ist Slow Life realisierbar oder nur ein frommer Wunsch? In den folgenden Ausführungen soll diesen Fragen anhand der Problematisierung verschiedener Zeitmodelle nachgegangen werden.

### 1. Zur heutigen Zeiterfahrung

Eine der beliebtesten Floskeln unserer Zeit lautet: „Keine Zeit!“. Diese Floskel wird ohne Ironie oder Abstand formuliert. Wir erleben die Zeit als das, was wir nicht (genug) haben. Ein Tag könnte ruhig aus 48 Stunden bestehen. Schlimmer noch ist, dass wir das Gefühl haben, der Zeit hinterherzurrennen. Wir begreifen heute die Zeit geradezu als unseren Gegner. Sie erscheint wie ein Sog, der uns verschlingt. Wir kämpfen gegen die Unaufhaltsamkeit der Zeit an. Wir versuchen, gegen den Strom der Zeit anzuschwimmen – vergeblich! Die Zeit ist wie ein Gefängnis – aus ihm entlassen zu werden: der Tod.

### Konzeption der Zeit

Wir konzipieren in unserer Kultur die Zeit als einen linearen Prozess. Andere, „primitivere“ Kulturen denken dagegen die Zeit als ewigen Kreislauf von Frühling, Sommer, Herbst und Winter oder als ewigen Wechsel von Tag und Nacht. Nichts geht voran, alles kommt nur wieder. Die Zeit als linearen Prozess zu konzipieren hat Konsequenzen. Dieser Zeitstrahl ist im Grunde nicht zu stoppen – ein Zug ohne Bahnhöfe, bis auf den einen letzten *Bahnhof*, von dem nicht sicher ist, ob es ein Bahnhof ist oder ein Abstellgleis. Der Zeitstrahl fundiert die eben skizzierte heutige Erfahrung, keine Zeit zu haben.

Wir konzipieren die Zeit ebenso als ein Gut, als ein Kapital, das es zu nutzen gilt. Diese Konzeption firmiert unter dem Begriff des Utilitarismus in der Neuzeit und der Moderne. Die Bewegung auf dem Zeitstrahl ist mit Arbeit verbunden. Wir sitzen nicht dösend als Passagiere in einem Zug auf dem Zeitvektor, vielmehr sind wir rastlos Tätige. Der Zug bewegt sich zwar ohne unsere Kraftanstrengung, aber wir gelten als faule Müßiggänger, wenn wir uns in den Waggonsitzen nur müde räkeln. Je mehr wir in möglichst kurzer Zeit erwirken und erstellen, umso ehrenwerter erscheinen wir uns. Sich vom Zug nur tragen zu lassen wie vom Winde, ist dagegen unehrenhaft. Und selbst

wenn wir nichts zu tun haben – für eine halbe Stunde –, müssen wir dennoch vortäuschen, etwas zu tun. Wollen wir ehrenhaft und erfolgreich sein, dann müssen wir das Kapital Zeit nutzen: keine Sekunde verschenken, schneller als der andere sein, auf dem Heldenfriedhof der Moderne mit einem Herzinfarkt enden, ein würdiger Tod.

Diese, unsere unerbittliche Zeiterfahrung ist diktiert von der Protestantischen Ethik, die Max Weber so präzise beschrieben hat:

„Das sittlich wirklich Verwerfliche ist nämlich das *Ausruhen* auf dem Besitz, der *Genuss* des Reichtums mit seiner Konsequenz von Müßigkeit und Fleischeslust, vor allem von Ablenkung von dem Streben nach „heiligem“ Leben. Und *nur* weil der Besitz die Gefahr dieses Ausruhens mit sich bringt, ist er bedenklich. Denn die „ewige Ruhe der Heiligen“ liegt im Jenseits, auf Erden aber muss auch der Mensch, um seines Gnadenstands sicher zu werden, „wirken die Werke dessen, der ihn gesandt hat, solange es Tag ist“. Nicht Muße und Genuss, sondern nur Handeln dient nach dem unzweideutig geoffenbarten Willen Gottes zur Mehrung seines Ruhms. *Zeitvergeudung* ist also die erste und prinzipiell schwerste aller Sünden. Die Zeitspanne des Lebens ist unendlich kurz und kostbar, um die eigene Berufung „festzumachen“. Zeitverlust durch Geselligkeit, „faules Gerede“, Luxus, selbst durch mehr als der Gesundheit nötigen Schlaf – 6 bis höchstens 8 Stunden – ist sittlich absolut verwerflich.“ (WEBER 1993, S. 124)

### **Zeiterfahrung und Interdependenzketten**

Vor dem ehrenwerten „protestantischen“ Tod liegt eine unendliche Kette aufeinander folgender Ereignisse und Verkettungen. Hierzu ein kleiner Ausschnitt: Wenn die Ersatzteile morgen ankommen, dann kann das Auto morgen auch repariert werden, dann kann ich es übermorgen um 7.00 Uhr abholen, die Kinder in die Schule fahren, das Paket, auf das Oma wartet, zur Post bringen, dabei noch eine SMS senden.

Durch diese Ereignisketten *gestresst* zu sein, ist nur vermeintlich ein Ergebnis einer stressanfälligen Persönlichkeit, betrifft nicht nur Personen, die scheinbar nicht belastbar sind. *Gestresst* zu sein, hat auch nichts zu tun mit einer freien Wahl für ein anstrengendes Leben. Vielmehr stehen wir nach Norbert Elias heute in unendlichen Interdependenzketten (Abhängigkeitsgefüge). War der Bauer, so Elias, im Mittelalter noch nahezu autark, produzierte er fast alles selbst, was er zum Leben nötig hatte, so sind wir heute in eine Vielzahl von weitreichenden Interdependenzketten eingebunden. Wir sind ohne diese nicht lebensfähig. Und diese Ketten erzeugen unweigerlich Zeitdruck.

Ein weiteres kleines Beispiel: Um einen Vortrag zu schreiben, brauche ich ein Buch aus den USA, der Buchhändler verspricht es mir für nächste Woche. Anstatt dieses zu lesen, kann ich in die Bibliothek gehen, um Online-Literaturrecherchen zu machen. Hoffentlich ist das Netz nicht überlastet. Falls doch, kann ich in die Bibliothek gehen, die allerdings in der vorlesungsfreien Zeit nur bis 14.00 Uhr offen hat und die Online-Arbeitsplätze oft besetzt sind. Ich muss also gleich um 9.00 Uhr da sein. Mein Notebook streikt ausgerechnet jetzt, der Chip aus Taiwan hat Lieferschwierigkeiten, ich leihe mir das Notebook von einer Freundin aus, die morgen um 6.00 Uhr am Flughafen sein muss; wenn die S-Bahn Verspätung haben sollte, dann muss ich ...

Die Erfahrung der Unaufhaltsamkeit der Zeit wird unterfüttert durch den Eindruck, ein Opfer unendlicher Interdependenzketten zu sein, die nur dann einigermaßen verlässlich sind, wenn man hurtig ist, wenn man sich wie Tarzan im Zeitschunzel fliegend und gleitend bewegt. Aber der Traum vom

fliegenden Tarzan wird getrübt von permanenten Abstürzen und Zusammenstößen: Der gerade reparierte Drucker gibt nach drei Tagen den Geist wieder auf. Das Nutzen des „www.“ offenbart sich als Einflugschneise für Viren und Würmer, die den PC allmählich zerstören.

### **Die Ambivalenz des Termins**

Um zu überleben und zu leben, sind wir dazu angehalten, uns der Realität zuzuwenden. Die Realität der Interdependenzketten zwingt uns zu einem Einhalten zahlloser Termine, die kaum alle wahrzunehmen sind. So ist das, was uns am meisten an die Realität bindet: der Termin, der Terminplan, das, was uns am meisten von der Realität entfremdet: das Zwangskorsett der Termine. Sie halten das Leben auf eine nötigende Weise zusammen. Zugleich: Was täten wir, wenn wir keine Termine hätten? Wir wären dann ein Nichts im Nichts.

### **Vom räumlichen zum zeitlichen Heilversprechen**

Die Moderne hat das räumliche Heilversprechen – nach oben in den Himmel kommen – in gewisser Weise verzeitlicht. Sie hat angesichts der Schwächung des christlichen Glaubens diesen modifiziert und transformiert. Die Erlösung liegt nun in der Zukunft. In der Verheißung einer zukünftigen besseren Welt erscheint das jetzige Leben als ein noch nicht richtig leben. Das „noch nicht“ ist der Motor, der uns vortreibt. Das „noch nicht“ zwingt zum Fortschreiten oder zum Fortschritt. Fortschritt ist gleichbedeutend mit nie ankommen. Es gibt kein Ende des Fortschritts, so wie die lineare Zeit zwar individuell, aber nicht kollektiv endet. Im Himmel oder in der Hölle – so das Versprechen – ist man irgendwann endgültig angekommen. Nicht so beim Fortschritt. Er ist ein unabschließbarer Prozess, mit dem das Jetzt unentwegt desavouiert wird. Der Fortschritt entwertet das Jetzt. Dies wird zu einem unwürdigen Zustand, der baldigst zu verlassen ist. Das, was ist, ist nichts oder zu wenig. „Etwas Besseres als das Jetzt werden wir überall finden“. Der Fortschritt gebiert eine strukturelle Unzufriedenheit und Klagsamkeit und eine strukturelle Unsicherheit: Man ist immer auf Achse, für immer, so lange man lebt. Bleiben und Zugehörigkeit ist dahin. Das Bedürfnis nach diesem wird als kleinbürgerliche Haltung abgewehrt und von den rückwärts oder vorwärts gewandten Utopisten ausgebeutet, die mit scheinbar sicheren Bleiben locken: mit der mittelalterlichen Trutzburg oder der klassenlosen Gesellschaft.

## **2. Alternativen zur linearen Zeiterfahrung**

Die Erfahrung einer linearen unaufhaltsamen Zeit begünstigt das Begehren, aus dieser aussteigen zu wollen. Gestillt wird dieses Begehren z. B. insbesondere mittels der radikalen Avantgarde.

### **Die Avantgarde**

Die Avantgarde ist ein kulturelles und politisches Phänomen des 19. und 20. Jahrhunderts, das sich aus zahllos unterschiedlichen Avantgarden zusammensetzt. Sprich: Es gibt nicht die *eine* Avantgarde. Es gibt auch nicht die *eine* Definition dessen, was Avantgarde ist. Der Begriff Avantgarde stammt aus der Sprache des Militärs und meint so etwas wie Vorhut, der naheliegenderweise das Heer, die Masse also, folgt.

Die Avantgarde ist in *einer* Interpretation gleichzusetzen mit dem eben skizzierten Vorwärtsdrang in der Moderne. Sie ist identisch mit dem Heilversprechen in der Zeit. Sie besitzt demnach ein „inner-

weltliches Erlösungspathos“ (v. BEYME 2005, S. 13). Erlösung wird nicht mehr mit dem Übertritt in eine andere Welt gleichgesetzt. Vielmehr hat diese Welt in der Zukunft Erlösung zu gewährleisten. Der Vorwärtsdrang in der Moderne ist identisch mit dem eben skizzierten Fortschritt, der in der gängigsten Variante zu Wohlbefinden für alle führen soll. Das, was Wohlbefinden ist, wird hierbei nicht näher definiert. Das Vehikel, das uns zu mehr Wohlbefinden bringen soll, besteht im Wesentlichen aus wissenschaftlich-technischen-administrativen Innovationen. Wohlbefinden soll sich dann einstellen, wenn die Autos besser werden (sicherer, ökologischer), wenn es wirksamere Medikamente gegen Krebs gibt, wenn die Anti-Aging-Cremes das wirklich einhalten, was sie versprechen.

In einer *anderen* Interpretation zeigt die Avantgarde radikalere Züge. Sie zielt zwar auch auf ein innerweltliches Heilversprechen, aber der wissenschaftlich-technische Fortschritt reicht ihr keineswegs. Die radikalere Avantgarde ist in der Welt der Ideen angesiedelt, in der Welt von Kunst und politischen Visionen. Der rein technokratische Fortschritt widert sie gleichsam an. In der Kunst ist sie dann der letzte Schrei, das absolut Neue, die schiere Innovation, die die Tradition überwindet oder zertrümmert. In ihrer Haltung ist sie entschlossen und unerbittlich. Die politische Avantgarde vermag nicht minder radikal zu sein, bearbeitet die Menschenmasse wie eine Skulptur, Opfer nicht scheuend. Gerade die Größe des Opfers demonstriert die Entschlossenheit der Avantgarde.

Der Sozialismus ist eine typische Avantgarde-Bewegung, der Nationalsozialismus könnte als Pervertierung des Avantgarde-Konzepts verstanden werden (Niels Beckenbach) oder als andere Variante der Avantgarde.

Die radikale politische Avantgarde überwindet scheinbar die eben beschriebene, durch das Fortschrittsdenken verursachte Ungewissheit des Augenblicks, indem sie uns einerseits veranschaulicht, dass es sich lohnt, *dorthin* weiterzugehen, indem sie uns – der Masse – andererseits versichert, dass die Avantgarde bereits an diesem Ort ist, der der Ort des Richtigen und Guten ist. Mit dem einen Bein steht die Avantgarde im Jetzt, mit dem anderen ist sie weit entfernt: am richtigen Ort, der bedauerlicherweise nur für die Avantgarde erreichbar ist. Sie wird uns immer auffordern, an den richtigen Ort zu kommen, nur finden wir seltsamerweise dort nicht hin. Deshalb ist Terror das Mindeste, was die Avantgarde einsetzen darf – gegen die Masse –, um sie in Gang zu bringen in Richtung auf den richtigen Ort. Sie ist zum Terror gleichsam genötigt, da die Masse träge und desorientiert ist. Die Masse hat zwar Ohren, um die Heilsbotschaft der Avantgarde zu vernehmen, aber sie ist unfähig, den richtigen Weg einzuschlagen.

Dennoch: Bei aller unmissverständlichen Gewissheit, die die radikale Avantgarde ausstrahlt, bleiben einige nagende Fragen: Wir wissen nicht, wie es die Avantgarde geschafft hat, an den richtigen Ort zu gelangen. Und wir verstehen auch nicht, warum sie einerseits dort und andererseits hier sein kann, zugleich, ein Wunder. Wir wollen wissen, wie es möglich ist, *vor* der Zeit zu sein. Die Avantgarde hat den Fortschritt hinter sich gelassen, indem sie schneller als der Fortschritt ist.

Auch in der Ernährungswissenschaft spielen die Konzepte der Avantgarde eine bedeutsame Rolle. In diesem Feld ist die Avantgarde einerseits identisch mit dem wissenschaftlichen Fortschritt, mit der Entfesselung wissenschaftlicher Forschung (1). Sie ist andererseits auch in diesem Bereich radikal (2). Dies betrifft einerseits das Verhältnis von Ernährungsexperte und Laie, andererseits die alternativen Ernährungslehren.

(1) In einer Version ist die Avantgarde identisch mit dem Geist der Moderne. In der Ernährungswissenschaft führt dieser Geist zu einer sehr erfolgreichen industriellen Lebensmittelproduktion, zur

Verbesserung der Konservierungstechniken und zu weitaus schnelleren Transportmöglichkeiten. Der am Morgen in der Nordsee gefangene Fisch wird am Abend in München verspeist. Die Essbarkeit des Fisches wird *prinzipiell* verbessert, indem einerseits die Transportgeschwindigkeit erhöht wird, indem andererseits z.B. durch Tiefkühlen die Zeit des Verfalls angehalten wird. Erhöhte Transportgeschwindigkeit, das Anhalten der Zeit (Konservierung) und die immens verbesserte Lebensmittelproduktion führen in den Industrienationen zu einem in der Menschheitsgeschichte nahezu einmaligen Zustand: zu einer für fast alle ausreichenden Ernährungslage. Die prägenden Erfahrungen in der Menschheitsgeschichte von Lebensmittelknappheit, Hungerkrisen und Hungertod werden abgelöst von Überfluss.

Dass dieser Traum quasi durch die moderate technische Avantgarde in Erfüllung gegangen ist, veranlasst nun die wenigsten Menschen dazu, sich zufrieden oder glücklich zu zeigen, zumindest ist hiervon nichts zu vernehmen. Die Tragik der moderaten Avantgarde ist die, dass ihre immens großen Früchte nicht anerkannt werden. Die radikale Avantgarde ist fast immer aufsehenerregender. Die moderate Avantgarde wird gering geschätzt, gehasst und verachtet dafür, dass sie uns so gut ernährt. Sie ist die fade Mutter, von der man sich radikal distanzieren muss. Natürlich will niemand das Rad der Geschichte wirklich zurückdrehen, niemand will mehr hungern. Dennoch träumen wir romantisch von der Vergangenheit: Während wir beim Bio-Discounter fantastisch billige Äpfel kaufen, träumen wir von dem kleinen Bauernhof mit zwei Kühen, zwei Katzen, einem Hund und einem niedlichen Kräutergarten vor dem Hof. Während unsere Ausgaben für das Handy die für die Lebensmittel bei weitem übertreffen, wählen wir grün und sind davon überzeugt, ein gesundes und ökologisches Leben zu führen.

(2) Die radikale Avantgarde zehrt von der vermeintlichen Schwäche der moderaten Avantgarde. Erstere vergisst gerne die Leistungen der letzteren und zeichnet ebenfalls gerne ein katastrophisch-apokalyptisches Bild unserer Ernährungslage, obwohl unsere Ernährungslage selten in der Menschheitsgeschichte so gut war wie im Augenblick, was von der radikalen Avantgarde natürlich eher bestritten wird.

Selbst die ernährungswissenschaftliche Lehrmeinung ist von der radikalen Avantgarde nicht unberührt. Sie wird in den letzten hundert Jahren fast immer mit einem bestimmten Schema vorgetragen. Dieses besteht daraus, dass den Laien mitgeteilt oder vorgeworfen wird, sie ernährten sich nicht hinreichend gut. Sie müssten sich zudem viel besser ernähren, um Krankheiten zu vermeiden und Kosten im Gesundheitswesen zu senken. Sollten sie dies nicht zu tun gedenken, dann drohten negative Sanktionen. Die Masse der Laien wird also von einer Avantgarde belehrt, erzogen und „terrorisiert“. Die Ernährungsexperten kennen die richtige Ernährungsweise, setzen sie angeblich selbstverständlich um, sind also bereits am richtigen Ort, sind zugleich im Jetzt, um die Masse zu belehren, wohl wissend, dass diese nie den richtigen Ort erreichen wird. Das Fehlverhalten der Masse kann und soll bestraft werden. Die Avantgarde darf legitimerweise „Gewalt“ ausüben.

Zum Wesen der radikalen Avantgarde gehört dazu, dass der richtige Ort variabel ist. Er ändert sich alle paar Jahre. Mal soll das Verzehren von Kohlehydraten und das Meiden von Fetten das Heil versprechen, mal soll es genau umgekehrt sein. Es ist jetzt bereits abzusehen, dass es in einigen Jahren wissenschaftlich klar belegt sein wird, dass es ungesund ist, zu viel Obst und Gemüse zu essen. Bezüglich der Nahrungsaufnahme bedeutet also radikale Avantgarde, dass die Bevölkerung strukturell labilisiert wird: Sie isst stets das Falsche und sie muss dazu gebracht werden, das Richtige zu sich zu nehmen, was ihr niemals gelingen wird. Die Bevölkerung verhält sich stets defizitär.

Diese Form der Avantgarde geht mit der Haltung des aufgeklärten Absolutismus eine glückliche Verbindung ein. Diese Haltung besteht darin, die Körper der Menschen staatstauglich und -nützlich zu machen. Der individuelle Körper gehört in dieser Sicht dem Staat. Das Individuum hat sich so zu verhalten, dass der Staat ein starker ist und wird. Der Unterschied zwischen Avantgarde und aufgeklärtem Absolutismus besteht darin, dass die Avantgarde die Bevölkerung zwar drangsaliert, aber das Ziel variabel und unerreichbar ist. Der absolute Absolutismus ist im Gegensatz dazu utilitaristisch und rational: in Zielplanung und -anstrengung. Friedrich II. wollte Preußen zu einer europäischen militärischen Großmacht werden lassen und hat dies auch anteilig u.a. dank seiner gestählten und todesmutigen Armee erreicht. Die Säuberungswellen unter Stalin gehören dagegen eher zur Avantgarde: Sie folgen keiner rationalen Logik, schwächen den Staat eher und dienen vornehmlich dem Machterhalt eines Diktators. Radikale Avantgarde tendiert zum Irrationalen und Beliebigen. Sie ist tendenziell eine leere Form.

Zurück zur Ernährungswissenschaft: Zu der vorherrschenden ernährungswissenschaftlichen Lehrmeinung gesellen sich stets alternative Konzepte, die höchst unterschiedlich sind, fast immer ein radikales Konzept darstellen, den alleinigen Weg zur Gesundheit und Glückseligkeit für sich reserviert haben, sich gegenseitig befehlen, aber vor allem die vorherrschende Lehrmeinung als Scharlatanerie entlarven. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung geben die „Ernährungssekten“ verloren. Niemals wird sie zum richtigen Leben, zur richtigen Ernährung aufwachen. Die alternativen Ernährungslehren wenden sich im Grunde nicht an die Masse, sondern sind darauf ausgerichtet, Eliten auszubilden, die unter sich bleiben werden – eine Art von Geheimloge, deren Mitglieder ihre Identität daraus schöpfen, dass sie exklusiv und nahezu singulär sind. Mit dem gemeinen Volk geben sie sich gar nicht ab. Insofern sind die alternativen Ernährungslehren nicht Avantgarde.

Die Bewertung der eben skizzierten „Ernährungssekten“ endet in einem Zwiespalt. Einerseits ist anzuerkennen, dass sie nicht wie Schafe den wechselnden Lehrmeinungen der offiziellen Ernährungsexperten folgen, sondern einen Ausgang aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit finden (Kant). Im Sinne des Foucaultschen Spätwerks kann man ihnen die Sorge um sich attestieren. Andererseits weist ihre Suche nach Identität über spezifisches Essen etwas Verzweifertes auf. Die im Sinne Foucaults antike Sorge um sich fußte auf einem Gespräch unter Freien, wie das Leben schön, gut und gesund sein könne und weniger auf der ängstlichen Abgrenzung vom Anderen. Weil sie Mitglieder der Polis waren, fiel den Bürgern derselben die Identität gleichsam zu und sie mussten nicht vergeblich darum ringen. Die antiken Bürger hatten vermutlich auch weniger Ansprüche an ihre Identität und konnten deshalb auch weniger scheitern. Sie wussten noch, wie sehr sie ephemeroi waren, die dem Tageslicht Ausgesetzten. Und sonst nichts. Seit zweihundert Jahren hingegen hat sich der Identitätsanspruch totalisiert. Der äußere Gott hat sich in ein gottähnliches Selbst verwandelt. Das gottähnliche Selbst ist kein geringer Anspruch. An ihm zu zerbrechen, ist leicht. Unter ihm zu leiden, Garantie.

### **Der Dandy und seine Zeiterfahrung**

Entkommt die Avantgarde dem Strom des Fortschritts durch Beschleunigung, durch ein *vor* der Zeit sein, so hält der Dandy die Zeit an. Seine Bewegungen sind verlangsamt, er hastet nicht durch das Leben, er setzt kunstvoll einen Fuß vor den anderen, als ob er sich auf einer Bühne bewegen müsste und ihm aus dem Dunkel des Theaterraums 1000 Augenpaare folgen würden. Seine Absicht liegt in der Ästhetisierung der Existenz, als ob nur eine *schöne* Existenz einen Fluchtpunkt aus dem nor-

malen linearen Leben darstellen könnte. Der Notausgang aus dem Gefängnis der Zeit führt zum Innehalten. Ein Davonrennen, ein die Zeit Überholen, erachtet der Dandy als stillos und lächerlich. Hasten und Beschleunigen sind für den Dandy Ausdruck der Unfähigkeit, aus der Zeit auszutreten. Nur der Seinsvergessene eilt von Termin zu Termin, von Pflicht zu Pflicht. Der Dandy verachtet Fortschritt und die Avantgarde, die *vor* der Zeit sein will. Er bildet die paradoxe Avantgarde, die *aus* der Zeit ist. Er ist niemals bereit, zu einem Ziel zu kriechen oder gegebenenfalls auch zu sprinten, das er nicht kennt, das unerreichbar ist oder das ihm als erstrebenswert vorgegaukelt wird. Der Dandy hingegen stilisiert den Augenblick, er versucht ihn festzuhalten. Er macht eine großartige zeitlose Geste, gefroren für die Ewigkeit, und ist damit glücklich und seines theatralischen Erfolgs wegen zufrieden. Der Dandy *ist* Slow Life.

Eine Variante des Dandys beschreibt Proust: Auf der Suche nach der verlorenen Zeit. Der Blick ist in die Vergangenheit gerichtet. Sie war alles. Das Jetzt und die Zukunft sind öde und grau. Proust *ist* auch Slow Life, weil er *jetzt* nicht lebt, sondern nur zurückschaut.

In der Welt der Ernährung sind es die Fotos in Kochbüchern oder aus Zeitschriften/Magazinen, die die perfekte Komposition eines Gerichts festhalten und die etwas von der zeitlosen Pose des Dandys an sich haben. Die Hochglanzfotos fixieren eine bewegungslose Choreographie eines Menüs für die Ewigkeit. Sie dokumentieren eben keinen zeitlichen Prozess, niemals ist ein Happen des Menüs bereits gegessen. Nichts ist in das Stadium der Vergänglichkeit überführt. Aber auch die Vorbereitung des Gerichts ist ausgeblendet, als ob es von Zauberhand bereitet worden wäre. Diese Fotos wollen nicht nur schön sein, sie wollen wie der Dandy verführen. Letztlich will der Dandy vernascht sein. Das gibt er zumindest vor. Diejenige Person, die den Dandy oder das schöne Gericht vernaschen will, hofft, mit der Introjektion des Dandys oder des Gerichts so zu werden wie das Einverleibte. Es bleibt die Ironie und die Heimtücke des Dandys oder des schönen Gerichts, dass der primitive Zauber niemals funktioniert. Das Introjekt macht nur dick, aber nicht schöner, auch nicht zeitloser. Der Dandy rächt sich für die Versuchung, die er provoziert, und ist gerade im eigenen Tod dem Verspeisenden überlegen. Das schöne Gericht hat sicherlich eine geringere tragische Dimension als der Dandy, aber auch dieses bleibt im Kopieren unerreichbar. Die eigene Mahlzeit wird niemals so schön aussehen, wird niemals so perfekt sein wie das Hochglanzfoto. Das Abbild triumphiert über das „Reale“ – so wie das Bild des Models immer schöner sein wird als das reale Wesen. Insofern bilden der Dandy, das schöne Gericht als Foto und das Model aus dem Magazin auch eine unerreichbare Avantgarde, allerdings ohne die Betonung der zeitlichen Dimension. Aber auch diese Avantgarde höhnt über uns als tumbes Fußvolk. Der Dandy ist der Aristokrat unter den Avantgarden. Er ist so wie das Hochglanzfoto nur Abbild, genauer: nur Repräsentation. Der Dandy ist im Zeitalter der Authentizität noch nicht angekommen, oder er weigert sich, da anzukommen. Er will nicht so sein wie er ist, vielmehr will er repräsentieren, z.B. einen bestimmten Stil. Der Dandy verneigt sich vor Ludwig XIV., der 55 Jahre seines Lebens damit verbrachte, die Allmacht Gottes auf Erden zu repräsentieren.

### **Die Sekunde/Stunde der wahren Empfindung**

Die Sekunde der wahren Empfindung beinhaltet auch ein die Zeit anhalten, aber nicht durch Selbststilisierung wie bei dem Dandy, sondern durch tiefes Erleben/Empfinden. Liebäugelt der Dandy mit dem verflommenen Zeitalter der Repräsentation, so indiziert die Stunde der wahren Empfindung das Zeitalter der Authentizität. Es geht hierbei um die unauslöschliche Sekunde der Glückseligkeit oder

des Schreckens: der Augenblick, in der das geliebte, später geehelichte Wesen zum ersten Mal gesehen wird; die Sekunde des Unfalls, der Knall des Airbags. Es ist nicht nötig, reich oder gebildet zu sein, um derartige Momente erleben zu können. Einem jeden steht dieser Reichtum offen. Es ist gleichsam ein Geschenk des Himmels oder die Großzügigkeit der Natur, die dies gestattet. Die Stunde der wahren Empfindung ist eine höchst egalitäre Idee. Es bedarf nur der Fähigkeit zum Innehalten, zum tiefen Empfinden. Die Romantik hat diese spezifische Gefühlserfahrung zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf der Achse Berlin-Jena gleichsam erfunden. Heute ist sie zur konstituierenden *und* sequentiellen Initiation menschlicher Subjektivität geworden. Die lineare Zeit zerfällt für das empfindende Subjekt. Herausgebrochen aus ihr ist der Augenblick, der sich in seiner Totalität über die lineare Zeit erhebt, sich über sie lächerlich macht. Dem vorbeidüsenden Zug der Zeit wird ein Hohnlachen hinterhergeschickt. Der Zug wird es nur schwach vernehmen. Er ist nur leicht irritiert und beeilt sich, seine Fahrt fortzusetzen. Die Stunde der wahren Empfindung dient der Eichung des wahren Subjekts. Seine Authentizität verbürgt sich über die tiefe Empfindung eines unbeschreiblichen Augenblicks. In diesem ist der Mensch zu sich zurückgekehrt, ganz bei sich. Das, was er fühlt, gehört nur ihm allein. Und niemand wird es ihm nehmen können, nicht die geliebte Person, die die Liebe nicht erwidert, nicht der Priester, der einem das Geständnis entringen will, nicht der Psychotherapeut, der dazu anhält, alles zu sagen, was einem einfällt. Auch wenn jemand versuchen würde, die tiefe Empfindung wiederzugeben, er würde scheitern an seiner Unfähigkeit, die Empfindungen in Worte zu fassen. Nur den großen Dichturfürsten ist es vorbehalten, den Empfindungen ein angemessenes Gewand der Worte zu geben.

Wenn die Logik vor allem der radikalen Avantgarde darin besteht, unerreichbar zu sein, ein Ziel zu verordnen, was nicht realisierbar ist, so schleicht sich diese Logik auch in die Stunde der wahren Empfindung ein. Sie ist ein Ideal, dem wir ständig hinterherhinken, so wie dem Glück. Die Stunde der wahren Empfindung lässt sich nicht herbeiführen, nicht erzwingen. Sie ereignet sich nicht allzu häufig.

Dennoch konstituieren wir unseren Anspruch auf Subjektivität über sie. Sie ist so wertvoll und unerreichbar, dass moralische Maßstäbe über sie nicht mehr gebieten dürfen. Es wird nicht geteilt in gute und schlechte Stunden der wahren Empfindung. Sie werden nur geschieden nach dem Ausmaß an Intensität. Und sie sind umso intensiver, je mehr sie die Moral außer Kraft setzen und überschreiten. So darf de Sade die Moderne mit der Parole einleiten, dass Grausamkeit und der Mord intensive Erfahrungen sein können. Mit der Stunde der wahren Empfindung werden Grenzverletzung und Deregulierung zu zentralen Bestimmungsgrößen menschlichen Daseins. Die Palette von Empfindungen sollte von jedem Menschen erfahren werden, von größter Lust zu größtem Schmerz, von der Reinheit der Askese bis zum Gang durch das Verbrechen. Die Person, die nicht die ganze Bandbreite an Erfahrungen durchschritten hat, gilt als halbe Person. Da die Stunden der wahren Empfindung sich so selten einstellen, und wir nicht allzu oft den Mut aufbringen, sie zu durchschreiten, sehen wir uns als insuffizient. Wie die radikale Avantgarde labilisiert die Stunde der wahren Empfindung unser Selbstwertgefühl – zumal diese dem Anspruch nach zwar authentisch, faktisch aber wie der Anzug von der Stange, also kulturell vorgegeben ist. Der Sonnenuntergang, der Spaziergang am Strand oder im Frühling, das Candle-Light-Dinner, das Picknick, der erste Kuss – all das sind gesellschaftlich zur Verfügung gestellte Stunden der wahren Empfindung, die mit dem Zwang verbunden sind, intensiv zu erleben. Ein Kuss muss erlebt werden wie ein Kuss. Das Authentische bricht sich am Normativen.

Die Stunde der wahren Empfindung ist bezüglich der Nahrungsaufnahme häufig mit Natur und bestimmten Ländern verbunden. Die Werbung zeigt das Essen von Pasta auf einem kleinen Balkon

in einer italienischen Stadt beim Sonnenuntergang. Französischer Käse wird auf dem Bauernhof im Garten von der Großfamilie verspeist. Beim Essen ist das Empfundene häufig mit dem Urigen verbunden, mit Erfahrungen, die aus anderen Epochen stammen und die es sozusagen nicht mehr gibt. Die Lebensmittelindustrie hüllt ihre Produkte in vorindustrielles Flair, darum wissend, dass die mit ihr verbundene moderate Avantgarde kein Ansehen besitzt. Das Marketing von Lebensmitteln ist fast nie futuristisch, es ist häufig vergangenheitsbezogen oder stilisiert die Jetztzeit in eine Zeit um, die echte Erfahrungen erlaubt: der bewusste sinnliche Genuss einer Tasse Kaffee im Lehnstuhl. Die Lebensmittelindustrie reklamiert die Stunde der wahren Empfindung für sich. Der Konsument kann die Stunde der wahren Empfindung nur noch kaufen. Ein eigenes Anrecht darauf hat er verloren.

### **Regressive Zeiterfahrung**

Der „Penner“, der auf der Straße sitzt, trinkt, vermeintlich unsinniges Zeug mit seinen Kumpels redet, den lieben langen Tag nichts anderes macht, als eben dies: zu saufen und lallend zu quatschen, der weckt entweder unsere Verachtung oder unser Mitleid. Es erscheint uns völlig unverständlich, wie jemand eben nichts anderes tut als ... In der Regel verspüren wir nicht den Neid, den der „Penner“ in uns erweckt. Wir müssen den ganzen Tag schufteln, um dann abends erschöpft beim langweiligen TV-Programm einzudösen. Der „Penner“ hingegen darf den ganzen Tag dösen und er ist nicht dazu verdammt, TV schauen zu müssen. Wir neiden dem „Penner“ die Zeit, die er klaut, seine offenkundig mangelnde Arbeitsdisziplin. Er lässt sich von Anderen aushalten, was ihn nicht kümmert. Wir hetzen von Termin zu Termin, seine Sorge gilt nur der Schnapsflasche, die langsam leer wird. Der „Penner“ ist eine einzige Provokation. Das, was wir so sehnlichst wünschen: Zeit zu haben, hat er offenbar in Hülle und Fülle. Und er verschleudert sie einfach, ohne sie mit Pflichterledigung zu füllen. Ist der „Karrieretyp“ das offizielle Ideal unserer Zeit, so ist der „Penner“ das latente. Müssen sich in „Germany's next Topmodel“ junge Frauen einer Tortur an Disziplin unterwerfen, erscheinen sie wie moderne Sklavinnen, so hat sich der „Penner“ von der Maschinerie der Karriere befreit. Je stärker der Karrieredruck wird, um so mehr träumen wir von einem Leben als Penner, am besten unter den Brücken der Seine.

Wer die Bürden des „Penner“-Lebens nicht in Kauf nehmen will (Kälte, evt. Betteln, gesundheitliche Risiken), liest romantische Literatur wie „Aus dem Leben eines Taugenichts“, versucht sich entsprechend in Müßiggang und im Vertändeln von Zeit, soweit dies der Terminplan zulässt. In sozial verträglicher Form wird der „Penner“ in einen gemütlichen Sonntag transformiert: im Bett frühstücken, Zeitung lesen (zwei Stunden), joggen, duschen, ausruhen, Kuchen essen, fernsehen, Salat essen, schlafen gehen.

Kennzeichen der regressiven Zeit ist das nicht Nutzen der Zeit: nicht arbeiten, um Geld zu verdienen, sich nicht bilden, um einen besseren Job zu bekommen, nicht in das Theater gehen, um mitreden zu können. Alle Nützlichkeit soll suspendiert sein. Im Jargon von Wellness heißt das dann: Die Seele baumeln lassen, fünfe gerade sein lassen.

Regression ist in der Regel Slow Life pur. Es geht doch genau darum, solange Zeit zum Frühstück zu haben, wie man will. Regressive Zeit ist ohne Zweifel zutiefst erwünscht, vor allem in Verbindung mit der nötigen Prise Sex: Fast alle Urlaubskataloge dieser Welt und nahezu alle Wellness-Angebote sprechen diesbezüglich eine unmissverständliche Sprache.

Doch das Ersehnte widersetzt sich der Erfüllung. Regressive Zeit scheint eine gefährliche Zeit zu sein, eine bedrohliche, die zudem leicht mit Verachtung verbunden ist. James Bond darf nur deshalb mit so vielen Frauen an herrlichen Urlaubsorten flirten und ins Bett gehen, weil er sich davor und danach ordentlich prügelt und etliche Feinde ins Jenseits befördert. Regressive Zeit gilt so als Belohnung für getane Arbeit. Aber selbst in diesem Fall ist sie nicht unproblematisch. Nicht wenige Menschen werden im Urlaub depressiv. Flugbegleiterinnen wissen, dass der Flug zum Urlaubsort mit heiteren Mienen der Fluggäste verbunden ist. Die Gesichter auf dem Heimflug sind hingegen häufig voller Misshmut, Depression und Hass, und das nicht deshalb, weil man nun nach Hause muss. Nein: Nach Hause zu fliegen ist das Einzige, was in die Gesichter eine gewisse Hoffnung einschreibt.

Eine regressive Zeiterfahrung wünschen wir uns, wir beherrschen aber nicht die Kunst, die regressive Zeit entspannt zu erleben. Die unbewusste Fantasie ist hierzu die: Gebe ich der regressiven Zeiterfahrung den kleinen Finger, so wird sie nicht nur meine Hand, sondern meinen ganzen Körper verschlingen. Die Angst vor der regressiven Zeiterfahrung korreliert positiv mit dem Ausmaß des Wunsches, ihr gänzlich zu erliegen. Die regressive Zeit ist so die verbotene Frucht, sie zu berühren, hieße, niemals mehr in die lineare Zeit zurückzufinden.

Die Verlockungen der regressiven Zeit provozieren immense Ängste, die z.B. so bewältigt werden, dass der Prototyp des Seele baumeln lassen, das vermeintlich idyllische Strandleben wie ein Arbeitstag organisiert wird: jede Stunde eincremen, den Körper zweimal in 30 Minuten wenden, mittags essen, nachmittags eine kleine Zwischenmahlzeit, pünktlich um 17.00 Uhr zum Hotel zurückgehen, die Handtücher davor sorgfältig falten, den Sand von den Fußsolen entfernen. Das Strandleben folgt keiner spontanen Intuition, vielmehr übernehmen die Bikini-Trägerinnen und Badehosen-Träger die gesamten kulturell vorgegebenen Strandrituale: Sonnenbrille tragen oder auf den Kopf setzen, einen Krimi lesen, neckische Bilder mit der digitalen Kamera machen, wenn der Partner spontan hüpfend sich dem Meer nähert, den heißen Körper möglichst nicht mit Wasser abkühlen (ist gar nicht cool), möglichst mit einem Kopfsprung ins Wasser tauchen, sich gegenseitig mit Wasser bespritzen, dabei laut aufjuchzen. Kein Ort ist mit einer strengeren Etikette versehen als der Strand. Nur vereinzelt passiert etwas Unerwartetes, wenn z.B. eine Person reglos vier Stunden lang, auf dem Sand liegend, ohne Sonnenschutz der Sonne huldigt. Zuweilen blitzt auch ein Hauch von Begehren auf – in einer Bewegung oder Berührung, die nicht zu den Strandritualen zählt. Der Strand als potenzieller Ort erotischer Begegnung wird transformiert in einen 8-Stunden-Tag, den man widerwillig passiert. Am wirklichen Arbeitsplatz wird sicherlich mehr gelacht und geflirtet als am Strand.

Dies wird ohne Zweifel dadurch begünstigt, dass die Existenz der sichtbaren Fettfalten davon zeugt, wie undiszipliniert die Bikini-Trägerinnen und Badehosen-Träger das letzte Jahr bezüglich der Nahrungsaufnahme gewesen sind. Das ist peinlich und der guten Laune gewiss nicht förderlich. Aber auch diejenigen, die sich nahezu fettfrei präsentieren, sind nicht euphorisch, sie zeigen nur, dass sie ihrer Pflicht nachgekommen sind.

Es scheint nur ein Mittel zu geben, dem überwiegend zwanghaften Dasein am Strand zu entkommen: mit exzessivem Saufen und Drogengebrauch. Es scheint die einzige Möglichkeit zu sein, die gute Etikette hinter sich zu lassen. Es begünstigt, dass etwas relativ Unerwartetes passiert: später erbrechen müssen oder eine Nacht mit einer fremden Person teilen oder auch beides.

Das durch kulturelle Regeln streng organisierte Strandleben zeigt nur, wie sehr wir uns vor dem Treibenlassen, vor der regressiven Zeit fürchten. Daher organisieren wir das Strandleben analog zum Arbeitsplatz.

Belebt werden die Ängste vor der Regression durch den Umstand, dass in der Regression das Unbewusste munter wird. Es meldet sich zu Wort, mehr oder minder heftig. In Träumen oder in Erinnerungen. Plötzlich sind Stimmungen dominant, die 30 Jahre nicht mehr vorhanden waren. Arbeitet das Bewusstsein mit der chronologischen linearen Zeit, so ist das Unbewusste zeitlos (Freud). Das Unbewusste kümmert sich nicht um das Hier und Jetzt. Es spielt brachial auf der Tastatur von allem bisher Erlebten. Es schleudert uns Dinge und Gefühle entgegen, die wir beileibe nicht wissen wollen. Das Unbewusste kümmert sich darum nicht. Mit der Progression, auf dem Drahtseil der linearen Zeit laufend, versuchen wir dem Unbewussten zu entkommen: in Balance bleibend einen Schritt vor den anderen setzen. Aber das Unbewusste nagt an diesem Drahtseil; ist es zuweilen übermächtig, was ihm nicht schwer fällt, dann zerbeißt es das Drahtseil. Die Folgen dessen – es gibt deren unterschiedliche – brauchen hier nicht beschrieben zu werden.

Abstürze sind nur zu vermeiden, wenn dem Unbewussten genug Raum gegeben wird. Regressive Zeit ist also notwendig, auch wenn sie jenseits der Illusion von Wellness nicht nur angenehm ist. Regressive Zeit ist Kompensation zur progressiven Zeit. Progressive Zeit ist Kompensation zur regressiven Zeit. Eine der beiden Zeiten zu totalisieren tut nicht gut. Die eine kann gegen die andere nicht ausgespielt werden.

Es ist nicht nur die Angst, für immer in Regression zu verfallen oder vom Unbewussten geschluckt zu werden, die die Regression so schwer erträglich macht. Die bereits erwähnte Protestantische Ethik (Max Weber), der wir alle unabhängig unserer Konfession/Nicht-Konfession unterworfen sind, tut das Ihre, um sich vor Regression nicht nur zu fürchten, sondern sie auch zu verachten. Regression wäre aus dieser Sicht nutzlos vertane Zeit. In einem deutschen Dorf am Samstagmittag im Garten auf einer Sonnenliege zu liegen, zu lesen und sich zu bräunen, ist immer noch heikel. Was könnten nur die Nachbarn denken? Zur Schau gestellte Regression erscheint als etwas Obszönes, als würde man 10 Tonnen Getreide im eigenen Garten verbrennen. Daran kann die Vielzahl von Wellness-Tempeln nichts ändern. Bei ihrem Besuch hofft man aus den unterschiedlichsten Gründen, dem Nachbarn nicht zu begegnen.

Regressives Essen ist heutzutage nicht mit einem Festgelage gleichzusetzen, bei dem in 10 Gängen Unmengen an Lebensmitteln zu sich genommen werden. Das Mahl mit anderen wird heute tendenziell als anstrengend erlebt, ist verknüpft mit Etikette und mit Kommunikation. Man isst in der *Öffentlichkeit*. Alleine das ist bereits *Stress*, verpflichtet zu einem Einnehmen einer öffentlichen Rolle. Mit dem Tischnachbarn ein Gespräch zu führen, obwohl einem nichts einfällt, ist beklemmend, und der Wunsch keimt auf, alsbald die Runde zu verlassen. Dies wiederum verstößt gegen die guten Sitten. So bleibt einem nichts anderes übrig, als nervös auszuharren und sich dem Nachbarn entgegenzusehen.

Regressives Essen ist heute verbunden mit ungezwungenem Sosein. Niemand stört sich an dem eiverkleckerten Unterhemd oder an dem Bier, das *relaxed* aus der Flasche getrunken wird. Die Spaghetti werden mit der Hand gegessen, natürlich vor dem Fernseher sitzend, Convenience-Produkte dominieren. Mit der Nahrungsaufnahme soll möglichst wenig Anstrengung verbunden sein. Kochen

wäre anstrengend und kostet Zeit. Früher haben Magd und Knecht für den Adel oder das Bürgertum Bequemlichkeit garantiert, heute sind es die Mikrowelle und das Convenience-Produkt.

Der Mensch von heute fühlt sich richtig wohl nur zu Hause. Da fühlt er sich authentisch. Niemand kontrolliert ihn, gute Manieren sind nicht nötig. Das ungezwungene Essen zu Hause bildet möglicherweise eine Kompensation zur Affekt- und Selbstkontrolle, die die Zivilisation uns abverlangt (Elias). Die Suspendierung der guten Manieren ließe sich als segmentäre Rearchaisierung verstehen. Das ungezügeltere Mittelalter hält quasi Einzug in die gute Wohnstube.

### **Conclusio**

Es ist eine Illusion zu glauben, im Fast Life ganz aufgehen zu können. Den Kräften des Unbewussten entkommt niemand, genauso wenig wie den Wünschen nach Entspannung und einer Erfahrung der Zeitlosigkeit oder des Zeitanhaltens. Es ist aber auch eine Illusion anzunehmen, aus Fast Life ließe sich einfach Slow Life machen. Die Interdependenzketten, in denen wir uns bewegen, erlauben dies nicht. Die lineare vorwärtsdrängende Zeit, die uns üblicherweise trägt, bedarf aber der Kompensation durch ein bisschen Dandy, Müßiggänger und „Penner“. In diesen kompensatorischen Bewegungen findet Slow Food sein Zuhause.

## **„Genusswerk“ – Lebensmittelherzeugung und -verarbeitung in der Rhön**

Burkhard Ahlert, Eva-Maria Esslinger, Christoph Klotter, Nadine Müller, Katrin Wunderlich

### **Einleitung**

Die viel diskutierte Globalisierung hat einen weltweiten Prozess der McDonaldisierung (RITZER 1998) beschleunigt, der zu einer Vereinheitlichung der Produkte, auch im Lebensmittelsektor, geführt hat. Der Hamburger in Kenia sieht genauso aus und schmeckt genauso wie der Hamburger in Paris oder New York. Die McDonaldisierung folgt vier Prinzipien: Effizienz, Berechenbarkeit, Kontrolle und Vorhersagbarkeit (vgl. KUTSCH 2005). Trotz der offenkundigen Attraktivität der McDonaldisierung, die sich in Expansion, Umsatz und Rendite derartiger Konzerne niederschlägt, gibt es gegenläufige Entwicklungen, die sich auf ein Unbehagen gegenüber einer absoluten Standardisierung und Quantifizierung gründen. Das Spezifische, das Besondere, die Qualität scheinen verloren zu gehen. Hierzu gehört auch das Regionale. Das Regionale scheint ein Gegengift zu sein gegen die McDonaldisierung. Die Menschen wollen ihre eigene Unverwechselbarkeit gespiegelt sehen in unverwechselbaren Produkten. Sie suchen eine Art von Heimat in dem, was sie essen. Und diese Heimat sollte einzigartig sein. Regionalität wäre so ein Gegenpol zu Globalisierung, genauso wie handwerkliche Produktion zur industriellen Fertigung. Die Risikogesellschaft und neue Unsicherheiten (BECK) führen zu einem Rückbezug auf das Nahe und Vertraute: die Region. Für die Verbraucherinnen und Verbraucher sind „Bio“ und „regional“ gleichsam synonyme Begriffe, die beide als Siegel echter, ursprünglicher, naturbelassener Produkte gelten.

Das im Weiteren skizzierte Vorhaben ist ein Beispiel dafür, wie Regionalität als Gegenkraft zur Globalisierung konzipiert und realisiert werden kann. Es soll hiermit nicht der Illusion Nahrung gegeben werden, dass Globalisierung gar verhinderbar wäre. Es soll nur darauf verwiesen werden, dass es Möglichkeiten zur Gegensteuerung gibt, und zwar in der Konturierung der Region als das Nahe und Vertraute und in der Förderung einer Esskultur, die auf der Liebe zu guten regionalen Produkten gründet, einer Esskultur, die mehr Zeit benötigt als die Zubereitung in der Mikrowelle, die ein bisschen mehr kostet als der Erwerb von Lebensmitteln in den bekannten Discountern, die dennoch das „Mehr“ erbringt: Genuss im Unverwechselbaren.

### **Region – Lebensmittel – Verbraucher**

Veränderte Verbrauchergewohnheiten und die zunehmende globale Arbeitsteilung haben in den letzten Jahrzehnten zu einem Strukturwandel des gesamten Lebensmittelsektors geführt.

Besonders stark betroffen ist hierbei die erzeugende und verarbeitende Lebensmittelbranche. So geht die Tendenz in der Landwirtschaft hin zu hoch spezialisierten Betrieben, deren Arbeitsweise durch Monokultur geprägt ist. Dies hat zur Folge, dass zahlreiche Nutztiere und Kulturpflanzen verdrängt werden (EBERLE et al. 2004; WEINER 2005). Daneben ist der Bereich der Lebensmittelverarbeitung von Konzentrations- und Spezialisierungsprozessen gekennzeichnet. Diese lassen sich auf den intensiven Wettbewerb des gesättigten Lebensmittelmarktes und dem zusätzlichen Preisdruck des Handels zurückführen (BUNDESVEREINIGUNG DER DEUTSCHEN ERNÄHRUNGSINDUSTRIE 2007). Es kommt

hierbei erschwerend hinzu, dass sich die Lebensmittel-Anbieterstruktur stark zugunsten der Discounter verändert hat. Aufgrund dieser Zentralisierung des Marktes kann der Handel seine Macht gegenüber den vorgelagerten Stufen des Ernährungssektors ausspielen (ERDMANN 2003).

Ein Rückgang kleinerer und mittelständischer Unternehmen, insbesondere im Lebensmittelhandwerk, ist die Folge. Betrachtet man die Backwarenbranche, so erzielten im Jahr 2000 die umsatzstärksten 1,7 % der Unternehmen fast die Hälfte des gesamten Branchenumsatzes. Dieser Konzentrationsprozess findet vor allem auf Kosten von Handwerksbäckereien statt. So ist seit den fünfziger Jahren die Zahl der handwerklichen Betriebe von über 55.000 allein im alten Bundesgebiet auf derzeit rund 16.000 im gesamten Bundesgebiet zurückgegangen (ZENTRALVERBAND DES DEUTSCHEN BÄCKERHANDWERKS 12.08.07). Waren die Handwerksbäckereien früher überwiegend Kleinbetriebe, bestehend aus einer Backstube mit einem angeschlossenen Verkaufsraum, so sind es heute große Produktionsstätten, von denen eine Vielzahl von Verkaufsstellen mit frischen Backwaren versorgt werden können. Diese Entwicklung wird durch das Aufkommen der Discountbäckereien, die durch den Verkauf eines schmalen Sortiments industriell hergestellter Teiglinge und dem Selbstbedienungskonzept gekennzeichnet sind, begleitet. Außerdem kommt es in dieser Branche vermehrt zum Einsatz von Backmischungen und Fertigmehlen für Brot und Brötchen, eine Veränderung, die nicht unwesentlich zur Geschmacksvereinheitlichung dieser Produkte beiträgt.

Im Gegensatz zum Bäckerhandwerk ist das Fleischerhandwerk noch stärker mittelständisch strukturiert. Dennoch sind dort ähnliche strukturelle Veränderungen zu beobachten. Auch hier sank die Anzahl eigenständiger Unternehmen in den letzten Jahren rapide ab. Hinzu kommt der anhaltende Wettbewerbs- und Kostendruck (DEUTSCHER FLEISCHERVERBAND 12.08.07).

Zusätzlich verlieren durch diese Entwicklung regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen an Bedeutung. Dadurch wird der Abbau von Arbeitsplätzen in der handwerklichen Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung gefördert.

Die beständige Abnahme von selbstständigen Handwerksbetrieben wirkt sich außerdem auf das Angebot der Lebensmittel aus. So kommt es zum Verlust von Lebensmittelvielfalt und regionalen Spezialitäten. Vereinheitlichung und Standardisierung sind die Folge. Es entstehen Massenprodukte ohne besondere Identität, wobei der Verarbeitungsgrad einzelner Lebensmittel immer höher wird (GUPFINGER et al. 2000). Die in den Produkten enthaltenen Geschmacksverstärker und Aromastoffe tragen zudem zum Verlust des natürlichen Geschmackssinns bei.

Gleichzeitig lassen das Wissen über naturbelassene Lebensmittel beim Verbraucher sowie dessen Kochkompetenz nach (ÖKO-INSTITUT 1999, zit. nach HERDE 2005). So werden Einkaufen und Kochen zunehmend an Dritte abgegeben, was sich durch eine rapide Zunahme des Außer-Haus-Verzehrs äußert (STATISTISCHES BUNDESAMT 2006). Dies geht einher mit einer Umsatzsteigerung bei Fertigprodukten. Mittlerweile greifen 85 % aller Deutschen aufgrund von Zeitersparnis auf Convenience-Produkte zurück (A.C. NIELSEN, zit. nach KIRIG/RÜTZLER 2007).

Im Gegensatz dazu nimmt das Kochen innerhalb der letzten Jahre in der Freizeit einen neuen gesellschaftlichen Stellenwert ein. Die eigene Küche wird dabei zu einem Hobbyraum, in dem das gemeinsame Essen und Kochen inszeniert wird (KIRIG/RÜTZLER 2007). Außerdem erfahren TV-Kochshows zunehmende Beliebtheit. Nach neuesten Untersuchungen ist das Bedürfnis nach einer zeitsparenden sowie schmackhaften und gesunden Ernährung generationsübergreifend zu beobachten (ebenda). Bedingt durch Lebensmittelskandale in der Vergangenheit wurde das Vertrauen in

Handel und Lebensmittel-Produzenten massiv erschüttert. Damit steigt die Nachfrage nach Transparenz über die Produkte und ihre Herstellung und es wächst die Sehnsucht nach „Vertrautheit“, „Nähe“ und „Heimat“, was dazu führt, dass die Verbraucher verstärkt regionale Produkte nachfragen. Zudem begünstigt das steigende Gesundheitsbewusstsein der Verbraucher den Wunsch nach Authentizität und Rückverfolgbarkeit der Lebensmittel. Dies ist als Reaktion auf die Anonymisierung in der Lebensmittelindustrie und auf gentechnisch veränderte Produkte bzw. Produkte mit gentechnisch veränderten Inhaltsstoffen zurückzuführen (KIRIG/RÜTZLER 2007), eine Entwicklung, die der Biobranche in den letzten Jahren zu einem enormen Wachstum verhalf und von der auch das Lebensmittelhandwerk profitieren könnte. Der dem Verbraucher persönlich bekannte Handwerker bürgt für Vertrauen. Die Regionalität ist hierbei von wesentlicher Bedeutung, denn aufgrund des Raumbezugs und der „Immobilität“ könnte der Handwerker eine entscheidende Rolle bei einer nachhaltigen Regionalentwicklung spielen. Der Absatz ist überschaubar, meistens regional organisiert und benötigt den direkten Kontakt zum Kunden und somit zur Region. Viele Handwerker beziehen ihre Rohstoffe aus der unmittelbaren Umgebung und die handwerkliche Produktion kann sich dadurch stärker am Potenzial der eigenen Region orientieren. Die Produktion im Handwerk ist arbeits- und nicht kapitalkonzentriert und die beruflich qualifizierte Arbeitskraft steht im Mittelpunkt (HUBER 2003). Der Handwerker hat die Möglichkeit, in und durch seine Erzeugnisse den Charakter der Region sowie deren Kulturlandschaft zu bewahren.

Zusammenfassend wird deutlich, dass einerseits der Rückgang handwerklich arbeitender Lebensmittelbetriebe unaufhaltsam fortschreitet, andererseits jedoch beim Verbraucher immer mehr der Wunsch nach „natürlichen“ Lebensmitteln wächst, von denen er weiß, wo und wie sie hergestellt werden, ein Bedürfnis, welches gerade durch das traditionelle Lebensmittelhandwerk aus der Region befriedigt werden könnte.

### **Handwerkliche Lebensmittelerzeuger und -verarbeiter aus der Rhön**

Eine Möglichkeit, dem Wunsch des Verbrauchers nach Transparenz und Regionalität im Lebensmittelsektor gerecht zu werden, besteht in der Porträtierung der Akteure.

Drei Studentinnen des Fachbereichs Oecotrophologie der Hochschule Fulda haben sich diesem Thema zugewandt. Sie sind innerhalb ihrer Diplomarbeit der Frage nachgegangen, ob und inwiefern handwerkliche Strukturen im Bereich der Lebensmittelherstellung im näheren Umfeld existieren. Weiterhin war von Interesse, welche Persönlichkeit, Motivation und welches Selbstverständnis sich hinter der Person des handwerklichen Lebensmittelverarbeiters verbergen. Aufgrund der Nähe zum Studienort und der günstigen Ausgangsbedingungen und der vorherrschenden Strukturen wurde als Untersuchungsregion die Rhön ausgewählt. Die Region Rhön verfügt durch die Anerkennung als UNESCO-Biosphärenreservat über Rahmenbedingungen, welche die Förderung einer ökologischen und nachhaltigen Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung unterstützen. Dabei sind handwerkliche Betriebe der Lebensmittelbranche bedeutende Partner des Biosphärenreservats bei der Herstellung regionaler Produkte, und sie sind gleichzeitig Imageträger für die gesamte Region.

Exemplarisch anhand der Modellregion Rhön haben die Studentinnen die Lebensmittelerzeuger und -verarbeiter erfasst, welche noch handwerkliche und regionstypische Lebensmittel herstellen. Aus der Urliste wurde eine Auswahl von 19 Akteuren getroffen. Diese Auswahl erfolgte anhand von eigens dafür aufgestellten Qualitätskriterien, die im Folgenden aufgeführt sind:

### **Qualitätskriterien für die Auswahl:**

- Die Produkte sind regionalen Ursprungs und stammen somit aus der Rhön.
- Von der Herstellung bis zur Vermarktung werden möglichst regionale Wirtschaftskreisläufe eingehalten.
- Die Produkte werden handwerklich hergestellt.
- Die Rohstoffe stammen weitestgehend aus ökologischer Erzeugung.
- Die Lebensmittel werden ohne den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen hergestellt.
- Der Umgang mit Mitarbeitern und Lieferanten ist fair.
- Der Handwerker identifiziert sich mit seinem Produkt und steht voll und ganz hinter seiner Arbeit.
- Die Lebensmittel müssen gut schmecken.

Neben den Qualitätskriterien wurde bei der Auswahl darauf geachtet, dass eine Variabilität der Lebensmittel gewährleistet werden konnte, um die Lebensmittelvielfalt der Rhön aufzuzeigen. So wurden die Lebensmittelerzeuger bereits in der Urliste in folgende Produktgruppen eingeteilt:

- Getreideprodukte
- Gemüse und Kartoffeln
- Obsterzeugnisse
- Milchprodukte
- Fleisch- und Wurstwaren
- Fisch
- Honig
- alkoholische Getränke

Darüber hinaus sollten die Leitprodukte der Rhön, wie das Rhönschaf oder die Rhöner Bachforelle, die Rhöner Apfelprodukte oder der Rhöner Weideochse nicht fehlen. Denn diese Lebensmittel sind Imageräger der Region. Außerdem war ein Anspruch der Auswahl, Personen aus allen drei am Biosphärenreservat beteiligten Ländern (Hessen, Bayern und Thüringen) zu befragen.

Von den ausgewählten Akteuren wurden Informationen mittels teilstandardisierter, leitfadengestützter Interviews gesammelt.

Der Interviewleitfaden beinhaltete Fragen zu folgenden Themen:

- Produktspezifikation
- Verhältnis zum Produkt
- Betriebsgröße und -struktur
- Geschichte des Betriebes, evtl. familiäre Tradition
- Selbstverständnis
- Verständnis von Handwerk

- Unterschied des Betriebs zur industriellen Lebensmittelproduktion
- Zukunftschancen für eine Produktion jenseits der Lebensmittelindustrie
- Produktionsweise und Technologie, Tradition, Innovation
- Rohstoffe (Qualitätsanspruch, Herkunft, Umgang mit Tieren, Umgang mit Lieferanten, regionaler Bezug)
- Mitarbeiter (Umgang, Ausbildung, Fort- und Weiterbildung, Förderung)
- Marketing (Erfahrungen, Stellenwert, Unterstützung von staatlicher Seite oder Bio-Verbänden, Praxis)
- Externe Kommunikation (Kundenkontakt, Umgang mit Lieferanten, Bezug zur Region, Netzwerke)
- Nachhaltigkeit (soziales Engagement, Sicherheit der Arbeitsplätze der Mitarbeiter, Energiequellen, Beitrag zum Umweltschutz, Verpackungsmaterial)
- Vermarktung der Produkte
- Wahrung von handwerklichem Wissen und Fertigkeiten
- Esskultur

Die Lebensmittelerzeuger bzw. -verarbeiter wurden persönlich in ihren Produktionsstätten interviewt, wobei das Interview auf Tonband aufgezeichnet wurde. Zusätzlich zum Interview fand eine Betriebsbesichtigung statt. Im Anschluss an die Interviews folgte die Datenauswertung. Die als Audioaufnahme vorliegenden Gesprächsereignisse wurden dazu teiltranskribiert und kategorisiert. Diese Daten dienen der Erstellung von Betriebsporträts.

### **Das Koch- und Lesebuch „Genusswerk – Lebensmittel mit Charakter aus der Rhön“**

Um die gewonnenen Informationen dem Endverbraucher zugänglich zu machen und diesen für die Thematik einer nachhaltigen Ernährungskultur zu sensibilisieren sowie die Wertschätzung für handwerklich hergestellte Lebensmittel zu steigern, wurde parallel zur Untersuchung ein Konzept für ein Koch- und Lesebuch entwickelt, in dem die gesammelten Daten verbrauchergerecht in Form von 18 Betriebsporträts einfließen. Durch die Kombination aus Koch- und Lesebuch werden einerseits Hintergrundinformationen zum Hersteller, zur Produktionsweise und dem Produkt geliefert, andererseits fördert es aufgrund der Rezepte eine aktive Auseinandersetzung mit den Lebensmitteln. Bei den Rezepten, in denen die vorgestellten Lebensmittel Verwendung finden, handelt es sich teilweise um rhöntypische Gerichte, welche die porträtierten Personen für ihr Produkt zur Verfügung gestellt haben. Die Betriebe wurden je nach Art des erzeugten Lebensmittels im Buch nach Produktgruppen geordnet. So finden sich dort Vertreter für die Erzeugung von Getreideprodukten, Gemüse und Kartoffeln, Obstzeugnisse, Milchprodukte, Fleisch- und Wurstwaren, Fisch, Honig sowie alkoholische Getränke wieder. Die Bezugsadressen am Ende des Buches ermöglichen dem Leser, die Lebensmittel vor Ort zu erwerben.

### **Die Porträts der Produzentinnen und Produzenten**

Nachfolgend sind exemplarisch drei Lebensmittelverarbeiter-Porträts aus dem Koch- und Lesebuch aufgeführt. Dabei handelt es sich um Marion Neumeister von der Hofgemeinschaft Rönshausen als

Vertreterin der Kategorie „Milchprodukte“, Ludwig Leist von der Sonnenmetzgerei Leist in Hilders als Vertreter der Kategorie „Fleisch- und Wurstwaren“ sowie Xaver und Tobias Weydringer von der Rother Bräu als Vertreter der Kategorie „Alkoholische Getränke“.

**Marion Neumeister: „Man schützt nur das, was man kennt!“**

*1972: Pestizidrückstände in Butter und Gemüse, 1976: Salmonellen auf Tiefkühlhähnchen, 1979: Rattengift in Milch, 1980: Wachstumssteigernde Hormone im Kalbfleisch, ... und immer wieder die entsetzlichen Bilder gequälter Tiere aus Mastbetrieben in den Medien.*

*Marion Neumeister war zu dieser Zeit gerade Anfang 20. Sie hatte mehrere gescheiterte Versuche, Vegetarierin zu werden, hinter sich gebracht, als ihr Appetit nach „sauberem Fleisch“ sie dazu veranlasste, den damaligen Job als Industriekauffrau an den Nagel zu hängen. Sie wollte „anders“ leben und dabei wieder mit Genuss und gutem Gewissen essen können. „Das geht nur, wenn man es selber macht!“, so ihre Devise. Deshalb beschloss sie, in einer Hofgemeinschaft ihrem Leben einen neuen Sinn zu geben.*

*Heute, über 30 Jahre später, hat die 53-Jährige zwar ihren Wohnort, aber nicht ihre Lebensform gewechselt. Zusammen mit dem Diplompädagogen Helmut Schönberger und der Geologin Anna Leonard wohnt und arbeitet sie auf ihrem gemeinsamen Biolandhof in Rönshausen.*

*„In den 80er Jahren von Frankfurt am Main nach Fulda zu kommen, das war schon ein Kulturschock“, erinnert sich Marion an die Anfangszeit zurück, als Rönshausen noch Zonenrandgebiet und nicht die Mitte Deutschlands war. Mittlerweile fühlt sie sich aber in der Region heimisch und kann ihrem Verlangen, „mit viel Lachen und guter Laune zu arbeiten“, nachgehen. Denn neben den*

*20 Hühnern, 26 Rhönschafen, 3 Pferden, 3 Schweinen, 2 Katzen und Hofhund Hekla, die alle versorgt werden wollen, warten hier täglich 16 bezaubernde deutsche Edelziegen darauf, gemolken zu werden. Aus deren Milch stellt Marion von April bis Dezember ihren Rohmilchkäse her.*



Abb. 1: Marion Neumeister.

*Als sie damit anfing, war sie noch sehr blauäugig und idealistisch, wie sie uns erzählt. Denn sie hatte von Ziegenhaltung genauso wenig Ahnung wie von Käseherstellung. Aber sie bewies Durchhaltevermögen. So fuhr sie für das benötigte Ziegenlab, welches in Deutschland damals nicht in kleinen Mengen erhältlich war, sogar bis nach Frankreich. Nach einigen Käsekursen und dem Wälzen unzähliger Rezeptbücher gibt es heute Lebensmittel auf dem Hof, die schmackhafter nicht sein könnten. Ob als Frischkäse, Schnittkäse, halb Gereiftem mit verschiedenen Kräutern oder dem alten „Caprino“, jede Sorte ist ein Original, jeder einzelne Käse auch. „Gerade das schätze ich an meinem Käse, denn dies unterscheidet die handwerkliche von der industriellen Produktion.“*

*Der Handwerkerin reicht die bloße Handarbeit in ihrem großen Garten und der Käseerei nicht aus. Sie möchte sich auch geistig betätigen und bezeichnet sich deshalb auch manchmal als Kopfarbeiterin. Erfüllung erfährt sie durch ihr Engagement bei Greenpeace und der Gesellschaft zur Erhaltung alter Haustierrassen oder während den Hofführungen. Denn als Schulbauernhof bieten die drei Bewohner der Gemeinschaft individuelle landwirtschaftliche Besichtigungen für Kinder und Erwachsene an. Hierbei hat Marion die Möglichkeit, einem besonderen Anspruch gerecht zu werden: „Mir ist es wichtig, anderen die Naturkreisläufe zu erklären, denn man schützt nur das, was man kennt.“ Anhand der von Helmut gebauten Komposttoilette im Garten gelingt es ihr besonders gut, vor allem Kinder für das Thema zu sensibilisieren. Wenn es diesen so gut auf ihrem Hof gefällt, dass sie wiederkommen wollen, um zu helfen, fühlt sie sich bestärkt in dem, was sie tut und der Art, wie sie lebt. Dann ist sie ihrem Wunsch, dass die Menschen das Essen mehr zu schätzen wissen, ein Stück näher gekommen. Und was man schätzt, das schützt man.*

### **Ludwig Leist – „Lebensmittel voller Energie und Leben!“**

*Wenn das Lebensmittel nicht bloß ein Mittel zum Sattwerden ist, weil es mehr beinhaltet als Eiweiß, Fett und Kohlenhydrate; wenn der Hersteller den Rohstoff und das Endprodukt mit seinen Händen berührt, ja seine Energie und sein Herzblut mit hineinfließen lässt; wenn das Lebensmittel noch Leben enthält; dann ist das Handwerk. Handwerk, wie Ludwig Leist, Metzgermeister in vierter Generation, es definiert und ausübt.*

*In seiner Sonnenmetzgerei in Hilders lebt er dieses Prinzip. Keines der Produkte findet den Weg zum Konsumenten, wenn nicht er oder einer seiner beiden Söhne, der eine selbst Metzgermeister, der andere gelernter Koch, an der Fleischertheke oder im eigenen Landgasthof „die Hand im Spiel“ hatte.*

*Da versteht es sich von selbst, dass nahezu 100 % der angebotenen Wurstwaren auch in der eigenen Wurstküche hergestellt werden, in der heutigen Zeit keine Selbstverständlichkeit mehr.*

*Und das Sortiment ist groß: neben traditioneller Rhöner „Hausmacher“ gibt es ausgewählte Spezialitäten, etwa den Landschinken, der von besonders schweren Schweinen stammt und den der Meister 18 Monate im Keller reifen lässt, oder Innovationen wie Leberwurst mit Bitterschokolade. Selbst Klassiker wie naturgereifte Fleischwurst oder gepökelte Schweinebäckchen kann man bei Familie Leist noch erwerben.*

*Das Besondere an der Metzgerei ist jedoch, dass dort, neben Schweinen aus der Region, ausschließlich Rindfleisch heimischer Weideochsen, also kastrierter männlicher Rinder, verarbeitet und verkauft wird. Durch die Hormonumstellung wachsen sie deutlich langsamer als Bullen heran und dürfen somit zwei Sommer über auf Rhöner Weiden grasen, ehe sie geschlachtet werden. Für das Fleisch der Tiere, die von kleinen, überwiegend ökologisch arbeitenden, landwirtschaftlichen Betrieben stammen, zahlt Ludwig Leist faire Preise und gewährt Abnahmegarantien. Die ist für ihn eine Selbstverständlichkeit, denn es ist von hervorragender Qualität und das beste Fleisch,*



Abb. 2: Landschinken.



Abb. 3: Rinderbraten.



Abb. 4: Ludwig Leist.

was er sich vorstellen kann: „Weil die Tiere langsamer wachsen, ist das Fleisch einfach kräftiger und fester in der Stabilität. Es hat mehr Volumen, mehr Energie und die intensive Marmorierung sorgt für Wohlgeschmack, Zartheit und Saftigkeit!“

Ludwig Leists enge Bindung zu seiner Heimat macht sich nicht bloß in der Auswahl der Rohstoffe und dem Speisenangebot in seinem Restaurant bemerkbar: „Ich möchte aus dieser Region, die über Jahrhunderte das Armenhaus Deutschlands war, etwas machen.“ Und er ist nicht untätig. Neben dem Rhöner Weideochsen-Projekt, welches das Biosphärenreservat, mit ihm als Hauptinitiator, vorangetrieben hat, kümmert er sich vor allem um den Nachwuchs und die Zukunft des Lebensmittelhandwerks. „Wenn wir keine guten Auszubildenden haben, haben wir in fünf Jahren keine guten Gesellen und später keine guten Ausbilder mehr!“ Deshalb hat er auch als Obermeister der Fleischerinnung den Ausbildungsverbund „Rhöner Lebensmittel“ mit ins Leben gerufen.

Da bedarf es keiner Erklärung, dass auch seine Söhne die bestmögliche Ausbildung genießen durften. Björn, 29, heute Küchenchef des Landgasthofs, hat seine Kochlehre im Hotel Bareiss im Schwarzwald, eines der besten Häuser Deutschlands, gemacht und sein jüngster Sohn Bastian verbrachte einen Teil der Ausbildung in der Warmfleisch-Metzgerei der Hermannsdorfer Landwerkstätten bei München. Der 25-Jährige wird eines Tages die Verantwortung in der Sonnenmetzgerei übernehmen und den Betrieb nach den Qualitätsansprüchen seines Vaters weiterführen, traditionell und doch innovativ, handwerklich und transparent.

Dann wird er seine Handwerkskunst Lehrlingen und zukünftigen Meistern nahe bringen, damit es auch weiterhin Lebensmittel gibt, die mehr sind als Mittel zum Sattwerden, Lebensmittel mit einem eigenen Charakter, voller Energie und Leben.

### **Xaver und Tobias Weydringer – Der Tradition verpflichtet, dem Fortschritt offen**

*Tradition und Fortschritt. Oder treffender: Bügelverschlussflasche trifft auf Edelstahltank.*

*Ort des Geschehens ist ein überschaubares Gelände, auf dem sich bei unserer Ankunft zwei Kesselbauer ihre Brotzeitpause mit einem frischen Urtrunk versüßen.*

*Der Grund für ihr Werken ist der Bau des neuen Sudhauses, welches voll automatisiert, eben dem neuesten Stand der Technik angepasst wird. Anstelle der alten Kupferkessel finden dort zwei Behälter aus Edelstahl ihren Platz. „Dies spart enorm viel Energie ein und entlastet die Umwelt“, erklärt uns Tobias Weydringer, Bierbraumeister und technischer Geschäftsführer der Rother Bräu, jener kleinen Familienbrauerei, die ihren Namen einem Dorf zu verdanken hat, das inmitten „des Landes der offenen Fernen“ liegt.*

*Dieser Standort ist ein Grund für die hohe Qualität der Biere, die dort gebraut werden.*

*Denn den Hauptbestandteil bildet das Wasser direkt aus dem Biosphärenreservat Rhön. Kein Wunder, weshalb die „Rother Bräu“ jedes Jahr mit DLG-Prämierungen ausgezeichnet wird.*

*Darüber hinaus stammen außer dem Hopfen auch die restlichen Zutaten aus der Region, denn das Gersten- und Weizenmalz werden von der nächstgelegenen Mälzerei bezogen. Dementsprechend kennen die Weydringers sogar einige der Getreidebauern, die ihre Rohstoffe produzieren. „Der persönliche Kontakt ist für uns das größte Vertrauensiegel, was wir bekommen können!“, betont Xaver Weydringer, Diplom-Betriebswirt und kaufmännischer Geschäftsführer der Brauerei, die seit 1872 im Besitz seiner Familie ist.*

*Der persönliche Kontakt zu den Kunden war es auch, der 1989 dazu führte, ein Experiment zu wagen, dessen Resultat heute die Brauerei auszeichnet. „In München war damals das „Tollwood Festival“. Der für die Verköstigung Zuständige wollte ein Bio-Bier, was bis dato nur von zwei Brauereien in Deutschland produziert wurde“, erzählt uns Xaver. So entstand auf Kundenwunsch das erste ökologische Bier der Rother Bräu, der „Öko-Urtrunk“. Mittlerweile hat sich das Sortiment stark erweitert. Neben dem bewährten Urtrunk gibt es nun auch Ur-Weizen und Ur-Pils in Bio-Qualität. Besondere Beliebtheit erfährt überdies das „Öko Bier & Apfel“, die Rother Antwort auf „Radler“, unfiltriert, naturtrüb und passend zur Region mit Rhöner Apfelsaft versetzt. Dass es schmeckt, beweist die Nachfrage. Die Öko-Serie wird mittlerweile sogar in Russland angeboten.*

*Verantwortlich für diesen enormen und berechtigten Erfolg waren bis zum Jahr 2007 noch die Brüder Fritz und Georg Weydringer. Aber trotz Führungswechsel hat sich an der Philosophie der Rother Bräu nichts geändert, denn man möchte auch in Zukunft konzernunabhängig bleiben und braut deshalb nun in fünfter Generation nach bestem Wissen und Gewissen. Einziger Unterschied: Anstelle der beiden stehen nun deren Söhne Tobias und Xaver ihren Mann.*



Abb. 5: Tobias Weydringer.

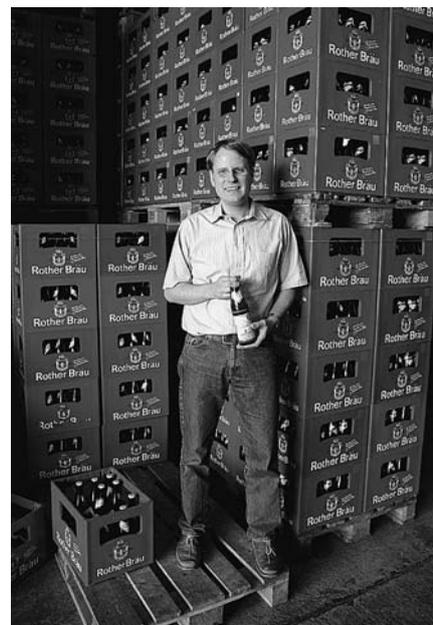


Abb. 6: Xaver Weydringer.

*Um die Brauerei nach den Grundsätzen ihrer Väter und Großväter weiterzuführen, werden hier trotz modernster Apparatur, noch die Werte traditioneller bayrischer Braukunst bewahrt. Dies ist möglich durch die Überschaubarkeit des Betriebes und den Einbezug der Mitarbeiter in den Prozess. Das Ergebnis: Biere mit einem individuellen Geschmack.*

*Oder in den Worten von Xaver ausgedrückt: „So zu brauen, damit das Bier einen Charakter hat!“ Dieser entfaltet sich eben am besten in einer Flasche mit altbewährtem Bügelverschluss!*

### **Genusswerk als Produktkommunikation**

Die drei Porträts veranschaulichen, was gute regionale Produkte ausmacht. In ihnen steckt das Herzblut ihrer Produzentinnen und Produzenten. Sie stellen nicht Käse, Wurst oder Bier her, sondern ihren Käse, ihre Wurst, ihr Bier. Die Konsumentinnen und Konsumenten schmecken dieses „ihr“. Die Produkte werden so zu Kommunikationsmedien zwischen Erzeugern und Verbrauchern. Lebensmittel sind dann nicht mehr bloß Energieträger, sondern sie sind Elemente einer Interaktion. Lebensmittel erzählen eine Geschichte über ihre Produzenten und über ihre Region, die die Konsumenten im Akt des Essens aufnehmen.

Die Porträts haben einen einheitlichen Aufbau. Im einleitenden Teil wird auf das zentrale Thema des Porträts hingeführt und am Schluss wird dieses wieder aufgegriffen. Einleitung und Schluss umrahmen den Hauptteil. Dieser wird aus Sachinformationen zum Lebensmittelerzeuger und -verarbeiter und dessen Produkt gebildet. Die Wortwahl ist dabei an den Charakter der Lebensmittelerzeuger und -verarbeiter angepasst. Stilistisch wird im Porträt eine Mischform aus Nominal-Stil und Adjektiven angewendet. Ein wichtiges Element stellen die Zitate der Handwerker dar, die im Porträt eingebaut sind. Ziel des Textes ist es, neben den Sachinformationen, auch Atmosphäre zu transportieren und Emotionen beim Leser hervorzurufen.

Das Koch- und Lesebuch kann eine neue Art der Produktkommunikation darstellen und durch die Porträtierung der Akteure dem Bedürfnis des Verbrauchers nach Transparenz und Regionalität gerecht werden. Es informiert den Verbraucher über das regionale Lebensmittelhandwerk und verdeutlicht dabei vor allem die Individualität und Vielfalt der regional angebotenen Lebensmittel. Des Weiteren werden soziale, kulturelle und ökonomische Einflüsse der Lebensmittelherstellung anhand der ausgewählten Betriebe verdeutlicht. Dabei werden die Stufen der Wertschöpfungskette bei der Herstellung einzelner Lebensmittel aufgezeigt. Nicht zuletzt kann das Koch- und Lesebuch durch die Vorstellung regionstypischer Rezepte die Rhön auf ästhetische Weise dem Verbraucher sinnlich erfahrbar machen. Darüber hinaus erfüllt es den Zweck eines Marketinginstrumentes für die Modellregion. Es kann weiterhin zur Vernetzung der Lebensmittel-Handwerker untereinander beitragen und somit den Erhalt von Fertigkeiten und Wissen, das Partizipieren an gemeinsamen Absatzkanälen (z.B. Rhönhöfe-Direktvermarktung) sowie den Erhalt traditioneller Herstellungsverfahren und der daraus entstandenen Produkte fördern. Neben der Vernetzung der vorgestellten Akteure untereinander, kann durch das Projekt auch die Vernetzung der Hochschule Fulda mit der Region Rhön gefördert werden. Dem Buchprojekt können sich weitere wissenschaftlich begleitete Projekte anschließen.

Das Koch- und Lesebuch „Genusswerk – Lebensmittel mit Charakter aus der Rhön“ erschien im November 2007 im Eigenverlag (Genusswerk-Verlag). Die erste Auflage wurde innerhalb weniger Wochen verkauft. Eine zweite Auflage über einen externen Verlag ist in Planung.

Außerdem besteht die Idee, das Buchkonzept auf andere Regionen, beispielsweise andere Biosphärenreservate, zu übertragen.

## Literatur

BUNDESVEREINIGUNG DER DEUTSCHEN ERNÄHRUNGSINDUSTRIE: Die Ernährungsindustrie im Überblick 2007, Foliensatz, [http://www.bve-online.de/markt\\_und\\_statistik/tabellen\\_grafiken/strukturdaten/foliensatz\\_2007.pdf](http://www.bve-online.de/markt_und_statistik/tabellen_grafiken/strukturdaten/foliensatz_2007.pdf)

DEUTSCHER FLEISCHERVERBAND: *Brancheninfo*, <http://www.fleischerhandwerk.de/brancheninfo>, Stand: 12.08.2007

EBERLE, U. / U. R. FRITSCHKE / D. HAYN / C. EMPACHER / U. SIMSHÄUSER / R. REHAAG / F. WASKOW 2004: Ernährungs-Wende, Umwelt-Ernährung-Gesundheit, Beschreibung der Dynamiken eines gesellschaftlichen Handlungsfeldes, Ökoforum, Diskussionspapier Nr. 1, Freiburg/Hamburg/Darmstadt/Frankfurt/Heidelberg/Köln, [http://www.ioew.de/home/downloaddateien/DPE\\_Wende.2004.pdf](http://www.ioew.de/home/downloaddateien/DPE_Wende.2004.pdf), Stand: 10.12.2007

ERDMANN, L. / S. SOHR / S. BEHRENDT / R. KREIBICH 2003: Nachhaltigkeit und Ernährung, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin, Werkstattbericht Nr. 57, [http://www.izt.de/fileadmin/downloads/pdf/IZT\\_WB57\\_Nachhaltigkeit\\_Ernaehrung.pdf](http://www.izt.de/fileadmin/downloads/pdf/IZT_WB57_Nachhaltigkeit_Ernaehrung.pdf)

GUPFINGER, H. / G. MRAZ / K. WERNER 2000: Prost Mahlzeit: Essen und Trinken mit gutem Gewissen, Wien/München

HERDE, A. 2005: Kriterien für eine nachhaltige Ernährung auf Konsumentenebene, Technische Universität Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft, Diskussionspapier Nr. 20, [http://www.ztg.tu-berlin.de/pdf/Nr\\_20\\_Herde.pdf](http://www.ztg.tu-berlin.de/pdf/Nr_20_Herde.pdf)

HUBER, T. 2003: Zukunft des Handwerks – Innovative Konzepte für eine traditionelle Branche, Zukunftsinstitut, Kelkheim

KIRIG, A. / H. RÜTZLER 2007: Food Styles – Die wichtigsten Thesen, Trends und Typologien für die Genuss-Märkte, Zukunftsinstitut, Kelkheim

RITZER, George 1998: Die McDonaldisierung der Gesellschaft, Frankfurt/M.

STATISTISCHES BUNDESAMT 2006: Leben in Deutschland/Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Wiesbaden <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2006/Mikrozensus/Pressebrochure.property=file.pdf>

WEINER, S. 2005: Die Slow Food Fibel. Slow Food, o.V.

ZENTRALVERBAND DES DEUTSCHEN BÄCKERHANDWERKS: Marktsituation, <http://www.baeckerhandwerk.de/index.php?id=30>, Stand: 12.08.2007

## Dokumentation historischer Kulturlandschaftselemente im Biosphärenreservat Rhön: Notwendigkeit und Nutzen – Verfahren und Beispiele

Armin Röhrer und Thomas Büttner

„Wir sind vom Kreuzberg südlich gewandert, erst durch Buchenwälder mit ihrem jungen Grün, dann über die Weidewiesen mit ihren Hecken, und dann läuft das Gelände in drei Höhenrücken aus, die voneinander durch Tälchen getrennt sind. Und auf jedem dieser Höhenrücken liegt ein Dorf. Links Sandberg, in der Mitte, ein wenig tiefer, Waldberg und rechts Langenleiten. Und rund um dieser Dörfer weite Wälder des sogenannten Salzforstes. Im Norden blickt man hinauf noch einmal auf die Kuppe des Kreuzberges, und rechts hat man die dunkle Flanke der Schwarzen Berge. Wer unvorbereitet in diese Dörfer tritt, ist überrascht. Sie sind so ganz anders als all die Rhöndörfer, die wir bisher gesehen haben. Sie sehen aus, als wären sie Geschwister, als wären sie alle drei nach dem gleichen Plan entworfen. Lang ziehen sie sich auf den Höhenrücken hin, richtige Straßendörfer.“<sup>1</sup>



Abb. 1: Blick aus südlicher Richtung auf Waldberg (Lkr. Rhön-Grabfeld) mit seinen noch eindrucksvoll erhaltenen Gras- und Baumgärten. Waldberg wurde 1683 auf dem „Wallberg“, einem südlichen Ausläufer des Kreuzberges, gegründet (Foto: Armin Röhrer und Thomas Büttner).

„Die Dorfstraße (Waldbergs, Anm. d. Verf.) ist unendlich breit. In der Mitte stehen immer wieder in Abständen laufende Brunnen. Die Dorfkirche ist in der Mitte, und da sehen wir nun Haus an Haus gereiht. Fast jedes Haus gleich, nur ein wenig unterschieden in der Farbe ihrer Schindeln. Sie sind ganz mit Schindeln überkleidet, ganz schuppig, manche Häuser sind mit Brettern vollkommen verschalt, manche auch haben Verputz, aber es ist so, als wäre ein Haus wie das andere geplant und entworfen.“<sup>2</sup> Mit diesen Worten beschreibt DÜNNINGER Mitte der 1950er Jahre als Wanderer *seine* Entdeckung der „neuen Dörfer“ Waldberg, Langenleiten und Sandberg, die sich auf den südlichen Aus-

---

<sup>1</sup> DÜNNINGER 1957, S. 53.

<sup>2</sup> Ebd., S. 54.

läufern des Kreuzbergs erstrecken. Die Orte liegen westlich des Salzforsts, des größten zusammenhängenden Waldgebiets der Rhön. DÜNNINGER beschreibt hier ein Dorfbild, das bis in die 1950er Jahre hinein noch weitgehend Bestand hatte. Einschränkend muss man jedoch sagen, dass die nach einem einheitlichen Bauplan entworfenen *Typenhäuser* in vielen Fällen bereits in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts einer neuen Bebauung gewichen oder aufgestockt worden waren. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen wie auch in den Jahrzehnten nach 1950 vollzog sich eine durchgreifende Erneuerung der Bebauung. Heute ist der alte Baubestand nahezu ganz einer neuen Baukultur gewichen. Die Verschindelung hat sich nur noch an wenigen Häusern erhalten. Die Verschalung mit Brettern ist noch an einem Haus in Kilianshof ablesbar bzw. allgemein an einigen Scheunen- und Wirtschaftsgebäuden. Ein Typenhaus aus der Gründungsphase, das ursprünglich in der Dr.-Bühner-Str. 17 in Waldberg stand, ist in das Freilandmuseum Fladungen transloziert worden und kann dort besichtigt werden.<sup>3</sup>

Abb. 2: Straßenangerdorf Waldberg. Das Erscheinungsbild der „neuen Dörfer“ hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich gewandelt. Den Walddörfern bewahrt geblieben ist die historische Grundstruktur der Siedlungsstellen, die kompakte Lage und das Aneinanderschmiegen der Wohnhäuser. Die außerordentlich breiten Hauptstraßen bilden heute noch das Rückgrat der Dörfer (Foto: Armin Röhrer und Thomas Büttner).



In der Landwirtschaft nahmen ab den 1920er Jahren Rationalisierungs- und Umstrukturierungsprozesse ihren Anfang. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung und dem technischen Fortschritt in der Nachkriegszeit setzte sich diese Entwicklung immer schneller fort. Das Spiegelbild dieses Prozesses, insbesondere im Hinblick auf die letzten Jahrzehnte, lässt sich in der Kulturlandschaft ablesen. Die Landwirtschaft zog sich immer mehr aus der Fläche zurück. Unrentable Bereiche wie ortsferne Bergwiesen, die alten Triebwege oder Weiden wurden zunehmend aufgelassen und aufgeforstet. Dennoch haben die Walddörfer viel von ihrem alten Erscheinungsbild bewahren können, lassen in ihrer Grundstruktur und an vielen wertvollen Landschaftsbausteinen bis heute die einst enge Verflechtung von Naturvorgabe und Menschenwerk ablesen, das in der Landnutzung vom Ringen mit der Natur geprägt war.

Aus heutiger Sicht stellen die Walddörfer am Fuße des Kreuzbergs nach wie vor ein übersehenes Kleinod der Rhön dar. Jüngst berichtete sehr anschaulich ein Film des Bayerischen Rundfunks im

---

<sup>3</sup> Vgl. BEDAL/MAY/WALD 1996, S. 284-285.

Rahmen der BR-Sendereihe „Bilder einer Landschaft“ über die Walddörfer der Rhön.<sup>4</sup> Der Massentourismus kulminiert auf dem Kreuzberg, der, über die Walddörfer thronend, nur einen Steinwurf weit entfernt liegt. Lediglich die Wallfahrtsprozessionen, in besonderen Maße die der Würzburger Kreuzbruderschaft<sup>5</sup>, die u. a. Halt in Waldberg macht, bringen zeitweise viele Menschen von außerhalb in die Walddörfer hinein – sieht man von dem Campingplatz-Betrieb in Waldberg einmal ab.

### **Erfassung der historischen Kulturlandschaftselemente der Gemeinde Sandberg**

Den Blick auf die Entstehungsgeschichte und Lebenswelt dieser Dörfer zu schärfen, ist der Gegenstand des Auftragsgutachtens „*Erfassung der historischen Kulturlandschaftselemente der Gemeinde Sandberg (Lkr. Rhön-Grabfeld)*“, das im Sommer 2007 von der Bayerischen Verwaltungsstelle Biosphärenreservat Rhön der Regierung von Unterfranken in Auftrag gegeben wurde. Anliegen dieser Arbeit ist es, Dorf und Flur der Ortsteile der Gemeinde Sandberg und die althergebrachten Landnutzungs- und Wirtschaftsweisen aus kulturhistorischer Sicht zu beschreiben. Das Leben und Wirtschaften der vorausgegangenen Generationen spiegelt sich nicht nur in Sitte und Brauchtum wider, sondern hat auch in besonderem Maße die Kulturlandschaft geprägt. Diese Spuren in der Landschaft, die für diese Auftragsarbeit in einem Inventar zusammengestellt wurden, können als historische Kulturlandschaftselemente bezeichnet werden. Als unverwechselbare und ortsgebundene Zeitzeugnisse tragen sie zur Identität der Walddörfer bei.

Hauptsächliches Ziel der Kulturlandschaftsinventarisierung ist somit die Ermittlung der historischen Strukturen der Gemeinde und ihrer Ortsteile sowie der umgebenden Landschaft und das Festmachen dieser Objekte am heutigen Bestand. Historische Kulturlandschaftselemente, die über die Entwicklung der Gemeinde und der umgebenden Landschaft Zeugnis abgeben und den Blick in vergangene Zeiten ermöglichen, sind somit grundsätzlich von Relevanz. Die Analyse soll auch aufzeigen, wo wichtige und ggf. auch empfindliche Bereiche innerhalb des Untersuchungsgebietes bestehen, damit diesen durch die Gemeinde und ihre Bürger besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden kann. So versteht sich dieses Gutachten auch als Beitrag zur Identitätsbildung und zur Schärfung der Außen-sicht auf die Gemeinde Sandberg, hinzu kommt die Möglichkeit der Nutzung für den Tourismus. Das Fränkische Freilandmuseum Fladungen hat jüngst diesen Weg mit dem Projekt „Kulturlandschaftsstationen“ beschritten. Seit Juli 2007 vermitteln verschiedene Themenwege die Geschichte der Fladunger Kulturlandschaft.<sup>6</sup>

Bevor in Auszügen auf die Ergebnisse des Sandberg-Projekts eingegangen wird, soll zunächst der Aufbau und die Methodik der Kulturlandschaftsinventarisierung skizziert werden, die der von GUNZELMANN, RÖHRER und BÜTTNER entwickelten Vorgehensweise folgt.<sup>7</sup>

### **Methodik und Vorgehensweise**

Die Voraussetzung für die Erfassung und Bewertung der historischen Kulturlandschaft und ihrer Bestandteile bildete zunächst auf der *Rahmenebene* die Erarbeitung der Naturvorgabe und der kul-

---

<sup>4</sup> BAYERISCHER RUNDFUNK 2004: Die Walddörfer der Rhön. BR-Reihe „Bilder einer Landschaft“. Regie: Susanne Roser.

<sup>5</sup> Vgl. BRÜCKNER 1997.

<sup>6</sup> Vgl. BÜTTNER/FECHTER/GUNZELMANN/RÖHRER 2008, S. 35-39.

<sup>7</sup> Vgl. GUNZELMANN 2001, S. 15-32; RÖHRER et al. 2005; BÜTTNER/RÖHRER 2005, S. 114-121.

turlandschaftsräumlichen Grundlagen, die eine Auswertung des Extraditionsplans (Uraufnahmeblatt) und des Grundsteuerkatasters aus der Mitte des 19. Jahrhunderts einschloss. Letztere wurden Mitte des 19. Jahrhunderts im Zuge der Landesvermessung systematisch für ganz Bayern erstellt und beinhalten im Wesentlichen die Grenzen der Grundstücke und Landnutzungsarten, der Gebäude sowie der Wege und Gewässer von vor über 150 Jahren. Das Grundsteuerkataster und der zugehörige Extraditionsplan sind für Erhebungen und Planungen mit historischem Hintergrund sehr ergiebig. Sie erlauben parzellenscharfe Angaben zu Sozialstruktur, Besitzverhältnissen, Landnutzung und landwirtschaftlichem Betriebssystem. Es können auf diesem Weg auch Hinweise zu alten Flurnamen, Weg- und Gewässerläufen entnommen werden. Folgende Aspekte haben im Sinne einer querschnittlichen Betrachtungsweise eine eingehende Betrachtung und Darstellung in Text- und Bildform erfahren:

- Naturraum und Bodengüte,
- Herrschafts-, Siedlungs- und Kirchengeschichte,
- historische Dorf- und Flurstruktur,
- historische Landnutzung und Viehzucht,
- historisches Verkehrsnetz und Gewerbestruktur.

Die historische Flächennutzung wurde als flächendeckende, historische Landnutzungskarte gemäß den Inhalten der Extraditionspläne aus der Mitte des 19. Jahrhunderts als digitale Vektorkarte auf der Basis der aktuellen digitalen Flurkarte im Maßstab 1:5.000 dargestellt. Auch der Ortsbereich bzw. die historische Dorfstruktur wurden nach dieser Methode dargestellt. Folgende Hauptnutzungstypen wurden in die heutige Kartengrundlage übertragen: Wald, Wiese, Ackernutzung, Hutung/Ödung, Wiese mit Gebüsch/Hecken, Sonderkulturen (Streuobst, Grabeland etc.), Bachlauf/Gewässer, Straße/Weg sowie Wohnfläche/Siedlungsfläche.

Der nächste Arbeitsschritt vollzog sich auf der *Objektebene* und bestand in der Erfassung, Beschreibung und Bewertung der historischen Kulturlandschaftselemente sowie deren Einbindung in eine Datenbank. Für jedes erhobene Einzelobjekt wurden neben der formalen Beschreibung und der kulturhistorischen Charakterisierung auch Ziel- und Maßnahmenvorschläge gegeben. Eingang gefunden haben historische Kulturlandschaftselemente aus folgenden Funktionsbereichen: Siedlung, Landwirtschaft, Gewerbe, Verkehr, Freizeit, Gemeinschaftsleben (Religion, Staat, Militär) und assoziative Kulturlandschaft (Sichtbezüge, Raumbildungen, immaterielle historische Stätten). Die als Punkt-, Linien- und Flächenobjekte erhobenen historischen Kulturlandschaftselemente wurden auf Basis der aktuellen digitalen Flurkarte im Vektorformat als „Bestandskarte der historischen Kulturlandschaft“ im Maßstab 1:5.000 dargestellt. Jedes Objekt erhielt eine Elementsignatur und wurde über ein Plansymbol abgebildet. Die Plansymbolik verfolgt das Ziel, plakativ und soweit wie möglich selbsterklärend zu sein.<sup>8</sup>

Schließlich wird eine *Gesamtschau* der historischen Kulturlandschaft gegeben. In diesem Rahmen werden die Einzelobjekte untereinander vernetzt und die Wirkungszusammenhänge zwischen den Naturfaktoren und den historischen Einflusskräften genannt. Kernstück der Gesamtschau sind die zu treffenden Aussagen hinsichtlich der historischen Dorf- und Flurstruktur, der historischen Landnut-

---

<sup>8</sup> Die KLI-Legende steht unter der „creative commons“ Lizenz. Vgl. <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/de/>

zung und Viehzucht sowie in Bezug auf das historische Verkehrsnetz und die Gewerbestruktur. Auf diese Weise kann die historische Zeugnis kraft, Individualität und charakteristische Eigenart der historischen Kulturlandschaft als Bestandteil der aktuellen Kulturlandschaft herausgearbeitet werden. Ein wesentliches Ziel der Gesamtschau ist zugleich die Herausarbeitung sehr wertvoller Landschaftsbereiche und historischer Kulturlandschaftselemente.

Historische Kulturlandschaftselemente der Gemeinde Sandberg		BIOSPÄHRENRESERVAT RHÖN	
<b>ERHEBUNGSBOGEN</b>			
Gemarkung:	Schmalwasser	Kreis/Stadt:	Rhön-Grabfeld
Gemeinde/Stadt:	Sandberg	Bezirk:	Unterfranken
		Naturraum: Südhön	
Abb.: Ausgedehnte Feuchtwiesen am Schmalwasserbach		Geologische Raumeinheit: Auenlehm	
		Signatur: SW002	
Karte: Kartenausschnitt M 1:5000		Element: Talwiesen im Grund	
Formale Beschreibung:		Elementform: vernetzt	
Wiesenflächen des FFH-Gebietes "Schmalwasser- und Premichtal"; Wiesen werden über Vertragsnaturschutz einmal pro Jahr gemäht; FFH-Gebiet erstreckt sich auch am Kellersbach entlang und bis nach Steinach; Vernetzungsfunktion zur Fränkischen Saale		Elementtyp: Talwiesen	
Kulturhistorische Analyse:		Bereich: Land-, Wald- und Fischerwirtschaft, Gartenbau	
1849 bereits Wiesenflächen; ausgedehnte Feuchtwiesen im Auenbereich des Schmalwasserbaches im großflächigen Waldgebiet der Südhön, die die Rhön mit dem Saaletal vernetzen		Entstehung: keine Angabe	
Kulturhistorische Bedeutung:		Flur_Nr.: 295/0-408/0	
Eigenart: der Landschaft des UG prägend; sehr hohe ökologische Bedeutung; sehr hohe kulturhistorische Bedeutung durch Nutzungsbeständigkeit der Flächen und als Zeugnis einstiger Wiesenbewirtschaftung		Nutzung: rezent	
Rangungshinweise:		Schutzstatus: FFH-Schutzgebiet	
Erhalt und extensive Pflege der Wiesen über den Vertragsnaturschutz durch regelmäßige einschürige Mäh- oder extensive Beweidung; Einbindung ins Wanderwegenetz		Gefährdung: 3	
		Erhaltungswürdigkeit: 1	
		Touristisches Potenzial: 1	
		Quellen:	
		FIS-Natur Bayern 2007; Liquidationsplan 1849; Kleinhenz 2007, mdl.	
		Erfasser: Jessica Röhlinger	
		Datum: Oktober 2007	

Abb. 3: Erhebungsbogen für historische Kulturlandschaftselemente. In dem Inventar wurden die historischen Kulturlandschaftselemente auch hinsichtlich ihres Gefährdungsgrads und ihrer touristischen Eignung (im Hinblick für eine spätere Festlegung von „points of interest“/Kulturlandschaftsstationen) erfasst (Datenbankformular: Armin Röhler und Thomas Büttner).

## Verwendete Materialien, Quellen und Literatur

Für die Kulturlandschaftsanalyse und -erhebung können sehr vielfältige Quellen herangezogen werden. Im Rahmen der historisch-geographischen Analyse wurde wie folgt vorgegangen:

- Auswertung orts- und regionalkundlicher Literatur sowie fachbezogener historisch-geographischer und naturkundlicher Literatur (z.B. Ortschroniken und Festschriften von Sandberg, Langenleiten, Schmalwasser; u.a. Abhandlung zur Geschichte der Besiedlung und Waldwirtschaft im Salzforst von KMIOTEK)

- Internetrecherche (Literaturdatenbanken, Internetseiten der Lokal- und Heimatforschung sowie von Gemeinden und Landkreisen)
- Archivarbeit: Auswertung des Extraditionsplans und des Urkatasters aus der Mitte des 19. Jh.; Auswertung des renovierten Grundsteuerkatasters des beginnenden 20. Jh.; ergänzende Einsicht in weitere Archivalien der Staatsarchive (z.B. Statistiken zur Viehzählung in der Rhön); ergänzende Einsicht in historische Plan- und Luftbildsammlungen
- Behördenabfrage: Erhebung einschlägiger Grundlagen- und Planungsdaten aus Fachinventaren von Denkmalbehörden (Bau- und Bodendenkmalpflege), Naturschutzbehörden, Vermessungsamt usw.
- Geländebegehung als methodische Basis der Bestandsaufnahme; es erfolgte eine Verknüpfung des Geländebefunds mit den im Vorfeld erschlossenen Grundlageninformationen sowie den Erkenntnissen aus dem Extraditionsplan und dem Urkataster.

Eine besondere Rolle nahm die Einbindung von ortskundigen Personen vor Ort ein. Es wurden kleine Arbeitsgruppen in den einzelnen Dörfern im Sinne eines „Rat der Weisen“ gebildet.

Es würde den inhaltlichen Rahmen sprengen, in ausführlicher Form über die Projektergebnisse zu berichten. Von daher wird an dieser Stelle ein kleiner Einblick gewährt. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf den historischen Orts- und Flurformen sowie auf der historischen Nutzungsstruktur des betrachteten Untersuchungsgebiets. Zu Beginn der Ausführungen stehen die Erläuterungen zur Besiedlung des Raums, die in die Zeit des frühneuzeitlichen Landesausbaus fällt.

### **Frühneuzeitlicher Landesausbau im Salzforst**

Das Gemeindegebiet Sandbergs ist dörflich geprägt. Es umfasst eine Fläche von knapp 2.800 ha und liegt im Bayerischen Teil des Biosphärenreservats Rhön. Die seit dem 1.1.1972 bestehende und ca. 3000 Einwohner zählende Großgemeinde umfasst mit Schmalwasser, Sandberg, Kilianshof, Waldberg und Langenleiten fünf Dörfer. Der frühneuzeitliche Landesausbau, der seine stärksten Impulse vom Bevölkerungswachstum und der Kolonisationstätigkeit absolutistischer Landesherren erhielt, äußerte sich nicht nur in dem Ausbau bestehender Siedlungen, sondern auch in der Neubesetzung von Wüstungen. Eine besondere Rolle nahmen die Siedlungsneugründungen in bisher unerschlossenen Wäldern der Mittelgebirge ein. Im Salzforst häufte sich im 16. Jahrhundert das Anlegen von Rodungssiedlungen, die der sogenannten 3. Kolonisationsphase zugeschrieben werden. In der überwiegenden Mehrheit entstanden hier Wohnplätze ohne Anlehnung an eine mittelalterliche Wüstung. So wurden Schmalwasser, Wildflecken, Oberbach, Gefäll und Premich (Lkr. Rhön-Grabfeld und Bad Kissingen) in dieser Zeit als regelmäßige Straßendörfer gegründet.<sup>9</sup> Daran beteiligt – in „*angemaßter Lehensherrlichkeit*“<sup>10</sup> – waren die Forstmeister des Salzforsts. Schmalwasser entstand 1506 ohne Erlaubnis der damaligen fürstbischöflichen Landesherren als Köhlersiedlung.

---

<sup>9</sup> Vgl. BORN 1977, S. 55.

<sup>10</sup> JÄGER 1958, S. 94.

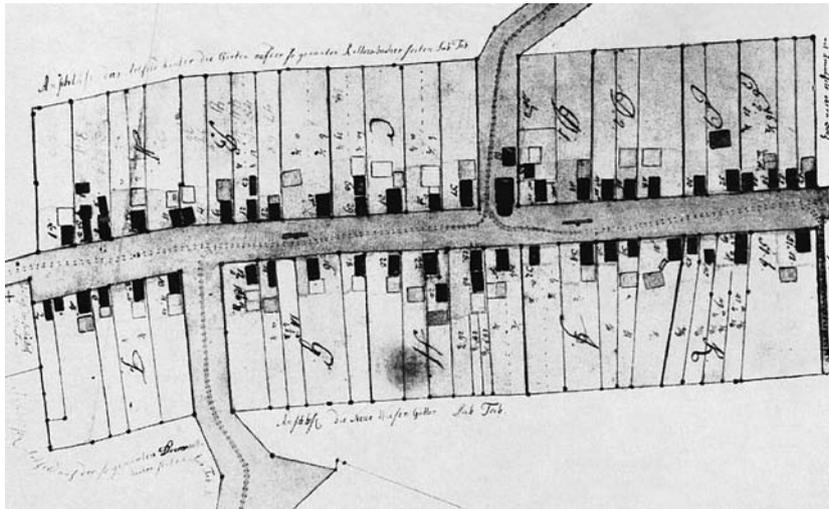


Abb. 4: Grundriss des Dorfs Waldberg im Jahre 1790, M. 1:4545. In der Abbildung lassen sich in den stärker umrandeten, mit Buchstaben bezeichneten Ortsteilen die zehn ursprünglichen blockförmigen Hofreiten erkennen. Im Jahre 1790 waren sie bereits durchweg in vier bis fünf schmale Hofreiten unterteilt (Quelle: JÄGER 1958, Anhang).

Als Reaktion auf das Bevölkerungswachstum, aber auch aus Aspekten der Grenzsicherung und in der Erwartung erhöhter finanzieller Erträge durch Steuereinnahmen, wurden Ende des 17. Jahrhunderts die „neuen Dörfer“ im Salzforst gegründet. Auf Anweisung des Fürstbistums Würzburg entstanden Waldberg (gegr. um 1683), Langenleiten (gegr. um 1686/89) und Sandberg (1691) auf den südlichen Ausläufern des Kreuzberges. Waldberg wurde an einer bereits bestehenden Wegeverbindung gegründet. Hierbei handelt es sich um den von Premich zum Kreuzberg führenden Weg, der seit 1642 der Würzburger Kreuzbruderschaft als Wallfahrtsweg dient. Im Vererbungsbrief von Waldberg hatte der fürstbischöfliche Landesherr Conrad von Wernau den Neusiedlern zunächst 531 Morgen zugebilligt. Ein Morgen sollte für den Kirch- und Friedhof verwendet werden, 30 Morgen zur Anlage von 10 Höfen und 500 für Ackerbau, Weide und Wiesen (anteilig 50 Morgen pro Hofstelle).

Auf jede Hofreite in Waldberg entfielen somit 3 Morgen (100 m lang und 75 m breit) für Wohnung, Scheuer und Stallung. Das war reichlich bemessen und geschah in der Absicht, später einmal eine zweite Hofstatt innerhalb derselben Hofreite errichten zu können. Das geschlagene Holz konnten die Siedler für den Bau ihrer Häuser und Scheunen verwenden. Ihr Vieh (Rinder, Schweine) durften sie, wie die anderen schon bestehenden Gemeinden, zur Mastung in den Salzforst treiben. Brunnen (Quellen) durften zur Wässerung der Wiesen benutzt werden. Auch wurde die Option auf weitere Zurodungen gegeben. Ferner war vom fürstbischöflichen Landesherr eine Stagnation der Siedlerzahl erwünscht, da das Buntsandsteingebiet des Salzforsts relativ unfruchtbar ist und nur gewisse Besitzgrößen ein tragfähiges Wirtschaften ermöglichen.<sup>11</sup>

Diese Siedlungsgründungen der sogenannten *vierten Kolonisationsphase* zeigen eine noch größere Regelmäßigkeit als die vorangegangenen, handelt es sich doch um großzügig angelegte *Straßenangerdörfer*. Die Ortsformen sollten nicht nur wirtschaftlichen Erfordernissen angepasst werden, sondern sollten auch dem barocken städtebaulichen Ideal der Aufgelockertheit und der Geometrie Rechnung tragen. Regelmäßige Gestaltung wurde gefordert, damit die Dörfer einen „schönen Prospect“<sup>12</sup>

<sup>11</sup> Vgl. KMIOTEK 1900, S. 167 f.; PFEUFER 1972 (Nachdruck von 1936), S. 255; LEMBACH 1978, S. 12.

<sup>12</sup> Vgl. BORN 1977, S. 56, 136 f.

bildeten. Die Gehöftgrundstücke sind genormt und beidseitig am Straßenanger aufgereiht. Waldberg und Sandberg verfügen darüber hinaus über *Gemüsgärten*, die den Wohnhäusern vorgelagert sind. Hinter den giebelständig zur Straße stehenden Wohnstallhäusern erstrecken sich rechteckige Baum- und Graspärten. Diese dienen als Lagerfläche, Kleinviehauslauf, zur Frischfuttermittellieferung und als Obstgarten. Auch können Nutzgärten in dieser Fläche liegen.

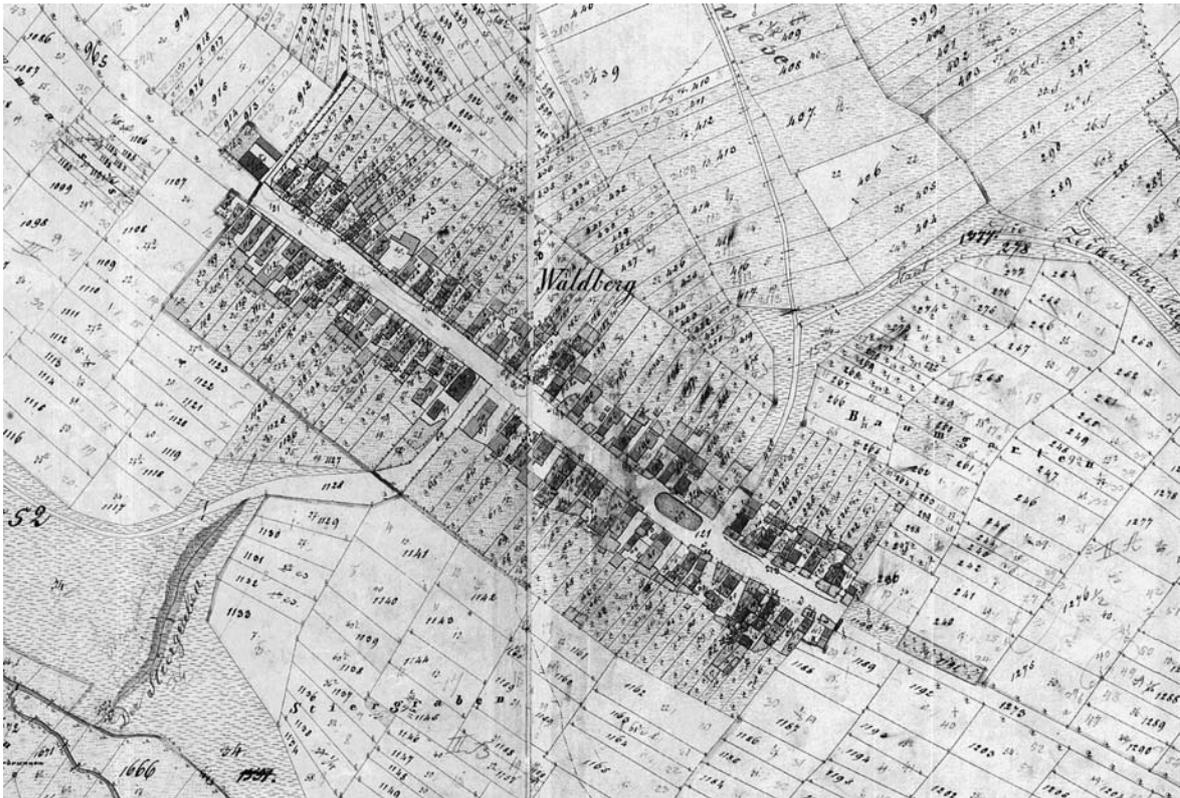


Abb. 5: Der Ausschnitt des Extraditionsplans Waldberg aus der Mitte des 19. Jh. zeigt das planmäßig angelegte Straßenangerdorf mit den Hofstellen, den Baum- und Graspärten und der umgebenden Plangewannflur (Quelle: Archiv des Vermessungsamts Bad Neustadt/Saale).

Vor allem seit dem späten 19. Jahrhundert, mit der beginnenden Förderung des Obstbaus, entstand aus den Gras- und Baumgärten hinter den Scheunen ein durchgehender Obstbaumgürtel. Um das ganze Dorf mit seinen Gärten führte ein Weg (Etterweg), der als schmaler Fußweg ausgebildet war. Er bildete sozusagen eine Grenzlinie zwischen dem Dorfbereich und der Feldflur. Der Etterweg von Langenleiten hingegen verlief zwischen den Gärten und den Scheunengebäuden und verband so die einst zahlreich vorhandenen Backöfen in den Gärten.<sup>13</sup>

Die planmäßige Anlage der „neuen Dörfer“ drückt sich auch in der schematischen Anlage der Plangewannfluren aus, wobei die Flur Langenleiten teilweise eine gewisse Nähe zu Waldhufenfluren

<sup>13</sup> Vgl. PFEUFFER 1937, S. 177.

mit Lesesteinbegrenzungen an den Längsseiten aufweist, ohne jedoch deren Verbindung zwischen Hufe und Hof zu besitzen. Die Plangewanne haben überwiegend rechteckige Gewannumrisse und weisen eine gleiche Parzellenzahl der Einzelgewanne auf. So besteht die Flur Waldbergs aus schmal- bis breitstreifigen, gradlinig begrenzten, mehr oder weniger kurzen Gewannen. Die schematische Einteilung sollte den Erfordernissen einer geregelten und ertragreichen Dreifelderwirtschaft Rechnung tragen.<sup>14</sup> Übersichtliche und gerechte Besitzgemenge in Plangewannen erschienen daher sinnvoll. Letztlich orientierten sich die Vorstellungen der Flurgestaltung auch am Ideal eines geometrisch gestalteten Parks mit landwirtschaftlicher Nutzung.

### Historische Nutzungsstrukturen und Viehwirtschaft

Der Salzforst war im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit ein reines Laubwaldgebiet: In den niedrigeren Buntsandsteingebieten herrschten Eichen, Hainbuchen und Buchen vor und in den höhergelegenen Muschelkalk- und Basaltgebieten Buchen. Er diente zur Schweinemast und Waldweide der umliegenden Dörfer. Aus 20 Dörfern waren 1596 insgesamt 7229 Rinder und 7239 Schafe zur Waldweide im Wald. Bauholz wurde einzelstammweise genutzt.<sup>15</sup> Im 16. Jahrhundert war nach den Dorfgründungen der dritten Siedlungsperiode durch Köhlerei, Glashütten und Eisenhämmern eine starke Verwüstung festzustellen. In der Waldordnung von 1574 forderte Fürstbischof Julius Echter den Übergang zu einer geregelten schlagweisen Mittelwaldwirtschaft (mit „Hegreisern“ in der Oberschicht), eine Einschränkung der Weiderechtigkeiten und der Schweinemast der umliegenden Dörfer, ein Schließen der Eisenhämmer und Glashütten und ein Verbot weiterer Rodungen.<sup>16</sup> 1738 wurde statt der flächenbezogenen Brennholzentnahme der Salzforstanrainer auf ein mengenbezogenes Einschlagverfahren mit anschließender Klafterung des Holzes umgestellt, womit die Holzentnahme im landesherrlichen Forst effektiver kontrolliert werden konnte.<sup>17</sup>

Nach dem Übergang an Bayern wurde der Salzforst Staatswald. Die Mittelwälder waren durch häufige Stockholzentnahme weitgehend erschöpft. Auf devastierten Flächen wurden Kiefern (später auch Fichte und Lärche) angesät. Andere Flächen wurden in Hochwald überführt. Einzelne starkastige Alteichen im Bestand weisen noch auf die ehemalige Waldweide und Mittelwaldwirtschaft hin. 1948 wurden im Bereich Guckas/Feuerberg einschürige Bergwiesen vom Staat erworben und mit Fichten aufgeforstet. Später forstete die Gemeinde Langenleiten große Gemeinflächen an der Kissinger Hütte mit Fichten auf.<sup>18</sup> Hier weisen einzelne Hutebuchen auf die ehemalige Hutungsnutzung hin.

Die Gründung der neuen Walddörfer des 17. Jahrhunderts auf recht unfruchtbaren Buntsandsteinriedeln wird von JÄGER 1803 bei der Schilderung des Anstiegs zum Kreuzberg von den „neuen Dörfern“ aus wie folgt beschrieben: *“Fast eine halbe Stunde lang ist der Fuß des Berges von dieser Seite (...) in Arthsland umgeschaffen, aber bald kömmt man auf Wiesen und Hutwaasen von Quellwasser durchschlängelt, und von diesen in einen dichten Buchenwald.”*<sup>19</sup> Über die Schwarzen Berge heisst es: *„Außer dieser schönen Aussicht gewähren die schwarzen Berge auch weniges Vergnügen*

---

<sup>14</sup> JÄGER 1958, S. 97; BORN 1977, S. 175.

<sup>15</sup> Vgl. PFEUFFER 1937, S. 165; ELLINGER 1970, S. 116.

<sup>16</sup> Vgl. ELLINGER 1970, S. 118 f.; SCHENK 1995, S. 575 f.

<sup>17</sup> Vgl. SCHENK 1998, S. 291, S. 296.

<sup>18</sup> Vgl. ELLINGER 1970, S. 120-123.

<sup>19</sup> Vgl. JÄGER 1803, S. 11.

*und Befriedigung. Sie haben an ihrem Fuße roten tonigen Sand, welcher durchgängig zu Artland benutzt wird; ihm folgen (...) Wiesen und Waldungen, und am Ende gelangt man auf den Gipfel, welcher bewaset ist und zu Heufutter benutzt wird.“<sup>20</sup> HÖHL schreibt 1892: „Einträglicher (als der Ackerbau) ist die Viehzucht, auf welcher der Rhöner angewiesen ist durch die ausgedehnten Wiesen und Hutflächen. Der Viehstand ist sehr bedeutend: 6 bis 8 Stück Vieh (...) ist noch kein besonderer Reichtum, während ein Viehstand von 12 bis 20 Stück nichts Seltenes ist. Wer sich vom Rhöner Viehstand überzeugen will, mag nur den berühmten wöchentlichen Viehmarkt in Neustadt besuchen. Beim Viehhüten hat sich übrigens schon mancher anstellige Junge zum Holzschnitzer ausgebildet.“<sup>21</sup>*



Abb. 6: Wässerwiese in Waldberg.  
In der Flur Brunnenwiese wird noch das Funktionsprinzip einer einfachen Hangbewässerung angewendet (Foto: Armin Röhler und Thomas Büttner).

Die Flur der neuen Dörfer wurde um die Ortslagen (Innenfelder) beinahe ausschließlich als Acker genutzt. Betriebsform war die Dreifelderwirtschaft. Im 19. Jahrhundert wurde die zelgengebundene Dreifelderwirtschaft<sup>22</sup> abgelöst. Kartoffel- und Kleeanbau setzte sich durch und der Düngerbedarf wurde zunehmend aus dem Wald durch Laubrechen gedeckt.<sup>23</sup> Dazu HÖHL 1892: „Der Kartoffelbau, der dem kleinen Bauern das Stroh entzieht, treibt ihn in den Wald, damit er dort die verwelkten Blätter als Streu für sein Vieh suche; der Wald liefert ihm die Eicheln für die Schweinemast.“<sup>24</sup> Grünland gab es in Talräumen (Talwiesen) und an den teils quelligen oberen Hangbereichen (Bergwiesen). Im Kataster sind sie teils als „Wiese mit Gebüsch“ verzeichnet. Durch Wässern wurden die Wiesen verbessert („Wässerwiesen“).<sup>25</sup> Die Gemarkung Langenleiten erstreckt sich bis in den Basaltbereich der

---

<sup>20</sup> Vgl. JÄGER 1803, S. 82.

<sup>21</sup> Vgl. HÖHL 1892, S. 15-17.

<sup>22</sup> Eine Zelge beschreibt einen Felderkomplex, der von den Nutzungsberechtigten in gleicher Weise genutzt wird.

<sup>23</sup> Vgl. SCHENK 1998, S. 317.

<sup>24</sup> Vgl. HÖHL 1892, S. 54.

<sup>25</sup> Vgl. PFEUFER 1937, S. 155.

Schwarzen Berge. Hier gab es „Heufelder“<sup>26</sup>, einschürige Mahdweiden. Zum Kreuzberg und zum Salzforst hin war eine scharfe Rodungsgrenze entstanden, die durch Grenzsteine (18./19. Jh.) abge-  
markt wurde.

Jedes Dorf hatte ein Hirtenhaus und einen Dorfhirten, der die Gemeinschaftsherde (Rinder, Schafe) jeden Tag über Triebwege auf die Gemeindehütungen trieb. Daneben gab es kleinere bäuerliche Hütungsflächen.

Im Sinne der Agrarreform im 19. Jahrhundert plädiert BAUR 1816 für eine Ausweitung des Obstbaus: *“Der Obstbau könnte noch erweitert und viel eifriger betrieben werden, wenn die Bewohner (...) über vorteilhaftere Benützung ihrer vielen Ellern, Steinrutschen und Gemeinplätze belehret würden.”*<sup>27</sup> Dazu Leopold HÖHL 1892: *„Um auch hier Einzelner Verdienst zu erwähnen, hat der Pfarrer Keller von Premich allein innerhalb sieben Jahre tausende von Obstbäumen gepflanzt und hat unermüdlich von Ort zu Ort Ausstellungen des einheimischen Obstes veranstaltend, darauf hingewirkt, die passenden Obstsorten zu finden. (...) Doch haben schon viele Wirte und besser gestellte Bauern die von Dorf zu Dorf wandelnde Obstpresse und Kelter des Premicher Vereins (...) benützt.”*<sup>28</sup> Branntweinbrennerei (aus Korn oder Kartoffeln) war verbreitet.<sup>29</sup> 1930 gab es in Sandberg zehn Brennereien.<sup>30</sup>



Abb. 7: Krautstein des Anwesens Söder in Waldberg. In diesen steinernen Behältnissen wurde früher das Lochkraut hergestellt. Weißkohlköpfe, die nicht richtig ausgebildet waren, wurden in diesem Behältnis zur Gärung eingelegt (Foto: Armin Röhler und Thomas Büttner).

Die Dörfer waren im 19. Jahrhundert von Armut geprägt: *„In den ärmeren Dörfern am Kreuzberg ist Kartoffel und Milch die Hauptnahrung. Eine zweite Hauptnahrung ist das Kraut („Lochkraut“). Butter oder Buchelöl muss das Fleisch ersetzen.”*<sup>31</sup> Laut Grundsteuerkataster von 1902<sup>32</sup> gestaltete sich die Sozialtopographie der heutigen Ortsteile der Gemeinde Sandberg wie folgt:

---

<sup>26</sup> Auf dem Aschberg (Kreuzberg) sind Heufelder (Kloster Bildhausen) schon für 1161 belegt. Ab Michaelis (29. September) gab es die Erlaubnis zum Viehtrieb. Vgl. JÄGER 1993, S. 485.

<sup>27</sup> Vgl. BAUR 1816, S. 22.

<sup>28</sup> Vgl. HÖHL 1892, S. 24 f.

<sup>29</sup> Vgl. HÖHL 1892, S. 95.

<sup>30</sup> Vgl. SCHMIDT 1991, S. 13.

<sup>31</sup> Vgl. HÖHL 1892, S. 91.

<sup>32</sup> Grundsteuerkataster der Steuergemeinde Waldberg des Amtsgerichts Bischofsheim/ Rentamts Neustadt a.S. Angefertigt auf den Grund des Original-Grundsteuer-Katasters und der Umschreib-Kataster von dem Königlich Bayerischen Kataster-Bureau, IXa87, I. und II. Bd., S. 1 bis 615, München, 20. Dezember 1902.

Größenklasse	Besitzgruppe	Schmalwasser	Kilianshof	Sandberg	Langenleiten	Waldberg
0-2 Tagwerke	weitgehend besitzlose Tagelöhner, Austräger, verwitwete Frauen, ledige Männer und Frauen	5,5 %	20 %	26 %	14 %	17 %
2-10 Tagwerke	Kleinhandwerker mit landwirtschaftlichem Zuerwerb	27,5 %	15 %	36 %	26 %	37 %
10-20 Tagwerke	kleinbäuerlicher Betrieb	33 %	35 %	26 %	38 %	37 %
20-50 Tagwerke	vollbäuerlicher Betrieb	34 %	30 %	11 %	22 %	9 %
über 50 Tagwerke	Großbauern	-	-	-	-	-

Tab. 1: Sozialtopographie der Ortsteile der Gemeinde Sandberg auf Basis des Grundsteuerkatasters von 1902, erstellt durch Armin Röhrer und Thomas Büttner.

Waldberg, Sandberg und Langenleiten können somit als Kleinbauerdörfer mit Kleinhandwerk charakterisiert werden, die einen hohen Anteil an Tagelöhnern aufweisen. Infolge der geringen Hofgrößen, auch weil der karge Boden die rasch wachsende Bevölkerung nicht mehr ernährte, waren die Bauern zu allerlei Nebengewerben gezwungen. Die Nebengewerbe gingen v.a. auf die ausgedehnten Wälder als Rohstoffbasis zurück. Zu erwähnen sind u.a. der Handel mit Buchelöl und Brennholz<sup>33</sup>, nicht zuletzt die Holzschnitzerei.

Ferner führte die Armut viele Bewohner zu Saisonarbeit und Auswanderung. Die Saisonarbeit erstreckte sich nur über den Sommer. *„Die Burschen und die Mädchen gingen entweder nach dem Süden in die reichen Gaue Mainfrankens, um dort bei der Getreideernte zu helfen, oder dann beim Dreschen, das waren die Hofmädchen und die Dreschburschen. Oder sie gingen in die Frankfurter Gegend zum Keltern der Äpfel, zum Mostmachen, oder sie haben als Maurergehilfen den Sommer über in ganz Deutschland, kann man fast sagen, gearbeitet. Aber im Herbst kamen sie alle wieder zurück, die Hofmädchen und die Dreschburschen und die Maurergehilfen.“*<sup>34</sup> Seit dem 19. Jahrhundert gewann die Auswanderung nach Nordamerika immer mehr an Bedeutung. Rückblickend betrachtet wanderte in der Rhön jeder dritte Einwohner aus. Auswanderungsziel für viele junge Menschen der „neuen Dörfer“ war zunächst Louisville, später Cleveland.<sup>35</sup>

### Gesamtschau im Licht heutiger Nutzung

Das betrachtete Gemeindegebiet ist ein sehr geschichtsträchtiger Ausschnitt der Rhön, gleichwohl es sich um einen jung besiedelten Raum handelt. Es liegt ein Landstrich vor, der sehr gut das Leben

<sup>33</sup> Vgl. HÖHL 1892, S. 54, S. 59ff.

<sup>34</sup> DÜNNINGER 1957, S. 55.

<sup>35</sup> Vgl. KÖTH 1999, S. 36.

und Wirtschaften der vorangegangenen Generationen ablesen lässt. Mit Ausnahme von Schmalwasser, das sich aus einer Köhlersiedlung entwickelte, sind die „neuen Dörfer“ nach bestimmten Vorstellungen hinsichtlich Ausstattung und Anlage der Hofstellen planmäßig angelegt worden. Siedlungsform und Flurform entsprechen dem für den absolutistischen Landesausbau der Frühen Neuzeit typischen Zeitgeschmack: einer barocken Ordnung, Übersichtlichkeit und Ästhetik. Diese bewusste Setzung, die sich bis heute im Grundriss von Waldberg, Langenleiten und Sandberg abzeichnet, prägt als kulturlandschaftlicher Stempelabdruck diesen Raum, gibt ihm ein unverwechselbares Gesicht. Das Parzellengefüge, die historische Grundstruktur der Flur, rückblickend auf die letzten 150 Jahre, hat nur wenig Änderung erfahren.

Hier liegt das Alleinstellungsmerkmal der „neuen Dörfer“ begründet, unterscheiden sie sich doch durch ihren regelhaften Aufbau augenscheinlich von den Rhöndörfern im weiteren Umgriff. Als langgezogene Straßenangerdörfer, die von den Kirchtürmen überragt werden, schmiegen sie sich auf die Ausläufer des Kreuzberges und verkünden auf diese Weise ihre planmäßige Setzung mit fürstbischöflicher Billigung. Schmalwasser, im Talraum des Schmalwasserbachs gelegen, verdeutlicht auf besondere Weise die enge Bindung an den Salzforst, was sich maßgeblich an den Zeugnissen der Nutzung dieses Waldes als Jagdgebiet widerspiegelt. Die Kilianslegende, die sich um den Kreuzberg und um den Kilianshof rankt, ist ebenfalls wichtig für die Identität der „neuen Dörfer“ am Kreuzberg.

Dennoch hat sich in den zurückliegenden fünf Jahrzehnten die Kulturlandschaft der Gemeinde Sandberg deutlich verändert. Die alten Häuser sind zum größten Teil abgerissen und neu gebaut worden. Die Anger der „neuen Dörfer“ haben den einfachen, schlichten Charakter von einst abgelegt. Mit den quergestellten Scheunen haben sich in der jüngeren Vergangenheit Hakenhöfe herausgebildet. Die Dorfweihen sind allesamt in Löschwasserezisternen umgewandelt, die Mehrzahl der alten Dorfbrunnen aus Sandstein ist verschwunden, z.T. durch neue ersetzt. Der einst durch Langenleiten fließende Mosbach wurde verrohrt, allgemein haben Parkplätze und Baumpflanzungen Einzug auf den Dorfanger gehalten.

In Sandberg und Waldberg besitzt im historischen Ortskern noch jedes Haus einen Vorgarten, der bis heute in Gemeinbesitz ist. Besonders eindrucksvoll ist der historische Ortsrand Langenleitens, der noch durchgehend von einem Streuobstgürtel der alten Gras- und Baumgärten (vorwiegend Apfel, Birne, Kirsche, vereinzelt Walnuss) umgeben ist. In Waldberg hat sich der alte Ortsrand noch nach Sandberg hin erhalten können. Von den Etterwegen, die einst um die Dörfer mit ihren Gärten führten, sind noch Teilabschnitte in Waldberg und Sandberg erhalten geblieben.

Die Walddörfer sind keine Kleinbauerndörfer mehr. Mit der Holzschnitzerei und der Bildhauerkunst haben sich in Sandberg und Langenleiten traditionelle Erwerbszweige bis heute erhalten können. Die Landwirtschaft in der Gemeinde Sandberg wird von einigen größeren Betrieben im Haupterwerb und vornehmlich von der älteren Generation im Nebenerwerb betrieben. Letztere praktizieren dies auch als Hobby, als lieb gewonnene Gewohnheit. Der Ackerbau hat um mehr als die Hälfte abgenommen. Viele Äcker fallen weiterhin brach, der Trend zur Grünlandnutzung nimmt weiterhin zu. Extremstandorte wie Hutungen und Bergwiesen wurden und werden vom Wald erobert oder aufgefördert. So bildet der Kreuzbergsüdhang kein geschlossenes Bergwiesengebiet mit Lesesteinbegrenzungen mehr, sondern eher einen Flickenteppich aus Bergwiesen, Brachen und Fichtenaufforstungen mit Lesesteinreliktmauern. Auch auf den Schwarzen Bergen sind viele Bergwiesen aus der Nutzung gefallen oder nicht mehr existent. Borstgrasrasen treten noch schwerpunktmäßig im näheren Umgriff der Kissinger Hütte auf. Die historischen Wässerwiesen lassen sich noch sehr gut in Waldberg, hier insbesondere an den Hängen des Dürren Waldbachtals, ablesen.



Abb. 8: Lesesteinriegel in der Flur von Langenleiten. Die Mehrzahl der Lesesteinanlagen sind heute von Baumheckenbeständen eingenommen und lassen den Lesesteinunterbau oftmals nicht erkennen (Foto: Armin Röhler und Thomas Büttner).

Auf ehemaligen Ackerflächen haben sich Streuobstwiesen als Nachfolgenutzung eingestellt. Die Spannweite reicht von älteren Hochstammbeständen mit prächtigen Birnen und Apfelbäumen bis hin zu jüngeren Niederstamplantagen (Zwetschge, Kirsche). Auch auf den Lesesteinriegeln finden sich noch alte, z. T. verwilderte Obstbaumbestände, die nestartiger oder zeilenartiger Natur sind. Apfel, Birne, Wildapfel, Wildbirne und Wildkirsche sind oft anzutreffen. Wie ein Gerippe durchziehen Lesesteinriegel und -wälle unterschiedlicher Zeitstellung die Flur, die, von Generation zu Generation aufgeschichtet, die Acker- und Wiesenparzellen voneinander abgrenzen. Besonders eindrucksvoll sind die Lesesteinriegel in Langenleiten und allgemein am Südhang des Kreuzberges ablesbar. Hier findet man zum Teil noch trockenmauerartig aufgeschichtete Lesesteinanlagen. Darüber hinaus treten Lesesteinhaufen inselartig an Parzellengrenzen oder Felsaustritten auf.

Das dichte Netz der Triebwege, das die Äckerschläge und Wiesen umspannt, ist noch in Teilen gut erhalten, an anderer Stelle verschwunden oder vielfach als eindrucksvolle Laubholzgürtel, die sich durch die Flur schlängeln, ablesbar. Einige historische Fußwegeverbindungen haben sich noch ganz oder zumindest in Abschnitten erhalten können, so z.B. Teilstücke des Verbindungswegs zwischen Waldberg und Sandberg. Vereinzelt finden sich auch gut ausgeprägte Hohlwegabschnitte, wie die Premicher Straßentrift von Sandberg. Auch haben sich die Streckenverläufe der Wallfahrtswege auf den Kreuzberg erhalten können, die z.T. noch auf nicht ausgebauten historischen Ortsverbindungen (z.B. Guckasweg) und Triebwegabschnitten verlaufen. Ein weiteres charakteristisches Merkmal der

Gemeinde Sandberg sind die zahlreichen Bildstöcke und Steinkreuze, die in Dorf und Flur zu finden sind. Sie sind eindrucksvolle Zeugnisse der Volksfrömmigkeit, die sich in der katholischen Prägung der Landschaft durch die Setzung dieser Male ausdrückt.



Abb. 9 und 10: Trift und Weide „bei der Neuhofstatt“ in der Flur Langenleiten. Neben dem Lesesteingerippe bildet das Netz von Triebwegen ein charakteristisches Merkmal der alten Plangewannfluren. Das Foto rechts zeigt das „Weiße Kreuz“ am Premicher Weg, das weithin in die Landschaft ausstrahlt (Fotos: Armin Röhler und Thomas Büttner).

### Zusammenfassung und Ausblick

Der Sandberger Raum war bis weit in das 20. Jahrhundert hinein vom Ringen der ansässigen Bevölkerung um das Überleben geprägt. Die Landwirtschaft allein konnte die Menschen nicht ernähren. Die noch bestehende Tradition der Holzschnitzerei und des Korbflechtens verweisen auf die einstige Notwendigkeit, sich über einen Nebenerwerb ein Zubrot zu verdienen. Auch waren viele Menschen bis in die jüngste Vergangenheit gezwungen, sich in anderen Teilen Deutschlands oder gar in Übersee eine neue Existenz aufzubauen. Kann nun eine Kulturlandschaft als Ausdruck einer vergangenen, von ständiger Armut und Not durchsetzten Lebenswelt, die man ab der Mitte des 20. Jahrhunderts wie einen alten Mantel abgestreift hat, Identität stiftend sein?

Kulturlandschaften machen Regionen unverwechselbar, sie prägen durch ihre Einzigartigkeit die Identität der Bevölkerung und vermitteln Heimatgefühl, wie in der Resolution zum *Kulturlandschaftspakt Bayern*<sup>36</sup> treffend festgestellt wird. So hat sich zwischenzeitlich unter der Führung des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von nichtstaatlichen Organisationen und Verbänden gebildet. Deren Ziel ist es nicht nur, die Rahmenbedingungen für eine landesweite Erfassung des historischen Potenzials der bayerischen Kulturlandschaften zu formulieren, sondern auch nach Wegen der Vermittlung und der Entwicklung des kulturellen Erbes zu suchen. Denn im Vordergrund muss eine erhaltende Nutzung, ein kreativer und zeitgerechter Umgang mit den wertvollen Bestandteilen der Kulturlandschaften stehen.

---

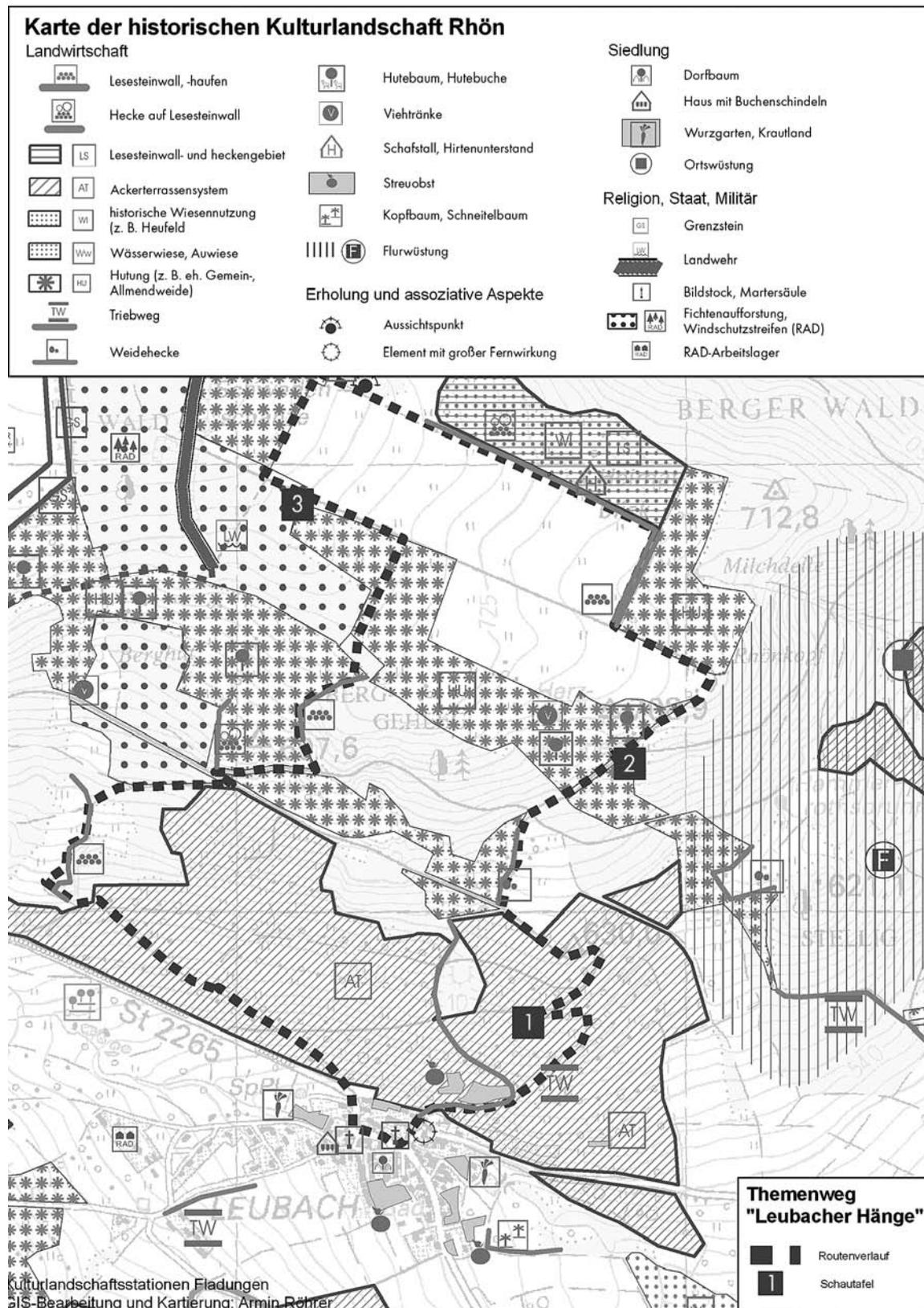
<sup>36</sup> Vgl. Eberhard 2007, S.42-43.

Die Frage stellt sich nun, wie man den nachwachsenden Generationen das alte Stück Heimat neu vermitteln kann, als etwas darstellen kann, worauf sich mit Stolz blicken lässt, an der man weiterbauen möchte. Hierfür braucht es einen lebendigen Heimatkundeunterricht an Schulen, Universitäten und sonstigen Bildungseinrichtungen, aber auch Landschaftsführer vor Ort, die Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die historische Lebenswelt der Dörfer im Salzforst – ohne romantische Verklärung – darlegen und vermitteln. Maßgeblich für die eigene Bewusstseinsöffnung, für das Erkennen des Werts der Kulturlandschaft ist der *Blick von außen*: der Blick eines Fremden oder Zugereisten, oder vielleicht eines Alteingesessenen, der nach Jahren beruflicher Tätigkeit außerhalb der Rhön wieder zurück in die Gegend seiner Jugend kommt. Diese Menschen können die Kulturlandschaft, die von den Ortsansässigen i.d.R. als schon immer da gewesen, ja alltäglich empfunden wird, als besondere Lebensqualität erkennen und erscheinen lassen.

So tauchen die Landschaftsaufnahmen von Erika Groth-Schmachtenberger (1906-1992) aus den 1930er Jahren die Lebenswelt der Walddörfer einerseits in ein romantisch-verklärendes Licht. Andererseits vermitteln sie mit dem künstlerischen Blick die wesentlichen Gestaltlinien und Charakterzüge einer Landschaft, deren Grundgepräge bis heute erhalten ist. Der Stempelabdruck der historischen Ortsstruktur ist unverkennbar. Zugleich ist durch den traditionellen Ackerbau, durch die Weisen- und Weidenutzung eine sehr vielfältige und reich strukturierte Kulturlandschaft entstanden. Die althergebrachten Wirtschaftsweisen haben wertvollen Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten geschaffen. Diese historischen Landschaftskomponenten als Träger von originärer Landschaftsqualität gilt es substanzschonend zu entwickeln und vor allen Dingen fortzuschreiben. Hierfür braucht es einen lokalen Kulturlandschaftspakt.

Entwicklungsziel für die Gemeinde Sandberg sollte daher die Offenhaltung der Flur unter gleichzeitiger Bewahrung, Pflege und Entwicklung der ökologischen Vielfalt und des historischen Zeugniswerts der Landschaft sein. Die historische Aussagekraft der Landschaft sollte als identitätsstiftender Faktor und für die touristische Profilbildung der Gemeinde genutzt werden. Auch in Zukunft sollte die Kulturlandschaft durch ortsansässige bäuerliche Betriebe bewirtschaftet und gepflegt werden. Hier gilt es zu prüfen, ob kooperative extensive Weidesysteme eine Möglichkeit der landwirtschaftlichen Weiternutzung sein können. So könnte in gewissem Sinn an die einstige Tradition der Viehzucht und der Schafbeweidung angeknüpft werden. Als zusätzliche landwirtschaftliche Standbeine sollte auf einen qualitätsorientierten Natur- und Kulturlandschaftstourismus und auf die Herstellung und Vermarktung regionaler Produkte hingewirkt werden. Sehr anschaulich zeigt der Themenweg „Leubacher Hänge“ aus den „Kulturlandschaftsstationen – Ein Projekt zur Erfassung und Vermittlung kultureller Werte in der Landschaft der Fladunger Rhön“ (BÜTTNER/FECHTER/ GUNZELMANN/ RÖHRER 2008), wie eine Karte einer historischen Kulturlandschaft mit touristischen Elementen aussehen kann.

Ziel sollte aber auch sein, in der Dorfentwicklung bei der Ausweisung von Neubaugebieten die historische Struktur in der Bauleitplanung und Bauherrenberatung zu beachten. Mittel- und längerfristig kann so eine Lebensqualität erreicht werden, die die Defizite individualistisch geprägter Neubausiedlungen vermeidet.



## Literatur

- ALBERT, R. 2006: Schmalwasser, Chronik von Schmalwasser erstellt unter Mitwirkung des Ortschronisten Günter Metz, erschienen anlässlich der 500-Jahrfeier von Schmalwasser, hg. vom Heimatverein Schmalwasser/Vereinsgemeinschaft Schmalwasser, Mellrichstadt
- BAYERISCHE VERWALTUNGSSTELLE BIOSPHÄRENRESERVAT RHÖN, Regierung von Unterfranken 2008: Erfassung der historischen Kulturlandschaftselemente der Gemeinde Sandberg (Lkr. Rhön-Grabfeld), unveröffentlichtes Auftragsgutachten, erstellt durch die Arbeitsgemeinschaft (ARGE), Autoren: Büttner, Th. / A. Röhrer unter Mitarbeit von J. Röhlinger, Bamberg/Altmorschen
- BAUR, F. N., 1816: Beschreibung des heiligen Kreuzberges und seiner Umgebungen in Hinsicht auf die Erzeugnisse und Schönheiten der Natur, mit statistischen, geschichtlichen und religiösen Bemerkungen, Würzburg.
- BEDAL, K. / H. MAY / A. WALD 1996: Hausbeispiele: Hofgeschichte, bauhistorische Beschreibung, in: Gebhard, Helmut (Hg.): Bauernhäuser in Bayern, Bd.3: Unterfranken, München, S. 284-285
- BÜTTNER, Th. / A. RÖHRER 2005: GISgestützte Kulturlandschaftsinventarisierungen (KLI) als Fachbeitrag zur Landschaftsplanung in der Ländlichen Entwicklung in Bayern. In: Landschaftsverband Rheinland 2005: Kulturlandschaft digital – Forschung und Anwendung, Tagungsbericht der 15. Fachtagung des Umweltamtes (Landschaftsverband Rheinland) vom 2.-5. März 2005 in Aachen, Köln (=Beiträge zur Landesentwicklung 58), S. 114-121
- BÜTTNER, Th. / S. FECHTER / TH. GUNZELMANN / A. RÖHRER 2008: Kulturlandschaftsstationen – Ein Projekt zur Erfassung und Vermittlung kultureller Werte in der Landschaft der Fladunger Rhön, Denkmalpflegeinformationen Nr. 139, München, S. 35-39
- BÖHNLEIN, J. et al. 1989: Mein Dorf Langenleiten, Heimatbuch zur 300-Jahrfeier, Langenleiten
- BORN, M. 1977: Geographie der ländlichen Siedlungen, Stuttgart
- BRÜCKNER, W. 1997: Die Wallfahrt zum Kreuzberg in der Rhön, Kirche, Kunst und Kultur in Franken, Bd. 7, Würzburg
- DÜNNINGER, J. 1957: im Rodungsdorf. In: Unterfränkischer Heimatbogen ( Leseheft für Schulen ) 9/10, Rhön und Fränkische Saale, 1. Auflage, bearbeitet v. J. A. Eichelsbacher, Würzburg, S. 53-56
- EICHELSBACHER, J. A. 1957: Besiedlung des Salzforstes, in: Unterfränkischer Heimatbogen (Leseheft für Schulen) 9/10, Rhön und Fränkische Saale, 1. Auflage, bearbeitet v. J. A. Eichelsbacher, Würzburg, S. 50-53
- ELLINGER, F. 1970: Die Forstwirtschaft um den Kreuzberg. In: Pampuch, A.: Der Kreuzberg und sein Umkreis, Bad Neustadt/Saale 1970, S. 114-126
- GUNZELMANN, Th. 1990: Die Kulturlandschaft um 1840. In: Dippold, G. / J. Urban (Hg.): Im Oberen Maintal Auf dem Jura An Rodach und Itz, Lichtenfels, S. 69-100
- GUNZELMANN, Th. 2001: Die Erfassung der historischen Kulturlandschaft. In: BayStMLF (Hg.): Historische Kulturlandschaft, Materialien zur Ländlichen Entwicklung in Bayern, Heft 39, München, S. 15-32
- HÖHL, L. 1881: Rhönspiegel, Kulturgeschichtliche Bilder aus der Rhön, Würzburg
- JÄGER, F. A. 1803: Briefe über die hohe Rhöne Frankens in geographisch-, topographisch-, physisch-, und historischer Hinsicht, 3 Teile, Arnstadt/Rudolstadt
- JÄGER, H. 1958: Entwicklungsperioden agrarer Siedlungsgebiete im mittleren Westdeutschland seit dem frühen 13. Jahrhundert, Würzburger Geographische Arbeiten 6 (1958)
- JÄGER, H. 1993: Die Agrarlandschaft. In: Kolb, P. / E.-G. Krenig (Hg.): Unterfränkische Geschichte, Bd. 2: Vom hohen Mittelalter bis zum Beginn des konfessionellen Zeitalters, Würzburg, S. 471-494
- KINDINGER, W. 1942: Beiträge zur Entwicklung der Kulturlandschaft in der zentralen Rhön vom Dreißigjährigen Krieg bis 1933, Würzburg (= Fränkische Studien, Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft zu Würzburg 4)
- KMIOTEK, B. 1900: Siedlung und Waldwirtschaft im Salzforst, ein Beitrag zur deutschen Wirtschaftsgeschichte, Leipzig
- KÖTH, S.1999: Die Rhöner Auswanderung, speziell der Walddörfer nach Amerika, Facharbeit im Leistungskurs Englisch am Rhön-Gymnasium in Bad Neustadt, betreut durch R. Schleiffer, Bad Neustadt/Saale

KRENZLIN, A. / L. REUSCH 1961: Die Entstehung der Gewannflur nach Untersuchungen im nördlichen Unterfranken, Frankfurter Geographische Hefte 35

LANGE, U. 2000: Die Hohe Rhön. Geschichte einer außergewöhnlichen Landschaft, Petersberg

LEMBACH, F. 1978: Sitte und Brauch in den Walddörfern, Zulassungsarbeit/erste Prüfung für das Lehramt an Volksschulen 1978/II im Fach Landes- und Volkskunde, eingereicht am 5. Mai 1978 an der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg im Fachbereich Philosophie III

LOB, R. 1971: Die Wüstungen der bayerischen Rhön und des nordwestlichen Grabfeldes und ihre Bedeutung für die Periodisierung der Kulturlandschaftsgeschichte, Würzburg (=Mainfränkische Studien 1)

PFEUFER, J. 1936: Rhönerisch und Fränkisch, eine vergleichende Volkskunde, Regensburg

GREBE, R. / G. BAUERNSCHMITT (Bearbeiter), im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen / Hessischen Ministeriums für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz und des Thüringischen Ministeriums für Umwelt und Landesplanung 1995: Biosphärenreservat Rhön. Rahmenkonzept für Schutz, Pflege und Entwicklung, Radebeul

PFRENZINGER, A. 1937: Die jüngsten Rodungsdörfer im würzburgischen Salzforst, Würzburg

RÖHRER, A. / Th. BÜTTNER / G. HABERMEHL 2005: Die historische Kulturlandschaft der Weismainalb, Heimatpflege in Bayern, Band 1, hg. vom Bayerischen Landesverein für Heimatpflege, München. S. 89-104

SCHMIDT, H. 1991: 300 Jahre Sandberg, Würzburg

SCHENK, W. 1996: Landschaft und Siedlung in Unterfranken. In: Gebhard, H. (Hg.): Bauernhäuser in Bayern, Bd. 3 Unterfranken, München, S. 19-46

SCHENK, W. 1998: Ländliche Gesellschaft und Raumnutzung. In: Kolb, P. / E.-G. Krenig (Hg.): Unterfränkische Geschichte, Bd. 4/1, vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zur Eingliederung in das Königreich Bayern, Würzburg, S. 275-334

EBERHARD, U. 2007: Ein Kulturlandschaftskataster für Bayern, Schöner Heimat – Erbe und Auftrag. In: Bayerischer Landesverein für Heimatpflege e.V. (Hg.), 96. Jg., Heft 1, S. 42-43

## **Kulturlandschaft Hessische Rhön – Bestandsaufnahme, Perspektiven, Handlungsbedarf**

Carsten Wienröder

„Für satte 93 % der Rhönbewohner ist die Rhönlandschaft für die eigene Lebensqualität sehr wichtig oder wichtig. Zu diesem Ergebnis ist Dr. Tobias Behnen vom Institut für Wirtschafts- und Kulturgeographie an der Leibnitz-Universität Hannover gekommen“ (RHÖN-SPIEGEL Januar 2008).

Es waren mehr als 700 Bewohner zum Thema „Rhöner Identität“ befragt worden, wie sie den Wandel in der Kulturlandschaft des Biosphärenreservats wahrnehmen und bewerten. „Die Rhönbewohner schätzen ihre Kulturlandschaft ganz außerordentlich und reagieren sensibel auf Landschaftsveränderungen.“ Für 52 % der Befragten hat das Biosphärenreservat das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Rhön über die Ländergrenzen hinweg verbessert. 40 % wünschen sich allerdings mehr Informationen über das Biosphärenreservat in der Landschaft – beispielsweise durch Karten und Infotafeln.



Abb.1: Typische Rhönlandschaft am Mathesberg (Foto: Carsten Wienröder).

Endogene Regionalentwicklung muss sich auf die Regionalspezifika stützen. Die gesellschaftlichen Kräfte einschließlich Selbstvertrauen und Gemeinschaftsgefühl bedürfen der Grundlage einer Identität, wie sie die Rhön mit Ihrem über die Kulturlandschaft bestehenden Alleinstellungscharakter begründen kann.

Veränderungen bzw. drohende Verallgemeinerungen sind z.B. der Agrarstrukturwandel, der Sozialstrukturwandel und der Klimawandel. Allerdings gibt es nach Behnen auch den Bewusstseinswandel, den Willen, die gewachsenen Kulturlandschaften besonders zu schützen, wie es sich das Biosphärenreservat Rhön zur Aufgabe gemacht hat. Sehr wohl nähmen die Bürger auch die zunehmenden Belastungen durch den Verkehr, den Tourismus, den Wirtschaftsstandort Rhön, den Freizeit-

sport, die zunehmende technische Infrastruktur und die Rhön als ländliche Wohnstätte wahr. All diese Faktoren stellen Raumansprüche an die Rhön dar.

Als Begründung für die Rhönbindung der Bewohner dienen nach der Studie „Gibt es eine Rhöner Identität?“ (BEHNEN/KÜHNE 2006) vor allem die Natur und Landschaft sowie Einzelaspekte des Brauchtums und die regionalen Lebensmittel. Ein steigendes Interesse an heimatkundlichen Themen, Mundartveranstaltungen, Heimatliteratur und -ausstellungen sowie regionalen Spezialitäten und Produkten unterstreichen die Tendenz zu wachsendem Regionalbewusstsein und Identität. Positive Veränderungen der Landschaft – insbesondere durch die praktizierte Landschaftspflege und den Naturschutz – sehen immerhin 50 % der Befragten. Negativ beurteilen die Veränderungen in der Landschaft 35 %. Davon entfallen 33 % auf die allgemeine Umweltbelastung und 32 % auf den Verkehr.



Abb. 2: Hutewald an der Wasserkuppe (Foto: Carsten Wienröder).

Bei der Kulturlandschaft handelt es sich also um ein *Schutzgut*, das von sehr unterschiedlichen Faktoren beeinflusst wird. Sichtbare Nutzungsänderungen gibt es schon seit Jahrhunderten (z.B. durch Klimaschwankungen), wobei in jüngerer Zeit drei „Revolutionen“ ihre Spuren durch die Landschaften und Dörfer auch der Rhön zogen und ziehen:

1. Von der *Industrialisierung* mit der auch räumlichen Arbeitsteilung und dem Beginn der modernen Landwirtschaft ist die Kulturlandschaft der Rhön als abseits gelegener Raum zunächst weitgehend unbeeindruckt geblieben.
2. Erst das *Wirtschaftswunder* brachte den Druck der Intensivierung und Automatisierung der Landwirtschaft und damit eine signifikante Veränderung der Kulturlandschaft, z.B. durch Flurbereinigung. Die Mobilisierung von Pendlern zur Überwindung der Gegensätze von Zentrum und Peripherie brachte die ersten kulturellen Auswirkungen in die Rhön (Urbanisierung der Leitbilder usw.).

3. Die *Globalisierung* mit der Internationalisierung der Arbeitsteilung, der daraus folgenden Urbanisierung und dem professionalisierten Ressourcenabbau bedroht den ländlichen Raum mit Identitätsverlust bis hin zum Zusammenbruch gesellschaftlicher Strukturen, da eine damit einhergehende Globalisierung der Wertesysteme fehlt bzw. nicht mit der logistisch-technisch-wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten kann. Hier könnte sich für die Rhön (erneut) der Spagat zwischen Innovation und Tradition verschärfen.

Allerdings erhielt sich die Rhön schon daraus ihre *Alleinstellungsmerkmale*, dass einige großräumige Entwicklungsaspekte die regionale Kulturlandschaft (noch) gar nicht erreicht haben bzw. mit teils großer Verspätung erreichen, so dass sie vom Besucher als „wie es früher war“ empfunden wird (als das sehr anthropogen überformte „Land der offenen Fernen“ traditionell bewirtschaftet wurde).

Dazu schränken schwierige klimatische Bedingungen und in den höheren Lagen ertragsschwache Böden die Wettbewerbsfähigkeit ein (REK). Daraus folgte als Konsequenz in den letzten Jahren, dass der Ackerbau in den Hochlagen stark zurückging. Aber auch eine zunehmende Verbuschung durch fehlende Beweidung/Hutung ist wahrnehmbar. Im verstärkten Anbau von Energiepflanzen werden tendenziell *Veränderungen des Landschaftsbilds* und Probleme der Bodenerosion und Grundwassergefährdung gesehen.



Abb. 3: Weidefläche am Pferdkopf und verbuschende Viehtrift (Fotos: Carsten Wienröder).

Das bis in die Nachkriegszeit wesentliche Merkmal der hessischen Rhön-Dörfer, die Überschaubarkeit, ist in den letzten Jahr(zehnt)en mit ausgedehnten Neubaugebieten in vielen Fällen verlorengegangen. Einige Spuren sind dabei verwischt worden.

Und die *Zeugen* der historischen Kulturlandschaften *sterben aus*. Gerade in den Besonderheiten der Siedlungsstruktur der hessischen Rhön, den kleinen Haufendörfern, Weilern sowie Streu- und Einzelhof-siedlungen sind häufig einzigartige Relikte vergangener Wirtschaftsweisen vorhanden. Hier muss das oft nur mündlich weitergegebene Wissen um Fertigkeiten und Standorte erfasst werden.

Die *Streusiedlung* ist die herausragende Besonderheit der Siedlungsentwicklung in der hessischen Rhön. Vor allem im 17. Jahrhundert wurden Höfe in der freien Landschaft angesiedelt (z.B. Poppenhausen-Steinwand). 15 hessische Gemeinden im Biosphärenreservat bestehen aus 142 Gemarkungen mit 150 Ortsteilen. Zusätzlich gibt es ca. 300 Siedlungen im Außenbereich. Dazu gehören Ein-

zelgehöfte und andere landwirtschaftliche Gebäude, ehemalige Mühlen usw. Entsprechende kulturlandschaftliche Besonderheiten bestehen z.B. in den arrondierten Hoffluren mit speziellen Erschließungs- und Versorgungsstrukturen (Trinkwasser etc.)



Abb. 4: Einzelhof bei Poppenhausen (Foto: Carsten Wienröder).

Eine *Spurensicherung* ist das aktuelle Gebot der Stunde. In regionalen Konzeptentwicklungen, auch in der Dorferneuerung, bei kommunaler Leitbildentwicklung und Bauleitplanung sowie auch der Erstellung des regionalen Entwicklungskonzepts für die Rhön wurde festgestellt, dass sehr viel Wissen im Begriff ist, verloren zu gehen. Einer wissenschaftlichen Betrachtung drohen dabei wichtige Grundlagen auszugehen.

Dabei ist es *gesetzlicher Auftrag*, historische Kulturlandschaften von besonderer Bedeutung zu erhalten und zu entwickeln. Nach § 2, Abs. 1 Nr. 14 Bundesnaturschutzgesetz sind historische Kulturlandschaften und -landschaftsteile von besonderer Eigenart zu erhalten. Auch § 2, Abs. 2, Nr. 13 Raumordnungsgesetz thematisiert die Kulturlandschaft: „Die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge sowie die regionale Zusammengehörigkeit sind zu wahren. Die gewachsenen Kulturlandschaften sind in ihren prägenden Merkmalen sowie mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern zu erhalten.“

Nach dem *Regionalen Entwicklungskonzept* ist im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön die Forschung eine Kernaufgabe. Das Biosphärenreservat sei eine Modellregion mit dem Ziel, die Biodiversität zu erhalten und gleichzeitig dem Menschen eine nachhaltige Lebensweise zu ermöglichen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müsse einerseits *Grundlagenforschung* betrieben und andererseits innovative, modellhafte Projekte konzipiert, umgesetzt und bewertet werden.

Die Forschungsarbeit soll dabei „fachübergreifend, anwendungs- bzw. zielorientiert“ und möglichst auch „länderübergreifend“ sein. Es wird insbesondere das Monitoring bzw. die Umweltbeobachtung genannt, womit sich das BRR als Modellprojekt bundesweit einen Namen gemacht hat.

Die *Beobachtung der Kulturlandschaft* ist auf hessischer Seite bisher zu kurz gekommen. Sie kann aber (in länderübergreifender Abstimmung) auch selbständig vorgenommen werden, da es sich z.T. durchaus um historisch nachvollziehbare Grenzen zwischen unterschiedlichen Strukturen handelt und eine separate Bearbeitung auch Vorteile mit sich bringt (spezifische Zusammenarbeit mit Bevölkerung, Gremien und Behörden).



Abb. 5: Eiskeller und Steinbruch bei Abtsroda  
(Foto: Carsten Wienröder).

Für Bayern liegen bereits Beispiele vor, die aus entsprechenden Evaluierungen positiv hervorgingen. Bei angelegelter Vorgehensweise könnten die erforderlichen Untersuchungen nach folgendem Schema durchgeführt werden:

- I. Rahmenebene: Ermittlung der naturräumlichen und kulturräumlichen Grundlagen*
- II. Objektebene: Erfassung und Bewertung historischer Kulturlandschafts- und Siedlungselemente*
- III. Raumebene: Beschreibung, Abgrenzung und Bewertung (Gesamtschau) von Kulturlandschaftsräumen*
- IV. Umsetzungsebene: Konzepterstellung, Kulturlandschaftspflege-/Entwicklungspläne, Öffentlichkeitsarbeit usw.*



Abb. 6 und 7: Identitätsstiftende Landmarken (Fotos: Carsten Wienröder).

Als *Umsetzungsziele* nennt das Regionale Entwicklungskonzept beispielsweise den Schutz und die Entwicklung des Landschaftscharakters und die Erhaltung der offenen Fernen durch nachhaltiges Wirtschaften, regionale Identität, zukunftssichere Gestaltung, Stärkung des authentischen Lebensumfelds.

Das Leitbild für diese Region, deren Landschaft mit Alleinstellungscharakter Grundlage für Leben und Arbeiten ist, müsse den Menschen in seinem Umgang sowohl mit der Naturlandschaft als auch mit der Kulturlandschaft und damit den entsprechenden Wirtschafts- und Siedlungsformen berücksichtigen. Als Handlungsfeld werden die *Erstellung von Kulturlandschaftspflege- und Entwicklungsplänen*, raumangemessenen Konzepten für die Nutzung von Biorohstoffen, Aufwertung des Wohnumfelds und der Ortskerne, Förderung der Innenentwicklung und die Förderung des regionaltypischen Bauens genannt.

Für alle Aspekte und die spezifische Standortwahl ist eine umfassende Bestandsanalyse der Kulturlandschaft und entsprechende Zielableitung unumgänglich.

## **Literatur**

BEHNEN, Tobias / Tobias KÜHNE 2006: Gibt es eine Rhöner Identität? Empirische Untersuchung des Regionalbewusstseins. In: Ott, Erich (Hg.) 2006: Beiträge Region und Nachhaltigkeit, 3. Jg., Heft 3/2006, Petersberg, S. 82-88

BOSCH & PARTNER 2008: Integrierter Umweltbericht für das länderübergreifende UNESCO-Biosphärenreservat Rhön

LOKALE AKTIONSGRUPPE VEREIN „NATUR UND LEBENSRAUM RHÖN“ E.V. 2007: Regionales Entwicklungskonzept Lebensraum Rhön 2007-2013 (REK)

RHÖN-SPIEGEL Januar 2008: Rhön-Spiegel. Das Freizeitmagazin, 25. Jg., Heft 1/2008

## **Durch Redesign zu mehr regionaler Identität: Die Rhön und andere Biosphärenreservate als Impulsgeber für den Biosphärenpark Neusiedler See**

Tobias Behnen

### **1. Einführung**

Im Oktober 2007 fand im österreichischen Illmitz am Neusiedler See eine Tagung unter dem Titel „Natur, Landschaft und regionale Identität – Säulen eines Biosphärenparks“ statt. Sie wurde von Prof. Dr. Christiane BRANDENBURG (Universität für Bodenkultur, Wien), Prof. Dr. Thomas WRBKA (Universität Wien) und Dr. habil. Karen ZIENER (Universität Klagenfurt) ausgerichtet. Der Anlass war das interdisziplinäre Forschungsprojekt „Redesigning the Biosphere Reserve Neusiedler See“, das sich mit der Neudefinition des bereits seit 1977 bestehenden, bisher nur am forschungsorientierten Monitoring ausgerichteten Biosphärenreservats (in Österreich „Biosphärenpark“ genannt) beschäftigt. Referenten aus Österreich, der Schweiz, Ungarn, der Slowakei und Deutschland waren gekommen, um auf der Basis ihrer Arbeit in und über andere europäische Biosphärenreservate Impulse für eine verstärkte Ausrichtung nach der Sevilla-Strategie zu geben. Um diese Anpassung durch ein Redesign der vier alten österreichischen Biosphärenparks vornehmen zu können, werden vom MAB-Nationalkomitee pro Jahr über 250.000 € an Forschungsgeldern bereitgestellt.

### **2. Neusiedler See**

Etwa 50 km südöstlich von Wien liegt der Neusiedler See in einer Landschaft mit sehr heterogenem und für Österreich atypischem Charakter. Sie bildet den Berührungspunkt der Großräume Alpen und Puszta und umfasst nicht nur das bedeutendste Feuchtgebiet Österreichs, sondern mit dem Leithagebirge im Westen auch einen bis 450 m aufragenden Höhenzug, mit der Parndorfer Platte im Norden eine große Schotterflur, mit dem überwiegend in Ungarn gelegenen Waasen-Hanság im Südosten ein (ehemaliges) Niedermoor und mit dem Seewinkel im Osten ein Gebiet mit seltenen Salzböden (Abb. 1).

Der Neusiedler See ist 320 km<sup>2</sup> groß (zum Vergleich: Bodensee über 530 km<sup>2</sup>) und ist ein flacher Steppensee mit tektonisch bedingter Genese. Seine durchschnittliche Tiefe beträgt nur 1,50 m. Er hat weder bedeutende Zuflüsse noch einen Abfluss, sondern wird überwiegend durch Niederschläge gespeist und durch Verdunstung entwässert. Dies bringt Seespiegelschwankungen mit sich, die das Wachstum eines breiten Schilfgürtels fördern und Wasserstandsregulierungen erfordern. Gerade die herausragende Bedeutung für die Vogelwelt hat zur mehrfachen Unterschutzstellung des Sees geführt (Nationalpark, Biosphärenpark, Ramsar-Feuchtgebiet, Natura 2000-Gebiet und UNESCO-Welterbe). Am wirksamsten sind dabei die Nationalparke, die seit 1991 im ungarischen und seit 1993 im österreichischen Teil bestehen. Sie sind organisatorisch getrennt, werden aber in enger Kooperation gemanagt und vermarktet. Insgesamt umfassen sie 333 km<sup>2</sup>, wovon 97 km<sup>2</sup> in Österreich liegen. Ungewöhnlich ist dort, dass die Nationalparkfläche weiterhin größtenteils Privatbesitz ist (1.200 Flächenbesitzer). Trotzdem ist sie zu 50 % nutzungsfrei. Das größte Manko ist die Zersplitterung auf einige große und viele kleine inselartige Nationalparkflächen.

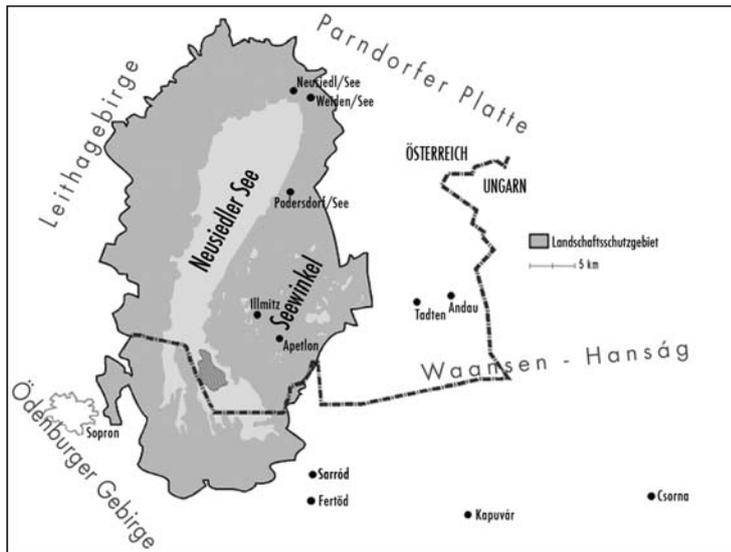


Abb. 1: Region Neusiedler See (Quelle: Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel).

Dem Problem der mangelnden Kompaktheit könnte ein vergrößerter Biosphärenpark abhelfen. Noch umfasst er nur den See und den Schilfgürtel, jedoch keine Siedlungen. Die Gesamtfläche beträgt 250 km<sup>2</sup>, die Kernzone 43 km<sup>2</sup>. Eine Neuabgrenzung und Zonierung könnte die bisher nur in Ansätzen vorhandene Integration unterschiedlichster Nutzungen und Interessen anhand von Managementzielen fördern, denn in erster Linie ist die Region eine kleinteilige Kulturlandschaft mit vielfältiger agrarischer und intensiver sommerlicher touristischer Nutzung. Wirklich natürliche Habitate sind nur in Resten vorhanden.

Trotz seiner schon vor fast 30 Jahren erfolgten Gründung ist der Biosphärenpark Neusiedler See im Gegensatz zum Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel in den Köpfen nicht existent. Darauf wies Prof. Dr. Alois HERZIG, in Personalunion Leiter der Biologischen Station Neusiedler See, Forschungsdirektor des Nationalparks und einziger Repräsentant des Biosphärenparks, während der Tagung hin. Umfragen haben ergeben, dass weniger als 10 % der Einheimischen den Biosphärenpark kennen. Bei Touristen liegt der Wert immerhin bei über 20 %. Der Nationalpark ist hingegen bei beiden Gruppen zu über 90 % bekannt. Bewusst soll aber zukünftig besonders auf das effektivere Instrument Biosphärenpark gesetzt werden. Er kann den von der Bevölkerung zu 80 % gewünschten Ausbau des Tourismus durch Zonierungskonzepte besser managen. Gleiches gilt für Herausforderungen, die sich durch die Landnutzung unter dem Vorzeichen des Klimawandels, insbesondere hinsichtlich der Wasserwirtschaft, ergeben. Zum jetzigen Zeitpunkt soll aber nur über Optionen einer Neuausrichtung des Biosphärenparks nachgedacht werden, wie Prof. Dr. Thomas WRBKA (Universität Wien) betonte. Es sollen Ziele formuliert, aber noch keine konkrete Zonierungsplanung vorgeschlagen werden. Eine Vergrößerung des Biosphärenparks ist angedacht. Klar ist, dass die (Himmels-)Richtung der Vergrößerung unterschiedliche kulturlandschaftliche Schwerpunkte setzen würde. Es stellt sich also die Frage, ob man die Wiesen und Weiden am See, den Weinbau oder die Steppe in den Mittelpunkt rücken will. Als grundsätzliche Strategien kommen eine vorsichtige Erweiterung durch Schaffung einer Pufferzone, die Zusammenführung der Schutzgebiete unter einem Dach und eine deutliche Vergrößerung in Betracht. Dr. Kurt KIRCHBERGER (Direktor des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel) wies darauf hin, dass ein größerer Biosphärenpark der räumlichen Beschränkung des Nationalparks abhelfen könnte und besonders wirksam die Entwicklung der Landwirtschaft in der Region steuern könnte. Sie ist so kleinteilig, dass sie im europäischen Agrarmarkt ohne Umbau keine Chan-

ce mehr hat. Die Schutzgebiete könnten als Katalysator wirken und überwiegend für den Naturschutz tätige landwirtschaftliche Großeinheiten entstehen lassen. Die Dörfer sind weniger betroffen, da die Nähe zu Wien eine Abwanderung verhindert. Damit geht jedoch eine Urbanisierung der dörflichen Gesellschaft einher, in der immer weniger agrarisch gedacht wird.

Ein neu ausgerichteter Biosphärenpark Neusiedler See müsse sowohl dem Landnutzungsmanagement als auch der regionalen Identität dienen. Dies unterstrich Dr. habil. Karen ZIENER (Universität Klagenfurt), die über Konfliktfelder in Nationalparks und Biosphärenreservaten gearbeitet hat (ZIENER 2003, 2006). Dazu sei auch zu klären, wie weit die Region eigentlich reiche, ob also z.B. der Seewinkel oder die Landeshauptstadt Eisenstadt dazu gehören. Zu trennen sei dabei die stärker institutionalisierte regionale Identität von der eher alltagsweltlichen, an den Daseinsgrundfunktionen orientieren lokalen Identität. Eine Befragung von jeweils 600 Einwohnern und Touristen zu den Imagefaktoren der Region Neusiedler See hat ergeben, dass beide Gruppen gleichermaßen „Natur“ stärker gewichten als „Kultur“, wobei den Einwohnern der See am wichtigsten für die Imagebildung erschien, während die Touristen den Weinbau stärker betonten, die jüngeren Urlauber wegen der Wassersportnutzung aber den See zualtererst nannten. Die Befragung ergab auch eine deutliche Wahrnehmung der regionalen Vielfalt, die sich etwa durch die unterschiedliche Nutzungsintensität am West- und Ostufer des Sees ergibt. Bei der mit Hilfe einer Kartenskizze erfragten Abgrenzung der Region fiel auf, dass etwa 60 % der interviewten Einwohner den ungarischen Teil miteinbezogen. Auch dort besteht bereits seit Ende der 1970er Jahre unter dem Namen „Fertő“ ein Biosphärenreservat. Wie Dr. Éva KONKOLY GYURÓ (Universität Westungarn) berichtete, steht es wie sein österreichisches Pendant im Schatten des gleichnamigen Nationalparks, von dem es auch verwaltet wird. Es ist 125 km<sup>2</sup> groß und enthält auch Siedlungen mit insgesamt 30.000 Einwohnern. Die historische Steppen-Kulturlandschaft ist jedoch im Gegensatz zum österreichischen Teil wegen des bis 1989 bestehenden Eisernen Vorhangs deutlich besser erhalten.

### **3. Impulse von Außen**

In den Diskussionen während der Tagung wurde immer wieder die Wertschätzung gegenüber den Prozessen in der Rhön deutlich. Sie gilt als Vorbild für ein mit Leben erfülltes Biosphärenreservat. Ein Vergleich (Tab. 1) macht jedoch deutlich, dass die Bedingungen zur Förderung einer regionalen Identität sehr unterschiedlich sind und deshalb nur Grundprinzipien, nicht aber detaillierte Managementkonzepte übernommen werden können. Dies beginnt schon mit dem Landschaftstyp. Auch wenn die Außengrenze der Rhön nicht so scharf konturiert ist wie etwa beim Harz, besteht hinsichtlich einer logischen Abgrenzung ein großer Vorteil gegenüber einer Ebene. Die landwirtschaftliche Nutzung in beiden Regionen ist zwar nicht grundverschieden, am Neusiedler See ist jedoch die Nutzungsintensität wegen des großen Anteils von Flächen für Weinbau oder Gemüseanbau deutlich höher. Auch die Nutzungsvielfalt ist größer. So ist sogar der Schilfgürtel Rohstofflieferant, z.B. für Reetdächer in Norddeutschland. Eine Besonderheit ist wegen der Besitzersplitterung die große Zahl von relevanten Akteuren. Auch der Tourismus ist am „Meer der Wiener“ völlig anders ausgeprägt. Während der Neusiedler See die sommerliche Hauptattraktion darstellt, ist die Saisonalität in der Rhön und die Konzentration auf einige Highlights zwar vorhanden, aber weit geringer.

Mit der Rhön gemeinsam hatte die Region Neusiedler See, die wie das gesamte Burgenland bis 1921 zu Ungarn gehörte, die trennende Wirkung durch den Eisernen Vorhang. Aber auch danach wirkte die Grenze hemmend. Erst Ende 2007 sind die letzten Beschränkungen gefallen und die Staatsgrenze Österreich-Ungarn ist zur Schengen-Binnengrenze geworden. Unverändert bleibt die Grenze zwischen zwei nicht verwandten Sprachen. Hier ist die Rhön, die nur Dialektgrenzen aufweist, eindeutig im Vorteil.

Noch hat sich keines der traditionellen Nutztiere am Neusiedler See (z.B. Ungarisches Steppenrind, Wasserbüffel oder Mangalitzza-Schwein) als herausragendes multifunktionales Imagetier wie das Rhönschaf durchsetzen können. Hinsichtlich prägnanter Wildtiere sieht es ähnlich aus. Bisher wird bei der Vermarktung hauptsächlich auf die Vogelwelt abgehoben. Mit dem kürzlich zugewanderten Goldschakal ergibt sich jedoch eine neue Option. Dass er nur sehr selten beobachtet werden kann, wäre für seine Symbolfunktion irrelevant, wie an der trotz seines niedrigen Bestandsniveaus großen Bedeutung des Birkhuhns in der Rhön deutlich wird.

<b>Merkmal</b>	<b>Neusiedler See</b>	<b>Rhön</b>
Landschaftstyp	Ebene	Mittelgebirge
Landschaftselemente	See mit Schilfgürtel Weinbauflächen Steppe	Borstgrasrasen Weiden Wald
Grenzen	Staatsgrenze	Bundesländergrenzen
Sprachen	Sprachgrenze	Dialektgrenzen
Touristische Hauptattraktion	See	diverse Berge
Imagenutztier	diverse	Rhönschaf
Imagewildtier	diverse	Birkhuhn
Großschutzgebietstypen	≥ 3	≤ 3

Tab. 1: Die Region Neusiedler See im Vergleich zur Rhön (eigene Zusammenstellung).

Neben dem Autor dieses Beitrags, der Befragungsergebnisse zur regionalen Identität in der Rhön vorstellte (vgl. KÜHNE/BEHNEN 2007), war auch Reg.-Dir. Michael GEIER (Leiter der Bayerischen Verwaltungsstelle des Biosphärenreservats Rhön) gebeten worden, Impulse für die Identitätsstiftung im Biosphärenpark Neusiedler See zu geben. Er machte deutlich, dass es in der Rhön bei den relevanten Rahmenbedingungen sowohl hemmende als auch fördernde Elemente gibt. So wirkt die Mittelgebirgslandschaft zwar durch Berge, Flüsse und Wälder trennend, Täler und Becken stellen aber Verbindungen her. Der Gesamteindruck ist außerdem nicht schroff, sondern angenehm. Hinsichtlich der Religion gibt es zwar durch zwei Konfessionen, die sich über Jahrhunderte scharf gegeneinander abgegrenzt haben, eine Trennung, die jedoch durch immer mehr konfessionsverschiedene Ehen und konfessionsoffene Vereine und Aktivitäten aufgeweicht wird. Die Rhöner Mentalität ist einerseits je nach Bundesland sehr unterschiedlich ausgeprägt (teils hierarchisch und bedächtig, teils anarchisch-kreativ und spontan, teils bürokratisch und ängstlich), andererseits aber durch eine meist vorsichtige, aber nicht misstrauische Haltung der Rhöner gegenüber Fremden und Neuem geprägt. Hinsichtlich der politischen Grenzen ist bemerkenswert, dass sich die durchlässige Bundesländergrenze zwischen Hessen und Bayern eher trennend auswirkte, während bis 1989 beiderseits des „Eisernen Vorhangs“ an der innerdeutschen Grenze eine Sehnsucht „nach Drüben“ zu beobachten war. Mittlerweile werden aber umso mehr die kleinen Unterschiede zwischen den Bundesländern betont, was für die regionale Identität eine Belastung ist. Obwohl das Biosphärenreservat „Top-down“ eingeführt wurde, wirkt es identitätsstiftend, da nun auch in der Kommunalpolitik länderübergreifender gedacht wird. Neben Institutionen wie dem Rhönklub oder dem Imagetier Rhönschaf sind gerade die vom Biosphärenreservat geförderten Projek-

te besonders wichtig für eine Rhöner Identität. Dabei spielt die Lebensmittelvermarktung eine herausragende Rolle. So war auch die erfolgreiche bundesweite Etablierung einer in der Rhön hergestellten Biolimonade ein für das Regional(selbst)bewusstsein ungewöhnlich wichtiger Schubfaktor.

Weitere Impulse von Außen gab Dr. Thomas COCH, wissenschaftlicher Leiter der UNESCO-Biosphere Entlebuch (Schweiz). Er wies auf die Bedeutung der Partizipation bei der Ausbildung von regionaler Identität hin und unterstrich, dass sich aufgrund der Schweizer Tradition „Top-down“-Ansätze von vornherein verbieten. So hat auch die Verwaltung der Biosphere Entlebuch in erster Linie eine Moderationsfunktion, wobei es ein wesentliches Ziel ist, die regionale Identität in die politischen Planungsinstrumente einzubringen. Grundsätzlich ist die Zustimmung der Bevölkerung sehr groß. In der Diskussionsphase vor der Schaffung des Schutzgebiets betrug der Wert 94 %. Die permanente Partizipation wird durch mehrere Bürgerforen, die gegenüber der Biosphere-Verwaltung weisungsbefugt sind, gesichert. Um die Handhabbarkeit der Partizipation zu erleichtern, sollte es aber nicht nur eine Flächenuntergrenze für Biosphärenreservate von ca. 100 km<sup>2</sup>, sondern auch eine Obergrenze geben. Die entscheidende Gruppe bei der Bürgerbeteiligung im Entlebuch sind die Landwirte im Voll- und Nebenerwerb, da die Erwerbstätigen im Primären Sektor einen im europäischen Kontext sehr hohen Anteil von 36 % haben. Die regionale Identität der Landwirte und aller anderen Bewohner speist sich im Entlebuch aus der Landschaftskulisse von hoher Eigenart (Hochgebirge und Hochmoore im „Wilden Westen“ von Luzern), dem ebenfalls charakteristischen unmittelbaren Lebensraum, markanten Kulturdenkmälern, einer ausgeprägten Regionsgeschichte, lokalen Sitten und Bräuchen sowie dem Rind als multifunktionalem Imagenutzer. Es gibt aber auch Konfliktfelder im Entlebuch, wie z. B. „Kommunale Oberhoheit versus regionale Identität“, „Zukunft der Landwirtschaft“ und „Tourismus oder Moorschutz“. Defizite gibt es hinsichtlich der identitätsstiftenden Wirkung der regionalen Bauweise. Da der Raum im Mittelalter planmäßig, aber dispers besiedelt wurde, sind historisch gewachsene Dorfstrukturen eher die Ausnahme. Zudem sind in der jüngeren Vergangenheit viele unangepasste Zweckbauten entstanden. Ein Problem ist auch das Identitätsprofil in der Entwicklungszone. Es soll durch kleinere Maßnahmen wie die Aufwertung der Hofnamen durch Ausschilderung, die Anlage von Gewerbegebieten nach Prinzipien der Biosphere (z.B. hinsichtlich der Baustoffe) und Themenwanderwege verwirklicht werden.

#### **4. Fazit**

Welche grundsätzlichen Empfehlungen kann man zum heutigen Zeitpunkt hinsichtlich der Neuausrichtung des Biosphärenparks Neusiedler See geben? Wegen der Sondersituation des gleichzeitigen Schutzes durch einen Nationalpark fällt die Beantwortung schwer. Die durch den grenzüberschreitenden Nationalpark repräsentierte wichtigste Stärke der Region, die hohe Bedeutung für den Natur- und insbesondere für den Vogelschutz, könnte bei der Neupositionierung des Biosphärenreservats zum Hemmschuh werden. Man könnte sich deshalb für eine Null-Variante entscheiden, den Biosphärenpark also weiterhin wie bei den deutschen Nationalparks Wattenmeer und dem Schweizerischen Nationalpark quasi nur auf dem Papier existieren lassen. Die vielfältige Kulturlandschaft und die Entwicklungsperspektiven im Umfeld des Nationalparks lassen aber eine deutliche Vergrößerung des Biosphärenparks unter Einbeziehung der Siedlungen sinnvoll erscheinen. Erst dann könnte er wirklich wirksam werden, aus dem Schatten des Nationalparks heraustreten und ihn symbiotisch ergänzen. Eine Konkurrenz beider Schutzgebiete müsste jedoch durch ein abgestimmtes oder gemeinsames Management unbedingt verhindert werden. Sollte man deshalb beiden Typen ihren Stärken entsprechend bestimmte Funktionen zuweisen oder wird man ihrer Intention damit nicht gerecht? Vereinfachend formuliert könnte der kleinere Nationalpark mit seiner starken ökolo-

gischen Komponente den Naturschutz repräsentieren und den Kern bilden, während sich das Instrument Biosphärenpark besonders in den anschließenden Bereichen auf den Schutz und die Entwicklung der Kulturlandschaft konzentriert. Bei der Vermarktung könnte man das bekanntere Label Nationalpark gerade für das Außenmarketing einsetzen, während der Biosphärenpark in erster Linie die Bewohner einbinden sollte und nur indirekt auf Touristen eingehen würde.

Auch die Entscheidung über die optimale Größe des redesignten Biosphärenparks ist schwierig. Mit dem deutschen Nationalpark und Biosphärenreservat Berchtesgaden gibt es ein Pendant, bei dem das Biosphärenreservat flächenmäßig zu etwa 100 % über den Nationalpark nach Norden hinausgeht. Da beim Neusiedler See natürliche Grenzen weitgehend fehlen, wäre dort ein Wert von 300 % denkbar, wobei ein grenzüberschreitendes Konzept zeitgemäß wäre, gefordert wird (MAB-NATIONALKOMITEE 2006) und auch funktionieren kann, wie das in Polen, der Slowakei und der Ukraine gelegene Biosphärenreservat Ostkarpaten zeigt. Eine zu starke Ausdehnung könnte aber die Vergrößerung durch zu viele Akteure und durch die Aufweichung der förderungswürdigen regionalen Identität problematisch werden lassen. Unabdinglich sind auf jeden Fall intelligente Partizipationskonzepte. Das Scheitern des Biosphärenreservats Bayerischer Wald im Jahr 2006 hat gezeigt, dass Biosphärenreservate keine „Selbstläufer“ sind.

Das Biosphärenreservat Rhön kann in zweierlei Hinsicht als grundsätzliches Vorbild für den Biosphärenpark Neusiedler See dienen. Zum einen geht dort allen trennenden Faktoren zum Trotz vom Schutzgebiet eine starke Integrationskraft aus, die ein Nationalpark nie leisten könnte und die auch über die österreichisch-ungarische Grenze hinweg wirken dürfte und zum anderen wurde in der Rhön erfolgreich demonstriert, dass endogene und nachhaltige Regionalentwicklung das Produkt von ungezählten identitätsfördernden Projekten ist, wobei der Produktion und der Vermarktung von Lebensmitteln eine besondere Funktion zukommt.

Eine Bemerkung sei noch zum Namen des Schutzgebietstyps erlaubt. Um Irritationen zu vermeiden, hätten sich die MAB-Nationalkomitees auf eine deutsche Übersetzung von „Biosphere Reserve“ einigen sollen. Nun gibt es mit „Biosphärenreservat“ (Deutschland), „Biosphärenpark“ (Österreich) und „Biosphere“ (Schweiz) drei Varianten.

## Literatur

BRANDENBURG, Christine / Thomas WRBKA / Karen ZIENER (Hg.), (im Druck): Tagungsband „Natur, Landschaft und regionale Identität – Säulen eines Biosphärenparks“. Publikation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien

KÜHNE, Tobias / Tobias BEHNEN 2006: Gibt es eine Rhöner Identität? Empirische Untersuchung des Regionalbewusstseins. In: Beiträge Region und Nachhaltigkeit, Fulda, H. 3, S. 82-88

MAB-NATIONALKOMITEE ÖSTERREICH 2006: Kriterien für Biosphärenparks in Österreich

ZIENER, Karen 2006: Auf dem Weg zu einer regionalen und vorausschauenden Konfliktstrategie für Nationalparke und Biosphärenreservate: Sechs Regionen unter die Lupe genommen, Klagenfurter Geographische Schriften, H. 25, Klagenfurt

ZIENER, Karen 2003: Das Konfliktfeld Erholungsnutzung – Naturschutz in Nationalparks und Biosphärenreservaten, Habilitationsschrift, Aachen

# **Bildung und Ausbildung für nachhaltige Entwicklung**

## **Anmerkungen zum aktuellen Verhältnis Schule und UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ – mit Ergebnissen einer Befragung von Lehrern und Lehramtskandidaten**

Erich Ott

Ziel der Bildungsdekade<sup>1</sup> ist es, weltweit das Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Bildungs- und Ausbildungsbereichen und in den Lehr- und Lerninhalten zu verankern, um dazu beizutragen, dass sich die Denk-, Lern- und Handlungsweisen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fest im Bewusstsein der Menschen verankern und sich ihre Handlungskompetenz entsprechend entwickelt. Besonders in der Vermittlung von Bildung und Wissen über Inhalte, Ziele, Notwendigkeiten und Probleme der Vielschichtigkeit von nachhaltiger Entwicklung und ihrer ganzheitlichen Betrachtung wird der Schlüssel zu wirksamen Veränderungen und zukunftsfähigen Konzepten für die Menschheit in den Bereichen Ökologie, Ökonomie, soziale Sicherheit und kulturelle Lebensweise gesehen, die angemessenen Lebensvoraussetzungen auch für die nächsten Generationen auf der Erde sichern zu können.

Bei aller Unterschiedlichkeit dessen, was im Detail in den Begriff *nachhaltige Entwicklung* hineindefiniert wird, lassen sich einige relativ unstrittige Elemente skizzieren, die im Kontext des Bildungsbegriffs und der Bildungsdekade von zentraler Bedeutung sind. Grundlegender Inhalt einer nachhaltigen Entwicklung ist die Problematik der Gerechtigkeit, sowohl im globalen Verhältnis der Länder, Staaten, Kontinente und ihren Völker zueinander, der Verteilungs- und Chancengerechtigkeit zwischen arm und reich und des fairen Umgangs mit und Zugangs zu den grundlegenden Lebensvoraussetzungen auf der Erde (Natur, Ökosysteme, Ressourcen etc.) als auch der intra- und intergenerationellen Gerechtigkeit als moralischer Verpflichtung gegenüber heutigen Generationenbeziehungen, vor allem der Verpflichtung gegenüber künftigen Generationen und ihren Lebensbedingungen auf der Erde.

Daraus folgt hinsichtlich eines Bildungsbegriffs im Zusammenhang einer nachhaltigen Entwicklung, dass in den Bildungsinhalten und -bemühungen einerseits der Erwerb eines integrierten Verständnisses von ganzheitlichen Zusammenhängen und der jeweiligen fachlichen Spezifik zu leisten ist. Andererseits müsste durch eine zielführende Vermittlung (Didaktik) darüber hinaus die zur Umsetzung in gesellschaftlichen und individuellen Bezügen sowie im (künftigen) beruflichen Han-

---

<sup>1</sup> Von den *Vereinten Nationen* wurde im Jahre 2002 die Weltdekade *Bildung für nachhaltige Entwicklung* für den Zeitraum von 2005 bis 2014 beschlossen und ausgerufen. Die *UNESCO* als Organisation der UN für Kultur, Bildung und Wissenschaft wurde mit der Koordination beauftragt. Diese Bildungsdekade ist die Fortsetzung und Konkretisierung bedeutender UN-Initiativen zur nachhaltigen Entwicklung in globalen Dimensionen, die in den letzten Jahrzehnten initiiert wurden und bezieht sich konkret u.a. auf die Umsetzung des Kapitels 36 (Förderung von Bildung und Ausbildung) der Rio-Erklärung von 1992 (*Agenda 21*) und deren Vorläuferinitiativen. Die Umsetzung der Dekade ist in die Kompetenz der Nationalstaaten delegiert. So ist in Deutschland offiziell die *Deutsche UNESCO-Kommission* zuständig, die ein *Deutsches Nationalkomitee* mit der Realisierung der Dekade beauftragt hat. Die Deutsche UNESCO-Kommission hat mit der im Juli 2003 beschlossenen „*Hamburger Erklärung*“ den Auftakt und die Schwerpunkte für die Initiativen in Deutschland formuliert.

deln und in der persönlichen Lebensweise notwendige motivierende Grundhaltung und Einstellung bei den Bildungsadressaten erzeugt werden. Ein Spezifikum besteht darin, dass diese Bildungsinhalte nur teilweise als fachlich gesetzt gelten können und an den ethischen und moralischen Zielen der Nachhaltigkeit, also an der Zukunftsfähigkeit und ihrer Durchsetzung als Handlungsmaxime zu orientieren sind. Dies bedeutet u.a. zwangsläufig, dass die Widersprüche und Interessendivergenzen innerhalb von nationalstaatlichen Gesellschaften und in den weltweiten globalen Beziehungen auch in ihren konfliktorischen Dimensionen und Interessenlagen zu thematisieren und deren Strukturen bezogen auf die Gerechtigkeitsfrage zu analysieren sind.

Inzwischen gibt es bereits seit mehr als zwei Jahren die Dekade-Aktivitäten in Deutschland. Recherchiert man die bisherigen Initiativen und betrachtet die ansehnliche Breite von Programmen, Literatur und Materialien zum Thema und die Umsetzungsaktivitäten v. a. in Projekten, so kann man feststellen, dass es vielfältige und ideenreiche Engagements bereits in recht großer Zahl gibt. Deren Wirkungen und Perspektiven werden zu untersuchen und für eine Optimierung Konzepte zu entwickeln sein. Die zahlreichen Projekte und Initiativen<sup>2</sup> können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die heutige Situation noch weit davon entfernt ist, die Thematik der nachhaltigen Entwicklung als einen ganzheitlichen Ansatz und als eine Weiterentwicklung der Umweltbildung/Umwelterziehung angemessen im Bildungssystem aufgenommen und entsprechend konzeptionell verbindlich verankert zu haben. So sind die Bedeutung und Ziele der Dekade nur in einem eher schmalen Segment der Gesellschaft und der Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen angekommen und dort angemessen aufgegriffen worden. Die Zukunftsbedeutung nachhaltigen Denkens und Handelns für die Gestaltung der Lebensbedingungen auf der Erde ist demgegenüber täglich präsent und wird u.a. immer häufiger in den wechselnden Katastrophenszenarien und den Folgen des Klimawandels beschworen.

Dennoch hat die Nachhaltigkeitsthematik dort, wo es gerade für junge Menschen ganz wesentlich wäre, damit vertraut zu werden, nämlich in der Schule, bisher kaum systematischen Eingang gefunden. Hier erhalten sie einen wesentlichen Teil ihrer Bildungsprägungen, der Grundlagen ihrer ethischen und moralischen Wertestrukturen, Orientierungen für ihre Lebensplanung und -gestaltung, die auf ihre persönlichen und beruflichen Perspektiven und künftigen Arbeitsverhältnisse vorbereiten. Für die Wahrnehmung ihrer Rollen und Interessen in den sozialen, politischen und kulturellen Strukturen der Gesellschaft sind diese Prägungen von herausragender Bedeutung. In den Schulen aller Schulformen und Schultypen wäre die systematische Verankerung des Nachhaltigkeitsdenkens als eine Querschnittsthematik im gesamten Fächerspektrum der Lehrpläne eine wichtige Voraussetzung, um angemessen zur Geltung zu kommen. Der Verweis auf die Fächer Biologie, Geographie, Sachkunde o.ä. stellt eher einen gängigen Verlegenheitshinweis dar, der zugleich deutlich macht, dass der Nachhaltigkeitsansatz noch nicht hinreichend begriffen ist oder die Voraussetzungen für eine fachliche und fachdidaktische Implementierung in einen breiten Fächerkanon fehlen oder man sich damit noch nicht befasst hat. Dies verweist auch darauf, dass die inhaltliche Entwicklung und das Verhältnis von *Umweltbildung/Umwelterziehung* und *Bildung für nachhaltige Entwicklung* nicht hinreichend bekannt oder noch nicht nachvollzogen sind.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> So z.B.: BLK-Programm 21; BLK Programm „Transfer 21“; Agenda 21 Schulen; Programme verschiedener Bundesländer etc., vgl. dazu u.a.: URL: <http://www.bildungsserver.de/zeigen?seite=785>.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Ergebnisse der empirischen Erhebung aus dem Jahre 2006 zu dieser Problematik: OTT, Erich, Die Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014)“ in deutschen UNESCO-Biosphärenreservaten, in: Beiträge Region und Nachhaltigkeit, Band 4/2007, S. 18 ff.

Die Lehrpläne der verschiedenen Schulformen müssten für die Thematik eine neue strukturelle Ebene öffnen, die über die einzelnen Fächer und heute bereits existierenden Umwelt-/Ökologiethemen hinaus nachhaltige Entwicklung als Querschnittsthema vorsieht. Jeweils schulformspezifisch und interdisziplinär angelegt, wären Art und Umfang der Lehrplananteile und -verortung näher zu definieren. Wobei gerade in der Art und Weise, aber ebenso in der Vielfalt möglicher Lehrangebote Kreatives und Neues entstehen könnte, eine größere oder geringere Nähe zu einzelnen Unterrichtsfächern besteht zweifellos und sollte auch berücksichtigt werden. Diese Offenheit und experimentelle Dynamik wäre zu fördern und könnte sicherlich ein wichtiger Motivationsfaktor für Lehrende und Lernende werden, was dem heutigen Schulalltag guttäte. Kollisionen und Konflikte mit der Verdichtung des Unterrichts z.B. in der Folge von G 8 sind zwangsläufig und müssen ohnehin ausgeglichen werden.

Die Umsetzung der UN-Bildungsdekade ist in diesem Sinne die Aufforderung, die Thematik dauerhaft stärker und systematischer in Schule und Unterricht sowie in der Lehreraus- und -fortbildung zu verankern. Wichtig ist es, dass dafür nicht nur die lobenswerten Anstrengungen Einzelner stehen, sondern ein breiter Diskurs auch institutionell stattfindet, der entsprechende Qualifizierungswege öffnet und zukunftsfähig macht. Innerhalb der Schulen sollte ein zielgerichteter Dialog, wenn nötig mit externer Unterstützung, stattfinden und auch in der Lehrerbildung müsste eine angemessene Gewichtung definiert werden. Letzteres gilt sowohl für die erste Ausbildungsphase in der Hochschule als auch für die zweite Phase der Vorbereitung auf das Lehramt mit den jeweiligen Fächern, insbesondere für die fachdidaktische Fundierung des Unterrichts in den verschiedenen Schulformen und Fächern. Diese Diskussionen stehen erst am Anfang. Fehlende Einsichten und andere Prioritätensetzungen bei der inhaltlichen Schwerpunktsetzung sowie Qualifikationsdefizite innerhalb der geforderten Personengruppen und Institutionen kennzeichnen derzeit zumeist die Situation.

Für eine angemessene Realisierung der Dekadeziele, auch im Hinblick auf ihre internationale Bedeutung für Bildungsinhalte und -standards im Vergleich, muss in Deutschland mehr geschehen als bisher. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese inhaltliche Orientierung hin zum Nachhaltigkeitsdenken in den Schulen und anderen Bereichen des Bildungssystems mittelfristig eine herausragende Vergleichskategorie für die internationale (oder auch nur OECD-weite) Qualitätsmessung und Vergleichbarkeit bilden wird. Dies macht das Anliegen nicht nur umso dringlicher, es eröffnet auch die Chance, noch einigermaßen zeitig in diesem Feld zukunftsträchtige Wege zu beschreiben. Die Bildungsdekade könnte dabei in vielfältiger Weise Anlass und Anregung sein.

Noch ist der diesbezügliche Zustand und die Entwicklung in den Schulen, bei den Schülern und in der Lehreraus- und -fortbildung wenig wissenschaftlich begleitet und untersucht. Deshalb fehlen auch in diesen Feldern genaue und umfassende Kenntnisse und Konzepte, was sich grundlegend ändern müsste. Entsprechende Bestandsaufnahmen und Begleitforschungen in den unterschiedlichen Institutionen des Schul- und Bildungssystems und in der Fächerpalette sollten gefördert werden und ebenfalls Bestandteil einer entsprechenden Konkretisierung dieser Dekadaufgabe sein.

Aus einem 2007 durchgeführten Forschungsprojekt<sup>4</sup> zum Wissen und zur Bewertung der UN-Bildungsdekade mit den hauptsächlichen Zielgruppen (Studierende verschiedener Fächer, Lehrer/

---

<sup>4</sup> Projekt zur UN-Bildungsdekade im Rahmen eines interdisziplinären Forschungsseminars (Befragungen mit qualitativen empirischen Methoden von Studierenden als Fallstudien durchgeführt) im Masterstudiengang *Interkulturelle Kommunikation und Europastudien ICEUS* am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Fulda.

-innen und Lehramtskandidaten/-innen unterschiedlicher Schulformen, Experten aus Organisationen) können hier einige erste Eindrücke und Ergebnisse in Bezug auf die befragten Lehrer/-innen und Lehramtskandidaten/-innen (Fallstudien) wiedergegeben werden:

1. Im Hinblick auf die Thematik *Nachhaltigkeit bzw. Nachhaltigkeitsbildung* ist kaum fundiertes Wissen vorhanden. Hingegen sind die Kenntnisse in den Themen *Umweltschutz/Ökologie* relativ gut und vielfältig, z.T. auch unterrichtlich umgesetzt. Vom fachlichen und didaktischen Ansatz her ist die Entwicklung und paradigmatische Veränderung von der *Umweltbildung* zur *Nachhaltigkeitsbildung* durchweg nicht bekannt oder nicht nachvollzogen. Dieses Defizit verstärkt sich noch, wenn Bezüge zu Inhalten und Themen aus Studium und Referendariat hergestellt werden, wie auch hinsichtlich dessen, was Lehrpläne dazu hergeben.
2. Hinsichtlich der *UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung für die Jahre 2005 bis 2014* zeigt sich ein noch größeres Defizit. Sie ist den Befragten faktisch nicht bekannt und es gibt kein Wissen darüber. Nach Vorlage und Lesen eines kurzen Informationstextes (im Rahmen von qualitativen Interviews) zur Dekade gibt es durchweg sehr positive Reaktionen und starkes Interesse, auch hinsichtlich schulischer Erfordernisse und Möglichkeiten zur Einbeziehung der Thematik in den Unterricht. Zweifel an der Umsetzbarkeit und deutliche Unsicherheiten in Bezug auf Fächer, Didaktik, Altersgruppen und Schulformen sind aber signifikant und verweisen auf den diesbezüglichen Qualifikations- bzw. Fortbildungsbedarf. Auch hier zeigt eine von den Befragten schnell vorgenommene Verengung des Nachhaltigkeitsansatzes auf die eingeschränkte ökologische Dimension in die gleiche defizitäre Richtung.
3. Die gewachsene Überzeugung der Wichtigkeit des Themas Nachhaltigkeit für die Schule ist vorhanden und hat nicht zuletzt eine erhebliche Verstärkung durch die neueren Diskussionen und die öffentlich stark beachteten Katastrophenszenarien des Klimawandels erfahren. Dem wurde nach geäußerten Überzeugungen bisher in Lernprozessen der Schüler zur notwendigen sachlichen und fachlichen Fundierung noch unzureichend Rechnung getragen. Der Bedarf zur Behandlung der Thematik wird von den befragten Lehrerinnen und Lehrern deutlich gesehen. Dafür notwendige Weiterbildungsmöglichkeiten und konkrete Angebote sind aber eine Voraussetzung zur schulischen Realisierung des Ansatzes. In der Zukunft müsste dies deshalb einen festen inhaltlichen und strukturellen Platz in der fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Lehrerausbildung erhalten.

Da es in Deutschland auch in den Schulen, Schultypen und zwischen den Bundesländern einen unterschiedlichen Entwicklungsstand der Aktivitäten zur Bildungsdekade gibt, bedarf es sowohl dezentraler Anstrengungen vor Ort als auch zentraler institutioneller und schulpolitischer Anstrengungen. Vielfalt und Originalität sind in der jetzigen Phase von besonderem Wert. Wenn es um die Verankerung in der Lehrerausbildung und in den Lehrplänen geht, besteht allerdings erheblicher Abstimmungsbedarf, der in den bildungspolitischen Föderalstrukturen auch zu diesem Thema nicht leicht zu realisieren ist. Die bereits erfolgreich laufenden Schulprojekte und Programme bedürfen als Modellprojekte vor allem einer stärkeren Bekanntmachung, um die Informationen, die Erfahrungen, die Einsichten, das Interesse und die Diskussion dafür zu verbreitern. Das unabdingbar notwendige breite, darauf aufbauende Engagement der Schulkollegien und -leitungen wäre dann ein nächster Schritt.

Die für 2009 geplante Weltkonferenz zur UN-Dekade wird in Deutschland stattfinden und unter dem Leitthema „Berufsbildung ist entscheidend für die Armutsbekämpfung“ stehen.<sup>5</sup> Sie schafft neue

Handlungsbedingungen für die Bildungspolitik und wird hoffentlich breite Unterstützung für vielfältige Anstrengungen und strukturelle gesellschaftliche Verankerungen des Nachhaltigkeitsdenkens bringen. Daran sollten sich insbesondere die Schulen, aber auch das Bildungssystem in Gänze aktiv beteiligen, wenngleich im Vorfeld noch vielfältiger Klärungsbedarf besteht. So ist beispielsweise die Begrifflichkeit „Berufsausbildung“ und das heißt auch ihre inhaltliche wie institutionelle Abgrenzung im nationalen und mehr noch im internationalen Kontext nicht eindeutig bzw. einvernehmlich geklärt. Vorerst bestehen also mehr Fragen als Antworten.

## Literatur

Agenda 21 / Nachhaltigkeit in der Schule, Agenda 21 Schule, <http://www.learn-line.nrw.de/angebote/agenda21/info/ag21schulen.htm>

DEUTSCHER BILDUNGSSERVER: Bildung für nachhaltige Entwicklung, <http://dbs.schule.de>

HAAN, Gerhard de, (Hg.) 2005: BLK-Programm „21“: Handreichungen Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule, Teil 1-5, Berlin

HELLWIG, Martin / Reinhold HEMKER (Hg.), 2007: Jahrbuch für Nachhaltigkeit, Münster

SCHRENK, Marcus, et .al. (Hg.) 2005: Bildung für nachhaltige Entwicklung: Ergebnisse empirischer Untersuchungen, Hamburg

UNESCO heute. Zeitschrift der Deutschen UNESCO-Kommission 2006: UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung, H. 1-2006, Bonn

WUPPERTAL INSTITUT (Hg.) 2005: Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit, Bonn

---

<sup>5</sup> Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung, Pressemitteilung 063/2008, vom 16. April 2008.

## Von der Umweltbildung zu einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) – eine Bestandsaufnahme

Hans Unbehauen / Sabine Hackspacher

### Umweltbildung und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung

„Von der Wissensvermittlung zum Kompetenzerwerb“ – so kann man in Anlehnung an NAGEL/AF-FOLTER (2004) den Wandel der Bildungsansätze in der ökologischen Bildung beschreiben. Was bedeutet das?

Ausgangspunkt der Umweltbildung der siebziger Jahre war die „ökologische Krise“, ausgelöst durch die Ressourcenverknappung, die immer deutlicher zutage tretende Umweltverschmutzung und die Bevölkerungsexplosion in vielen Ländern dieser Erde. Vor dem Hintergrund dieses Bedrohungsszenarios entstand eine *Umwelterziehung* als Erziehung zum Umweltschutz auf der Basis einer kognitiv-rationalen Auseinandersetzung mit den Missständen. Häufig war sie schwerpunktmäßig als Umweltbiologie im Biologieunterricht angesiedelt oder, ausgehend von einer politisch-gesellschaftlichen Betrachtung, Teil des Gesellschaftslehreunterrichts.

Die *ganzheitliche Umweltbildung* der neunziger Jahre hatte sich zum Ziel gesetzt, „die Schülerinnen und Schüler zu umweltgerechtem Handeln und zu einem behutsamen Umgang mit der Natur zu erziehen“ (ELLENBERGER 2006).

Ganzheitliche Naturerfahrung und ästhetisches Erleben, praxisnaher Umweltunterricht, handelndes Lernen, Natur gestalten und pflegen gelten seitdem als Wege, um eine positive, wertschätzende Einstellung zur Natur und Umwelt aufzubauen und sich als Teil der Natur und Umwelt zu begreifen.

Indem sie unter Gesichtspunkten von Umweltverträglichkeit gestaltet wird, ist Schule sowohl Handlungs- als auch Erfahrungsraum. Dies betrifft z.B. den Wasser- und Energieverbrauch der Schule oder die Gestaltung des Schulgeländes. Schule öffnet sich aber auch für außerschulische Lernorte, wenn es z.B. um nahe gelegene Naturräume oder das kommunale Abfallkonzept geht. Der Umweltunterricht erfasst auf diese Weise komplexe Lebenssituationen aus Natur und Umwelt, ermöglicht mehrperspektivisches Denken sowie ganzheitlich-fachübergreifende Problemlösungen.

Ganzheitliche Umweltbildung vermittelt immer auch Wertvorstellungen von der Würde und dem Lebensrecht aller Lebewesen.

Ziel ist eine umfassende ökologische Handlungskompetenz, ein „verantwortungsethisch begründeter Umgang mit der Umwelt“ (HESSISCHES KULTUSMINISTERIUM 1994). In diesem Sinne versteht sich Umwelterziehung gleichermaßen als Beitrag zur politischen Bildung.

In den Schulen entstanden hervorragende vielfältige Projekte, z.B. „Schulen sparen Energie“ in Kooperation mit dem zuständigen Energieversorger, oder Gestaltung eines naturnahen Schulgeländes. Es waren jedoch häufig leider auch Einzelprojekte in den naturwissenschaftlichen Fächern, oft eher als „Hobby“ weniger Lehrer und begeisterter Schüler wahrgenommen, die nicht selten mit dem Ausscheiden des betreuenden Lehrers endeten.

Im Programm „Ökologisch orientierte Schulen“ (1994) wurde an einigen hessischen Schulen ein umfassendes ökologisches Konzept zur schrittweisen Entwicklung einer ökologischen Schule erarbeitet. Voraussetzung für diese Ökologisierung der gesamten Schule ist ein entsprechender Verständigungsprozess innerhalb der Schulgemeinde, der dazu führt, dass die Fragmentierung der Schule aufgegeben wird. Damit ist ein entscheidender Schritt der inneren Schulentwicklung vollzogen.

Infolge der UN-Umweltkonferenz von Rio (1992) gewinnt das Leitbild der weltweiten nachhaltigen Entwicklung zunehmend Bedeutung in der didaktischen Diskussion der Umweltbildung und führt zu einer Neuorientierung. Die ökologische Frage wird „aus ihrer Isolierung herausgeholt und damit zu einem unabdingbaren Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung“ (VOGT/HERRN 2002). Das Leitbild eines Ausgleichs zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungszielen, welche die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigen ohne die der künftigen Generationen zu gefährden, führte zwangsläufig zur Diskussion über die Ziele, Inhalte und Methoden einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Dem trug das Modellprogramm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) „21“ (1999-2004) Rechnung, an dem bundesweit 200 Modellschulen teilnahmen und in dem sich auch die „Ökologisch orientierten Schulen Hessens“ wiederfinden. Von 2004-2008 findet es seine Fortsetzung im BLK-Programm „Transfer 21“, das eine Weiterentwicklung und systematische Verankerung des BNE-Konzepts bewirken soll – mit dem Ziel, 10 Prozent aller allgemeinbildenden Schulen einzubinden.

Drei zentrale Unterrichts- und Organisationsprinzipien sollten in die schulische Regelpraxis integriert werden: interdisziplinäres Wissen, partizipatives Lernen und innovative Strukturen. Das Programm knüpft damit an aktuelle Entwicklungen wie Schulprogramme und Schulprofilbildung an.

Am Weltgipfel in Johannesburg 2002 wurde der hohe Stellenwert der Bildung bekräftigt. Zentrales Anliegen der „Weltdekade der Bildung für nachhaltige Entwicklung“ der UNO (2005-2014) ist es, die Menschen zu stärken und mit Kompetenzen für eine zukunftsfähige Lebensgestaltung zu versehen. Das Konzept BNE führt damit weg vom „Bedrohungsszenario der Umweltzerstörung und hin zu einem Modernisierungsszenario“ mit dem Ziel, durch Bildung und Erziehung handlungsfähig zu werden für eine weltweit gerechtere Verteilung von Lebenschancen unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien (DE HAAN 2006). Es entstand das Konzept der Gestaltungskompetenz, das heißt, „über Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissensbestände zu verfügen, die Veränderungen im Bereich ökonomischen, ökologischen und sozialen Handelns möglich machen, ohne dass diese Veränderungen immer nur eine Reaktion auf vorher schon erzeugte Probleme sind“ (BLK-Programm Transfer 21). Damit rückt die aktive Gestaltung, die Zukunft in den Blick. Das Konzept ist somit anschlussfähig an die Konzeption der Schlüsselkompetenzen der OECD. Diese Kompetenzen, formuliert für eine erfolgreiche Lebenspraxis im 21. Jahrhundert umfassen die drei Kernbereiche:

- Handeln in heterogenen Gruppen,
- interaktive Nutzung von Methoden und Kommunikationswerkzeugen und
- autonomes Handeln.

Die Gestaltungskompetenz umfasst acht Teilkompetenzen: (1) vorausschauend denken und handeln, (2) interdisziplinär und (3) weltoffen Probleme wahrzunehmen und lösen zu können. (4) Gemeinschaftlichkeit und Solidarität sowie (5) Verständigung und Kooperation sind notwendig, um nachhaltige Entwicklungsprozesse gemeinsam mit anderen (6) planen und umsetzen zu können. Und im Kontext der Nachhaltigkeit selbständig handeln zu können, setzt voraus, (7) über die eigenen Leit-

bilder und Lebensstile ebenso reflektieren zu können wie auch (8) motiviert zu sein, sich für nachhaltige Lebensstile und nachhaltiges Wirtschaften, für eine nachhaltige Mobilität einzusetzen (BLK-Programm Transfer 21). Anhand dieser formulierten Ziele ist es für die Schulen möglich, Themen und geeignete Lernmethoden auf ihre BNE-Tauglichkeit zu überprüfen und auszuwählen.

Dafür sind neue Ansätze des Unterrichtens notwendig:

- Die Schülerinnen und Schüler werden an der Gestaltung und Auswahl von Unterrichtsthemen beteiligt.
- Die Schülerinnen und Schüler lernen, in der Zusammenarbeit mit anderen, Lösungen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung zu entwickeln.
- Es soll übergreifend zwischen den verschiedensten Fächern und Lernangeboten gearbeitet werden.
- Projektarbeit steht im Vordergrund.
- Die Schülerinnen und Schüler lernen selbstgesteuert.
- Eigeninitiative soll gefördert werden.
- Es soll in Teams gearbeitet werden.

Wichtig für den Erwerb und die Einübung der dargestellten Kompetenzen ist der Bezug zu konkreten, erfahrbaren Lebenssituationen. So verbindet sich z.B. im Themen- und Handlungsfeld „Ernährung“ persönliches Konsumverhalten mit Fragen der Gesundheit, der Landwirtschaft und dem weltweiten Handel. Entsprechend sind die Bezüge zur Lebenswelt herstellbar in den Themen „Energie, Naturnutzung und Naturgestaltung, Bauen und Wohnen, Mobilität und Freizeit“ u.v.a.m.

In Hessen ist die Praxis von „Transfer 21 – Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ eng verbunden mit dem Gesamtkonzept von Schule & Gesundheit des Hessischen Kultusministeriums und mit dem Gemeinschaftsprojekt „Umweltschule – Lernen und Handeln für unsere Zukunft“ des Hessischen Kultusministeriums und des Ministeriums für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Dabei handelt es sich um ein landesweites Netzwerk von Schulen, die sich durch ein besonderes Engagement im Bereich Umwelterziehung und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung auszeichnen.

### **Die Grundschule Thalau im Biosphärenreservat Rhön**

Am Beispiel der Grundschule Thalau lässt sich sehr eindrucksvoll der Weg aufzeigen, wie sich eine Grundschule mit dem Schwerpunkt „Umweltbildung“ vor dem Hintergrund veränderter schulinterner und gesellschaftlicher Anforderungen in Richtung BNE-Schule entwickelt hat. Hier sollen einige Elemente aus der Sicht der Schule dargestellt werden.

Zum Gebäude:

Die Grundschule Thalau liegt idyllisch am Rande des Ortes Thalau, der zur Gemeinde Ebersburg gehört. Der Schulstandort Ebersburg/Thalau im Biosphärenreservat Rhön unterstützt und verpflichtet zu einer ökologischen und umweltbewussten Bildungs- und Erziehungsarbeit.

Das historische, unter Denkmalschutz stehende Schulgebäude wurde 1908/09 in Fachwerkbauweise als Schul- und Wohnhaus für die Familie des Schulleiters errichtet. Zur Grundschule gehört ein großzügiges, bewegungsfreundliches und umweltgerechtes Schulgelände.

Obwohl aufgrund des Gebäudealters die Klassenräume und vor allem der Flur sehr knapp bemessen sind, strahlt das Gebäude Charme und Wärme aus und schafft eine vertraute, fast familiäre Atmosphäre.



Abb. 1: Die Grundschule Thalau  
(Foto: Sabine Hackspacher).

Zu Schüler/-innen und Lehrerinnen:

Die Schülerzahlen schwanken erfahrungsgemäß stets zwischen 50 und 70 Schülern und so ist der Unterricht in jahrgangsgemischten Klassen den Eltern, Lehrkräften und Schülern vertraut.

Zum kleinen Kollegium der Grundschule Thalau gehören neben der Rektorin Frau Hackspacher drei weitere Lehrerinnen: Frau Panek, Frau Fladung-Gütter und Frau Reuß. Das Lehrpersonal, ausschließlich weiblich, wird durch einen aktiven und engagierten Ruheständler ergänzt, der seit September 2007 die Aufgaben eines Hausmeisters übernommen hat.

Rückblick auf die Wurzeln:

Bereits mit dem Schuljahr 1986/87 leitete der damalige Schulleiter Karlheinz Kern eine Entwicklung ein, deren Wurzeln die äußere, aber vor allem inhaltliche Gestaltung der Schule nachhaltig prägten:

- Umgestaltung des naturnahen Schulgeländes zu einem umweltgerechten Schulgelände (Anpflanzung rhöntypischer Nadel- und Laubgehölze, Anlage einer Streuobstwiese, Trockenmauer, Schulhoflinde, Nistplätze für Mauersegler, Schwalben und Stare, Falken- und Eulenkasten, Schutz der Wildbiene)
- Fächerübergreifender Unterricht als pädagogisches Konzept in allen Klassenstufen mit dem Schwerpunkt Sachunterricht
- Wasseruntersuchungen, Osterputz, Teilnahme an den Walderlebnistagen und die Zusammenarbeit mit dem Umweltzentrum Fulda etablierten sich als feste Höhepunkte im Schuljahr.

Leitbild der Schule (aus dem Schulprogramm):

Die Kernaussagen des Leitbilds sind:

- Eltern, Lehrer und Schülerinnen und Schüler gestalten die Schule partnerschaftlich und in gemeinsamer Verantwortung.
- Die Vermittlung von Lerninhalten und sozialen Kompetenzen sind ebenso wichtig wie das Lehren bzw. das Erwerben von Kenntnissen und Fertigkeiten.
- Die Schule versteht sich als Partner der Eltern.
- Sie ist eingebettet in ein sehr aktives soziales und kulturelles Umfeld.
- Die Schule kooperiert mit außerschulischen Partnern.

Schulhof, grünes Klassenzimmer:

Ein wesentlicher Impuls zur Umgestaltung des Schulgeländes kam vom Schülerrat: Die Schülerinnen und Schüler wünschten sich mehr Spiel- und Bewegungsräume auf dem Schulgelände. Dies deckte sich mit der Vorstellung der Lehrerschaft, mehr für Bewegungsförderung zu tun und ein grünes Klassenzimmer einzurichten. Ausgehend von dem vorhandenen Schulgelände, das vorrangig auf Artenschutz ausgerichtet war, rückten jetzt die Bedürfnisse und Interessen der Kinder ins Blickfeld. Da man keine vorgefertigte Lösung, z.B. des Schulträgers, wollte, kam ein Prozess der Verständigung in Gang. Die Schüler wurden zu Planern, Architekten, Bauherren und sogar zu Finanziers der Schulumgestaltung. Trotz kleinem Budget ist es gemeinsam gelungen, neue Bewegungs- und Spielräume zu schaffen. Mit Auftritten des Schulchors oder der Orchestergruppe erwirtschafteten sich die Schüler das „Kapital“ für eine Tischtennisplatte und kleine Spielgeräte. Mit ihrem Engagement konnten sie ansässige Sponsoren gewinnen, die den Tatendrang unserer Schülerinnen und Schüler gerne unterstützen. So entstand mit Unterstützung eines ortsansässigen Zimmerers ein Spielhaus, welches erst durch fleißiges Mithelfen der jungen Bauherren fertig gestellt wurde.

Die Rückwirkung ist spürbar: Neben der intensiven Nutzbarkeit als Spiel- und Bewegungsraum entstand eine noch tiefere Identifikation der Kinder mit ihrem Lern- und Lebensraum, ihrer Grundschu-



Abb. 2: Bau der Villa Kunterbunt auf dem Schulgelände (Foto: Sabine Hackspacher).

le. Der stark zurückgegangene (fast verschwundene) Vandalismus am Nachmittag bestätigt dies. Ehemalige Schüler sind stolz auf das gemeinsam geschaffene äußere Bild der Schule und unterstützen die Schulgemeinde.

Bei der Organisation und Verwaltung übernehmen die Schüler/-innen verantwortungsvolle Aufgaben wie die Ausleihe, Reparatur und Anschaffung neuer Pausenspielgeräte oder die Organisation der Schülerbücherei.

Und noch mehr: Mit den beginnenden Veränderungen erfahren die Schülerinnen und Schüler durch Eltern, Anwohner und die Gemeinde Ebersburg Wertschätzung. Die Bedeutung ihres Handelns wird bewusster wahrgenommen.

#### Schulgarten:

Der längst verwilderte Garten (gehörte ehemals zur vermieteten Wohnung) wurde durch die Schülerinnen und Schüler wiederentdeckt und nach dem Unterricht liebevoll gepflegt, um Blumen, Obst und Gemüse anzubauen. Das daraus entstandene Gartenfest zum Verarbeiten der reichen Ernte ist inzwischen zur lieb gewonnenen Tradition geworden. Die Querverbindung zum Bereich „Gesunde Ernährung“ liegt auf der Hand. Die Verwertung des eigenen Obstes aus der Streuobstwiese geschieht in Kooperation mit dem Biosphärenreservat Rhön.



Abb. 3: Die AG-Schulgarten in Aktion  
(Foto: Sabine Hackspacher).

#### Patenkind aus Senegal:

Durch Unterrichtsprojekte erworbenes Wissen führte zum Wunsch, Kinder, die nicht in einer Schule lernen dürfen und in wenig kinderfreundlichen Umständen leben, besonders zu unterstützen. Zunächst wurden Schulfeste genutzt, um Spenden für karitative Einrichtungen zu sammeln.

Bei Recherche im Internet entdeckten Schüler des 4. Schuljahres die Seiten der Organisation „Plan International“. Schnell war im Schülerrat entschieden, dass auch Grundschul Kinder eine solche

Patenschaft übernehmen können. Zur Finanzierung wurde der Sponsorenlauf fest im Schuljahr verankert. Das Patenkind Nene Drame, ein achtjähriges Mädchen aus dem Senegal, ihre Geschwister und Familie freuen sich sehr über die Patenschaft, und die Thalauer Grundschüler hoffen, dass mit ihrer Hilfe Nene bald in die Schule gehen kann und dort eine Ausbildung erhält.

Bachpatenschaft:

Neben dieser Patenschaft begann im laufenden Schuljahr ein weiteres verantwortungsvolles Patenschaftsprojekt:

Nachdem im nahen Thalaubach Bakterien festgestellt wurden und der von den Kindern sehr beliebte Wasserspielplatz geschlossen wurde, waren Wissbegierde und Sorge der Kinder geweckt. Man wollte „der Sache auf den Grund“ gehen.

Zunächst standen dadurch im Kollegium der Grundschule Weiterbildungsmaßnahmen an. Mitarbeiter des Umweltzentrums Fulda (Bernd Stein) leiteten die Lehrerinnen an, kindgerechte Wasseruntersuchungen durchzuführen. Nachfragen bei der Gemeindeverwaltung erbrachten die Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit mit der Gemeinde. Anstehende Renaturierungsarbeiten interessierten die Kinder nicht nur, um den Spielplatz zu retten, der Thalaubach und das Leben am und im Bach lag ihnen längst am Herzen.

Mit Unterstützung der örtlichen Raiffeisenbank wurden Materialien für eine regelmäßige Wasseruntersuchung angeschafft und bereits rege genutzt.



Abb. 4: Patenkind Nene Drame mit Bruder (Foto: Sabine Hackspacher).



Abb. 5: Untersuchung des Thalaubachs (Foto: Sabine Hackspacher).

## Die Veränderung des Unterrichts

Eine weitere Veränderung, die sich allmählich vollzog, betrifft das „Kerngeschäft“ der Grundschule: den Unterricht. Vom Rückgang der Schülerzahlen betroffen, entstand eine jahrgangsübergreifende Klasse.

Die bereits vorhandene Heterogenität innerhalb der Klassen wurde verstärkt. Der Einsatz bewährter oder traditioneller Unterrichtsmethoden musste überdacht, der Unterricht verändert werden. Neben dem Einsatz von Wochenplänen oder Lernwerkstätten stellte sich die Frage, wie Unterricht gestaltet werden muss, der dieser komplexen Heterogenität gerecht wird. Hospitationen an einer Grundschule in Rodgau (Landkreis Offenbach) und die Teilnahme an einem Seminar mit Falco Peschel führten zur Arbeit mit individuellen Lernplänen.

Ziel der Arbeit im Unterricht ist die Stärkung des eigenverantwortlichen Lernens. Es werden Strategien erworben, die zum selbstständigen Lernen führen. Lernen wird selbst zum Lerngegenstand, wobei die Schülerinnen und Schüler Arbeitstechniken erlernen, Problemlösungen erarbeiten, die Fähigkeit erwerben, Ergebnisse präsentieren zu können sowie Kompetenz entwickeln, ihr eigenes Lernen zu planen und einzuschätzen.

Der Unterricht wird so arrangiert, dass passende Lernwege, Lernstrategien und Arbeitsweisen selbstständig angewandt werden können. Bereitgestellte Materialien ermöglichen einen individuellen Zugang, bei dem jeder seinen Weg finden und auf seine Weise lernen kann. Mit dieser Unterrichtsform verändert sich zusehends die Rolle der Lehrkraft. Mit zunehmender Selbständigkeit der Schüler/-innen entsteht zwischen Lehrer und Schüler eine Art Lernpartnerschaft. Aus dem Lehrer wird wörtlich gesehen ein Lernberater, der mit den Kindern Lernvorhaben plant, Lernsituationen arrangiert, Impulse gibt und Raum für offenes Lernen schafft.

Nicht immer fällt dieses neue Rollenverständnis leicht, sondern stellt vielmehr auch eine Lernphase mit neuen Perspektiven und Chancen für die Lehrerinnen der Grundschule Thalau dar.

Nach positiven Erfahrungen und guten Lernergebnissen der Grundschüler entstand in der Schulkonferenz der Plan, sogar flexible Eingangsklassen an der Grundschule einzurichten.

Aus Sicht der Lehrerinnen zeigen diese Maßnahmen in vielerlei Hinsicht Wirkung:

- Sie führen zu einer enormen Stärkung der Eigenverantwortlichkeit im persönlichen Umfeld, dem Klassenraum, der Schule und dem Schulgelände.
- Sie stärken die Demokratie innerhalb der Schule durch Klassenrat und Schulsprecher.
- Sie lassen bewusst erleben, welche Wirkung eigenes Handeln innerhalb der Schulgemeinschaft, aber auch im Heimatort hervorruft.
- Sie zeigen, dass die Wertschätzung der eigenen Tätigkeit dem üblich gewordenen Vandalismus auf dem Schulgelände vorbeugt.
- Heterogenität kann als Chance in der Grundschule erlebt und wahrgenommen werden.

In allen Projekten zeigt sich Partizipation als durchgängiges und konsequent verfolgtes Prinzip, die Beteiligung an Entscheidungsprozessen zu üben und eigene Vorstellungen einzubringen. Augenfällig ist dies bei der Planung und Gestaltung des eigenen Schulumfelds. Beim Projekt „Bachpatenschaft“ wird es künftig darum gehen, ökologische Zusammenhänge zu erkennen und das resultierende Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie exemplarisch zu bearbeiten. Als Partner der Kommune bringen sich die Kinder in einen lokalen Agenda-Prozess ein, nutzen so Chancen der Partizipation und übernehmen Verantwortung für sich und andere. Die Hinführung zu Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit wird besonders deutlich im Unterricht, dem schulischen Kerngeschäft, wo Formen des offenen Unterrichts im Zentrum stehen.

Diese didaktischen Prinzipien und Methoden, aber auch die Art der Inhalte und Themen lassen keinen Zweifel daran, dass damit in großem Umfang BNE-Kompetenzen vermittelt werden.

Die Grundschule Thalau wurde 2007 als „Umweltschule – Lernen und Handeln für unsere Zukunft“ ausgezeichnet.

### **Wie sieht es an anderen Schulen aus?**

Eine Reihe von Grundschulen der Region arbeiten – gemäß den örtlichen Gegebenheiten – ähnlich wie die Grundschule Thalau.

Umweltbildung ist hier ein Schwerpunktbereich des Sachunterrichts und findet sich in vielerlei Projekten in den Bereichen Abfall, Wasser und Gewässer, Boden und Bodenlebewesen, Natur- und Artenschutz sowie gesunde Ernährung wieder. Die Arbeit entspricht vielfach in vorbildlicher Form den oben dargestellten Ansprüchen *ganzheitlicher Umweltbildung* und leitet die Kinder zu einer wertschätzenden Haltung zu Natur und Umwelt an. Entsprechend sind einige Schulen im Handbuch Umweltbildung und Nachhaltigkeit Nordhessen dargestellt, auch sind einige als Umweltschulen ausgezeichnet bzw. befinden sich im Prozess der Zertifizierung für Schule und Gesundheit. Seit seiner Gründung im Jahre 1994 unterstützt das Umweltzentrum Fulda diese Bemühungen in vielfältiger Form mit Maßnahmen zur Lehrerfortbildung und ökologischen Schulberatung. Zu Recht stellt sich allerdings die Frage nach der Anschlussfähigkeit der weiterführenden Schulen.

Insbesondere in den Gymnasien und Realschulen ist der Unterricht weitgehend fachorientiert. Entsprechend sind die Bezüge zur Umweltbildung einzelnen Fächern zugeordnet – häufig zur Biologie oder Physik, zu Politik und Wirtschaft (Powi), zur Religion oder sie sind in AG's und Wahlpflichtfächern zu finden. Dies sind dann in der Regel Einzelprojekte mit dem Ansatz ganzheitlicher Umweltbildung, aber häufig ohne die Breitenwirkung auf die ganze Schule. Auch hier haben sich einige Schulen mit Maßnahmen der Pädagogischen Schulentwicklung (in den Bereichen Eigenverantwortliches Arbeiten, Methodenkompetenz, Teamfähigkeit und Kommunikationskompetenz) auf einen vielversprechenden Weg begeben. Synergieeffekte entstehen durch die Vorhaben im Kontext einer gesundheitsförderlichen Schulentwicklung durch „Schule & Gesundheit“ sowie durch die Anerkennung als „Umweltschule“. Dabei unterstützt die externe Evaluation durch die Schulinspektion in aller Regel Schulen in solchen Prozessen der Professionalisierung.

### **Ausblick**

Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK) gaben am 15.06.2007 eine Empfehlung zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule“ heraus. Sie sehen in BNE eine „ganzheitliche, interdisziplinäre Vision von Bildung und Erziehung, die dazu dient, Wissen und Handlungsmöglichkeiten zu vermitteln, die für eine nachhaltige Zukunft unserer Erde wichtig sind.“ Sie ermuntern die Schulen, BNE zu implementieren, geben Hinweise zur Umsetzung und sichern die Unterstützung dafür zu. Das Land Hessen hat in Gießen ein Projektbüro „Ökologische Bildung und Globales Lernen Transfer 21“ eingerichtet, dessen Hilfe eingeholt werden kann.

## Literatur

ANU – ARBEITSGEMEINSCHAFT NATUR- UND UMWELTBILDUNG BRANDENBURG E.V. (Hg.) 2005: Zeit für mehr Nachhaltigkeit – Leitfaden für Kooperationen mit Ganztagschulen, Potsdam

DE HAAN, Gerhard 2006: Bildung für nachhaltige Entwicklung – Ein neues Lern- und Handlungsfeld. In: Deutsche UNESCO-Kommission e.V. (Hg.): UNESCO heute, Heft 1/2006

ELLENBERGER, Wolfgang 2006: Bemerkungen zur Didaktik von Umweltprojekten. In: Wegfinder, Handbuch Umweltbildung und Nachhaltigkeit, Hg.: Reiner Mathar, Amt für Lehrerbildung, Transfer 21

HESSISCHES KULTUSMINISTERIUM 1994: Rahmenplan für die besonderen Bildungs- und Erziehungsaufgaben der Schulen, Entwurf November 1994

HESSISCHES KULTUSMINISTERIUM: Materialien zu Schule & Gesundheit/Umwelterziehung/Ökologische Bildung

GRUNDSCHULE THALAU 2006: Schulprogramm 2006/2007

MATHAR, Reiner 2001: Zukunft gestalten – Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Das Programm BLK „21“, Weilburg

NAGEL, Ueli / Christine AFFOLTER 2004: Umweltbildung und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung – Von der Wissensvermittlung zur Kompetenzförderung. In: Beiträge zur Lehrerbildung, 22(1) 2004, Organ der Schweizerischen Gesellschaft für Lehrerinnen und Lehrerbildung

TRANSFER 21 (Hg.) 2005: Zukunft gestalten lernen – (k)ein Thema für die Grundschule?

TRANSFER 21 (Hg.) 2006: Herzlich willkommen in der Schule

VOGT, Markus / Claus-Peter HERRN 2002: Von der Umwelterziehung zur Bildung und Erziehung für eine nachhaltige Entwicklung – Eine Initiative des Landesinstitutes für Erziehung und Unterricht Stuttgart für Schulen in Baden-Württemberg. In: Informationen zur Umwelterziehung, Hg.: Landesinstitut für Erziehung und Unterricht, Stuttgart

## **Ausbildungsverbund Rhöner Lebensmittel e.V.**

Dieter Lomb

„Finde ich einen Ausbildungsplatz, der mir Freude macht und mir eine berufliche Perspektive eröffnet?“ Viele Hauptschülerinnen und Hauptschüler stellen sich besorgt diese Frage. Eine Initiative von Lebensmittelbetrieben im Biosphärenreservat Rhön, unterstützt von der Evangelischen Handwerkerarbeit in Kurhessen-Waldeck, möchte darauf eine positive Antwort geben.

Hauptschule – Restschule? Ca. 20 % aller Jugendlichen seien angeblich nicht ausbildungsfähig? Bis 2020 wird die Zahl der über Sechzigjährigen um über 10 % steigen, von aktuell 44,5 % auf 55 %, schreibt Frank Schirmacher in seinem Bestseller „Das Methusalem-Komplott.“ Können wir es uns da leisten, ein Fünftel der Generation, die 2020 auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft sein wird, als Versager abzuschreiben?

„Hauptschüler, die mehr wollen ...“ Mit einem Handzettel wendet sich der Ausbildungsverbund Rhöner Lebensmittel e.V. seit 2003 an Eltern, Schüler und Lehrer im Landkreis Fulda und wirbt für den Besuch der Berufsfachklassen Ernährung/Hauswirtschaft an zwei beruflichen Schulen in Hilders und Fulda. Der Verein wurde von Rhöner Handwerkern, Gastronomen und Landwirten gegründet, um die Ideen und Impulse des Biosphärenreservats Rhön in eine Qualitätsoffensive zugunsten der regionalen Wertschöpfung umzumünzen. Durch gute Lebensmittel und qualifizierte Dienstleistungen entstehen für junge Menschen in der Rhön attraktive Arbeits- und Lebensperspektiven.

„Wir haben das Biosphärenreservat, eine schöne Landschaft, gute Betriebe und Schulen, eine hervorragende Gastronomie, also gute Voraussetzungen, um jungen Menschen eine Berufsperspektive in der Region zu bieten,“ beschreibt der Initiator des Projekts, Obermeister Ludwig Leist aus Hilders, die Ausgangslage. Das müsse aber in den Elternhäusern und Schulen auch vermittelt werden und dazu unterstützt der Verein Schulen, die bereit sind, sich stärker für die berufliche Praxis zu öffnen. Viele junge Menschen haben nur sehr vage Vorstellungen über die unterschiedlichen Berufe. Gerade von den Lebensmittelberufen sind eher die Negativklischees bekannt. Wer z.B. den Fleischerberuf in der Fachrichtung Feinkost und Veranstaltungsservice ergreift, wird kaum enge Bekanntschaft mit dem Schlachthaus schließen.

Der Verein will mit diesem Projekt ein Modell schaffen, das für eine positive Fortentwicklung der bewährten dualen Ausbildung Beispiel geben kann. Durch eine intensive Informations- und Motivationsarbeit in den Hauptschulen der Region soll das Interesse für die Lebensmittelberufe geweckt und die Bewerberzahlen für den Ausbildungsverbund kontinuierlich gesteigert werden, um das angestrebte Ziel einer breiten Qualitätssteigerung in Produktion und lebensmittelbezogenen Dienstleistungen baldmöglichst zu erreichen und damit auch einen Beitrag zur Bewältigung der z.T. problematischen demographischen Entwicklung in der Region zu leisten.

Während einer zweijährigen Fachschulzeit organisiert der Verbund zunächst drei einwöchige Praktika in unterschiedlichen Lebensmittelberufen und Exkursionen, so dass die Jugendlichen die Breite der Berufsfelder kennen lernen können. Von den zehn Schülerinnen, die 2005 auf diese Weise zum

Realschulabschluss begleitet wurden, entschieden sich fünf für einen Lebensmittelberuf und haben eine Ausbildung in Betrieben der Region begonnen. 2006 wurden 29 Schülerinnen und Schüler zum Abschluss geführt. Dem gestiegenen Bedarf begegnete der Verein durch die Einrichtung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen im Verbundsystem. Auf diese Weise wurden 2006 und 2007 insgesamt 16 Lehrstellen in der Region besetzt.



Abb. 1: Praktikantin in der Fleischerei Leist, Hilders  
(Foto: Michael Müller, hessische Verwaltungsstelle  
des Biosphärenreservats Rhön).

Dieter Lomb, der Bildungsreferent der Evangelischen Handwerkerarbeit, macht deutlich, dass wirtschaftliche Ziele und das Wohl der Jugendlichen in Einklang gebracht werden: „Wir möchten den Jugendlichen Mut machen, ihre Lebens- und Berufsplanung in die eigenen Hände zu nehmen, in dem wir ihnen einen Weg eröffnen, der nach dem Realschulabschluss in der Berufsfachklasse direkt in eine Ausbildungsstelle mündet. Die jungen Menschen bleiben dennoch frei in ihrer Entscheidung, denn der Realschulabschluss ermöglicht ihnen auch viele andere Wege in die Berufstätigkeit.“

Für kleine Familienbetriebe ist die Verantwortung, einen Ausbildungsplatz einzurichten, oftmals eine schwere Entscheidung. Kosten und Verwaltungsaufwand entsprechen nur selten dem betriebswirtschaftlichen Nutzen und ob ein guter Auszubildender nach der Lehrzeit im Betrieb bleibt, ist auch nicht sicher. Großbetriebe, die selbst die Ausbildung vernachlässigen, locken mit attraktiven Arbeitsplätzen. Kontakte zwischen Kirchengemeinden und Familienbetrieben könnten helfen, Bedenken zu überwinden. Oftmals kennen die Pfarrer oder Religionslehrer die Bewerber ja schon aus dem Unterricht oder der Konfirmandenzeit und Hilfen bei der Vorauswahl zur Einstellung haben in den Betrieben einen hohen Stellenwert, ebenso wie die Unterstützung bei Konflikten während der Ausbildung. Die Evangelische Kirchengemeinde Tann spielte z.B. eine aktive Rolle beim Zustandekommen des Ausbildungsverbunds Rhöner Lebensmittel. Auch in anderen Regionen gibt es Ausbildungsverbände, die zumeist von Bildungsträgern oder kommunal organisiert werden. Interessierte Kirchengemeinden wären ein geschätzter Partner für die Zusammenarbeit.

Die Ausbildung im Verbundsystem ermöglicht auch kleinen Familienbetrieben, ihre Erfahrungen und Kompetenzen an Auszubildende weiterzugeben. Sie wirken mit anderen zusammen, um über eine arbeitsteilige Ausbildung an verschiedenen Lernorten den jeweiligen Ausbildungsordnungen gerecht zu werden. Die Ausbildungsphasen werden in einem Koordinationsvertrag individuell vereinbart. Aus dem Europäischen Sozialfonds zahlt das Hessische Wirtschaftsministerium Zuschüsse

für die verbundbedingten Mehrkosten. Durch den abgestimmten Wechsel der Ausbildungsorte erhalten die Jugendlichen eine attraktive und breiter gefächerte Berufsausbildung.

### **Die Ausgangssituation**

Bei einer Exkursion mit Religionslehrern ins Biosphärenreservat Rhön lernte Dieter Lomb im Jahre 2002 den Fleischermeister und Gastronomen Ludwig Leist kennen. Leist beklagte sich bei der Gruppe über die Praxisferne des Unterrichts und die einseitig fachspezifischen Ausbildungsordnungen. „Wir brauchen junge Menschen, die auch nach rechts und links blicken können. Die Fleischer müssen wissen, wie ein Tier aufwächst und was der Koch später mit der Keule anfängt.“ Er wünschte sich ein Ausbildungszentrum für Rhöner Lebensmittel, das den Lehrlingen die Wertschätzung für ihre Heimat und die Grundlage für eine erfolgreiche Berufsperspektive nahebringt.

Die Haupt- und Berufsschullehrer nahmen die Überlegungen sehr konstruktiv auf: Das Denken in Lernfeldern überwinde nach und nach fachliche Verengungen und eröffne die Perspektive eines gemeinsamen Weges. Es folgten zahlreiche Gespräche mit Pädagogen und Ausbildern in der Region. Schließlich entwickelte man ein gemeinsames Konzept, das zunächst in den Hauptschulen ansetzt. Mit Hilfe des Biosphärenreservats druckte der Verein eine ansprechende Info-Broschüre, die für die Fachklassen Hauswirtschaft/Ernährung an den beruflichen Schulen warb.

Neben der Eduard-Stieler-Schule in Fulda bietet inzwischen auch die Außenstelle der Konrad-Zuse-Schule in Hilders den beschriebenen Weg zur Mittleren Reife mit Berufsorientierung an. Allerdings war im Jahre 2003 die Zahl der Anmeldungen rückläufig und der Standort deshalb gefährdet. Der Verbund organisierte deshalb für Schüler der Konrad-Zuse-Schule Praktika in den Rhöner Lebensmittelbetrieben und der Gastronomie und lud die Schüler während der Herbstferien zu einer Studienfahrt ins Waldviertel nach Österreich ein. Ein Ansatz, der sich rasch auszahlte. Die Schülerzahlen für die zweijährige Fachschulausbildung stiegen und die Schule hatte bald mehr Bewerbungen als sie aufnehmen konnte. Etliche Praktikanten fanden nach Abschluss der Fachschule eine Lehrstelle in einem der drei Ausbildungsbetriebe, die sie durch die Praktika kennen gelernt hatten.

Nach den guten Erfahrungen in Hilders war auch die Stieler-Schule in Fulda bereit, sich auf das Konzept des Vereins einzulassen. Bei etwa 50 jährlichen Anmeldungen, hat man hier die Möglichkeit, den Schülern die Wahl zu lassen zwischen einer konventionellen Unterrichtsform und der Begleitung durch drei jeweils einwöchige Praktika. Seit Beginn des Projektes organisierte der Verbund insgesamt ca. 250 solcher Praktika.

### **Erfahrungen mit den Praktika**

Die Verbundarbeit lebt von der persönlichen Beziehung zu den Inhabern und Ausbildern in den verschiedenen Betrieben. Die ersten Praktika wurden von Gründungsmitgliedern des Vereins angeboten. Doch die Ausweitung nach Fulda machte es bald erforderlich, weitere Betriebe anzusprechen, von denen man annehmen konnte, dass ihnen eine gute Ausbildung am Herzen liegt. Dabei ist eine gewisse Praktikumsmüdigkeit, gerade in größeren Betrieben, zu beobachten – maßgeblich verursacht durch das ständige Kommen und Gehen von Hospitanten, Praktikanten, Werkstudenten, etc. Sowohl für diese wie für den jeweiligen Betrieb erscheint der Nutzen von Praktika oft zweifelhaft. Oft wissen die Ausbilder schon zwei Wochen nach Praktikumsende nicht mehr, wer bei ihnen war.

Auf Seiten der Schüler ist meist eine gute schulische Vorbereitung entscheidend für die Motivation zum Praktikum. Die gedrängten Lehrpläne der Fachklassen lassen dafür aber nur bedingt Raum. Auch haben die Schüler oft Schwierigkeiten, konkrete Aufträge aus dem Unterricht im betrieblichen Alltag ‚abzuarbeiten‘. Die Integration der Praktikumsvorbereitung bzw. -auswertung in den schulischen Unterrichtsbetrieb wirkt manchmal recht konstruiert.

Ein weiteres Problem der Praktika, das auch bei den Ausbildungsstellen wiederkehrt, sind die unzureichenden öffentlichen Verkehrsmittel in der Rhön. Wenn überhaupt, sind die Verbindungen alleine nach Fulda ausgerichtet. Mit den Arbeitszeiten in den Lebensmittelbetrieben sind sie aber völlig inkompatibel.

Dennoch: Die Praktika sind der wichtigste Einstieg für die Berufsorientierung; viele Lehrer leiten sie mit großem Engagement an und begleiten sie auch über ihre Pflichtstundenzahl hinaus. Für die Schüler ist es eine hervorragende Möglichkeit, Berufe und Betriebe kennen zu lernen und so ihre Bewerbungschancen zu steigern. Es wäre allerdings einerseits wichtig, die Fortbildungsangebote der Lehrkräfte zur Praktikumsorganisation auszuweiten und eine bessere Abstimmung zwischen schulischen Vorgaben und den betrieblichen Anleitern zu erreichen. Auf der anderen Seite sind die Betriebe angesichts der demographischen Entwicklung gut beraten, ihre Attraktivität für Praktikanten zu verbessern und in eine gute Zusammenarbeit mit den Schulen zu investieren.

### Informationstage in den Schulen

Die Kreishandwerkerschaft Fulda hat die Zeichen der Zeit erkannt und veranstaltet seit einigen Jahren sogenannte Tage des Handwerks in unterschiedlichen Schulformen des Landkreises. Der Ausbildungsverbund gestaltet dazu regelmäßige Workshops mit den Schwerpunkten Bäcker- und Fleischerhandwerk. Gerade gegenüber diesen Berufen haben die Schüler meist sehr klischeehafte Vorstellungen, die im Gespräch relativiert werden können. Die Fremdheit der Arbeitswelt für die Schüler ist in diesen Workshops mit Händen zu greifen.



Abb. 2: Lehrling (l.) und Meister (r.) in der Rhönkornbäckerei, Simmershausen (Foto: Michael Müller, hessische Verwaltungsstelle des Biosphärenreservats Rhön).

Auch zu Projekttagen und Tagen der Offenen Tür der Schulen wird der Verein gerne eingeladen. Ein spannendes Thema sind dabei die von den Schülern in ihren Betriebspraktika gemachten Erfahrungen. Sie scheinen mit der Bewertung und richtigen Einordnung dieser Erfahrungen aber oft überfor-

dert. Hier wäre ein spezielles Auswertungsangebot der Schulen angebracht, weil sich eine angemessene Vorbereitung auf das Berufsleben in der zerrissenen Taktfolge des Fachunterrichts nur schwer erreichen lässt. Ohne angemessene Auswertung und Anpassung stehen die Projektstage in der Gefahr, zu Alibiveranstaltungen degradiert zu werden.

Die Klage, dass bis zu 50 % der Unterrichtszeit in den Hauptschulen aufgewendet wird, um Aufmerksamkeit und Disziplin herzustellen, bestätigt sich bei den Projekttagen. Die sinkende Motivation der Betriebsinhaber und Ausbilder für solche Veranstaltungen muss auch vor diesem Hintergrund gesehen werden. In der Stadt tritt dieses Problem allerdings erheblich stärker auf als auf dem Land. Positiv wirken sich Beteiligungsmöglichkeiten der Schüler aus, z.B. wenn die Schüler etwas selbst Erarbeitetes darstellen oder einen Fragenkatalog vorbereitet haben. Der Ausbildungsverbund wird versuchen, Schüler schon in den früheren Klassen – am besten bereits im Kindergarten – anzuleiten, mit allen Sinnen den Wert der regionalen Lebensmittel wahrzunehmen.

Außerschulische Veranstaltungen wie der Besuch einer Bäckerei mit der Kreisjugendpflege oder die Veranstaltung mit dem Biosphärenreservat und der Verbraucherzentrale Fulda (siehe Einladung und Programm im Anhang) runden das Angebot ab.

### **Ausbildung in Partnerschaften**

Nachdem das Konzept für die Verbundausbildung erarbeitet war, stellte sich natürlich die Frage der Finanzierbarkeit. Dabei kam dem Verein das Förderprogramm „Ausbildung in Partnerschaften“ des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung mit Unterstützung durch den Europäischen Sozialfonds sehr zustatten. Die Ausbildung im Verbund, d.h. in Partnerschaften, ist mit einem gewissen, auch finanziellen Mehraufwand verbunden, der aus diesem Programm refinanziert werden kann. Zum Beispiel können die Auszubildenden Fahrtkosten zu auswärtigen Partnerbetrieben oder auch Unterkunftskosten am Ort des Partnerbetriebes erstattet bekommen (siehe Richtlinien zur Förderung der beruflichen Erstausbildung im Anhang).

Im Sommer 2006 war es dann soweit. Zehn Lehrlinge haben ihre Ausbildung in insgesamt 17 Ausbildungsbetrieben begonnen. Die Hälfte der Auszubildenden kam von den Berufsfachschulen, die andere Hälfte bewarb sich aufgrund von Presseartikeln über das Projekt oder durch die Beratung der Agentur für Arbeit. Vertreten ist die ganze Bandbreite der Lebensmittelberufe: Landwirt/-in, Fleischer/-in, Bäcker/-in, Fachverkäufer/-in, Hauswirtschafter/-in, Koch und Köchin sowie Restaurant- und Hotelfachmann bzw. -frau.

Die Betriebe, die die Lehrstellen bereitstellten, waren dem Verbund durch die Praktika bekannt und haben sich dort bewährt. Allerdings verlangte die damalige Ausrichtung der Förderrichtlinie, dass es sich bei den Stammbetrieben, die den Ausbildungsvertrag unterschreiben, um Betriebe handeln muss, die alleine nicht in der Lage sind, die geplante Ausbildung zu gewährleisten. Bei den Beratungen für die neue, 2007 begonnene Förderperiode konnte erreicht werden, dass diese Einschränkung fallen gelassen wurde. Allen Ausbildungsverbänden geht es auch um den qualitativen Aspekt einer breiter angelegten Ausbildung und nicht nur darum, auch die letzte Lehrstelle noch verfügbar zu machen. Die Zusätzlichkeit der so geschaffenen Lehrstellen muss jedoch weiterhin nachgewiesen werden. Für jedes einzelne Ausbildungsverhältnis wird ein Kooperationsvertrag zwischen dem Verein, einem Verbundbetrieb als Stammbetrieb und dem Partnerbetrieb geschlossen.

Von der sachgemäßen Umsetzung des Förderprogrammes konnte sich Hessens Wirtschaftsminister Dr. Alois Rhiel anlässlich seiner „Tour für Ausbildung 2007“ bei einem Besuch in der Rhönkornbäckerei Stehling in Hilders-Simmershausen überzeugen. Bäckermeister Günter Stehling ist eines der Gründungsmitglieder des Vereins. Rhiel appellierte an die Unternehmen, im ureigensten Interesse für genügend Ausbildung zu sorgen, um auch in Zukunft genügend qualifizierte Mitarbeiter zu haben. Die Bemühungen des Ausbildungsverbunds für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze durch die „Ausbildung in Partnerschaft“ würdigte der Minister deshalb als fruchtbaren Weg, dieses Ziel zu erreichen. Die Vorstandsmitglieder Ludwig Leist und Dieter Lomb konnten bei dieser Gelegenheit auch für das laufende Jahr wieder zehn zusätzliche Lehrstellen in Aussicht stellen.

Der Verbund möchte mit seinem Angebot die Berufe stärker miteinander verzahnen. So soll z.B. der Koch auch wissen, was der Bäcker oder der Fleischer macht, und umgekehrt. Gleichzeitig möchte der Verein den jungen Leuten eine Wertschätzung für ihren erlernten Beruf und auch für die Nahrungsmittel, mit denen sie tagtäglich umgehen, vermitteln.

„Die verbundbedingten Mehrkosten der Ausbildungsplätze werden mit Mitteln des Landes Hessen und des Europäischen Sozialfonds gefördert. Mit der Ausbildung in Partnerschaft wird auch die Qualität der Ausbildung erheblich verbessert. Damit steigen die Chancen der Jugendlichen im erlernten Ausbildungsberuf“, betonte der Minister.

Rhiel wies auch darauf hin, dass mit den zusätzlichen Ausbildungsplätzen die Region als Ausbildungsstandort gestärkt würde. So wäre es mit den zusätzlichen Ausbildungsplätzen des Verbunds gelungen, den Schulstandort Hilders der Konrad-Zuse-Schule zu stabilisieren. Und mehr Wertschätzung gegenüber den Auszubildenden und gegenüber den Nahrungsmitteln bedeute auf Dauer auch mehr Wertschöpfung in den Betrieben, was der wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Region zugutekäme.

Die Kooperationsfähigkeit der verschiedenen Partner des Ausbildungsverbunds ist eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen des Projektes. Bisher sind die Erfahrungen mit den Stamm- und Partnerbetrieben, dem Träger der Ausbildung, der Prisma gGmbH, den beiden beteiligten Berufsschulen, dem Staatlichen Schulamt sowie der Hessischen Verwaltungsstelle des Biosphärenreservats Rhön sehr ermutigend. Der Kreisbauernverband Fulda-Hünfeld e.V., die Kreishandwerkerschaft und die IHK Fulda unterstützen das Projekt ebenfalls.

Als oberstes Ziel gilt es, die Berufsausbildung für jede und jeden Auszubildenden so zu gestalten, dass die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen und so der fachliche Nachwuchs für die Lebensmittelberufe in der Region gewonnen wird. Dabei bildet die Ausbildung im Verbund einige Vorteile:

- Die Mehrzahl der Auszubildenden geht mit Erfahrungen aus der betrieblichen Praxis (Praktika im Berufszweig) und guten Vorkenntnissen (erfolgreicher Abschluss einer zweijährigen Berufsfachschule) in die beginnende Berufsausbildung.
- Der Ausbildungsverbund Rhöner Lebensmittel e.V., Hilders, unterhält ausgezeichnete Kontakte zu Betrieben aus den ausgewählten Berufsbereichen in der Region, so dass sich daraus gute Vermittlungsmöglichkeiten für die einzelnen Auszubildenden ergeben.
- Durch das Förderprogramm konnte der Fuldaer Bildungsträger Prisma gGmbH als Kooperationspartner des Ausbildungsverbunds Rhöner Lebensmittel gewonnen und die Kooperation finanziert werden. Die Prisma gGmbH ist seit nunmehr 20 Jahren als erfolgreiche berufliche Bildungseinrichtung in der Region tätig und verfügt so über sehr gute Erfahrungen, was die

Gestaltung des Ausbildungsprozesses selbst angeht und ergänzt professionell die ehrenamtliche Ausbildungsbegleitung durch den Ausbildungsverbund. Darüber hinaus hat die Prisma gGmbH in Fulda zusätzlich die Möglichkeit, Kontakte zu Betrieben für eine Weiterbeschäftigung im Fall der Nichtübernahme durch den Hauptausbildungsbetrieb herzustellen.

Erklärtes Ziel der Ausbildung im Verbund ist eine breite Qualifizierung im Bereich der Lebensmittelberufe. So sollen der Bäckereifachverkäufer bzw. die Bäckereifachverkäuferin, um einen Beruf exemplarisch herauszugreifen, neben ihrer Ausbildung in zwei sich ergänzenden Betrieben auch lernen, wo die Rohstoffe herkommen und deshalb eine Erkundung oder Hospitation auf einem Bauernhof mitmachen. Außerdem sollen sich die Auszubildenden der verschiedenen Berufe im Ausbildungsverbund Rhöner Lebensmittel e.V. zu einem Team entwickeln. Gruppenbildenden Maßnahmen und gemeinsamen Exkursionen kommt deshalb ein besonderer Stellenwert zu. Die beiden ersten Ausbildungsjahrgänge werden in den Sommerferien 2008 eine gemeinsame Segeltour auf dem niederländischen IJsselmeer unternehmen.

Unmittelbar in Verbindung mit den genannten Intentionen stehen die folgenden Teilaspekte der beruflichen Entwicklung, aufgefächert in einzelne Kompetenzfelder, die sich jedoch wieder zu einem organischen Ganzen fügen und wirken:

### **Zu erwerbende Kompetenzen während der Berufsausbildung**

In der Vorlaufphase bietet das Projekt den Teilnehmenden ein dreitägiges Einführungsseminar an. Während der Ausbildung werden gruppenstabilisierende Fachexkursionen durchgeführt. Dabei geht es vor allem um die Förderung der fachlichen Kompetenzen, bezogen auf die regionalen Bedingungen, z.B. die Bedeutung der Lebensmittelberufe für das Biosphärenreservat Rhön und die gesamte Region. Im Folgenden werden die hier angeführten Einzelaspekte näher beleuchtet und miteinander in Beziehung gesetzt:



Abb. 3: Lehrlingsgruppe in der hessischen Verwaltungsstelle des Biosphärenreservats Rhön  
(Foto: Verwaltungsstelle).

#### **1. Fachpraktische Kompetenzen**

Die fachpraktischen Elemente der Berufsausbildung werden vornehmlich im betrieblichen Alltag vermittelt. Zuständig sind hierfür die einzelnen Stamm- und Partnerbetriebe, die sich nach der jeweiligen Ausbildungsordnung des zu erlernenden Berufs ausrichten.

Bei Bedarf werden bei der Prisma gGmbH in Fulda zusätzlich kompensierende Maßnahmen eingeleitet, wie z.B.:

- Simulation von Verkaufsgesprächen,
- Rekonstruktion von betrieblichen Abläufen anhand der Leittextmethoden,
- Moderationsmethode, Mindmapping etc.
- Absprachen mit Auszubildenden und zuständigen Stamm- und Partnerbetrieben, um festgestellte Kenntnis- und/oder Fertigkeitlücken professionell zu schließen.

## 2. Fachtheoretische Kompetenzen

Vornehmlich während des Berufsschulunterrichts werden die fachtheoretischen Inhalte vermittelt. In der Fachpraxis werden bei den jeweils auszuübenden Tätigkeiten die Theorieinhalte in der Anwendung wiederholt und als Wissen gefestigt. Theorie ist nur so gut, wie sie auch in der Praxis umsetzbar und durchschaubar ist.

Die Prisma gGmbH hat langjährige Erfahrung im Berufsausbildungsbereich und wird durch entsprechendes Fachpersonal von Zeit zu Zeit den aktuellen Leistungsstand der Teilnehmenden abfragen sowie im Bedarfsfall unterstützende Maßnahmen einleiten.

## 3. Soziale, kommunikative und emotionale Kompetenz als Schlüsselqualifikationen

Mehr denn je wird die soziale, kommunikative und emotionale Kompetenz von Fachkräften im beruflichen Alltag gefordert. Diese drei Schlüsselqualifikationen stehen in einer engen Beziehung zueinander, werden aber auch als Einzelkompetenzen vermittelt:

Unter *emotionaler Kompetenz* verstehen wir, die eigene Person im Arbeitsablauf und in der Interaktion mit anderen gefühlsorientiert wahrzunehmen, d.h. auch die Gefühle der Mitmenschen nachzuempfinden und damit situationsgerecht umgehen zu können. (Beispiele: realistische Selbsteinschätzung von eigenen Stärken und Schwächen, Achtung vor den Gefühlen anderer).

Unter *sozialer Kompetenz* wird verstanden, über das eigene Gefühl und das Gefühl des Gegenübers hinaus das soziale Bezugsfeld wahrzunehmen und situationsbezogen verantwortungsvoll damit umzugehen (Beispiele: Hilfsbereitschaft, Pünktlichkeit).

Die *kommunikative Kompetenz* beinhaltet die Fähigkeit, soziale und betriebliche Abläufe so zu vermitteln bzw. darzustellen, dass sich dadurch neue produktive betriebliche Möglichkeiten erschließen (Beispiel: gelungener Kundenkontakt).

## 4. Lernkompetenz

Die Lernkompetenz beinhaltet u.a., dass sich die Jugendlichen mit verschiedenen Techniken der Aneignung von Lerntechniken, Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten vertraut machen – auf eine einfache Formel gebracht: Wissen und Können, wie man lernt. Die Aneignung beinhaltet die persönliche Erprobung unterschiedlicher Lerntechniken bzw. Lernverfahren, wie z.B. Leittextmethode und Mindmapping<sup>1</sup>, Moderationsmethode, Rollenspieltechnik etc. Nur über das Sammeln von Erfahrung-

---

<sup>1</sup> Mindmapping (Wie komme ich z.B. zu einer „geographischen“ Vorstellung meines Wissens zu dem vorgegebenen Thema?) stammt wie die Peg-Methode (Wie ver helfe ich mir zu bildlichen Anhaltspunkten?) aus der Suggestopädie; damit wird der Lernprozess einerseits aufgelockert, andererseits wird der Lernstoff besser für die Teilnehmenden nachvollziehbar.

gen lässt sich für jeden Einzelnen herausfinden, wie und nach welcher Methode sich für sie bzw. ihn persönlich der nachhaltigste Lerneffekt einstellt.

## 5. Beherrschung von spezifischen Kulturtechniken

Der technologische Wandel hält auch schon seit geraumer Zeit in Gestalt der Computertechnik mannigfaltig Einzug bei Berufen aus dem Lebensmittelhandwerk und dem Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes. Neben den klassischen Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen, die nichts von ihrer Notwendigkeit für den beruflichen Alltag verloren haben, hat sich die PC-Benutzung als neue universell anwendbare Kulturtechnik längst etabliert. Dazu zählen die Nutzung des Internets als fast unerschöpflichen Recherchenpool genauso wie das Anlegen und Pflegen von Datenbanken oder das Beherrschen des Mailing-Systems.

Bei der Prisma gGmbH besteht die Möglichkeit, an spezifischen Lehrgängen (z.B. Erstellung eines Flyers für Werbezwecke oder Zusammenstellung einer attraktiven Speise- und Menükarte) teilzunehmen. Die einzelnen Kurse werden bei Bedarf nach Niveau und Aufgabengebiet individuell zusammengestellt.

### *Individueller Förderplan und Erfolgskontrolle*

Ein zentrales Instrument der Erfolgskontrolle ist die Handhabung eines individuellen Förderplans. Dabei kommt der Dokumentation des jeweils gegebenen Lernerfolgs eine zentrale Bedeutung zu, weil auf der Basis dieser Einschätzung wieder neue Zielvorgaben erfolgen.

Folgende Elemente sind bei der Erstellung des individuellen Förderplans von Relevanz:

- Erfassung der objektiven Daten  
Neben Namen, Adresse, Geburtsdatum, Wohnsituation, sonstige familiäre Umstände etc. werden auch die durchlaufenen Bildungseinrichtungen und Maßnahmen mit Abschlüssen und Abbrüchen erfasst, ebenso – wenn auch mit einem gewissen Vorbehalt – die schulischen Leistungen (z.B. Stärken und Schwächen in einzelnen Schulfächern) sowie besondere Kenntnisse und Fertigkeiten (z.B. Hobby Modellbau). Es ist beabsichtigt, dass alle nachprüfbaren Daten von subjektiven Einschätzungen erst einmal getrennt erscheinen sollen. Bei Unklarheiten in der Einschätzung, kann so wieder sicheres Terrain betreten werden und eine neue Einschätzung erfolgen.
- Erfassung der subjektiven Daten  
Hier geht es um Einschätzungen. Dabei ist es wichtig, die eigene Einschätzung des Jugendlichen festzuhalten. Die Veränderung der eigenen Einschätzung im Prozess spiegelt letztendlich auch den Lernerfolg auf persönlicher und fachlicher Ebene wieder. Dabei kommt es darauf an, wie nahe sich die Jugendlichen an der Realität und den Einschätzungen der Personen in ihrer Umgebung bewegen.
- Erfassung des Verlaufs des Lernprozesses  
Die Jugendlichen werden mit den Einschätzungen ihrer Ausbilder und Ausbildungsbegleiter konfrontiert. Daraus ergeben sich oft Ansatzpunkte einer fruchtbaren Auseinandersetzung. Das Maß der Kritik an den Jugendlichen sollte sensibel dosiert werden, ohne aber etwas zu beschönigen oder zu verschweigen. Die Zielvorgaben, die aufgrund des vorgegebenen Lernstoffs und den besonderen Voraussetzungen der einzelnen Jugendlichen erfolgen, sollten nach Möglich-

keit gemeinsam von Teilnehmer/-in und Betreuungspersonal entwickelt werden. Dies fällt den Auszubildenden am Anfang schwer und bedarf einer Gewöhnungszeit. Nur so kann aber letztendlich die partnerschaftliche Verantwortung für die Ausbildung erlebt werden.

Vor Zwischen- und Abschlussprüfungen finden kompakte Vorbereitungen auf die Prüfungen statt. Hierzu gehört nicht das „sture“ Ausfüllen von Prüfungsbögen, denn auf diese Weise festigen sich u.U. alte Fehler. Außerdem entspricht es nicht den Prinzipien, nach denen Informationen dauerhaft und sinnvoll verarbeitet werden. Vielmehr erfolgt in dieser Zeit von Lehrkraftseite noch einmal eine komprimierte Zusammenfassung des prüfungsrelevanten Stoffs. So steht in dieser Phase die Erfassung der wesentlichen Strukturen des Stoffgebiets im Mittelpunkt des Unterrichtsgeschehens, mit dem Ziel, den Überblick bewahren zu können, wenn es in der Prüfungssituation einmal „stressig“ wird.

Die konsequente Durchführung des individuellen Förderplans zeigt sich auf lange Sicht als sehr fruchtbar. Dabei gilt insgesamt als Leitlinie, den Dialog zu den Jugendlichen zu finden und zu halten. Der individuelle Förderplan hat als Ziel, den Prozess zur Selbständigkeit der Auszubildenden (sich für das eigene Tun verantwortlich zeigen können) in Gang zu halten und zu stabilisieren. Nach jedem Ausbildungsjahr wird ein Bericht über den Verlauf der Maßnahme verfasst („Lagebericht zum Stand im Ausbildungsverbund“) und in einer Reflexionssitzung mit den Verbundpartnern durchgesprochen. Hier können sich, je nach Verlauf, Änderungen für den Fortgang der Maßnahme ergeben.

### **Eine Zwischenbilanz**

Die Ausbildungserfahrungen selbst sind recht positiv. Die meisten Lehrlinge des Verbunds können sich gut auf die oft flexiblen Arbeitszeiten in den familiengeführten Betrieben einlassen und organisieren ihr Leben entsprechend. Für die vielen Saisonbetriebe unter den Lehrstätten werden Wechselzeiten gefunden, die einen gerechten Interessenausgleich darstellen. Meist erfolgt der Wechsel zwischen Stamm- und Partnerbetrieb alle vier Monate, in Ausnahmefällen halbjährlich.

Alle zehn Auszubildenden der Startphase wurden nach der Probezeit übernommen. Ein junger Mann, der vom nordhessischen Baunatal nach Hilders übergesiedelt ist, bricht aber im Winter 2006/2007 die Ausbildung zum Fleischer ab, weil es ihn in die Heimat zurückzieht. Auch für die Lehrlinge aus der Rhön ist es schwierig, ihren Ausbildungsplatz zu den geforderten Zeiten zu erreichen. Da vorwiegend Lehrstellen in den kleinen Orten der Rhön angeboten werden, müssen die Bewerber in der Regel tägliche Fahrten zum Ausbildungsplatz oder gar einen Umzug in Kauf nehmen. Die damit verbundene Belastung wird anfangs leicht unterschätzt und führte bereits mehrfach zum Ausbildungsabbruch. Diese Problematik ist auch dafür verantwortlich, dass 2007 von neun angebotenen Lehrstellen nur sechs besetzt werden konnten.

Als sehr positiv erweist sich der Bottom-up-Ansatz bei der Auswahl der Ausbildungsbetriebe. Ausgehend von den Gründungsmitgliedern des Vereins und von bewährten Praktikumsbetrieben hat sich so ein Stamm von 40 bis 50 Betrieben gebildet, denen die Ausbildung für den eigenen fachlichen Nachwuchs ein besonderes Anliegen ist. Die Akzeptanz des Verbundkonzeptes ist Voraussetzung für eine konstruktive Beteiligung. Die Bereitschaft, zur kontinuierlichen Verbesserung des Konzeptes beizutragen, beweist sich als sehr belastbar.

Von Seiten der Bewerber um einen Ausbildungsplatz überwiegt die Skepsis. Sie freuen sich über das Angebot zusätzlicher Ausbildungsplätze, nehmen aber die Aufteilung auf zwei Betriebe eher notge-

drungen hin. Da sich die meisten für mehrere Lehrstellen bewerben, bleiben dann oft diejenigen, deren Bewerbung anderswo keinen Erfolg hatte. Die Bewerbungen verteilen sich sehr asymmetrisch auf die angebotenen Berufe. Es ist sehr schwer, geeignete Bewerber für die handwerklichen Lebensmittelberufe Fleischer und Bäcker zu bekommen. Daran ändert auch die Konzentration auf die realistische Darstellung dieser Berufe bei den ‚Tagen des Handwerks‘ in den Schulen nichts. Dagegen häufen sich die Bewerbungen für den Beruf Koch und für die Hotelfachberufe.

Bei den Ausbildungsfortschritten bestätigen sich bisher die Leistungsbeurteilungen durch die abgehenden Schulen. Hauptschulabgänger mit durchschnittlichen Noten haben es schwer, den betrieblichen und berufsschulischen Anforderungen zu entsprechen. Gleichzeitig sind sie sehr einfallsreich, wenn es gilt, sich den Vereinbarungen des individuellen Förderplanes zu entziehen.

Es ist festzustellen, dass man dieser Zielgruppe nicht wirklich gerecht wird, wenn man nur ihre Übergangschancen in Ausbildung und Erwerbsarbeit zu verbessern trachtet. Sie brauchen sehr viel mehr: kontinuierliche Begleitung durch Vertrauenspersonen (Mentor/-innen) sowie Informationen, Anregungen und Training zum Erwerb einer „(Über-)Lebenskunst“ in schwierigen Lebenslagen. Dies müsste aber schon in den Hauptschulen beginnen. Ausbilder und Ausbildungsbegleiter des Verbunds stoßen hier an ihre Grenzen. Ein finanzieller Ausgleich durch die Altbewerber-Förderung der Hessischen Landesregierung und zwei Stipendien für ein Ausbildungsjahr durch die Sparda-Bank Hessen bedeuten für die betroffenen Betriebe zumindest eine Anerkennung ihrer besonderen Ausbildungsleistung.

### **Perspektive: Ausbildungszentrum**

In der ursprünglichen Vision für den Ausbildungsverbund war es bereits enthalten, die Problematik der unzureichenden Erreichbarkeit der angebotenen Lehrstellen macht es dringend notwendig und die mögliche Förderung im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzeptes (ELER-Mittel) lässt es realisierbar erscheinen: das Ausbildungszentrum Rhöner Lebensmittel in Hilders.

Mit der Schaffung von Unterkünften für Auszubildende des Ausbildungsverbunds soll durch das Zentrum auch die Gruppenzugehörigkeit gestärkt und eine Betreuung der meist minderjährigen Auszubildenden erreicht werden, um damit die Lebensmittelberufe für junge Menschen aus der Region attraktiver zu gestalten. Dazu soll ein Gewerbehau zu einer Lehrlingswohnanlage mit Gruppenräumen und einer Lehr- und Versorgungsküche umgebaut werden. Der Verbund strebt in jedem der drei Lehrjahre eine Kapazität von zehn Ausbildungsplätzen an, insgesamt also 30 Lehrstellen. Die Hälfte dieser Auszubildenden wird jeweils in ihren auswärtigen Stammbetrieben beschäftigt sein, die andere Hälfte in Betrieben in und um Hilders. Da einige der Lehrlinge selbst aus der unmittelbaren Nähe kommen werden, wird die Wohnanlage auf eine Maximalkapazität von 12 Plätzen ausgerichtet.

Der Ausbildungsverbund wird auch selbst als Partnerbetrieb aktiv. In der Lehr- und Versorgungsküche wird auf Wunsch der Gemeinde Hilders Mittagsverpflegung für die daran interessierten Kindergärten und Schulen des Ulstertals zubereitet. Die in der Küche verwendeten Produkte sollen nach Möglichkeiten von Partnerbetrieben des Ausbildungsverbunds oder des Biosphärenreservats Rhön stammen. Um die Verpflegungskosten für die Eltern finanzierbar zu halten, ist an den Aufbau eines Unterstützungsfonds gedacht, der sich aus Förderprogrammen und Sponsorengeldern speist.

Zusätzlich werden diesen Einrichtungen Informationstage über gesunde Ernährung und die Rhöner Lebensmittelberufe angeboten. Auch dabei wird die Lehrlingsgruppe aktiv mitwirken. Kochkurse, z.B. für Eltern und Kinder, und Events rund um die Rhöner Lebensmittel ergänzen das Angebot des Ausbildungszentrums. Dies kann auch dazu beitragen, das touristische Angebot der Region zu verbessern.

Die demographischen Perspektiven machen eine besondere Förderung von Familien und Senioren auch in der Rhön nötig. Durch Vernetzung mit verschiedenen Projekten der Nahversorgung mit haushaltsnahen Dienstleistungen in der Rhön könnte das Ausbildungszentrum auch in diesem Bereich Aufgaben übernehmen, etwa bei der Bewirtschaftung von Haus und Garten, bei Bringdiensten, bei der themenbezogenen Gestaltung und Organisation von Aktivitäten für Kinder wie Geburtstagsfeiern und Ausflügen, bei Projekttagen in Kindergärten und Schulen etc. Das Ausbildungszentrum soll dazu im Rahmen der jeweiligen Berufsbilder gezielte Schulungen durchführen.

Insgesamt will der Ausbildungsverbund Rhöner Lebensmittel e.V. Wechselwirkungen im sozio-kulturellen und ökonomischen Bereich erreichen und damit einen Beitrag zur Regionalentwicklung in der Rhön leisten.

Anhang 1:

## **Richtlinien zur Förderung der beruflichen Erstausbildung**

### 1. Ausbildung in Partnerschaften

#### 1.1 Gegenstand der Förderung

Gefördert wird die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen im Rahmen von Kooperationen mehrerer Partner (Verbund) – auch im internationalen Kontext.

Ausbildungspartnerschaften im Sinne dieser Richtlinien sind Entwicklungspartnerschaften, an denen pro Ausbildungsverhältnis mindestens drei Partner beteiligt sind, die durch ein gemeinsames Konzept, wechselseitigen Austausch, gemeinsame Entwicklungsarbeit und gegenseitige Ergänzung in einem Berufsbild vollständig ausbilden können.

Teile der Berufsausbildung können für hessische Jugendliche im Rahmen dieser Ausbildungspartnerschaften darüber hinaus auch im Ausland durchgeführt werden, wenn dies dem Ausbildungsziel dient. Damit erwerben Sie zusätzlich Kenntnisse über ausländische Betriebsabläufe und Wirtschaftsstrukturen und verbessern ihre interkulturelle Kompetenz und ihre Sprachkenntnisse.

Ausbildungspartnerschaften im Sinne dieser Richtlinie können ebenfalls sogenannte Handwerkskooperationen sein, die teils aus Partnern des gleichen Handwerks, teils aus Partnern unterschiedlicher Gewerke bestehen; sie ergänzen sich unter dem Aspekt der kombinierten Leistungserbringung und lösen komplexe Aufgabenstellungen wie z.B. „Grundsanierung“ oder „Barrierefreies Wohnen im Alter“ usw. Eine solche Kooperation leistet grundsätzlich alle Leistungsschritte des komplexen Vorhabens, von der Planung über die koordinierte Leistungserbringung bis zur Übergabe.

Die im Förderantrag einzureichende Konzeption muss ersichtlich machen, dass sie über eine einmalige Fremdleistung eines eingekauften Ausbildungsteils hinausgeht und wesentliche Teile der Ausbildung umfasst. Einer der Partner übernimmt die Aufgabe der Koordination. Als koordinierende

Stelle unterstützt er die Verbundpartner und hat folgende Aufgaben: Akquisition sowie zeitliche und inhaltliche Organisation der Verbundausbildung und die Mittelverwaltung. Darüber hinaus kann er ggf. eigene Ausbildungsanteile übernehmen und dient bei auftretenden Problemen mit den beteiligten Betrieben, den Berufsschulen oder den Auszubildenden als Vermittler.

## 1.2 Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind

- Unternehmen (auch deren Bildungseinrichtungen) mit bis zu 250 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. Euro oder einer Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. Euro; dies entspricht der Größenklasse KMU gemäß der Definition aus der Empfehlung 2003/361/EG der Europäischen Kommission, wobei diese Empfehlung vollständig anzuwenden ist, auch in Bezug auf die darin angesprochenen Unternehmenstypen (eigenständiges Unternehmen, Partnerunternehmen, verbundenes Unternehmen), siehe Amtsblatt der EU ABL 124 vom 20.5.2003, S. 36 ff
- Praxen und Büros der freien Berufe
- Gebietskörperschaften oder Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften sowie Verwaltungen und Körperschaften des öffentlichen Rechts (außer Dienststellen des Landes Hessen und dem Bund)
- nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtete Organisationen und andere geeignete Projektträger.

## 1.3 Verwendungszweck

Die geförderten Ausbildungsplätze müssen entweder erstmalig eingerichtet worden sein oder im Stammbetrieb zusätzlich bereitgestellt werden. Das bedeutet, dass der Durchschnitt der in den drei dem Antragsjahr vorausgegangenen Jahren begründeten Ausbildungsverhältnisse (jeweils zum Stichtag 31. Dezember) aufrechterhalten werden muss und darüber hinaus neue Ausbildungsverhältnisse begründet werden müssen.

Gefördert werden Ausbildungspartnerschaften unter den Voraussetzungen, dass:

- die zuständige Stelle den Ausbildungsvertrag in das Ausbildungsverzeichnis einträgt
- der Ausbildungsvertrag bei einem der unter 1.2 genannten Antragsberechtigten (Stammbetrieb) abgeschlossen wird
- sich die Ausbildungspartnerschaft pro Ausbildungsverhältnis mindestens aus drei Kooperationspartnern, darunter mindestens zwei Unternehmen, Gebietskörperschaften oder Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften, Praxen und Büros der freien Berufe, nicht auf Gewinnerzielung ausgerichteten Organisationen sowie Verwaltungen und Körperschaften des öffentlichen Rechts zusammensetzt und ein Partner die Koordination und Projektträgerschaft der Ausbildungspartnerschaft übernimmt. Der Koordinator muss selbst nicht an der Ausbildung beteiligt sein.
- neben der Ausbildung im Ausbildungsbetrieb wesentliche Teile der betrieblichen Ausbildung von weiteren Ausbildungspartnern übernommen werden. Im Idealfall geschieht dies wechselseitig. Diese Ausbildungsanteile sollen nach Nutzen und Notwendigkeit für die jeweilige Ausbildung ausgerichtet sein und eigene Ausbildungsabschnitte umfassen, die dem Zuwendungsgeber darzulegen sind.

- Ausbildungsinhalte, die im Ausland vermittelt werden, integrale Bestandteile der Ausbildung sind und für die Dauer des Aufenthaltes ein Ausbildungsplan vorgelegt wird. Durch die nach Berufsbildungsgesetz/Handwerksordnung zuständige Stelle ist das Vorliegen dieser Voraussetzungen zu bestätigen. Die Ausbildung im Ausland muss in Betrieben erfolgen. Eine Förderung von Ausbildung bei Bildungsträgern oder Schulen ist ausgeschlossen.

#### 1.4 Art und Umfang der Förderung

Die Förderung erfolgt als Projektförderung im Wege der Festbetragsfinanzierung.

Die Förderung kann maximal für die erstmalige vertraglich eingegangene Ausbildungsdauer erfolgen.

Neben den Regieaufwendungen des Koordinators kann der durch partnerschaftsbedingte Kosten entstehende Mehraufwand für die Ausbildung wie z.B. Fahrtkosten oder Materialkosten, Kosten zur Erlangung der Auszubildereignung, finanziell unterstützt werden. Für Teile der Ausbildung, die bei einem an der Ausbildungspartnerschaft beteiligten Partner durchgeführt werden, kann dieser seine hierdurch bedingten Mehrkosten dem Koordinator als sogenannte „Fremdkosten“ in Rechnung stellen.

Nicht gefördert werden die originären Ausbildungskosten des Unternehmens, z.B. Ausbildungsvergütungen sowie der durch überbetriebliche Schulungen ergänzte Teil einer Ausbildung, soweit dieser bereits durch das Programm „Förderung der überbetrieblichen Ausbildung“ bezuschusst wird.

Für die in der Vorlaufphase von max. fünf Monaten vor Ausbildungsbeginn notwendigen Aufwendungen (z.B. Akquisition der Unternehmen, Auswahl der Teilnehmer/-innen, etc.) können die Projektträger eine Pauschale von bis zu 4.600 Euro je Ausbildungsplatz erhalten. Die tatsächlichen Aufwendungen sind nachzuweisen.

Der Antragsteller erhält eine Förderpauschale in Höhe von bis zu 3.600 Euro pro Ausbildungsplatz und Jahr, jedoch nicht mehr als 12.600 Euro je Ausbildungsplatz.

Von dieser Pauschale sind in der Regel bis zu 1.000 Euro pro Platz und Jahr für Regiekosten des Koordinators, außerhalb der eventuell eigenen Ausbildungsleistung, vorgesehen. Die restlichen Gelder sollen die vorstehend benannten partnerschaftsbedingten Mehrkosten abdecken.

Soweit ein Ausbildungsverhältnis aus anderen öffentlichen Mitteln gefördert wird, mindert sich der nach diesen Richtlinien gewährte Zuschuss entsprechend. ...

Hessisches Ministerium  
für Wirtschaft, Verkehr  
und Landesentwicklung  
IV 4 - 99-d-02-05

Wiesbaden, den 5.03.2007  
*StAnz. 12/2007 S. 589*  
sowie Wiesbaden, den 2.04.2007  
*StAnz. 16/2007 S. 864*

Anhang 2 (angepasst):

### **Geiz macht FETT**

Gammelfleisch und Gen-Reis. Die Abstände zwischen den ans Tageslicht kommenden Lebensmittelskandalen werden immer kürzer. Die Marktketten treiben den Preiskampf ums billigste Nahrungsmittel auf die Spitze: „Wir können nur billig“ – koste es, was es wolle!

Lebensmittel aber sind Lebensqualität. Die Rhön bietet viele Voraussetzungen für die Erzeugung gesunder Lebensmittel. Die vor der Haustür erzeugten Lebensmittel sichern gleichzeitig Beschäftigung und Einkommen in der Region.

Darüber möchten wir mit Ihnen ins Gespräch kommen und laden Sie herzlich ein für

Freitag, 29.9.2006, 17.00 Uhr

in die Ulstertalhalle nach Hilders.

*Martin Kremer*

*Dieter Lomb*

### **Biosphärenreservat Rhön Ausbildungsverbund Hess. Verwaltungsstelle Rhöner Lebensmittel e.V.**

<u>Programm</u>	<u>29.9.2006</u>
17.00 Uhr	<b>Begrüßung</b>
17.15 Uhr	<b>Achtung Mogelpackung</b> Verbraucherzentrale Fulda
17.45 Uhr	<b>Regionale Bedeutung von Lebensmitteln</b> Herr Greindl, Regionalmanagement Waldviertel/Österreich
18.15 Uhr	<b>Verkostung von Rhöner Lebensmitteln</b> „Regiologisches Fleisch“, Sonnen-Metzgerei Ludwig Leist, Hilders Bio-Säfte, Saftkelterei Elm, Flieden
18.45 Uhr	<b>Lebensmittel – Mittel zum Leben</b> Hubert Spieler, Gesundheitstrainer Verein Natur- und Lebensraum Rhön
19.15 Uhr	<b>Ausbildungsplätze im Verbund Rhöner Lebensmittelbetriebe,</b> Dieter Lomb
Ort:	<b>Ulstertalhalle Hilders</b>
Eintritt frei!	

# **Natur- und Landschaftsschutz – zentrale Faktoren der regionalen Entwicklung**

## **Umweltverträgliche Erfahrung der Kulturlandschaft Rhön mit der neuen Bundesstraße B 87n möglich?**

Ulrich Boesch

### **1. Die Rhön – eine grenzübergreifende Annäherung**

Die Rhön ist eine zentrale Gebirgslandschaft in der Mitte Deutschlands, deren höchste Berge sich mehr als 900 m über den Meeresspiegel erheben. Charakteristisch sind die zahlreichen Basaltkegel in der Landschaft, deren Bild stark durch unbewaldete Flächen mit Weidewirtschaft geprägt ist.

In den Randlagen der drei Bundesländer Hessen, Thüringen und Bayern konnten sich lange Zeit örtliche Traditionen und Wirtschaftsformen erhalten, die andernorts durch frühe Anpassungen an die Moderne verschwanden. Die Verbindung traditioneller Kultur mit einer durch extensive Nutzungen geprägten Natur hat das Bild der Rhön als „Land der offenen Fernen“ geprägt. Eine förmliche Anerkennung dieser besonderen Landschaft erfolgte durch Ausweisung als länderübergreifendes UNESCO-Biosphärenreservat 1991.<sup>1</sup>

Die Rhön als eine einzigartige Kulturlandschaft rund um Wasserkuppe, Kreuzberg und Thüringer Hochrhön zu erleben, stieß bereits Ende des 19. Jahrhunderts auf das besondere Interesse städtischer Bürger in der Umgebung.<sup>2</sup> In dieser Zeit wurden die Straßen in die Rhön ausgebaut und trugen dazu bei, die „in verschiedenen Verhältnissen und Interessenskreisen lebenden Bewohner der Rhön und deren Umgebung“<sup>3</sup> zusammenzubringen. Die deutsche Teilung war für die Anwohner der Rhön eine gewaltsame Unterbrechung der zu Beginn des 20. Jahrhunderts wachsenden Verflechtungen zwischen den Ortschaften in Südthüringen und Osthessen bzw. Südthüringen und Nordbayern. Es scheint geradezu ein Paradoxon, dass nach der deutschen Teilung die zentral gelegene hohe Rhön heute zu den durch Verkehr unzerschnittenen Räumen in Deutschland zählt.

Die geplante Bundesstraße B 87neu (B 87n) soll eine bessere Erschließung für die Bevölkerung in der Rhön bieten. Dies kann mit Entwurfsparametern für Trassen und Gradienten erreicht werden, die sich der Topographie gut anpassen. Mit der neuen Bundesstraße soll zudem eine zusätzliche großräumige Ost-West-Verbindung geschaffen werden. Für diesen Fernverkehr muss der Aus- oder Neubau der Verkehrswege zusätzlichen technischen Anforderungen genügen, um die Leistungsfähigkeit zu erfüllen.

Der Verfasser geht in diesem Beitrag der Frage nach, ob ein künftiges Erfahren der Kulturlandschaft Rhön mit der neuen Bundesstraße (B 87n) auch umweltverträglich möglich sein wird.

---

<sup>1</sup> Weitere Informationen zum Biosphärenreservat Rhön siehe auch [www.biosphaerenreservat-rhoen.de](http://www.biosphaerenreservat-rhoen.de)

<sup>2</sup> REINHARD, Jürgen 2001: 125 Jahre Rhönklub Zweigverein Fulda e.V., Petersberg, darin Hinweise auf erste Reiseführer 1877 (S. 15), Gründung des Rhönklubs 1876 (S. 21ff.) und ein Zitat aus der Festschrift des Rhönklubs zum 25-jährigen Bestehen (Dr. J. Schneider): „Es kam nun allmählich die Zeit heran, wo man einsah, dass auch in deutschen Mittelgebirgen schöne Gegenden des Besuchs werth und dass die Rhönberge sehr schöne Aussichten bieten ...“

<sup>3</sup> Zitat Dr. J. SCHNEIDER in: ebd., S. 22.

## 2. Die neue Bundesstraße B 87n in der Planung

Bedeutsame Handelswege von nationaler Bedeutung, wie z.B. die Verbindung der Messestädte Leipzig und Frankfurt/M., haben seit dem Mittelalter die Rhön tangiert. Durchquerungen der Hohen Rhön waren jedoch nur auf Wegen mit regionaler Erschließungsfunktion möglich. Für den Bau der Schienenverkehrswege und den Ausbau der Straßen wurden Streckenführungen am Rand des Mittelgebirges bevorzugt. Eine Durchquerung der Rhön in Ost-West-Richtung erfordert wegen topographischer Gegebenheiten einen erheblichen technischen und finanziellen Aufwand. Leistungsfähige Verkehrswege für den Fernverkehr zwischen Thüringen und Hessen sind bis heute die Autobahn A 4 von Erfurt zum Kirchheimer Dreieck und die Bahnstrecke (Erfurt-)Eisenach-Bebra (-Fulda/Kassel).

Die flächenhafte Verkehrserschließung der Rhön setzte später ein als in anderen Regionen Deutschlands. In der Zeit der deutschen Teilung wurde auf westdeutscher Seite mit Mitteln der Zonenrandförderung der Ausbau der Infrastruktur gefördert. Zur Netzanbindung der westdeutschen Randlage in Hessen und Franken wurden im Vollzug der Bundesverkehrswegeplanung der Neubau der Autobahn A 7 und die Hochgeschwindigkeitsstrecke der Bahn zwischen Kassel und Würzburg am Westrand der Rhön realisiert. Diese Maßnahmen stärkten u.a. die Bedeutung Fuldas als Verkehrsknoten. Der Bau der ersten Trassen für den Zugverkehr mit hohen Geschwindigkeiten der Deutschen Bahn (damals Deutsche Bundesbahn) erfolgte in Deutschland in Mittelgebirgslage. Mit dieser strukturpolitisch gut begründeten Präferenz wurde zugleich in Kauf genommen, dass man die erforderlichen Neubaustrecken für den schienengebundenen Fernverkehr mit besonders hohen spezifischen Kosten realisierte.<sup>4</sup>

Mit dem Bundesverkehrswegeplan 1992 wurden alle notwendigen Maßnahmen für die Verkehrsinfrastruktur des vereinigten Deutschland planerisch erfasst. Dieser Plan berücksichtigte ein Investitionsprogramm zur Wiederherstellung und zum Ausbau der innerdeutschen Verkehrsinfrastruktur („Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“). Der Aus- und Neubau von Bahn- und Autobahnstrecken von Erfurt in die alten Bundesländer zeugt davon.

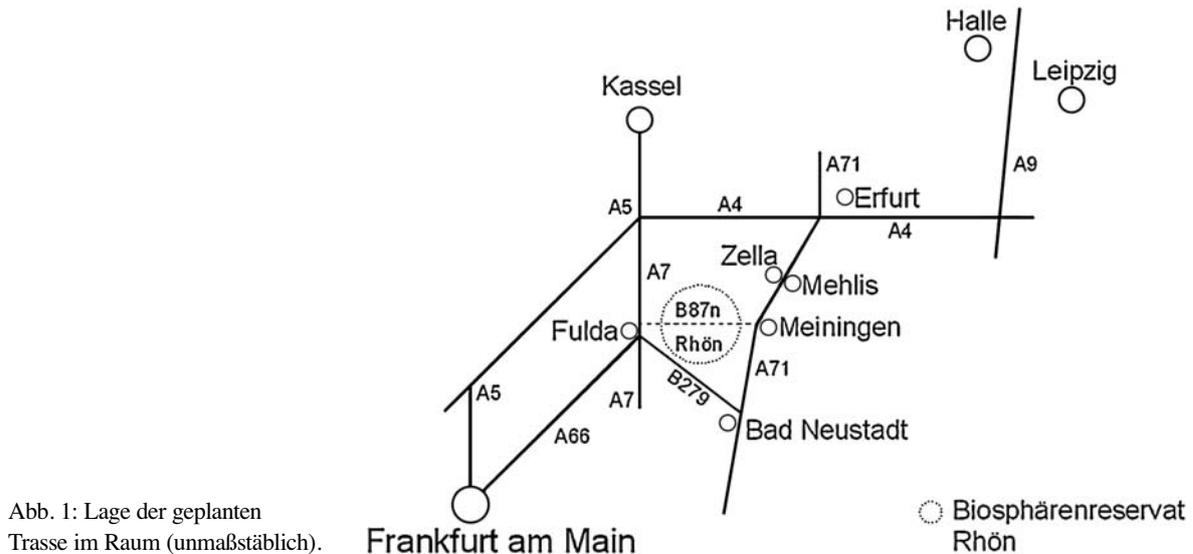
Nach dem (teilweisen) Vollzug dieses Programms mussten die Bundesmittel für zusätzliche Maßnahmen mit neuen Bedarfsanmeldungen begründet werden. Politiker, Kommunal- und Landesverwaltungen engagieren sich über den zuständigen Landesverkehrsminister für eine Bedarfsanmeldung, um Bundesmittel für die Regionen ins Land zu holen. Für überregionale Verkehrsbedürfnisse des motorisierten Straßenverkehrs verläuft durch die Hohe Rhön im Dreiländereck Hessen-Thüringen und Bayern keine leistungsfähige Ost-West-Verbindung. 1996 votierten die Länder Hessen und Thüringen mit einem gemeinsamen Kabinettsbeschluss für einen Bau einer besseren Straßenverbindung zwischen Fulda und Meiningen. Die Untersuchungen dazu erfolgten in den Jahren 1995 bis 1998.<sup>5</sup> Mit diesen wurde dargelegt, dass mit einer direkten Linienführung zwischen den Räumen Fulda und Meiningen mit Querung der Hohen Rhön höchste verkehrliche Wirkungen erzielt werden. Die Landesverwaltungen Hessens und Thüringens stellten 1999 dann einen Antrag zur Aufnahme in den Bedarfsplan des Bundes. Im Bundesverkehrswegeplan 2003

---

<sup>4</sup> Der Bau der ersten Hochgeschwindigkeitsstrecke für den Bahnverkehr wurde verkehrspolitisch für eine Strecke in Nord-Süd-Richtung (Hannover-Würzburg) bevorzugt, um die relativ hohen Kosten eines Ausbaus in Mittelgebirgslage mit dem Nutzen für die Regionen in ehemaliger Zonenrandlage zu verbinden. Im Gegensatz dazu konnten in Frankreich die ersten Hochgeschwindigkeitsstrecken für den TGV außerhalb der Gebirgslagen kostengünstiger realisiert werden.

<sup>5</sup> „Untersuchung zur Verbesserung der Straßenverbindung zwischen den Räumen Fulda und Meiningen“.

sowie in der Anlage zum Ausbaugesetz von 2004 wurde die B 87n als „vordringlicher Bedarf“ mit besonderem naturschutzfachlichen Planungsauftrag ausgewiesen.<sup>6</sup>



In der Raumwirksamkeitsanalyse zum Bundesverkehrswegeplan wurde festgestellt, dass „das Vorhaben (...) durch seine Netzwirkung, insbesondere die Anbindung des Oberzentrums Fulda und des Mittelzentrums mit Teilfunktion eines Oberzentrums Suhl/Zella-Mehlis (verbessert) und einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des durch starke Strukturschwäche geprägten Teilraums (leistet)“.<sup>7</sup>

In Hessen und Thüringen wurden 2007 parallele Raumordnungsverfahren bei den zuständigen Behörden mit gleichen Unterlagen eingeleitet.<sup>8</sup> Zum Verfahren wurden Unterlagen zur technischen Planung und zu möglichen Umweltfolgen erstellt. In Raumordnungsverfahren ist zu prüfen, ob das Vorhaben mit den Zielen der Raumordnungs- und Landesplanung, die im Landesentwicklungsplan und Regionalplan bestimmt sind, vereinbar ist.

In den Raumordnungsunterlagen wird insbesondere auf die Bedeutung der geplanten B 87n für Hessen und Thüringen hingewiesen. Die Ziele für Hessen werden benannt. Es heißt dazu u.a.: „Mit der Deutschen Einheit wurde die Rolle Hessens in der Mitte Deutschlands erheblich gestärkt. In der Folge entwickelten sich bundesländerübergreifende Verkehre in Ost-West-Richtung. Vor allem auf den Straßen an der Gren-

<sup>6</sup> BUNDESVERKEHRSWEGEPLAN 2003, Vordringlicher Bedarf Land Hessen, „Neue Vorhaben mit besonderem naturschutzfachlichen Planungsauftrag für VB“, lfd. Nr. 93, Berlin 2003; Bedarfsplan im Fernstraßenausbaugesetz vom 4.10.2004, Bundesgesetzblatt Teil I 2004, Nr. 54 15.10.2004 S. 2574.

<sup>7</sup> Amt für Straßen- und Verkehrswesen (ASV) Fulda / Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES) 2007: Erläuterungsbericht Raumordnung, Bundesstraße Nr. 87n, Straßenverbindung zw. den Räumen Fulda und Meiningen, Abschnitt 2 (Rhönquerung), Unterlage Nr. 1, April 2007, S. 11.

<sup>8</sup> „Unter Berücksichtigung von § 1 HLPG und § 19 ThLPIG werden in Hessen und Thüringen getrennte Raumordnungsverfahren, welche zeitlich parallel und mit gleichen Unterlagen erfolgen, durchgeführt. Die zuständigen Raumordnungsbehörden sind das Regierungspräsidium Kassel und das Thüringer Landesverwaltungsamt Weimar.“ ASV Fulda/DEGES 2007 (Erläuterungsbericht Raumordnung), S. 7.

ze zu Thüringen hat sich das Verkehrsaufkommen auf der hessischen Seite durch die Wiedervereinigung deutlich erhöht und nimmt insgesamt noch weiter zu. Das Land Hessen befürwortet, unterstützt und fordert daher eine direkte und leistungsfähige Fernstraßenverbindung zwischen Fulda und Meiningen.“<sup>9</sup>



Abb. 2: Landesstraße vor Kaltsundheim, Thüringen (Foto: Ulrich Boesch).

In den Zielen für Thüringen wird angegeben, dass „zur besseren Verknüpfung von Wirtschaftsräumen in Südthüringen und Hessen sowie zur Förderung des Tourismus (...) im Hinblick auf raumordnerische Entwicklungsziele auf die Realisierung einer möglichst kurzen überregionalen/regionalen Straßenverbindung als Bundesstraße zwischen den Räumen Meiningen/Schmalkalden und Fulda hingewirkt werden (soll). Als überregionale/regionale Straßenverbindung soll die Verbindung den künftigen Verkehrsbedürfnissen des Personen und Güterverkehrs, einschließlich des Schwerlastverkehrs, gerecht werden und überregionale Verkehrsströme bündeln.“<sup>10</sup>

Im Rahmen der Planungshierarchie soll der Bedarf von Vorhaben mit dem Bundesverkehrswegeplan begründet werden und in Ausbaugesetzen rechtsverbindlich bestimmt sein. Von Seiten der Landespolitiker wird daher zur Beschleunigung der Planungsprozesse gefordert, dass in Raumordnungsverfahren für Vorhaben des vordringlichen Bedarfs nicht mehr geprüft werden soll, ob der geplante Verkehrsweg notwendig ist. Es soll ausschließlich eine Realisierbarkeit und Optimierung der Linienführung geprüft werden.<sup>11</sup>

Zielgerecht ist dafür zweifelsfrei eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur für die Bevölkerung der Rhön unter Beachtung der Ziele zum Schutz und für die Entwicklung von Natur und Landschaft. Es bleibt allerdings die Frage, ob dafür eine Querung der zentralen Rhön mit einer besonders leistungsfähigen Bundesfernstraße erforderlich ist.

---

<sup>9</sup> Ebd., S. 12.

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> STAATSKANZLEI HESSEN, Wiesbaden im Mai 2008, Homepage: Auszug aus der Rede von Ministerpräsident Roland Koch im Bundesrat zur Beschleunigung von Planungsverfahren: „Die Bundesregierung und der Bundesrat können sich im Gesetzgebungsverfahren entscheiden, ob eine Straße in den vordringlichen Bedarf gehört – dann muss sie gebaut werden – oder ob sie nicht in den vordringlichen Bedarf gehört; dann muss sie nicht gebaut werden. Ob sie gebaut werden darf, wird im Planfeststellungsverfahren entschieden. Wenn es ein ökologisches Risiko gibt, muss es im Planfeststellungsverfahren abgewogen werden.“

Der Straßenverkehr wird in der Rhön östlich Fuldas in Ost-West-Relation derzeit über die Bundesstraßen 458 und 279 sowie die Landestraßen L 3174, L 3377 und L 3307, teilweise mit Anschlüssen an die Autobahn 7 geführt. In 2005 betrug das tägliche Verkehrsaufkommen auf diesen Straßen in der Nähe Fuldas<sup>12</sup> 36.800 Kfz, davon ca. 18.000 Kfz (Summe B 458 und L 3174), ca. 11.000 Kfz (Summe L 3377 und L 3307) und ca. 7.800 Kfz (B 279). Für die Querung der zentralen Rhön<sup>13</sup> sind in 2005 keine starken Belastungen in dieser Relation nachgewiesen. Sie betragen nach Angaben des Hessischen Landesamtes für Straßen- und Verkehrswesen in 2005 täglich insgesamt ca. 8.500 Kfz (Summe L 3175, L 3174, L 3176 und L 3476).<sup>14</sup>

Der Bundesverkehrswegeplan ging 2003 von einem moderaten Anstieg der Kosten für den Straßenverkehr aus.<sup>15</sup> Unter dieser Voraussetzung wurde mit einem weiteren Anstieg des Individualverkehrs (Personenverkehr) und mit einem starken Anstieg des überregionalen Güterfernverkehrs gerechnet.<sup>16</sup> Bis 2008 haben sich inzwischen unerwartet hohe Teuerungen bei den Kosten für den Straßenverkehr eingestellt, die in den Prognosen zum Bundesverkehrswegeplan nicht absehbar waren.<sup>17</sup> Es ist daher wahrscheinlich, dass der regionale Individualverkehr mit Kraftfahrzeugen weit geringer wächst als erwartet.<sup>18</sup> Der hohe Nutzen einer Querung der Hohen Rhön mit einer leistungsfähigen Bundesfernstraße muss daher aus zusätzlichem, überregionalem Fernverkehr generiert werden. Für eine Strecke mit hohen spezifischen Kosten wie im zweiten Abschnitt der Raumordnung, wo für das Vorhaben ein Tunnelbau in der Hohen Rhön realisiert werden soll<sup>19</sup>, ist eine angemessene Nutzen/Kosten-

---

<sup>12</sup> Lage bei der A 7.

<sup>13</sup> Als „zentrale Rhön“ bezeichnet der Verfasser den Bereich östlich des Ulstertals von Tann im Norden bis Hilders im Süden.

<sup>14</sup> HESSISCHES LANDESAMT FÜR STRABEN UND VERKEHRSWESEN 2005: Verkehrsmengenkarte für Hessen, Wiesbaden. Hinweis: Die Landesstraße L 3174 in Hessen wird angebunden an die L 1124 in Thüringen. Die Landesstraße L 3176 in Hessen wird angebunden an die L 1125 in Thüringen.

<sup>15</sup> Die dem Bundesverkehrswegeplan zugrunde liegenden Verkehrsprognosen unterstellten nach dem sog. „Integrationszenario“ folgende Änderungen der Nutzerkosten (1997-2015): Steigerungen für den Individualverkehr (PKW, Straßenverkehr) von 15 % und Minderungen von 4 % für den Güterfernverkehr (LKW, Straßenverkehr). Eine Steigerung der Nutzerkosten für den PKW-Verkehr um 70 % (1997-2015) und für den LKW-Verkehr von 14 % wurde als „Überforderung“ und damit als unwahrscheinlich ausgeschlossen. In diesem Fall rechnete man mit einer Stagnation im Individualverkehr (+2 % in 18 Jahren) und einer 50 %-Erhöhung des LKW-Verkehrs im Zeitraum 1997 bis 2015. Quelle: ARBEITSGRUPPE BVU, IFO, ITP, PLANCO: Verkehrsprognose 2015 zum BVWP 2003.

<sup>16</sup> Bundesweiter Zuwachs der Verkehrsleistung des motorisierten Individualverkehrs von 16,5 % (Personenkilometer 1997-2015), Zuwachs des Straßengüterfernverkehrs von 70 % (Tonnenkilometer 1997-2015). Im Verkehr von Ost nach West werden mit der EU-Osterweiterung zusätzliche Verkehrsaufkommen erwartet. Quelle: Ebd.

Auch in der Verkehrsprognose für 2025 wird ein bundesweiter Zuwachs der Verkehrsleistung des motorisierten Individualverkehrs von 16 % (Personenkilometer 2004 bis 2025), Zuwachs des Straßengüterfernverkehrs von 84 % (Tonnenkilometer 2004 bis 2025) prognostiziert. Quelle: ARBEITSGRUPPE BVU, ITP: Verkehrsprognose 2025, Prognose der deutschlandweiten Verkehrsverflechtungen 2025, München/Freiburg, 14.11.2007.

<sup>17</sup> Die dem Bundesverkehrswegeplan zugrundeliegenden Verkehrsprognosen unterstellten nach dem sog. „Integrationszenario“ folgende Änderungen der Nutzerkosten (1997-2015): Steigerungen für den Individualverkehr (PKW, Straßenverkehr) von 15 % und Minderungen von 4 % für den Güterfernverkehr (LKW, Straßenverkehr).

<sup>18</sup> Als Folge höherer Betriebskosten für PKW sind mittelfristig höhere Besetzungsgrade im Berufsverkehr (z.B. Fahrgemeinschaften), eine Reduktion von Berufsverkehr durch Bevorzugung einer größeren Nähe von Wohn- und Arbeitsstätten und ein Verzicht auf Freizeitfahrten zu erwarten.

<sup>19</sup> Die Kosten eines Tunnels liegen etwa fünf bis zehnfach über den Baukosten einer Strecke in Geländegleichlage (Beispiel Lohbergtunnel in Mühlthal, Südhessen 1,08 km Länge, Kosten 41 Mio. €, in Betrieb seit 2007. Quelle: AMT FÜR STRABEN- UND VERKEHRSWESEN DARMSTADT (Hg.) 2007: Bundesstraße 426 – Ortsumgehung Mühlthal – Nieder-Ramstadt, Darmstadt)

Relation allein mit dem geringen derzeitigen Verkehrsaufkommen in diesem Abschnitt und seiner Entwicklung als Ziel- und Quellverkehr der Rhön<sup>20</sup> kaum möglich.

### 3. Umweltverträglichkeitsstudie (UVS)

#### 3.1 Einwirkungen auf die Umwelt im Verlauf der geplanten Trasse

Die B 87 neu soll von Fulda bis Meiningen als Kraftfahrstraße für den überörtlichen Verkehr betrieben werden. Zur Leistungsfähigkeit wird eine Entwurfsgeschwindigkeit ( $v_e$ ) von 90 Stundenkilometern vorgegeben, die nur auf schwierigen Strecken (u.a. Hochrhön) auf 80 Stundenkilometer reduziert werden soll. An einigen Stellen müssen Grenzwerte der Neigungen und der Trassierung in Kauf genommen werden.

Die neue Bundesstraße soll in einem ersten Abschnitt westlich des Ulstertals und in zwei weiteren Abschnitten vom Ulstertal zur östlich gelegenen Rhön realisiert werden. In allen Abschnitten wurden mehrere Korridore für Trassenvarianten untersucht. Im ersten Abschnitt kann eine Linienführung an der A 7 am neuen Autobahnanschluss „Fulda-Mitte“ beginnend mit dem Verlauf der vorhandenen Bundesstraße 458 und der Landesstraße 3174 kombiniert werden. Ortsumgehungen sollen zur angestrebten Leistungsfähigkeit beitragen und bisherige Anlieger dieser Straßen von nachteiligen Auswirkungen des Verkehrs entlasten. Im zweiten Abschnitt ist eine gewünschte leistungsfähige Linienführung für einen überörtlichen Verkehr entlang vorhandener Straßen nicht möglich. Die Querung der Hohen Rhön soll daher weitgehend in Neubauabschnitten realisiert werden. Im dritten Abschnitt wird ein Anschluss an das Fernstraßennetz bei Meiningen verwirklicht.

In den Korridoren I und II (Abschnitt 1) werden ab dem Autobahnanschluss „Fulda-Mitte“ Verkehrsbelastungen (durchschnittlicher täglicher Verkehr) von 12.500 bis 23.400 Kfz/24h erwartet. Die Qualität des Verkehrsflusses soll im Bereich bis 15 km nach dem Autobahnanschluss mit einem Regelquerschnitt RQ 15,5 sichergestellt werden. In den weiter östlich gelegenen Korridoren werden Verkehrsbelastungen zwischen 8.000 bis 13.100 Kfz/24h prognostiziert. Dort genügt ein Regelquerschnitt RQ 10,5 mit zwei Fahrstreifen auf einer Fahrbahn mit Zusatzfahrstreifen bei extremen Neigungen. In erforderlichen Tunneln östlich der Ulster (Abschnitt 2) soll ein Regelquerschnitt von RQ 10,5 T realisiert werden.



Abb. 3: RQ 10,5, Beispiel Bundesstraße B 426  
(Foto: Ulrich Boeschen).

<sup>20</sup> Hier Verkehrsentwicklung ohne durch die Region geführten überregionalen Fernverkehr.



Abb. 4: RQ 10,5 T, Beispiel Tunnel B 426 (Foto: Ulrich Boesch).

Im Streckenverlauf werden mehrere Brücken notwendig, wobei in Schutzgebieten („FFH-Gebieten“) zusätzliche Anforderungen zur Umweltvorsorge zu erfüllen sind. Der Vorhabensträger weist dazu auf die Brücken über die Ulster, die Wied, den Breidbach und die Nüst. Erdbauwerke sollen eine maximale Dammhöhe von 12 m oder eine maximale Einschnittstiefe von 15 m aufweisen.

Grundlage für die Ermittlung und Beschreibung der Umweltauswirkungen waren die Vorgaben der technischen Planung. Mit der Studie wurde vom Amt für Straßen- und Verkehrswesen Fulda (Hessen) und von der DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und Bau GmbH im Auftrag des Freistaates Thüringen) eine in Umweltstudien erfahrene Gutachtergruppe beauftragt.<sup>21</sup>

Gemäß den Empfehlungen des Bundesministers für Verkehr<sup>22</sup> und den Leitfäden für Umweltverträglichkeitsstudien zu Straßenbauvorhaben der Länder<sup>23</sup> werden in der Studie baubedingte, anlagenbedingte und betriebsbedingte Auswirkungen erfasst. Entsprechend den Anforderungen der Regelwerke werden die Einwirkungen auf die Umwelt bilanziert.

In der Umweltverträglichkeitsstudie sind folgende Aspekte von besonderer Bedeutung:

Baubedingte Beeinträchtigungen von Siedlungsflächen (wie auch Landschaft) werden in dieser Umweltverträglichkeitsuntersuchung<sup>24</sup> „nicht gesondert ermittelt“<sup>25</sup>, da sie „zum einen“ weitgehend

---

<sup>21</sup> Gutachter: BOSCH UND PARTNER GMBH / BÖF – BÜRO FÜR ANGEWANDTE ÖKOLOGIE UND FORSTPLANUNG / IPU – INGENIEURBÜRO FÜR PLANUNG UND UMWELT 2007 (April): Aufgestellte, geprüfte und genehmigte Umweltverträglichkeitsstudie zur Bundesstraße Nr. 87n.

<sup>22</sup> FORSCHUNGSGESELLSCHAFT FÜR STRABEN- UND VERKEHRSWESEN 2001, Merkblatt zur Umweltverträglichkeitsstudie in der Straßenplanung (MUVS), Köln.

<sup>23</sup> Hier: HESSISCHES LANDESAMT FÜR STRABEN- UND VERKEHRSWESEN (Hg.) 2000: Leitfaden für Umweltverträglichkeitsstudien zu Straßenbauvorhaben, Teil I und II, Heft 44, Wiesbaden.

<sup>24</sup> Im Rahmen von raumordnerischen Untersuchungen und zur Linienbestimmung werden diese Aspekte kaum erfasst, da nach dem Planungsstand die Lage und Größe von Baustelleneinrichtungsflächen unbekannt ist (Ausnahme Tunnelportale und Brückenköpfe).

<sup>25</sup> Amt für Straßen- und Verkehrswesen Fulda (ASV) / Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES) 2007a: Umweltverträglichkeitsstudie, Bundesstraße Nr. 87n, Straßenverbindung zw. den Räumen Fulda und Meiningen, Abschnitt 2 (Rhönquerung), Bearbeitung: Bosch&Partner, Ingenieurbüro für Planung und Umwelt, Büro für Ökologie und Forstplanung, Unterlage Nr. 12, April 2007, S. 14.

vermeidbar seien, „zum anderen in der Wirkzone betriebsbedingter Beeinträchtigungen liegen“ und „dort berücksichtigt werden“. Hier haben die Gutachter einen verantwortbaren Hinweis vermieden, dass nach dem derzeitigen Planungsstand keine Wirkungsprognose möglich ist und dies der späteren Genehmigungsplanung vorbehalten bleiben muss. Eine mögliche Betroffenheit von Wohngebieten durch baubedingte Beeinträchtigungen kann nicht ersatzweise durch betriebsbedingte Beeinträchtigungen (Verkehr auf der zu realisierenden Bundesstraße) abgeschätzt werden. Baustelleneinrichtungsflächen und Baustraßen haben ihre eigenen spezifischen Wirkungen (z.B. abweichende Lage von der Trasse, Staub, Baulärm etc.). Der Raumordnungsbehörde verbleibt folglich die Aufgabe, in ihrer Umweltverträglichkeitsprüfung „Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind, zum Beispiel technische Lücken oder fehlende Kenntnisse“ gem. § 6 (4) Nr. 3 UVPG zu geben.

Erwähnung findet bei den anlagenbedingten Einwirkungen ein möglicher „Anschnitt Grundwasser führender Schichten“ beim Tunnelbau. Hinweise, dass durch geeignete Ausbauverfahren Grundwasserabsenkungen vermeidbar sind, werden an dieser Stelle nicht gegeben.<sup>26</sup>

Die Lärmeinwirkungen wurden nach den Bestimmungen der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) prognostiziert. Auf die Immissionsgrenzwerte dieser Verordnung, die unter bestimmten Voraussetzungen Rechtsansprüche an einen Schallschutz begründen, wird von den Gutachtern verwiesen.<sup>27</sup> Die Gutachter betonen, dass „sämtliche schalltechnischen Berechnungen (...) überschlägigen Charakter (tragen) und (...) auf dem Rechenverfahren ‚lange gerade Fahrstreifen‘ der Verkehrslärmschutzverordnung (basieren).“<sup>28</sup> Bei diesem Berechnungsansatz werden im Innenbereich von Kurven die Schalleinwirkungen unterschätzt. Sie sind dort höher als in gleichem Abstand im Außenbereich von Kurven. Zugleich wird eine den Lärm mindernde Straßenoberfläche angenommen, die einer Pegelminderung von 2 dB(A) entspricht. Es ist daher nicht auszuschließen, dass nach dieser Berechnung Schall in der Raumordnungsuntersuchung unterschätzt wird und Konfliktbereiche nicht ausreichend erkannt werden.

Fraglich bleibt auch, ob der unterstellte „Flüsterasphalt“ bei fehlendem Rechtsanspruch auf Schallschutz nach der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) realisiert wird. Für die Genehmigungsfähigkeit ist von Bedeutung, dass die Immissionsgrenzwerte der Verordnung nur für bestimmte Gebietsnutzungen nach der Baunutzungsverordnung und nicht für die Landschaft als Naherholungsraum gelten. Die Gutachter erklären daher, dass die „überschlägig ermittelten Beurteilungspegel“ dem Variantenvergleich dienen. Sie seien „für die abschließende Klärung von Lärmschutzansprüchen nicht geeignet.“ Eine detaillierte Untersuchung bleibe der Entwurfs- und Genehmigungsplanung vorbehalten.<sup>29</sup>

---

<sup>26</sup> Diese erhebliche Einwirkung ist erfahrungsgemäß von Geohydrologen und Geotechnikern nur nach Analyse der Grundwasser führenden Schichten prognostizierbar. Sofern ein Grundwasserleiter unter einer Sperrschicht durchfahren wird, können Grundwasserabsenkungen in hydraulisch getrennt liegenden Grundwasserleitern über der Sperrschicht ausgeschlossen werden. Vertikale geologische Störungen oder Durchfahrungen mehrerer Schichten können das Risiko eines Grundwasserabflusses erhöhen. Dem kann durch geeignete technische Maßnahmen entgegengewirkt werden. Ein Anschnitt von Grundwasser tritt üblicherweise in der Bauphase auf und kann ggf. durch Wahl eines Tunnelvortriebsverfahrens (z.B. Tunnelvortrieb in Überdruckkammer) vermieden oder zeitlich begrenzt werden.

<sup>27</sup> Redaktionell werden im Bericht die Grenzwerte für besonders empfindliche Nutzungen (Krankenhäuser, Schulen, Kur- und Altenheime) nicht richtig wiedergegeben. Tags sollen 57 dB(A), nachts sollen 47 dB(A) unterschritten werden.

<sup>28</sup> ASV Fulda/DEGES 2007a (Umweltverträglichkeitsstudie), S. 9.

<sup>29</sup> Ebd., S. 10.

Für die Prognose der Luftschadstoffimmissionen werden die Bestimmungen der 22. Bundesimmissionschutzverordnung herangezogen. Die Berechnung erfolgt mit einem vom Bundesverkehrsministerium empfohlenen und für den Planungsstand geeigneten Berechnungsverfahren.<sup>30</sup> Für Tunnel wird für den Nachweis der Unterschreitung der Immissionsgrenzwerte ein detaillierterer Nachweis zu führen sein. Festzustellen ist eine unterschiedliche Bewertungsbasis, nämlich dass für die Luftschadstoffprognose „Längsneigungsklassen bis 6 % angenommen werden“<sup>31</sup>, obwohl die schalltechnische Untersuchung Längsneigungen auf bis zu 8 % basiert.<sup>32</sup>

### 3.2 Ermittlung der zukünftigen Umweltauswirkungen

Die Ermittlung der Umweltauswirkungen erfolgt auf Schutzgüter bezogen. Die in der UVS im Einzelnen betrachteten Schutzgüter sind Menschen, Pflanzen, Tiere, Boden, Wasser, Luft und Klima, Landschaft sowie Kultur- und Sachgüter. Zu Wechselwirkungen wird ausgeführt, dass „Auswirkungen infolge von ökosystemaren Wechselbeziehungen“ zu „indirekten Wirkungen bei einzelnen Schutzgütern (führen).“ Diese würden „im Ergebnis aber bei den einzelnen Schutzgütern dargestellt.“<sup>33</sup> Die Prüfbehörde hat die entscheidungsrelevanten Wechselwirkungen daher im Einzelnen aus den Darstellungen der Betroffenheit anderer Schutzgüter zu erfassen oder muss diese durch eigene zusätzliche Betrachtungen ergänzen. Dies gilt auch für die nach dem Europarecht im UVP-Gesetz verankerten Schutzgüter „menschliche Gesundheit“ und „Artenvielfalt“.

Die Erläuterungen zur Berücksichtigung von *Wechselwirkungen* verweisen nur darauf, dass bei Auswirkungen auf ein (primär betrachtetes) Schutzgut zugleich indirekte Folgewirkungen auf ein anderes Schutzgut auftreten können. Wechselwirkungen können jedoch eine zusätzliche nachteilige Veränderung des primär betrachteten Schutzguts bewirken. Änderungen des Wasserhaushalts (Grundwasser und Bodenwasser) wirken sich nachteilig auf Böden und Vegetation aus und können das Kleinklima beeinflussen. Dies führt möglicherweise zu einer Zusatzbelastung des Wasserhaushalts. Dies wird im Gutachten nicht erläutert. Die dargestellte Übersicht über die betrachteten Wirkpfade<sup>34</sup> verdeutlicht, dass lediglich Wechselwirkungen bei anderen Schutzgütern mit betrachtet werden sollen.

Für die Auswirkungen auf den *Menschen* werden die Belange Wohnen und Erholen betrachtet. Es wird nach wichtigen Kriterien für eine Untersuchung zur Raumordnung („Auswirkungskategorien“ und „Wirkfaktoren/Wirkräume“) unterschieden, sodass die Auswirkungen in den Trassenabschnitten nachvollziehbar bilanziert werden können. Hervorzuheben ist, dass in der Studie eine Lärmbelastung von mehr als 50 dB(A) (Mittelungspegel) zu Beeinträchtigungen des psychischen und sozialen Wohlbefindens des Menschen führen kann und Lärm über 55 dB(A) (Mittelungspegel) zu psychischen und physischen Belastungen führen („gesundheitliche Schäden“). Diese Beurteilung ist durch wissenschaftliche Untersuchungen gestützt.<sup>35</sup> Die Berücksichtigung der Auswirkungen des Lärms bei der wohnungsnahen Erholung ist daher angemessen. Die Folgen erstmaliger Einwirkungen einer

---

<sup>30</sup> PC-Berechnungsverfahren zum Merkblatt für Luftverunreinigungen an Straßen, MLUS 02, geänderte Fassung 2005.

<sup>31</sup> ASV Fulda/DEGES 2007a (Umweltverträglichkeitsstudie), S. 11.

<sup>32</sup> Der Höhenplan weist allerdings nur Steigungen bis 6 % aus.

<sup>33</sup> ASV Fulda/DEGES 2007a (Umweltverträglichkeitsstudie), S. 54.

<sup>34</sup> Ebd.

<sup>35</sup> Verweise auf Lärmforschung: GUSKI, Rainer 2002: Status, Tendenzen und Desiderate der Lärmwirkungsforschung zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Zeitschrift für Lärmbekämpfung, 49, Düsseldorf, S. 219-232.

Geräuschkulisse mit Spitzenpegeln möglicherweise mit Mittelungspegeln unter 50 dB(A)<sup>36</sup>, sind damit noch nicht erfasst.

Für die Beurteilung des Verkehrslärms werden gemäß Bundesimmissionsschutzverordnung nachts 49 dB(A) für Wohn- und Sonderflächen bzw. nachts 54 dB(A) für Dorf- und Mischgebiete herangezogen.<sup>37</sup> Dies entspricht den Anforderungen der Vorhabensträger und Genehmigungsbehörden, die die Grenzwerte der Verkehrslärmschutzverordnung zur Grundlage ihrer Beurteilung machen. Dementsprechend werden Mittelungspegel zur Beurteilung herangezogen. Die von den Gutachtern benannten schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005<sup>38</sup> wie auch die Grenzwerte der TA Lärm<sup>39</sup> verweisen jedoch auf höhere Anforderungen zur Umweltvorsorge.

Zur *Luftbelastung* berücksichtigen die Gutachter die Möglichkeit, dass bei den Tunnelportalen kritische Feinstaubbelastungen auftreten können. Generell würden die Grenz- und Zielwerte gem. 22. Bundesimmissionsschutzverordnung bzw. TA Luft (2002) „bereits im Fahrbahnrandbereich eingehalten, sodass keine erheblichen Auswirkungen auf den Menschen zu erwarten sind.“<sup>40</sup> Dies ist bei mäßig belasteten Straßen außerorts in einer lufthygienisch gering vorbelasteten Landschaft üblich. Bei den geplanten Abluftkaminen der Tunnel werden nach Aussage der Gutachter derzeit keine Luftschadstoffprobleme erwartet. Ausbreitungsrechnungen dazu liegen derzeit nicht vor. Die Gutachter heben hervor, dass die dargestellte Abschätzung der Schadstoffbelastung dem Variantenvergleich in der Raumordnungsuntersuchung dient. „Für die abschließende Bewertung der Luftschadstoffsituation“ sei diese nicht geeignet.<sup>41</sup> Den Gutachtern ist zuzustimmen, dass die erforderlichen Nachweise im Genehmigungsverfahren beizubringen sind.

Die Auswirkungen auf die *Vegetation* (Schutzgut Pflanzen) wird mittels bau- und anlagebedingten Flächenbeanspruchungen (Verluste in Hektar) von Biotopen bilanziert. Die möglichen Verluste der nach den Landesgesetzen besonders geschützten Biotope werden im Raumordnungsverfahren genau bilanziert (in m<sup>2</sup>).

Hervorzuheben ist, dass die Gutachter Beeinträchtigungen der Vegetation durch Nährstoffeinträge (Stickstoff) bis in einem Trassenabstand von 150 m bei der Bilanz der Auswirkungen erfassen. Sie verweisen hierzu auf die eingeführten Untersuchungsstandards.<sup>42</sup> Auch auf mögliche Einwirkungen der Straße auf grundwasserabhängige Biotope wird verwiesen. Verkehrsbauwerke können durch Gräben oder Einschnitte Entwässerungen und durch Dämme Aufstauungen bewirken. Dies wäre nicht nur für grundwasserabhängige Biotope von Bedeutung, sondern auch für die Vegetation, die eine besondere Empfindlichkeit gegenüber Veränderungen des Bodenwasserhaushalts hat.

---

<sup>36</sup> Verursacht durch einzelne laute Fahrzeuge, wie z.B. beim Verkehr mit hohem LKW-Anteil.

<sup>37</sup> ASV Fulda/DEGES 2007a (Umweltverträglichkeitsstudie), S. 16.

<sup>38</sup> DIN 18005 Schallschutz im Städtebau – Teil 1 2002: Grundlagen und Hinweise für die Planung, Beiblatt 1, Orientierungswerte, Berlin.

<sup>39</sup> Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (TA Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI. Nr. 26 vom 28.08.1998 S. 503), Immissionsrichtwerte für Immissionsorte außerhalb von Gebäuden in Kerngebieten, Dorfgebieten und Mischgebieten tags 60 dB(A), nachts 45 dB(A), in allgemeinen Wohngebieten und Kleinsiedlungsgebieten tags 55 dB(A), nachts 40 dB(A).

<sup>40</sup> ASV Fulda/DEGES 2007a (Umweltverträglichkeitsstudie), S. 18.

<sup>41</sup> Ebd.

<sup>42</sup> Ebd., S. 24.

Die Gutachter geben zudem an, dass diese Wirkungen auch bei Tunneln auftreten können. Es fehlt allerdings eine Aussage, inwieweit vom Vorhabensträger für den Tunnelvortrieb eine Bauweise in Betracht gezogen wird, die nachteilige Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt ausschließt. Der deutliche Verweis auf den außerordentlich entscheidungserheblichen Konflikt in der Landschaft mit Hochmooren ist wichtig. Er bedarf allerdings einer ergänzenden Klärung möglicher (technischer) Maßnahmen zur Vermeidung. Die Gutachter erklären, dass zum derzeitigen Planungsstand „eine differenzierte Abschätzung der Reichweite und des genauen Umfangs der möglichen Veränderungen (...) nicht möglich (ist)“.<sup>43</sup>

Für die Eingriffsbeurteilung ist die Feststellung der Gutachter von besonderer Bedeutung, dass „im Bereich des geplanten Vorhabens nach dem aktuellen Erkenntnisstand keine Vorkommen von europäisch geschützten Pflanzenarten bekannt (sind)“.<sup>44</sup> Die weiteren Ermittlungen im Planungsverfahren werden hier zu einer Aktualisierung des Erkenntnisstands führen.

Zur Beurteilung der Auswirkungen auf die *Tierwelt* (Schutzgut Tiere) werden Verluste und Beeinträchtigungen ihrer Funktionsräume und Beziehungen betrachtet. Flächenverluste durch die erforderlichen Bauwerke und Arbeitsstreifen sowie anlage- und betriebsbedingte Zerschneidungen, Lärm und Luftschadstoffe werden berücksichtigt. Die Betroffenheit von Vögeln, Amphibien, Fledermäusen, Reptilien, Tagfaltern und Fischen wird beurteilt. Allerdings wurden Fledermauskartierungen nur angrenzend an denjenigen Schutzgebieten durchgeführt, wo Fledermäuse in den Erhaltungszielen als Anhang II Art der FFH-Richtlinie benannt sind. Aussagen über ihre Betroffenheit werden aus der Eignung der Waldgebiete als Jagdhabitats für Fledermäuse abgeleitet.

Für Brut- und Rastvögel werden erhebliche Auswirkungen bei einer Verlärmung über 52 dB(A) unterstellt. Dazu wird auf wissenschaftliche Veröffentlichungen und eine Empfehlung des Bundesministeriums für Verkehr verwiesen.<sup>45</sup> Durch eine Vermeidung der Beeinträchtigung hochwertiger Laubwaldbestände könnten artenschutzrechtliche Verbote zum Schutz von Waldfledermäusen „wirksam vermieden werden“.<sup>46</sup>

Zudem wird mit Beeinträchtigungen der Lebensräume streng geschützter Tagfalterarten nicht gerechnet.<sup>47</sup> Lebensräume von Fischen seien „nicht direkt betroffen“, jedoch seien Auswirkungen auf die Gewässer durch Verschattung, Schwebstoffeintrag, Tausalz und Straßenabwasser zu betrachten.

Für Amphibien sind die Trenn- und Zerschneidungswirkungen von besonderer Bedeutung, da Wanderungen zwischen Winter-, Laich- (Frühjahr) und Sommerlebensräumen stattfinden. Im Gutachten wird dieser Aspekt angemessen hervorgehoben. Als ein weiterer schwerwiegender Eingriff wird der Verlust von Laichgewässern angesehen, während Verluste von Landlebensräumen ohne Berücksichtigung der anderen Aspekte als „nicht ausreichendes Kriterium“ zur Beurteilung der Auswirkungen auf Amphibien eingeschätzt werden.<sup>48</sup>

---

<sup>43</sup> Ebd., S. 25.

<sup>44</sup> Ebd., S. 26. Dies betrifft die für Hessen und Thüringen angegebenen Arten nach Anhang II und Anhang IV.

<sup>45</sup> Ebd., S. 30.

<sup>46</sup> Ebd., S. 36.

<sup>47</sup> Ebd., S. 36.

<sup>48</sup> Ebd., S. 31.

Die Gutachter weisen darauf hin, dass Reptilien im Gegensatz zu den Amphibien kein jahreszeitliches Wanderungsverhalten haben, sodass die Erhaltung geeigneter großer Lebensräume vorrangig sei. Zerschneidungswirkungen in Bereichen von Funktionselementen besonderer Bedeutung für die Reptilien durch breite und verkehrsstarke Straßen werden berücksichtigt.<sup>49</sup>

Zum Bodenschutz werden Flächenverluste und Flächenbeeinträchtigungen durch nasse und trockene verkehrsbedingte Schadstoffdepositionen berücksichtigt. Unberücksichtigt bei dieser Verlustbilanz bleiben vorhandene Versiegelungen oder Überprägungen (Vorbelastungen). Die Betroffenheit von Böden mit besonderer Bedeutung, wie natürliche Ertragsfunktion, Biotopentwicklungspotenzial und Schutzwürdigkeit, wird extra hervorgehoben. Zur Schadstoffbelastung wird eine Wirkzone für überwiegend nasse Depositionen in einem beidseitigen Abstand bis 25 m von der Fahrbahnachse berücksichtigt, hohe Einwirkungen durch überwiegend trockene Depositionen werden in einem Bereich mit Abstand von 25 bis 50 m angenommen. Mit mittleren Einwirkungen wird in einem Bereich mit Abstand von 50 bis 100 m gerechnet. Dieser Ansatz ist für eine Wirkungsabschätzung zur Umweltverträglichkeit in der Raumordnung sachlich gerechtfertigt. Für die Bodenbelastungen werden Nährstoffeinträge bis 150 m Achsabstand nicht betrachtet, obwohl heterotrophe Böden davon erheblich betroffen sein können. Der Ausfall dieser Betrachtung ist kurios, da die Gutachter diese Einwirkungen bei der Betroffenheit der Biotope begründet berücksichtigen.<sup>50</sup>

Allerdings können bei der weiteren Konkretisierung der Planung die Verläufe der Baustreifen von den in der Studie unterstellten pauschalen Ansätzen noch stark abweichen. Je nach örtlichen Erfordernissen (Topographie, Naturschutz) wären daher weiträumigere Einwirkungen auf Böden möglich. Dies trifft auch für die noch nicht benannten zusätzlichen Baustelleneinrichtungsflächen zu.

Zum Gewässerschutz werden Einflüsse auf die Grundwasserneubildung (Menge), Beeinträchtigungen der Wassergewinnung (Trassenverlauf durch Wasserschutzgebiete) und Beeinträchtigungen von Flächen, wo Schadstoffe leicht ins Grundwasser eingetragen werden können, betrachtet. Beeinträchtigungen des Grundwassers durch Tunnelbauwerke werden „qualitativ abgeschätzt“. Zudem werden Gewässerverluste durch Überbauung, Beeinträchtigungen von Oberflächengewässern durch Querungen oder Baubetrieb und Zerschneidungen von Retentionsräumen für Gewässer betrachtet.

Mit einer Verminderung der Grundwasserbildung im Trassenbereich wird bei Geländeeinschnitten und Brücken gerechnet, da bei diesen Bauwerken eine Drainage zu Fließgewässern unterstellt wird. Durch zusätzliche Versickerung der Abflüsse bei Geländeeinschnitten könnten allerdings erhebliche hydrologische Auswirkungen stark vermindert werden. In Wasserschutzgebieten werden Durchfahrten der Schutzzonen I und II sowie der Schutzzone III getrennt bilanziert. Eine Durchfahrt der Schutzzone I würde die Aufgabe eines Brunnens zur Trinkwasserversorgung bedeuten. Eine Durchfahrt der Schutzzonen erfordert in der Bau- und Betriebsphase (Ableitung des Straßenabflusses aus dieser Zone) hohe Sicherungsmaßnahmen, um eine Gefährdung der Trinkwasserqualität auszuschließen. Konkrete Aussagen über die Baumaßnahmen liegen dieser Studie nicht zugrunde, sodass sich die „Auswirkungsprognose ... auf die Darstellung des Beeinträchtigungspotenzials beschränkt“. Für die Schutzgebiete werden Durchfahrungslängen angegeben. Mit dieser Darstellung

---

<sup>49</sup> Ebd., S. 32.

<sup>50</sup> Ebd., vgl. S. 24 und Ausführungen zum Biotopschutz in diesem Beitrag.

können Konfliktbereiche erfasst werden. Allerdings fehlt es bei diesem Planungsstand an Hinweisen zur Konfliktbewältigung.

Zur Berücksichtigung des Schadstoffeintrags ins Grundwasser wird wie zum Bodenschutz nach Bereichen sehr hoher Einwirkung (bis 25 m von der Fahrbahnachse), Bereichen hoher Einwirkung (bis 50 m von der Fahrbahnachse) und Bereichen mittlerer Einwirkung (bis 100 m von der Fahrbahnachse) unterschieden. Auch hier fehlt eine Begründung, warum weiter entfernte Bereiche (z.B. bis zu 150 m von der Fahrbahnachse) nicht mehr betrachtet werden.

Bei der Abschätzung der Beeinträchtigung des Grundwassers durch Tunnel verweisen die Gutachter auf ein hohes Risiko, falls grundwasserabhängige Lebensräume durch Drainagen oder Einstau beeinträchtigt werden. In der Umweltstudie fehlt ein Hinweis, dass derartige nachteilige Einwirkungen durch spezielle Tunnelbautechniken vermieden werden können. Der Hinweis auf einen wichtigen Konfliktbereich erfordert für die weitere Beurteilung eine Klärung, ob eine das Grundwasser schonende Bauweise möglich ist.

Zur Beurteilung von Gewässerquerungen werden lichte Weiten und Höhen sowie Positionen der Widerlager angegeben. Die Gutachter weisen darauf hin, dass für die Querungsbauwerke in dieser Planungsphase keine Informationen über die konkrete Gestaltung vorliegen.<sup>51</sup> Bei Brückenbauwerken unterstellen die Gutachter keine wesentlichen Veränderungen für die Fließgewässer. Mit erheblichen Auswirkungen sei bei Durchlässen zu rechnen. Zur Beurteilung des Ausmaßes dieser Beeinträchtigungen reicht aber eine im Gutachten benannte „Anzahl der betroffenen Fließgewässer“<sup>52</sup> nicht aus. Diese kennzeichnet nur die Lage dieser Konfliktbereiche. Da vergleichbare Kriterien der Beurteilung der Belastung von Oberflächengewässern durch Schadstoffeintrag zugrundegelegt werden, gilt auch hier die soeben dargelegte Kritik. Zur Erfassung der Beeinträchtigung von Retentionsräumen<sup>53</sup> ist eine Erfassung der überbauten Flächen für Fahrbahnen und Böschungen nicht ausreichend. Dies kennzeichnet ausschließlich Konfliktbereiche. Zur Beurteilung der Einwirkungen auf Retentionsräume für Gewässer sind Angaben über Verluste von Rückhaltevolumen durch geplante Bauwerke erforderlich. Eine Geländegleichlage (oder Straße im Einschnitt) würde den Retentionsraum nicht nachteilig vermindern, wohl aber den Verkehrsfluss, dies wäre aber an anderer Stelle der Raumordnungsuntersuchung zu betrachten.

Zur Beurteilung der Projektauswirkungen auf *Klima und Luft* wird der Verlust von Waldflächen (klimatisch wirksamer Wald, Wald mit Klimaschutzfunktion und Wald mit Immissionsschutzfunktion) betrachtet. Die Flächenverluste durch Fahrbahnen und Böschung werden bilanziert. Waldverluste auf den Baustreifen (vorübergehende Verluste, da Wiederaufforstung möglich) bleiben unberücksichtigt. Allerdings werden Auswirkungen der Anschnitte von Wäldern als Beeinträchtigungen des Waldbinnenklimas erfasst. Über die Rodungsflächen hinaus wird mit sehr hohen Einwirkungen in einem seitlichen Streifen bis zu 50 m Abstand und mit hohen Einwirkungen bis zu 100 m Abstand gerechnet. Dieser Ansatz ist durch wissenschaftliche Untersuchungen gestützt.

Beeinträchtigungen klimaökologischer Ausgleichsflächen und Abflussbahnen durch den Bau der Straße und verkehrsbedingte Luftschadstoffe sollen durch Ermittlung der Zerschneidungslängen

---

<sup>51</sup> Ebd., S. 44.

<sup>52</sup> Ebd. Gemeint ist in der Studie wohl die Anzahl der Querungen.

<sup>53</sup> Die Gutachter sprechen von „Überschwemmungsgebieten bzw. potenziellen Retentionsräumen“, vgl. ebd., S. 45.

erfasst werden. Sofern Kaltluftzuflüsse auf Siedlungen betroffen sind, werden diese extra ermittelt. Eine Beurteilung der Auswirkungen wird aber nur soweit möglich sein, wie zukünftige Geländeeinschnitte oder Dammlagen in dieser Planungsphase schon hinreichend bekannt sind.

Die Auswirkungen auf die *Landschaft* betreffen Einwirkungen auf das Landschaftsbild und die Qualität der Landschaft für Menschen (Erholung) und Tiere. Die Zerschneidungswirkungen charakteristischer Räume, der Verlust von prägenden Strukturen durch Überbauung, Verlärmung (über 50 dB(A)) und Einwirkungen auf bisher unzerschnittene, verkehrsarme Räume werden betrachtet.

Zum Schutz von *Kultur- und Sachgütern* werden Beeinträchtigungen von Baudenkmalen, Bodendenkmalen und Geotopen erfasst. Eine Überbauung wird als Verlust beurteilt, ansonsten wird eine Wirkzone von 25 m unterstellt. Diese ist allerdings nur gerechtfertigt, wenn die Lage von Bau- und Bodendenkmalen bereits gut erfasst ist. Die Gutachter verweisen auf eine wesentliche Bedingung: Zu berücksichtigen sind „diejenigen Bau- und Bodendenkmale, die einen gesetzlichen Schutzstatus“ haben. Alle Funde stehen unter Denkmalschutz. Bisherige Funde sind in einem Kataster erfasst. Bei erfassten möglichen Fundstellen ist die Lage allerdings oft ungenau.

Im Rahmen der Umweltverträglichkeitsstudie werden die Beeinträchtigungen von förmlich festgestellten *Schutzgebieten* für Natur und Landschaft erfasst. Für Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, geschützte Landschaftsbestandteile, das Biosphärenreservat, den Naturpark, Naturdenkmale und FFH-Schutzgebiete sowie Vogelschutzgebiete werden Trassenlängen mit Zerschneidungseffekte ermittelt, um die Betroffenheit dieser Gebiete zu ermitteln.<sup>54</sup>

Die Darstellung der Umweltauswirkungen erfolgt für alle untersuchten Trassenvarianten und für alle o.g. Schutzgüter über anteilige Flächenverluste, Zerschneidungslängen und die Darstellung der von Beeinträchtigungen (Schall, Luftschadstoffe, Anzahl von Querungen etc.) betroffenen Flächen.<sup>55</sup>

Die Varianten V (G V und H V) haben eine etwa 40 % längere Strecke als die Varianten IV.<sup>56</sup> Zudem passieren sie zahlreiche Ortslagen. Ein Tunnel ist für diese Varianten nicht vorgesehen. Bei der Beurteilung der Umweltwirkungen sind daher mehr empfindliche Flächen betroffen. Zudem sind größere Zerschneidungslängen zwangsläufig.<sup>57</sup>

Für die Trassenvarianten werden die Auswirkungen im Einzelnen beschrieben. Trotz erheblich unterschiedlicher Auswirkungen sind die Gesamturteile eher ähnlich.

### 3.3 Gewichtung der Umweltauswirkungen

Zur Gewichtung der Auswirkungskategorien wird in der UVS angegeben, dass die Schutzgüter Menschen, Pflanzen und Tiere sowie Landschaft eine hohe Entscheidungsrelevanz haben. Da hier die Folgen für die belebte Umwelt betrachtet werden, ist dies gerechtfertigt. Andere Schutzgüter hätten nur eine „maximal mittlere“ Entscheidungsrelevanz. In diesem Zusammenhang wird auf das Vermeidungspotenzial zur Begrenzung von Schäden verwiesen.<sup>58</sup>

---

<sup>54</sup> Ebd., S. 53.

<sup>55</sup> Ebd. (Umweltverträglichkeitsstudie/Hauptvariantenvergleich), S. 4 ff.

<sup>56</sup> Ca. 23 km gegenüber ca. 16 km.

<sup>57</sup> ASV Fulda/DEGES 2007a (Umweltverträglichkeitsstudie/Hauptvariantenvergleich), S. 48 f.

<sup>58</sup> Ebd. (Umweltverträglichkeitsstudie), S. 58.

In der Umweltverträglichkeitsstudie erfolgt ein Vergleich der Auswirkungen durch acht Varianten (siehe Tabelle 1). Alle Hauptvarianten beginnen in Hessen im Stadtgebiet von Tann, westlich Lahrbachs. Sechs Varianten verlaufen in Thüringen durch den nördlichen Bereich der Verwaltungsgemeinschaft Hohe Rhön mit den Gemeinden Unterweid, Oberweid, Kaltenwestheim und Kaltensundheim (Varianten A IV bis F IV), zwei Varianten verlaufen in Thüringen durch Ortschaften der Verwaltungsgemeinschaft Oberes Feldatal mit den Gemeinden Andenhausen, Empfertshausen, Diedorf, Klings und Kaltennordheim (Varianten G V und H V).

Die Betrachtung aller Beurteilungen in der Zusammenstellung der Umweltverträglichkeitsstudie<sup>59</sup> ist Grundlage für die Bilanz. Für wenige einzelne Umweltaspekte beurteilen die Gutachter die Auswirkungen der Varianten A IV und B IV als gering („günstig“). Die Mehrzahl der Argumente führt allerdings zu einer schlechteren Einschätzung dieser Varianten. Die Beurteilung ist daher eher als „günstig bis weniger günstig“ zusammenzufassen. Die Varianten C IV, D IV und E IV werden in der Mehrzahl der Argumente als „weniger günstig“ beurteilt, einzelne Schutzgüter sind geringfügig betroffen (u.a. Grundwasserbetroffenheit „günstig“). Bei der Variante E IV sind sogar Auswirkungen auf zwei Schutzgüter (Pflanzen, Kultur- und Sachgüter) und auf Schutzgebiete als „ungünstig“ beurteilt. Eine Beurteilung dieser Varianten als „weniger günstig“ drängt sich daher auf. Die Beurteilungen der Varianten F IV sowie G V und H V als „ungünstig“ wird in der Umweltstudie mit den Auswirkungen der längeren Strecke (Addition der Wirkung) und der Gefährdung eines Vogelschutzgebiets begründet.

Die Tabelle 2 stellt die Anzahl der Beurteilungen pro Schutzgut dar. Demnach wird deutlich, dass es zur Beurteilung der Wirkungen auf die Schutzgüter Menschen (Mensch-Wohnen und Mensch-Erholen), Pflanzen und Tiere sowie Landschaft keine Beurteilung als „sehr günstig“ und nur sechs Mal eine Beurteilung als „günstig“ gibt. Alle anderen Auswirkungen sind erheblicher. Dennoch kommt das Gesamturteil zu einem Ergebnis, dass zwei Varianten bezüglich der Umweltauswirkungen als „sehr günstig“ und drei Varianten als „günstig“ zu beurteilen sind. Im UVS-Gutachten werden die Argumente für die Wertungen detailliert erläutert. Aus den Untersuchungen ist nicht ableitbar, dass es bezüglich der Umweltauswirkungen so viele günstige Ergebnisse geben kann. Diese Wertungen sind das Ergebnis einer Präferenzreihung aus Sicht der Umweltgutachter. Die Aussagen der relativierenden Beurteilung fördern eine Meinung, dass die mit dem Vorhaben zu erwartenden Umweltbelastungen harmlos sein könnten.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Varianten A IV und B IV abschließend in der „umweltfachlichen Beurteilung“ als „sehr günstig“<sup>60</sup> und die Varianten C IV, D IV und E IV als „günstig“<sup>61</sup> bewertet werden. Diese Qualitätssprünge der vergleichenden Bewertung sind fachlich nicht begründet und stimmen mit den detaillierten Wertungen der schutzgutbezogenen Variantenvergleiche nicht überein.<sup>62</sup> Die Umweltauswirkungen werden dort erheblich nachteiliger eingeschätzt.

---

<sup>59</sup> Beurteilung der relativen Konfliktschwere, vgl. Tabelle 1-12 in der Umweltverträglichkeitsstudie.

<sup>60</sup> Die Gutachter der UVS wählen diese Formulierung und Einstufung für „keine erheblichen Umweltauswirkungen“, ASV Fulda/DEGES 2007a (Umweltverträglichkeitsstudie/Hauptvariantenvergleich), S. 56.

<sup>61</sup> ASV Fulda/DEGES 2007 (Erläuterungsbericht Raumordnung), S. 161.

<sup>62</sup> Ebd., S. 159 und ASV Fulda/DEGES 2007a (Umweltverträglichkeitsstudie/Hauptvariantenvergleich), S. 46 (dort günstigere Beurteilung der Umweltauswirkungen auf Pflanzen für Varianten E IV und F IV als im Erläuterungsbericht).

Unter- suchte Variante	Informationen zur Lage der Trasse	Länge [km]
<b>A IV</b>	Beginn an L 3174 westlich Esbachgraben/Stadt Tann, Querung Ulstertal südlich Esbachsgraben und Lahrbach (Talbrücke), Verknüpfung mit B 278, Tunnel Auerberg, östliches <i>Tunnelportal südlich Dippach</i> , Querung Mühlbach und Knoten K 35, kurze Teilstrecke mit L 1124, <i>südwestliche (nahe) Umfahrung Unterweids</i> , Verknüpfung K 79, Querung Weidtal (Damm), Tunnel Weidberg, Querung Lahrbach, südliche Umfahrung Kaltenwestheims und Mittelsdorfs, Verknüpfung mit L 1124, Verlauf nördlich Kaltensundheim, Querung der Felda und Knotenpunkt mit B 285	16,13
<b>B IV</b>	Wie A IV (mit Tunnelportal südlich Dippach) bis kurze Teilstrecke mit L 1124, dann:  Querung Weid, <i>nördliche (sehr nahe) Umfahrung Unterweids</i> , Tunnel Weidberg, Querung Lahrbach,  danach wieder wie A IV	15,52
<b>C IV</b>	Wie A IV bis Tunnel Auerberg, dann:  östliches <i>Tunnelportal nordwestlich Dippach</i> , Querung L 3174, nördliche Umfahrung Dippachs, Knotenpunkt K 33, Querung Mühlbach, kurze Teilstrecke mit L 1124,  danach wieder wie A IV mit südwestlicher (nahe) Umfahrung Unterweids	16,44
<b>D IV</b>	Wie C IV mit östlichem <i>Tunnelportal nordwestlich Dippachs</i> bis kurze Teilstrecke mit L 1124, dann:  Querung Weid, <i>nördliche (sehr nahe) Umfahrung Unterweids</i> , Tunnel Weidberg, Querung Lahrbach,  danach wieder wie A IV	15,84
<b>E IV</b>	Beginn an L 3174 westlich Esbachgraben/Stadt Tann, nordwestliche Umfahrung Esbachsgrabens, Querung Habelbach, <i>Querung des Ulstertals zwischen Lahrbach und Wendershausen (Talbrücke)</i> , Verknüpfung mit B 278, Querung L 3174, nördliche Umfahrung Dippachs, Knotenpunkt K 33, Querung Mühlbach, kurze Teilstrecke mit L 1124, südwestliche (nahe) <i>Umfahrung Unterweids</i> , Dammlage über Weidtal, Tunnel Weidberg, Querung Lahrbach, südliche Umfahrung Kaltenwestheims und Mittelsdorf, Verknüpfung mit L 1124, Verlauf nördlich Kaltensundheim, Querung der Felda und Knotenpunkt mit B 285	16,82

Unter- suchte Variante	Informationen zur Lage der Trasse	Länge [km]
<b>F IV</b>	Wie E IV bis kurze Teilstrecke mit L 1124, dann:  Querung Weid, <i>nördliche (sehr nahe) Umfahrung Unterweids</i> , Tunnel Weidberg, Querung Lahrbach,  danach wie E IV	16,22
<b>G V</b>	Beginn an L 3174 westlich Esbachgraben/Stadt Tann, nordwestliche Umfahrung Esbachsgrabens, Querung Habelbach, <i>Querung des Ulstertals zwischen Lahrbach und Wendershausen (Talbrücke)</i> , Verknüpfung mit B 278 und L 3174, Querung Weidtal mit Brücke, Querung Hochrhön zwischen Knottenhof und Andenhausen, nahe bei Tann und Dietgeshof, <i>Nutzung L 2666 und Verknüpfung mit L 1122</i> , südwestliche Umfahrung Diedorfs, <i>Korridor vorhandene B 285</i> , westliche Umfahrung Kaltennordheims, Querung der Lotte und Felda, Knotenpunkt mit B 285	22,80
<b>H V</b>	Beginn an L 3174 westlich Esbachgraben/Stadt Tann, <i>Querung Ulstertal südlich Esbachsgrabens und Lahrbach (Talbrücke)</i> , Verknüpfung mit B 278, östliche Umfahrung Lahrbachs, Querung des Lahrbachs, Verknüpfung mit L 3174, Querung Weidtal mit Brücke,  danach wie G V mit <i>Nutzung L 2666 und Verknüpfung L 1122 sowie dem Korridor der vorhandenen B 285</i>	23,02

Tab. 1: Untersuchte Hauptvarianten.<sup>63</sup>

<sup>63</sup> ASV Fulda/DEGES 2007 (Erläuterungsbericht Raumordnung).

<b>Schutzgut</b>	<b>Urteile</b>
Menschen-Wohnen	3 x „weniger günstig“, 5 x „ungünstig“
Menschen-Erholung	4 x „weniger günstig“, 4 x „ungünstig“
Pflanzen/Biotope	1 x „günstig“ (B IV), 5 x „weniger günstig“, 2 x „sehr ungünstig“ (Varianten V)
Tiere	3 x „günstig“, 3 x „weniger günstig“, 2 x „sehr ungünstig“ (Varianten V) <sup>64</sup>
Boden	3 x „günstig“, 3 x „weniger günstig“, 2 x „ungünstig“ (Varianten V)
Grundwasser	6 x „günstig“ (Varianten IV), 2 x „weniger günstig“ (Varianten V)
Oberflächengewässer	2 x „günstig“, 4 x „weniger günstig“, 2 x „ungünstig“ (Varianten V)
Klima/Luft	6 x „weniger günstig“ (Varianten IV), 2 x „ungünstig“ (Varianten V)
Landschaft	2 x „günstig“, 4 x „weniger günstig“, 2 x „ungünstig“ (Varianten V)
Kultur- und Sachgüter	1 x „günstig“ (H V), 5 x „weniger günstig“, 2 x „ungünstig“
Sonderbetrachtung Schutzgebiete	4 x „weniger günstig“, 2 x „ungünstig“, 2 x „sehr ungünstig“ (Varianten V)

Tab. 2: Beurteilungen der Umweltverträglichkeitsstudie.

<sup>64</sup> Wegen Beeinträchtigungen von Brut- und Rastvögeln bei Kaltennordheim, vgl. AVS Fulda/DEGES 2007a (Umweltverträglichkeitsstudie/Hauptvariantenvergleich), S. 25.

## 4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

### 4.1 Umweltfachliche Bewertung

In der Umweltverträglichkeitsstudie werden die Auswirkungen auf acht Varianten (siehe Tabelle 1) beurteilt. Alle Varianten beginnen im Stadtgebiet von Tann, westlich Lahrbachs. Sechs Varianten verlaufen in Thüringen durch den nördlichen Bereich der Verwaltungsgemeinschaft Hohe Rhön mit den Gemeinden Unterweid, Oberweid, Kaltenwestheim und Kaltensundheim (Varianten A IV bis F IV), zwei Varianten verlaufen in Thüringen durch Ortschaften der Verwaltungsgemeinschaft Oberes Feldatal mit den Gemeinden Andenhausen, Empfertshausen, Diedorf, Klings und Kaltennordheim (Varianten G V und H V).

In der Studie werden die Auswirkungen auf die Umwelt für alle Trassenabschnitte beschrieben. Die in Leitfäden empfohlene Schutzgutbetrachtung findet statt.<sup>65</sup> Bei den anderen Schutzgutbetrachtungen werden Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, die Artenvielfalt und die Wechselwirkungen jedoch nur selten angesprochen.

Zur Beurteilung der Wirkungen auf die Schutzgüter Menschen (Mensch-Wohnen und Mensch-Erholen), Pflanzen und Tiere sowie Landschaft ergibt die Umweltverträglichkeitsstudie keine bessere Beurteilung als „günstig“ und nur sechs Mal eine Wertung als „günstig“ (von insgesamt 88 Wertungen). Alle anderen Auswirkungen sind nachteiliger beurteilt.

In der zusammenfassenden umweltfachlichen Bewertung („relative Konfliktschwere“) werden im Erläuterungsbericht zum Raumordnungsverfahren die Varianten A IV und B IV als „sehr günstig“, die Varianten C IV, D IV und E IV als „günstig“ und die anderen Varianten (F IV, G V und H V) als „weniger günstig“ bzw. „ungünstig“ benannt. Die Varianten V werden umweltfachlich jeweils als schlechteste Lösung beurteilt.<sup>66</sup>

Die Darstellung von zwei Varianten als „sehr günstig“ und drei Varianten als „günstig“ für die Umwelt ist sachlich nicht gerechtfertigt. Diese Wertungen sind das Ergebnis einer Rangordnung. Die damit verbundene vergleichende Beurteilung lässt die mit dem Vorhaben zu erwartenden Umweltbelastungen als harmlos erscheinen. Aus den vorliegenden Untersuchungen ist nicht erkennbar, dass es so viele günstige Ergebnisse für die Umwelt geben kann.

In der Zusammenfassung der verkehrlichen, technischen, wirtschaftlichen und umweltfachlichen Beurteilung sollen die Vor- und Nachteile der Varianten E IV und A IV den Unterlagen entsprechend gewertet werden: Die Technische Beurteilung ist jeweils „sehr günstig“, Variante E IV ist mit der wirtschaftlichen und verkehrlichen Beurteilung günstiger als Variante A IV. Die umweltfachliche Bewertung nach den detailliert vorgelegten Unterlagen ist allerdings „weniger günstig“. Die Gesamteinschätzung der Variante E IV als „sehr günstig“ scheint vor dem Hintergrund der gutachterlich beurteilten Umweltbelastungen nicht begründet.<sup>67</sup>

---

<sup>65</sup> Z.B. HESSISCHES LANDESAMT FÜR STRABEN- UND VERKEHRSWESSEN 2000.

<sup>66</sup> ASV Fulda/DEGES 2007 (Erläuterungsbericht Raumordnung), S. 163.

<sup>67</sup> Vgl. ebd.

#### **4.2 Erschließung der Rhön oder Umweltbelastungen durch Fernverkehr**

Die Ortschaften der Rhön waren bis Mitte des vergangenen Jahrhunderts flächendeckend über das Straßennetz erschlossen. Dieses wurde für den motorisierten Verkehr weiter ausgebaut. Bedingt durch die deutsche Teilung fehlen jedoch leistungsfähige Bundesfernstraßen durch das Zentrum der Rhön (Hohe Rhön und Umgebung). Überörtliche Verkehre werden bis heute über die B 27 und B 84 im nördlichen Bereich und die B 279 im südlichen Bereich gelenkt. Verkehre von überregionaler Bedeutung werden über die Autobahnen 7 und 4 im Westen und Norden und über die A 71 im Osten der Rhön geführt. Die Planung der B 87neu als möglichst direkte Linie zwischen den zentralen Orten Fulda und Meinigen mit Anbindung Zella-Mehlis/Suhl wird den regionalen Verkehr zwischen diesen Zentren begünstigen. Zugleich stellt diese Linie eine kurze Verbindung der Wirtschaftsräume Halle/Leipzig und Frankfurt/Rhein-Main über Erfurt her. Die von Thüringen ausdrücklich gewünschte Leistungsfähigkeit für überregionale Fernverkehre wird einen erhöhten Anteil Schwerverkehr auf die Achse A 71/B 87 und B87n, fortgeführt durch die A 66, ziehen. Die erhöhten Verkehrsbelastungen des Fernverkehrs werden tags und überproportional nachts Zusatzbelastungen in die Rhön tragen.

Die Rhön wird auch nach Realisierung der B 87n in verkehrsarmen Räumen umweltverträglich zu *erfahren* sein. Entlang der Trasse wird ein wachsender Fernverkehr die Rhön *durchfahren*. Der Bedarf für diese Straße wurde gesetzlich bestimmt. Auch die Maßgaben für den Umweltschutz sind rechtlich normiert. Eine weitergehende Umweltvorsorge für das Biosphärenreservat Rhön bleibt allerdings entlang der geplanten Trasse auf der Strecke.

## **Partizipation und Beteiligungsrechte bei Vorhaben und Planungen des Naturschutzes und aufgrund von Entscheidungen nach dem Naturschutzrecht**

Klaus Werk

### **Historische Betrachtung**

Die neue Etablierung des Natur- und Umweltschutzes zu Beginn der 1970er Jahre ging einher mit einem umfassenden Bürgerengagement und verschiedenen Bürgerinitiativen, die in einer Bürgerbewegung zum besseren Umweltschutz mündeten. Seit über 30 Jahren ist der dann zunehmend stärker gesetzlich reglementierte Umwelt- und Naturschutz ganz maßgeblich durch diverse Initiativen aus der Zivilgesellschaft getragen und hervorgebracht worden. Gesetzgebung und Exekutive waren daher anders als in vielen anderen Rechtsbereichen geprägt von einer engagierten Begleitung und kritischen Hinterfragung der Bürgerschaft. Dies erforderte Öffentlichkeit, Sachverstand und Durchsetzungsvermögen im politischen Raum. Und so ist es folgerichtig, dass der Umweltbereich von einer Vielzahl von Organisationen und Vereinen durchdrungen wurde, in denen sich die Bürger für ihre Anliegen organisierten. Speziell im Naturschutzbereich baute dies auf einer langen Tradition auf, wenn auch die Handlungsansätze von Naturschutzorganisationen, wie dem Deutschen Bund für Vogelschutz e.V. (DBV) (heute: Naturschutzbund Deutschland e.V., NABU), anfänglich deutlich andere waren wie die der neuen Umweltbewegung. Dennoch ist es von großer Bedeutung, dass sich der heutige NABU und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) sowie die Dachorganisation Deutscher Naturschutzring (DNR) in dieser Zeit reorganisierten und wesentlicher Teil dieser „neuen“ Umweltbewegung wurden. Bedeutende andere, auch international agierende Organisationen wie Greenpeace und später Attac traten hinzu, ebenso die Zusammenschlüsse von Bürgerinitiativen, um ihre jeweiligen Interessen abzustimmen, wie z.B. die Bürgerinitiativen Umweltschutz (BU). Mit der Neugründung des BUND Hessen im Jahre 1976 wurde dieser Verband ein wichtiger Teil und auch ein Motor dieser neuen Umweltbewegung. Der Mitgliederzuwachs resultierte zu relevanten Teilen aus Auseinandersetzungen mit neuen umweltpolitischen Themen und durch entsprechende Aktionen, dies prägte die Grundsatzposition des neuen Verbandes stark.

Insbesondere mit dem Bundesnaturschutzgesetz 1976 kam es zu einer Neufassung des Naturschutzrechts. In der Folge dieser Gesetzgebung kam es auch in den späteren Ländergesetzen und ihren Anpassungen an das Bundesrecht zu ganz neuen Beteiligungsrechten der Verbände, vor allem in Anhörungs- und Planungsverfahren und später auch zur altruistischen Verbandsklage. Die Bürgergesellschaft und ihre Akteure im Umweltbereich, vertreten über diese Verbände, wurden so eingebunden und mit besonderen Rechtsmitteln ausgestattet. Dies zusammen ist eine ganz neue Qualität der Partizipationsrechte und der Möglichkeiten zur Artikulation und Behauptung gemeinwohlorientierter Umweltbelange und der Wahrung öffentlicher Güter.

Die Geburt des neuen Umweltrechts in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre war also eng verknüpft mit dem Bürgerengagement und der Durchsetzung formeller Beteiligungsrechte.

Ausgestattet mit diesen neuen Rechten mussten sich diese so neu qualifizierten Verbände erst einmal behaupten und in den diversen Verwaltungsverfahren qualifizieren. In dieser Übung wurden natürlich auch Fehler gemacht oder es wurde sich fachlich übernommen, dennoch etablierten sich die Verbände in den Verfahren und erreichten eine entsprechende Solidität und Qualifizierung. Heute ist hier ein hoher Standard erreicht.

Ausgehend vom vorlaufenden Naturschutzrecht des in den Bundesländern weiterhin geltenden Reichsnaturschutzgesetzes, wurde die Arbeit der Beiräte und Beauftragten des Naturschutzes bei den Behörden beständig weiterentwickelt. Diese Beauftragten spielten bis in die 1980er Jahre hinein eine sehr große Rolle für die Abgabe qualifizierter Stellungnahmen der Behörden, da diese selbst kaum Fachpersonal aufwiesen, sondern auf die Zuarbeit aus dem klassischen Ehrenamt angewiesen waren. Das Ehrenamt selbst blieb dabei immer eine zusätzliche Komponente, die aktiv und präsent blieb. Diese ehrenamtlich tätigen Menschen kamen zumeist auch aus den etablierten Naturschutzvereinen, waren aber nicht bestimmend und in der Regel auch nicht exponiert engagiert für die neue Umweltbewegung, die in den 1980er Jahren eng mit der Friedensbewegung verknüpft war. Dennoch blieben sie als ein wichtiges Element der Verknüpfung von Bürgergesellschaft und Exekutive bei den Naturschutzbehörden bestehen. Und auch sie waren in der Folge dem Wandel unterzogen und bekamen eine neue Rolle und Funktion.

Die ursprünglich primäre fachliche Zuarbeit war dann nicht in dem Maße mehr erforderlich, wie die Behörden selbst mit Fachpersonal zunehmend ab den 1980er Jahren ausgestattet wurden. Überflüssig wurden die Beiräte deshalb nicht, weil sie dann in ihrer neuen Funktion eine die Verwaltungstätigkeit begleitende Funktion mit Initiativrechten und auch mit Kontrollrechten und Antragsbefugnissen bekamen. Die Beiräte trugen so wesentlich zur Öffnung der Behördenarbeit hin zur Bürgergesellschaft bei, alleine dadurch, dass sie Dinge hinterfragten, Initiativen starteten und Akten einsehen konnten, wenn auch unter Verschwiegenheitsgebot.

Die Beiräte wurden dann in Hessen zusätzlich mit einem Devolutionsrecht ausgestattet. Entscheidungen der unteren Behörde konnten durch die Einholung von Weisungen der oberen Behörde dabei rechtlich überprüft und korrigiert werden. Von diesem Recht machten die Beiräte nur sehr zurückhaltend und sorgsam Gebrauch, wie die Statistiken von damals zeigen. Die Mehrheit der Beiratsmitglieder bei den Behörden (12-15 Personen) wurde von den anerkannten Naturschutzverbänden gestellt.

Anerkannt sind in Hessen seit langem 8 Verbände:

- die Botanische Vereinigung für Naturschutz in Hessen e.V. (BVNH)
- der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Landesverband Hessen (BUND)
- der Naturschutzbund Deutschland e.V., Landesverband Hessen (NABU, ehemals DBV)
- die Deutschen Gebirgs- und Wandervereine e.V. (DGWV)
- die Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz e.V. (HGON)
- der Landesjagdverband Hessen e.V. (LJV)
- die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e.V. (SDW)
- der Verband Hessischer Sportfischer e.V. (VHSF)

## Zur umweltpolitischen Betrachtung

In Hessen lässt sich die Naturschutzpolitik seit den 1970er Jahren des 20. Jahrhunderts in mehrere Etappen klassifizieren, wobei die Aufgabenwahrnehmung dort sehr deutlich einem beständigen Auf und Ab unterworfen war, das auch für die zukünftigen Jahre anzunehmen ist:

1970er Jahre	Neubestimmung der Aufgaben und Strategien
1980er Jahre	Etablierung der neuen Instrumente und Aufbau der Administration, Schärfen eines landespolitischen Profils
1990er Jahre	Konsolidierung und Qualifizierung der Administration, Schärfen der Aufgabenwahrnehmung und Bestimmung neuer Instrumente, Kompetenzzuweisung zu Behörden
2000er Jahre	Umdisponierung auf neue Aufgaben, Privatisierung und Kommunalisierung der Aufgabenwahrnehmung, Deregulierung und Funktionsabbau, Verlust an Kompetenzzuweisung
2010er Jahre	Neuorientierung, neue Aufgabenstellungen und Aufgabenwahrnehmung?

Fragen der Zusammenarbeit und der Zuweisung von Rechten und Vorschriften zur Partizipation erfolgten insbesondere in den Jahren 1980-1995. Dementsprechend war hier auch der Einfluss der Verbände gewachsen. Nicht unerheblich für diese Entwicklung waren die Nachwehen der ersten Umweltbewegung und die Debatten um die Bewältigung des Ereignisses von Tschernobyl sowie um andere große Umweltkatastrophen dieser Zeit (Sandoz etc.).

Nach den Reaktionen der Politik auf die Debatten und Initiativen im außerparlamentarischen Raum und durch die wachsende Resonanz der Partei der GRÜNEN und ihre Regierungsfähigkeit kam es auch zu deutlichen Positionierungen in den Programmen der politischen Parteien. In der Naturschutzpolitik vollzog sich hier ein recht intensiver Dialogprozess, der auch mit der Politisierung der Verbandsarbeit einherging. Eine bestimmende Rolle in Hessen spielte hierbei beispielsweise der BUND, der mit deutlichen umweltpolitischen Zielen auftrat.

Unter dem damaligen für Naturschutz zuständigen Staatsminister Jordan kam es zu einer deutlichen Kompetenzzuweisung im Naturschutzaufgabenbereich und zu einer wesentlichen Stärkung der Administration. Dies ging auch mit einer naturschutzbezogenen Entwicklungsstrategie zur Regionalentwicklung und Politik in den ländlichen Räumen einher. Damit bekam der Naturschutzbereich deutlichen Aufschwung. Partizipation wurde in dieser Etappe groß geschrieben.

Diese Aufwertung wurde selbstverständlich durch beteiligte Dritte und andere Interessenverbände, insbesondere aus der Land- und Forstwirtschaft, auch kritisch begleitet bis klar abgelehnt. Die Kompetenzzuweisungen gingen mit Finanzierungsinstrumenten einher, wobei hier Gelder in Rede standen, die auch andere Verwaltungen, namentlich die klassische Landwirtschafts- und Forstverwaltung, zur Steuerung begehrten. Die historisch bedingte Machtfunktion des Forstes im und für den Naturschutz wurde klar beschnitten und zum Teil ersetzt.

Zum anderen wurde die Eingriffsregelung qualifiziert und operationalisiert. In der Folge waren damit alle relevanten flächenbezogenen Verwaltungsverfahren von Naturschutzbelangen auf ganzer Fläche betroffen und durchdrungen; entsprechende Erhebungen, Bewertungen und planungsbezogene Bewältigungen wurden erforderlich. Heute ist dies Selbstverständlichkeit. Damals löste dies ganz erhebliche Konflikte seitens der Straßenbauverwaltung, der Bauverwaltung, der Wasserwirtschaft und weiterer Verwaltungsbereiche aus, die sich in den eigenen Kompetenzen geschmälert sahen. Erst allmählich kam es zu einer gegenseitigen Akzeptanz und Verständigung über die Belange und Anliegen. Und manche in die Verwaltungsverfahren eingebrachte Naturschutzposition war auch unangemessen, falsch begründet oder überzogen. Ursache war dabei auch viel Unwissen und Unerfahrenheit der sehr jungen, aber hoch motivierten Fachverwaltung. Im Ergebnis rückte der Naturschutz trotz gerade neu gewonnenen Terrains in eine Ecke der Verhinderung und nicht der Optimierung von Vorhaben. Und viele dieser Positionen konnten dann im Zuge der Abwägung oder Ermessensausübung nicht durchgehalten werden. Die Naturschutzverwaltung ruderte so auch oftmals wieder stückweise zurück. Allmählich gelang es aber, klar kalkulierbare Ziele und Maßgaben durchzuhalten und so nachhaltig und beständig zu wirken. Im Ergebnis führte dies dann zur Anerkennung und Akzeptanz bei Dritten.

In dieser Zeit der 1980er und der 1990er Jahre erreichte der Naturschutz große Erfolge und fasste Fuß als selbstständiger Politikteil und auch eigenständiger, zunehmend selbstbewusster Teil der Exekutive. Erfolg und Niederlage lagen dabei nahe beieinander und der Naturschutz erreichte fast nie die selbst gesteckten Ziele, sondern lebte im Ergebnis vielfach vom vereinbarten Kompromiss und von Teilerfolgen.

Insgesamt kann man feststellen, dass der Naturschutz in der Exekutive und in den Ansinnen der Verbände dann besonders erfolgreich war, wenn es gelang, die verantwortliche Politik für diese Ziele zu gewinnen und als Adresse benennen zu können. Maßgeblich hierfür waren immer bestimmte exponierte Personen und ihre Reputation. War die Position des Ministers und Staatssekretärs stark und engagiert, gelang der Erfolg, war diese insgesamt eher schwach, vermochte man auch nur wenig zu erreichen. Dies gilt für die Durchsetzung konkreter Projekte genauso wie für die Haushaltsmittel des Landes, aber auch für die politische Bedeutung des Themas in der Öffentlichkeit und die Motivation des Politikfelds Naturschutz überhaupt, also auch losgelöst von administrativen Kompetenzen.

In dieser Phase wurde der Naturschutz wie in keiner Zeit zuvor administriert und tatsächlich als Staatsaufgabe neu reklamiert und wahrgenommen. Die Wahrnehmung in der Bürgergesellschaft war dadurch aber verschoben, indem Naturschutz jetzt zunehmend als Administrationsaufgabe gesehen und nicht mehr primär als Teil des bürgerschaftlichen Engagements verstanden wurde. Insofern sah man die Verbände als Repräsentanten der Zivilgesellschaft bzgl. der Naturschutzaufgabe und bei dementsprechenden Projekten stärker als Kontrollfunktion staatlicher und behördlicher Tätigkeit, denn als eigener Projektträger wie in den Jahren zuvor. Die Verrechtlichung des Umwelt- und Naturschutzbereichs errang in dieser Zeit große Erfolge, hatte aber auch ihren Preis im Sinne eines gewissen Verlusts des Bürgerengagements.

Dies bekommen auch die großen Naturschutzverbände zu spüren. Bei ihnen wächst zwar die absolute Zahl der Mitglieder durch Beitritte von Menschen, die die Sache gutheißen und passiv unterstützen wollen. Dies geht zugleich einher mit einer relativen Abnahme der Aktiven. Spürbar wird diese Entwicklung auch durch einen Rückgang an zentralen politischen Aktionen, Demonstrationen und Initiativen im Umweltbereich. Dezentral und an Punkten direkter Betroffenheit entwickeln sich

eine Vielzahl lokaler und regionaler Initiativen weiter, wobei auch hier die Zahl der Aktiven nicht sehr groß ist. Zentrale Kampagnen und zentrale politische Aktionen bleiben die Ausnahme und finden kaum noch statt. Dies steht in deutlichem Unterschied zu den Aktivitäten der Jahre nach 1970 bis Anfang der 1990er Jahre.

So kommt es auch nicht zu einer echten Kampagne nach der großen UN-Konferenz 1992 in Rio de Janeiro, wo eine beispielhafte politische Beschlussfassung für den Naturschutz durch die Weltstaaten erfolgte. Hier brauchte es fast 15 Jahre, ehe die entsprechenden Themen der Nachhaltigkeit wieder in der Umweltbewegung und Umweltpolitik neu aufgegriffen wurden. In der EU war dies anders, wie die dortige Gesetzgebung mit den einschlägigen Richtlinien beweist. Die aktuellen politischen Auseinandersetzungen und Beschlüsse zum Klimawandel und zur biologischen Vielfalt beweisen dies. Konzeptionell ist die EU auch heute noch in erster Linie reaktiv auf die verursachten natürlichen Prozesse ausgerichtet und im Kern noch nicht hinreichend strategisch positioniert. Die neuen globalen Themen Klimaschutz und Biodiversität bestimmen die Umweltdebatte, aber die Verbände als Vertreter der Zivilgesellschaft und als Nichtregierungsorganisationen (NGO) tun sich schwer mit ihren Positionen gegenüber den etablierten Regierungsvertretern und Parteipolitikern. Dennoch sind die großen Politikthemen heute an prominenter Stelle Themen des Umwelt- und Naturschutzes. Dabei müssen auch die im Naturschutz Engagierten z.B. verstehen, das Thema Klima als Thema des Naturschutzes und der Landschaftsentwicklung anzunehmen und zu operationalisieren und sich von der reinen Energiedebatte zu emanzipieren, so wichtig die Stärkung der regenerativen Energien dabei auch ist.

Aus diesen Entwicklungen wird sehr deutlich, dass Naturschutz heute zu einer komplexen Aufgabe geworden ist. Eine Segmentierung auf Teilaspekte ist hier keinesfalls zielführend. Dies wird deutlich an acht bedeutenden umweltbezogenen Themen und Aufgaben, die aktuell in Hessen bestehen:

- die Sicherung und Entwicklung der Kulturlandschaften auch als Identifikationsraum (einschließlich der historischen wie aktuellen Formen der Naturnutzung) sowie als Bereich der Erholungsvorsorge;
- die Bewältigung des Klimawandels und der Folgen in seiner regionalen Ausprägung;
- die Sicherung der biologischen Vielfalt, das Aufhalten des fortschreitenden Artensterbens und des Verlusts von adäquaten Lebensräumen und Lebensstätten und der Aufbau eines effektiven regionalen Biotopverbundes, z.B. für das Birkhuhn oder die Wildkatze;
- die Wiederherstellung guter ökologischer Zustände in den Gewässern und die umfassende Renaturierung der Fließgewässersysteme auch zur Vermeidung oder Minderung von Überschwemmungen v.a. in Siedlungsgebieten;
- die Rückführung des Flächenverbrauches auf ein ökologisch vertretbares Maß und die Durchsetzung eines bodenschonenden Planens und Bauens;
- die umweltverträgliche, auch klimataugliche Planung von Infrastrukturprojekten, die ebenso ausgerichtete Durchführung der einzelnen Vorhaben;
- die Durchsetzung einer nachhaltigen, naturverträglichen Landnutzung, v.a. durch die Landwirtschaft;
- die umfassende Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, Aufklärung und Aktivierung der Bevölkerung, auch in Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden.

Eine Reduktion des Naturschutzes auf einen reinen Artenschutz wäre hier ebenso kontraproduktiv wie ein Fallenlassen dieser Aufgabe im Lichte der Debatten zur Biodiversität. Naturschutz wird also zunehmend neben einer unmittelbaren fachlich gestützten Aufgabe zur Querschnittsaufgabe im Umweltbereich.

Die derzeitige Landespolitik ist von dieser strategischen Position weit entfernt. Die entsprechenden Handlungskonzepte liegen nicht vor. Maßgebliche Operationalisierungen für ein effektives Verwaltungshandeln bleiben eher rudimentär und auf Notwendigkeiten aus dem EU-Gemeinschaftsrecht beschränkt. Betrachtet man diese Aufgaben, so wird man feststellen, dass sie nach wie vor staatlich motiviert sind, Gemeingüter betreffen und insofern mindestens in der Basis und Rahmensetzung ein qualitativvolles Verwaltungshandeln und klare Kompetenzen verlangen. Daran mangelt es aber deutlich. Auf das entsprechende Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU 2006) sei hierzu verwiesen. Die Naturschutzverwaltung benötigt für diese wichtigen Aufgaben ein gut ausgebildetes Fachpersonal, das kontinuierlich nachwächst, die notwendigen Sachmittel und Ressourcen, eine moderne Datenbasis sowie die richtigen rechtlichen Instrumentarien, die auch administrativ und politisch angeleitet und adäquat umgesetzt werden. An all dem besteht heute ein Mangel, der bezogen auf die Aufgabenstellung und die globalisierten politischen Debatten in dieser Form rational kaum nachzuvollziehen ist. Begreifen kann man dies aber dann, wenn diese Fragen konkret lokalisiert werden und auf Investitionsentscheidungen im Rahmen der Landes-, Regional- oder Lokalpolitik angewandt werden. Zumeist geht es in diesem politischen Rahmen um eine Optimierung von Vorhaben aus Umweltgesichtspunkten, also um die Wahl angepasster Technologie und des richtigen Standortes und weniger um das generelle Nein, wie es bei bestimmten Technologien, wie dem Atomausstieg oder der Verbrennung fossiler Energieträger, angezeigt erscheint. Damit würden Investitionsentscheidungen schwieriger und weniger politisierbar, weil sie Abstimmungsverfahren ausgesetzt werden. „Die Politik“ möchte hier aber aus eigenem Antrieb in der Regel „ermöglichen“, „zusagen“, „garantieren“. Wer dabei im Wege steht oder Bedingungen von außerhalb der Exekutive vorbringen kann, behindert eher eine rein selbstbestimmte Position von politischen Entscheidungsträgern und den Spitzen der Verwaltungen.

Wir können heute feststellen, dass es daraufhin im politischen Raum zu deutlich negativen Einstellungen zu strategisch wirkenden Planungssystemen kommt wie auch zu Umweltprüfungen oder Verträglichkeitsprüfungen von Vorhaben. Daraus entsteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen allgemeinen, europäischen oder sogar globalen Umweltzielen und Standards und ihrer regionalen und lokalen Beachtung. Diese Aspekte sind in allen politischen Lagern feststellbar und führen zu hohen Verlusten an Glaubwürdigkeit. Wenn es hierbei in der politischen Artikulation dann um Umweltaufgaben geht, kommen die Aufgabe und der Belang selbst in Misskredit, was zu Akzeptanzverlusten führt. Bemerkbar ist dies heute deutlich in der Abfallwirtschaft und Entsorgung, beim Biosprit und der Windkraftnutzung oder eben bei der Wahrnehmung von Naturschutzaufgaben für Schutzgebiete. Es kann zum Teufelskreis führen, und auch ein politisch hoch brisantes Thema wie den Klimawandel in „Turbulenzen“ bringen, wenn dies nicht adäquat lokal und regional unterfüttert wird und die Menschen sich hier mit ihren z.T. auch divergierenden Interessen und Bedürfnissen nicht beachtet finden. Entsprechendes gilt für die biologische Vielfalt und den Arterhalt. Mit netten Eisbärenbildern lässt sich diese Frage nicht auf Dauer klären.

So muss man konstatieren, dass es auch in den Städten und Gemeinden im Kern um eine Investitionssteuerung geht, die räumlichen und umweltbezogenen Planungsgrundlagen vielfach stark veral-

tet sind und insgesamt nicht fortgeschrieben wurden. Dies betrifft sowohl die Flächennutzungsplanung wie die Landschaftsplanung. Die Regionalpläne werden zwar wegen der gesetzlichen Fristsetzung korrekt fortgeschrieben, sie werden aber fachlich deutlich ausgedünnt oder wie beim Regionalen Flächennutzungsplan Frankfurt-Rhein-Main maßstäblich so verkleinert, dass eine präzise Beurteilung für viele Vorhaben aus dem Plan sehr stark erschwert ist.

Zudem hat die CDU-Landesregierung in den vergangenen Jahren in vielen Fällen versucht, Belange des Naturschutzes in Misskredit zu bringen. Die Vordergründigkeit der CDU-Argumentation zeigt das Beispiel NATURA 2000, wo mit sehr populistischen Vorwürfen (Amphibienschutz statt Menschenschutz) gegen den Naturschutz wegen bestimmter Artvorkommen polemisiert wurde. Statt gute und brauchbare Verfahrensvorschriften oder ein Management der Abstimmung zur Lösung von solchen konkret eingrenzbaaren Fällen gemeinsam mit den Verbänden zu suchen, wurde eine eher mediengerechte Auseinandersetzung geführt, die nicht auf Lösung und Kooperation abgestellt war. Deutlich wird dies auch aus der Antragsbegründung Hessens im Bundesrat (2007) zur Änderung der Richtlinien NATURA 2000 bei der EU. Dabei geht es neben der Sache auch um die gewählte Argumentation und Wortwahl, die für den Naturschutz bewusst verletzend gesetzt wurde. Eine solche Auseinandersetzung wirkt für eine Kooperation von Bürgergesellschaft und politischer Administration kontraproduktiv, weil sie nur kurzfristige mediale Effekte im Auge hat.

### **Zu Instrumenten des Naturschutzes und der Partizipation**

Die gesetzlich normierten Instrumente können wir in drei Kategorien fassen:

Regulative Instrumente	verfahrensgesteuert, streng normiert, Erlaubnisvorbehalte	Eingriffsregelung Schutzgebietsausweisung Artenschutz Landschaftsplanung
Anreizinstrumente	angebotsorientiert, monetär geprägt, programmatisch, leistungsorientiert, antragsbezogen	Förderprogramme Ökokonto Vertragsnaturschutz Landschaftsplanung
Persuasorische Instrumente	aufklärend, Akzeptanz fördernd, informativ, partizipatorisch	Umweltbildung Informationen Umweltzentren Moderation

Mit der Etablierung der neuen Naturschutzgesetzgebung der 1970er und 1980er Jahre wurde dem Verursacherprinzip folgend auch die Eingriffsregelung eingeführt und somit ein allgemeines und insgesamt in der Fläche relevantes Planungsinstrument für konkrete Vorhaben geschaffen. Diese Zeit war, wie bereits dargelegt, von großen und kleinen Bürgerbewegungen im Umweltbereich gekennzeichnet. Und so war es ausgehend von diesen außerparlamentarischen Aktionen und der Neuorganisation der Verbandsarbeit klar, dass eine Beteiligung bei wichtigen Verwaltungsverfahren und Verwaltungsentscheidungen durchgesetzt werden konnte und in Bund und Ländern aufgegriffen

wurde. Der Weg dahin war steinig und von vielen Widerständen im politischen Raum geprägt. Dennoch gelang es, dies durchzusetzen und im Bundes- und Landesnaturschutzrecht jeweils zu verankern. Diese Beteiligungsrechte waren eine große Errungenschaft im Naturschutz, der hier beispielgebend für die Partizipationsrechte der Bürgergesellschaft fungierte und diese Rechte in ganz wesentlichen Bereichen reklamierte. Partizipationen waren zwar im Planungsbereich und in der Objektplanung der Grünordnung und Freiraumplanung damals vielfach etabliert, nur waren dies freiwillige, konsensual ausgerichtete Bürgerbeteiligungen, ohne dass dies mit einer rechtlichen Basis mit entsprechenden Rechtsfolgen für die Verwaltungsentscheidungen verbunden gewesen wäre. Dies kam erst auf Basis der Rechte der anerkannten Naturschutzverbände zustande.

Die materielle Basis hierfür war die Zuerkennung altruistischer Positionen für diese Verbände, um einen Belang besonders zu gewichten, der sonst kein wirtschaftliches Verwertungsinteresse und damit die Vertretung durch entsprechende Lobbyisten kannte. Daher geht es bei der Beteiligung und den daraus weiter abgeleiteten Rechtsbehelfen um naturschutzbezogene Tatbestände und Belange und nicht um allgemeine Umweltbelange oder private Interessen.

Damit war auch klar, dass diese Rechte auf Beteiligung in sehr vielen Bereichen des Naturschutzes etabliert wurden. In dieser Zeit konnte man politisch davon ausgehen, dass es bei der Realisierung von nicht durch Verwaltungsverfahren geprägten Projekten und Planungen durchweg zu einer Beteiligung und sogar Abstimmung mit den anerkannten Verbänden kam.

Bei vielen Einzelentscheidungen nicht sehr großer Tragweite kam in den Behörden die Beiratsbeteiligung zum Tragen, wo dementsprechend auch Vertreterinnen und Vertreter der anerkannten Verbände saßen und sich um eine konstruktive Abstimmung bemühten.

Die Rechte auf Beteiligung und die Rechte der Beiräte auf Beteiligung bis hin zur Devolutionsentscheidung führten zu einer sehr engen und auch konstruktiven Zusammenarbeit der zuständigen Naturschutzbehörden mit den Verbandsvertretern, die natürlich immer auch mit kritischer Begleitung und Würdigung versehen war.

Um die Wahrung der Naturschutzbelange auch durch die Beteiligung der Verbände sicherzustellen, führte man dies gesetzlich bezogen auf die Kerne aller relevanten Instrumentarien im Bereich der Landschaftsplanung, der Eingriffsregelung, der Schutzgebietsausweisung, des Arten- und Biotopschutzes ein. Es erfolgte zwar nicht umfassend und flächendeckend – wichtige Bereiche wie die Bauleitplanung wurden nicht erfasst –, dennoch bedeutete dies für die Naturschutzpraxis in Hessen einen Paradigmenwechsel.

Im Ergebnis führte es in Teilen und über längere Zeiten auch dazu, dass die Verbände von einem aktionsbezogenen, projektorientierten, behördenunabhängigen Agieren abkamen und zu stark zur Einbindung in Verwaltungsverfahren und in Behördenvorgänge neigten. Heute bestimmen sich diese Fragen aus einer kritischen Aufarbeitung wieder neu und eine neue Etappe zeichnet sich ab.

Viele Beteiligungsrechte ergaben sich neben der gesetzlichen Pflicht durch die Gleichstellung der anerkannten Verbände mit den Trägern öffentlicher Belange und durch die dazu ergehenden Erlasse des damaligen Innenministeriums zur Bauleitplanung.

Die Beteiligungsrechte wurden ergänzt durch Klagebefugnisse, wenn in den Verwaltungsentscheidungen den Belangen des Naturschutzes nicht der gebührende Rang eingeräumt wurde oder es zu

rechtsfehlerhaften, naturschutzrechtlich begründeten Entscheidungen kam. Dieses Damoklesschwert war wichtig, um Verwaltungsverfahren zu qualifizieren und dem Naturschutz einen entsprechend gesicherten Status und Einfluss einzuräumen. Zur Durchsetzung dieses neuen Politikfelds war dies von großer Bedeutung, ohne dass die Verbände im großen Stil von dem Klagerecht Gebrauch machen mussten oder Gebrauch machten.

In dieser Phase lässt sich also festhalten, dass es namentlich die Bürgergesellschaft selbst und ihre Akteure in den anerkannten Verbänden waren, die durch Partizipation und externe Einflussnahme auf Verwaltungsentscheidungen zur Durchsetzung der Belange des Naturschutzes Bedeutendes beitrugen. Sie hatten Anteil am Erfolg, aber auch an vielen Misserfolgen aus Beteiligungsverfahren, die sie mittragen mussten, wenn eine Entscheidung gegen Naturschutzinteressen erfolgte. Gewinn und Verlust, Frust und Erfolg lagen hier immer dicht beieinander.

Mit der Zuerkennung der neuen Beteiligungsrechte der Verbände und den Möglichkeiten, unter bestimmten Voraussetzungen Klagebefugnisse gerichtlich geltend zu machen, wuchs ihr Einfluss, und in der Folge dessen kam es zu anerkannten Positionen aus den Beteiligungen, die zu deutlichen Änderungen namentlich bei Infrastrukturprojekten führten. Parallel hierzu nahmen der Einfluss und die Bedeutung der Beiratsarbeit dann zu, wenn in den Beiräten couragierte und fachlich wie rechtlich versierte Vertreter aus den Verbänden saßen.

Diese Entwicklung blieb im politischen Raum nicht unbeobachtet und wurde spürbar. Die Positionen des Naturschutzes waren in Bezug auf Infrastrukturprojekte durchweg mit qualitativ höheren Anforderungen und Bedingungen zur Beachtung vermeidbarer Eingriffe und notwendiger Kompensation bis hin zu Änderungen von Standortentscheidungen verbunden. Oder es führte in Einzelfällen sogar zum Aus des Vorhabens. Deutlich gestützt wurden die Naturschutzpositionen durch das sich rasch entwickelnde EU-Gemeinschaftsrecht. Als Beispiele hierzu seien genannt: die FFH-Richtlinie, die UVP/SUP-Richtlinie oder die Wasserrahmenrichtlinie und die Richtlinien zur Umsetzung der Aarhus-Konvention. Diese Richtlinien mit ihrer Umsetzung in das nationale Recht integrierten selbst neue Optionen zur Verbandsbeteiligung wie auch zur Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten. Maßgeblich aus der Aarhus-Konvention waren hier: der Zugang zu und Verbreitung von Umweltinformationen (Art. 4 und 5), die Beteiligung der Öffentlichkeit an umweltrelevanten Vorhaben (Art. 6, 7 und 8), die Einräumung von Klagerechten gegen umweltrelevante Vorhaben (Art. 9).

Mit dem Umweltrechtsbehelfsgesetz wurden die Verbandsrechte insbesondere für die bisher nicht anerkannten Verbände als interessierte Kreise deutlich gestärkt. Die Möglichkeiten gehen dabei über den reinen naturschutzbezogenen Kanon hinaus. Allerdings wurde die Aarhus-Konvention nach Art. 9 hier nicht korrekt in das deutsche Recht übersetzt, weil sich dies auf einen bedingenden Rechtsschutz Dritter beschränkt und nicht vollumfänglich altruistisch ausgestaltet wurde.

Derzeit bedürfen in Hessen folgende Verfahren einer Verbandsbeteiligung (§ 48 HENatG):

- die Vorbereitung von Verordnungen und Rechtsvorschriften nach dem Naturschutzrecht,
- vor Befreiungen von Verboten und Geboten in Naturschutzgebieten, Nationalparks, Biosphärenreservaten und den Schutzgebieten, die nach der Verordnung NATURA 2000 deklariert sind,
- bei der Vorbereitung von Landschaftsplänen der Kommunen und der Aufstellung des Landschaftsprogramms auf Landesebene,

- in Planfeststellungsverfahren, die mit Eingriffen im Sinne von § 12 HENatG verbunden sind,
- bei der Vorbereitung von Programmen staatlicher und öffentlicher Stellen zur Wiederansiedlung von Tieren und Pflanzen in der freien Natur.

Unabhängig von diesen Beteiligungsrechten ergeben sich weitere Beteiligungspflichten dieser Verbände nach dem Umweltrechtsbehelfsgesetz für alle nach dem Bundes- und Landesrecht UVP-pflichtigen Vorhaben. Näheres bestimmt sich aus §§ 1 und 2 UmwRBehG. Beteiligungspflichtig sind danach Verfahren und Vorhaben mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach UVPG.

Weiterhin erforderlich ist die Verbandsbeteiligung bei der Aufstellung des Landesentwicklungsplans (LEP) nach dem Hessischen Landesplanungsgesetz (§ 8 Abs. 3 HLPG) und der Regionalpläne (§ 10 Abs. 3 HLPG). Für Raumordnungsverfahren und die Bauleitplanverfahren der Kommunen sowie für die Forsteinrichtung ist die Beteiligung durch die Verwaltungsvorschrift der zuständigen Ministerien geregelt.

Bei Plangenehmigungsverfahren, die eine Planfeststellung ersetzen, die mit Eingriffen verbunden sind und eine Öffentlichkeitsbeteiligung aufweisen müssen, ergibt sich nach § 48 Abs. 1 keine zwingende Verpflichtung zur Beteiligung der Verbände. Da die Verbände aber auch in Bezug auf diese Verfahren ein Recht auf Rechtsbehelf nach dem Bundesnaturschutzgesetz (§ 61 BNatSchG) haben und dies durchsetzen können, ist ihnen dementsprechend folgerichtig auch ein Beteiligungsrecht einzuräumen.

### **Zur politischen Würdigung der Auseinandersetzungen um die Partizipation**

Mit dem Regierungswechsel zur ersten CDU-FDP-Landesregierung und dann in der Folge zur allein regierenden CDU-Landesregierung kam es zu deutlichen Einbußen der Partizipationsrechte. Die politische Programmatik zur Wahrung der Belange von Naturschutz und Landschaftspflege änderte sich wesentlich. Die Folge waren mehrfache Änderungen des Landesnaturschutzgesetzes, wo es neben materiellen Abstrichen in den gesetzlichen Bestimmungen auch zu deutlichen Rücknahmen der Verbandsrechte kam. Dies betraf zum einen die Optionen auf Öffnungsklauseln aus dem Bundesrecht für landesspezifische Beteiligungen und Möglichkeiten der Verbandsklage, die das Bundesrecht nach 2002 weiter zulässt und die in Hessen bis dahin in bestimmtem Umfang galten. Desgleichen wurden die Rechte der Beiräte deutlich beschränkt und bspw. das Devolutionsrecht abgeschafft. Und es kam zur Liquidation der Bezirksnaturschutzbeiräte bei den Regierungspräsidien, also der Stelle, wo die regional bedeutsamen und durchweg erheblichen naturschutzbezogenen Vollzugsaufgaben angesiedelt waren und dementsprechende Entscheidungen getroffen wurden.

Die Verbände wurden in diesem Sinne deutlich entrechtet. Maßgeblich ist hier die Grundposition nach dem geltenden Bundesrecht und dem EU-Gemeinschaftsrecht mit der daraus maßgeblichen Etablierung der Beteiligungsrechte und der Möglichkeit über Rechtsbehelfe. Hessen hat hier seine bis dahin geltende traditionelle Rolle als Vorreiter einer engen Verflechtung von Bürgergesellschaft und Verwaltung unter Einbindung der anerkannten Verbände aufgegeben. Man muss dabei konstatieren, dass diese Strategie auch in vielen anderen Bundesländern ähnlich vonstatten ging.

Diese Entrechtung oder die Zurückführung auf den Grundkanon des Bundes- und Gemeinschaftsrechts in Hessen widerspricht der politischen Leitlinie der Landesregierung für eine stärkere Verantwortung der Zivilgesellschaft und der Maßgabe zur Partizipation und Verlagerung von Aufgaben in die Eigenverantwortung.

Die Strategie der zivilgesellschaftlichen Partizipation wird nur aufgehen können und tragfähig werden, wenn die Komponenten hierzu im Gleichgewicht liegen. Dies bedeutet, dass die Übertragung von Verantwortung und die Entlastung staatlicher Aufgaben Hand in Hand gehen müssen mit der Bereitschaft des Staates, sich in seinen eigenen Entscheidungsprozessen einer Kontrolle des Verwaltungshandelns zu unterwerfen und auf Kooperation zu setzen. Dies erfolgte aber nicht. Die einseitige Positionierung hat die Verbände deutlich verletzt und hat dazu beigetragen, dass das ehemals recht gute Verhältnis zur staatlichen Verwaltung gelitten hat. Dies sollte durch deutliche Anstrengungen der Landesregierung sehr rasch wieder korrigiert werden.

Dabei ist maßgeblich zu beachten, dass das Kerngeschäft im Aufgabenbereich von Naturschutz und Landschaftspflege Staatsaufgabe bleibt und nicht übertragbar ist. Dementsprechend relevant sind die regulativen Instrumentarien und auch die staatlich begründeten Anreizinstrumente, wie z.B. die Förderung.

Die Ursachen für diese Entwicklung liegen in einer gegenüber den Jahren 1970-2000 sehr starken Ausrichtung der Politik auf den Wirtschaftsstandort Hessen in Vernachlässigung anderer wesentlicher Aufgaben. Nicht erkannt wird hierbei nach wie vor die große Rolle des Naturschutzes und der Umweltpolitik auch als weicher Standortfaktor. Die Aufgaben des Naturschutzes sind Staatsaufgaben. Sie stehen im Kontext der Daseinsvorsorge und der Ausrichtung der Politik auf nachhaltige Entwicklung und die Raumnutzung. So lässt sich sagen, dass die Landesregierung die Maßgaben der Konvention von Rio de Janeiro nicht hinreichend ernst genommen hat und nicht adäquat umsetzt.

Dieser Grundposition der Landesregierung stehen die Auffassungen der anerkannten Verbände, unabhängig von ihren politischen Verbandszielen, durchweg entgegen. Dementsprechend wurden sie staatlichen Stellen bei der Realisierung ihrer Verwaltungsverfahren beständig mit kritischen Positionen konfrontiert, die eine einfache Zielerreichung erschwerten. Dabei muss betont werden, dass die Beteiligungen der Verbände nicht maßgeblich zur Verfahrensverzögerung oder -verlängerung beitragen. Die Ursachen hierfür liegen anderswo, bzw. sie sind generell eine notwendige Folge der spezifischen Verfahren des Beteiligungsrechts.

Daher verwundert es nicht, wenn man in den letzten Jahren seitens der Landesregierung durchweg mit Positionen konfrontiert wurde, die auf eine Vereinfachung der Verfahren durch Abbau von Beteiligungsrechten setzte – so ließen sich Konflikte umgehen. Besser wurden die Entscheidungen so nicht. Viele Naturschutzanliegen kamen so nicht zum Tragen, wie die notwendige Ausweisung bestimmter Schutzgebiete oder auch die Orientierung auf naturschutzbezogene Projekte. Letzteres scheitert dann, wenn es sich um staatliche Aufgaben handelt, für die der Landeshaushalt die notwendigen Mittel nicht hinreichend bereitstellt, oder wenn Chancen, wie sie sich aus der ELER-Verordnung der EU für die Agrarumweltmaßnahmen ergeben, nicht adäquat durch Steuerung in die zweite Säule der Förderpolitik (s. ELER VO; Agrarumweltmaßnahmen) genutzt werden.

Die hessische Vorgehensweise mag zur Bestimmung, Meldung und Ausweisung der Gebiete NATURA 2000 und der Beachtung der FFH-Richtlinie und der Vogelschutz-Richtlinie formal ausreichend erscheinen, auch ohne die Beachtung der Verbandspositionen und ihrer relevanten Hinweise. Politisch rational erscheint dieses Vorgehen gleichwohl nicht, wenn in mehrfachen Schritten auf Veranlassung der Kommission nachgebessert werden musste, ehe ein kohärentes Netz stand. Wäre man hier frühzeitig konstruktiv aufeinander zugegangen, wären die Probleme besser und schneller zu lösen gewesen. Der Weg hin zum heutigen System NATURA 2000 in Hessen kann deshalb als Debakel bezeichnet werden.

Im Jahre 2008 bestehen nun alle Möglichkeiten einer Landesregierung – ganz unabhängig von ihrer politischen Couleur –, die Grundkonditionen im Aufgabenbereich Naturschutz neu zu bestimmen und wieder auf ein gutes Gleis zu stellen.

### **Schlussfolgerungen**

Aus den Darlegungen sind anhand der Erfahrungen der Jahre nach 1985 folgende Schlüsse zu ziehen:

Naturschutz und Landschaftspflege bleiben Staatsaufgabe, wie sich dies eindeutig aus Art. 20a Grundgesetz und den Zielen des Bundesnaturschutzrechts ableitet. Dies ist auch Grundposition des Landesnaturschutzgesetzes und Konsens der politischen Parteien. Daraus ergeben sich nach wie vor große Chancen für eine parteiübergreifende Positionierung.

Die Aufgaben von Naturschutz und Landschaftspflege werden zugleich in großem Umfang durch die Bürgergesellschaft selbst projektbezogen und in der Aneignung von Natur und Landschaft wahrgenommen und betrieben. Naturschutzziele lassen sich ohne die Verankerung und ein aktives Engagement in der Bürgergesellschaft nicht realisieren.

Dies gelingt individuell mit privatem Engagement. Dies gelingt im größeren Stil aber nur, wenn sich die Bürgergesellschaft hierzu organisiert und verständigt. Naturschutzbelange zugrunde gelegt, wird sich dies durchweg altruistisch darstellen. Demgemäß sind die Naturschutzverbände und ihre Untergliederungen auch als Transmission zwischen Staat und Bürgergesellschaft von entscheidender Bedeutung.

Wer in diesem Kontext erfolgreiche Umweltpolitik ausgestalten will und hierzu Akzeptanz erreichen will, der wird auf ein gutes und konstruktives Verhältnis zu den Verbänden setzen und sie aktiv und regelmäßig konsultieren. Dieser Punkt ist allerdings nicht selbstverständlich. Heute bemühen sich die Lobbyorganisationen im Umweltbereich beständig um Termine im politischen Raum – umgekehrt wird staatlicherseits die Konsultation dagegen nur wenig gesucht und herbeigeführt. Hier bedarf es eines neuen Zuehens auf die engagierten Bürger und die Naturschutzverbände.

Naturschutzpolitik ohne Akzeptanzbildung wird nie erfolgreich sein, weil die Ergebnisse der Naturschutzanliegen immer direkt in der Bürgergesellschaft spürbar sind und durch die Verbände gespiegelt werden. Ohne Akzeptanz in der Öffentlichkeit entsteht hier kein Gewinn und wird Gegenwehr provoziert.

Sofern staatliche Aufgaben im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege wahrgenommen werden, bedarf es hierfür der notwendigen Haushaltsmittel für eine Projektentwicklung und projektgebundene Arbeit. Dies betrifft den Landeshaushalt selbst wie auch die entsprechenden Landesprogramme in der Förderung (ELER, EPLR) mit Maßnahmen im Naturschutzbereich. Bei solchen Projekten ist dann zwingend auf eine Einbindung und Beteiligung der Verbände durch Verwaltungsvorschriften hinzuwirken. Dies schließt die Vorbereitung und Grundlagen genauso ein wie die einzelnen Maßnahmenbereiche. Hierzu zählen aber auch weitere Finanzierungsquellen. Eine deutliche Aufstockung der Mittel der Stiftung hessischer Naturschutz und beispielsweise die Einspeisung auch staatlicher Anteile aus Lottomitteln wäre hier eine gute Basis, aus der Projekte in den Regionen und Gemeinden gut und ergänzend zum Landeshaushalt (entlastend) finanziert werden könnten.

Verwaltung und Bürgergesellschaft brauchen eine gute Basis der Zusammenarbeit bei Entscheidungsprozessen im Naturschutzbereich. Maßgeblich hierfür sind Bürgerversammlungen zu konkreten Anliegen, die den Naturschutz betreffen. Eine Plattform dafür bietet auch die Beiratsarbeit und das echte Ehrenamt. Dieses Ehrenamt in den Beiräten des Naturschutzes sollte dabei deutlich gestärkt werden. Jede Naturschutzbehörde sollte daher wieder ihren Beirat bekommen und diesen mit den gebotenen Aufgaben beteiligen. Ein Devolutionsrecht ist dabei unter den heutigen neuen Verwaltungsbestimmungen zur Wahrung rechtlich korrekter Entscheidungen als Prüfinstrument für rechtlich gesicherte Entscheidungen gewinnbringend und sollte wieder etabliert werden. Aber auch die Entschädigung für den Aufwand und die Tätigkeit der ehrenamtlich Berufenen muss auf das finanziell adäquate Maß gebracht werden. Ein steuerliches Geltendmachen wäre völlig angemessen.

Die Mitwirkung in Verwaltungsverfahren und die daraus resultierenden relevanten Rechte auf gerichtliche Überprüfung entsprechen allen Anliegen im Rahmen der Politik der EU. Hier bedarf es der Überprüfung, welche landesrechtlichen Verfahren dem Bundes- und Gemeinschaftsrecht gleichgestellt werden können. Dies wären naturgemäß nur Vorhaben, die eine entsprechende und gleichwertige Relevanz auf die Umweltbelange und den Naturschutz entfalten.

Alle Entscheidungen in Natura 2000-Gebieten, Befreiungen bzw. Ausnahmen in Schutzgebieten oder gesetzlich geschützten Biotopen sollten ebenso wie die Managementplanung der obligatorischen Beteiligung und Abstimmung zugeführt werden.

Sinnstiftend für eine Konsultation sind auch alle Grundlagen und Vorhaben, die dem Umweltinformationsrecht zugeführt sind, da die Verbände für die Handhabung und Nutzung ausschlaggebend sind und selbst über entsprechende Daten aus Erfassungen und Erkundungen verfügen.

In Bezug auf das Umweltschadengesetz ist eine effektive Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen und Verbänden anzuraten, um hier zur Beachtung der diesbezüglichen Bestimmungen zu kommen, um Schäden vorsorgend abzuwenden und Sanierungspflichten rechtzeitig durchzusetzen.

Die Konsultation und Beteiligung der Verbände muss bei allen Plänen und Programmen aus gesetzlicher Grundlage selbstverständlich sein, wie z.B. bei der Landschaftsplanung und der Bauleitplanung, aber auch bei Vorhaben im Rahmen der Managementplanung in Schutzgebieten und Forsteinrichtungen, bei Vorhaben zu Flurneuordnungen, Lärminderungen oder zur Luftreinhaltung, hinzu kommt die bedeutsame Partizipation bei der Förderungsplanung. In all diesen Fällen bietet sich die temporäre Etablierung von Arbeitskreisen zur Begleitung der Planungen an.

Die ehrenamtliche Arbeit in Beiräten und eine altruistische Verbandsarbeit im Aufgabengebiet von Naturschutz und Landschaftspflege stützen die staatlichen und kommunalen Aufgaben. Es ist daher echtes Anliegen staatlicher Naturschutzpolitik, diese Möglichkeiten zu stärken und zu nutzen. Diese Arbeit im Ehrenamt der Beiräte und der Vereinsarbeit im Allgemeinen muss qualifiziert wahrgenommen werden und benötigt hierzu die Qualifizierung der Akteure im fachlichen, methodischen und rechtlichen Wissen. Unerlässlich hierzu ist die Etablierung einer guten umweltpädagogischen Grundlage, die im Wesentlichen durch die Naturschutzakademie in Wetzlar garantiert werden muss. Dazu zählen aber auch die vielen Informationszentren, die eine ganz wichtige Funktion erfüllen, von großer Bedeutung für die Gesellschaft sind und gerade regional repräsentiert sein sollten. Als Beispiele mögen der Nationalpark Kellerwald, das Infozentrum Kühkopf, das Zentrum in Weilbach (Main-Taunus-Kreis) oder das neue Museum der biologischen Vielfalt in Kranichstein dienen.

Für alle diese Aspekte ist entscheidend, dass Naturschutz hierbei nicht verengt verstanden wird, sondern als eine vernetzende und umfassende Aufgabe, die mit dem gesamten Umweltaufgabenbereich durchdrungen ist und die notwendigen Bezüge insbesondere zur Landnutzung und der Land- und Forstwirtschaft und diesbezüglichen Kooperationen herstellt. Partizipationen sind also nicht bilateral oder einseitig auszugestalten. Sie müssen darauf gerichtet sein, zu tragfähigen und konsensualen Entscheidungen zwischen verschiedenen Akteuren im Raum zu kommen. Naturschutz ist verbunden mit dem Ressourcenschutz und einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Daher muss Naturschutz ökonomischen und sozialen Anforderungen gleichermaßen das Augenmerk schenken, um ihnen angemessen gerecht zu werden. Nur in diesem Dreiklang sind Erfolge dauerhaft erreichbar.

Im Ergebnis kann für die Partizipation schlaglichtartig festgehalten werden:

1. Regelmäßige Konsultation durch politische Entscheidungsträger
2. Konsultation bei Projektplanung und in der Projektdurchführung
3. Konsistente Beteiligung in Verwaltungsverfahren
4. Stärkung des Ehrenamtes und der Beiräte
5. Konsultation bei Vorhaben und Planungen des Naturschutzes
6. Stärkung der umweltpädagogischen Arbeit und der NAH
7. Bessere Finanzausstattung für eine projektbezogene Naturschutzarbeit
8. Sicherstellung der Kooperation aller interessierten Kreise.

## **Zustandsanalyse und Zielkonzept zur Erhaltung und Entwicklung von Streuobstwiesen – Dargestellt am Beispiel einer Gemeinde des Biosphärenreservats Rhön**

Julia Berger

### **1. Einleitung**

Streuobstbestände sind durch menschliche Nutzung entstandene Kulturlandschaftselemente und ein typisches Merkmal der Rhöner Kulturlandschaft. Der Nutzungscharakter hat dabei immer im Mittelpunkt gestanden und somit zur einstigen Verbreitung geführt. Im Laufe der Zeit wurde erkannt, dass Streuobstbestände auch wertvolle Kulturlandschaftsbiotope darstellen, die für den Menschen wie für die Pflanzen- und Tierwelt unverzichtbare Funktionen erfüllen.

Die Strukturvielfalt in Streuobstwiesen und die dadurch ebenso vielfältigen, mosaikartigen Lebensräume bilden die Grundlage für das Vorkommen einer Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten. Durch wissenschaftliche Untersuchungen wurden die Streuobstwiesen – im Unterschied zum modernen, niederstämmigen Intensivobstbau – zu besonders reich strukturierten Lebensräumen mit artenreichen Lebensgemeinschaften erklärt (LUCKE 1992, S. 46).

Der Streuobstbau war ursprünglich und ist bis heute eine landwirtschaftliche Erwerbskultur. Aufgrund des hohen Konkurrenzdrucks durch den modernen Obstanbau wurde jedoch die Wirtschaftlichkeit des Streuobsts enorm entwertet, wodurch sich das Interesse an der Nutzung und an der Pflege stark verringert hat. Folglich gingen viele Streuobstbestände verloren und mit ihnen wertvolle Obstsorten.

Dieser Verlust ist nicht mehr rückgängig zu machen, und daher ist es umso wichtiger, die selten gewordenen Sorten von „damals“ zu schützen und zu erhalten. Natur- und Umweltschutzverbände steuern heute einen großen Teil zur Erhaltung und Pflege von Streuobstbeständen sowie zur Aufklärung der Menschen über die Wichtigkeit des Streuobsts bei. Dennoch ist die Nutzung durch den Menschen wohl der einzig wirkungsvolle Weg zur großflächigen und langfristigen Erhaltung der extensiv bewirtschafteten Streuobstwiesen. Schließlich lassen sich mit den nötigen Pflegemaßnahmen sowie der Vermehrung und Nachpflanzung alter Sorten die Streuobstbestände langfristig sichern.

Die Problematiken des Streuobst-, Sorten- und Interessenverlusts sowie die Aufgabe der Streuobstnutzung wurden im Rahmen der von Oktober 2006 bis März 2007 durchgeführten Diplomarbeit am Fachbereich Landschaftsarchitektur der Fachhochschule Weihenstephan „Zustandsanalyse und Zielkonzept zur Erhaltung und Entwicklung von Streuobstwiesen“ – dargestellt am Beispiel einer Gemeinde im Biosphärenreservat Rhön – erörtert. Der nachfolgende Beitrag stellt die wesentlichen Erkenntnisse und Ergebnisse dieser Arbeit vor und möchte dadurch auf die heutige Situation der Streuobstzustände im Biosphärenreservat Rhön sowie die Möglichkeiten zur Erhaltung der Sortenvielfalt aufmerksam machen.

## 2. Streuobst in der Rhön

Die Streuobstbestände im Biosphärenreservat Rhön, die auch heute noch landschaftsprägende Elemente der bäuerlichen Kulturlandschaften darstellen, liegen zu 80 % zwischen 300 und 500 m ü. NN (GIS – ZENTRALE BAYERISCHE RHÖN). Aber auch in höheren Lagen (< 700 m ü. NN) existieren noch Streuobstbestände. Streuobst in der Rhön wird im landwirtschaftlichen Nebenerwerb, von Kleinstlandwirten, von Gartenbesitzern als Hobby oder von Gartenbauvereinen angebaut und gepflegt. Es ist davon auszugehen, dass Streuobstgürtel oder bandartige, um die Dörfer liegende Streuobstbestände auch in der Rhön früher die meisten Ortschaften umgaben (POKORNY 2006).

Die Folgen des wirtschaftlichen Aufschwungs ab den 1960er Jahren (u.a. Obstimporte aus anderen Regionen Deutschlands und dem Ausland) und seine Auswirkungen auf die Streuobstbestände haben auch die Rhön nicht verschont. Der Streuobstbau verlor zunehmend seine Bedeutung. Bundesweit trugen ab den 1950er Jahren die folgenden Faktoren zum kontinuierlichen Rückgang der Streuobstbestände bei (POKORNY 2006):

- Entwicklung von (Neu-) Baugebieten und großräumigen Gewerbegebieten sowie Straßenbaumaßnahmen
- „Emser Beschluss“ des Bundesernährungsministeriums 1953 mit der Propagierung von Niedrigstamm- und Plantagenanbau als Zukunft des Obstbaus in Deutschland
- EG-Rodungsprämien für jeden hochstämmigen Obstbaum bis 1974

Gründe für den Verlust von Streuobstbeständen in der Rhön sind vor allem fortschreitende Bebauung sowie Interessensverlust und Nutzungsaufgabe, wobei die Bebauung wohl die Hauptursache darstellt.

### 2.1 Kulturhistorische Hintergründe

Die heutige Kulturlandschaft der Rhön ist durch jahrhundertelange land- und forstwirtschaftliche Nutzung der Landschaft entstanden und wird größtenteils auch noch durch die heutige Landwirtschaft erhalten. Durch die jeweiligen technischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen in verschiedenen Zeitepochen hat sich eine Kulturlandschaft entwickelt, die heute als hochgradig schützenswert und erholungswirksam empfunden wird. Sie bietet unzähligen, angepassten Tier- und Pflanzenarten Lebensräume. Durch den auch in der Rhön sich vollziehenden Wandel der Landwirtschaft haben sich Veränderungen der Landschaft ergeben, die sich in von Natur aus ertragsgünstigen Bereichen durch Intensivierung, Rationalisierung und Technisierung äußern, aber es kommt auch zur Nutzungsaufgabe und Brache. Letzteres betrifft vor allem ertragsungünstige Räume, die aufgrund ihrer verhältnismäßig extensiven Nutzung hohen Naturschutzwert besitzen.

Die Rhön stellt einen typischen, für den Naturschutz wertvollen Mittelgebirgsraum dar, der besonders stark vom Rückzug der Landwirtschaft betroffen ist. Sie ist ein hervorragendes Beispiel für eine durch Nutzung geprägte traditionelle Kulturlandschaft (GREBE 1994, S. 75 f.), in der der Streuobstbau seit jeher vertreten war.

### 2.2 Wirkung und Bedeutung von Streuobst für das Landschaftsbild und die Erholung

Die meist großkronigen Obstbäume prägen noch in vielen Bereichen der Rhön das Landschaftsbild. Sei es, dass sie als geschlossene Gürtel die Ortschaften umschließen, als Alleebäume die Wege und

Straßen säumen, als attraktive Einzelbäume auf den Feldern stehen (vgl. Abb. 1) oder in Form ausgedehnter Obstbaumbestände ganze Talhänge bedecken. Immer prägen sie, egal in welchem Erscheinungsbild, die verschiedenen Landschaften mit.



Abb. 1: Zwetschgenbäume auf Intensivacker (Foto: Julia Berger).

In stark durch die landwirtschaftliche Nutzung geprägten Gebieten wurden Heckenstrukturen, Gehölze oder andere gliedernde Strukturen zur Erleichterung der Bewirtschaftung, und um die einzelnen Ackerflächen zu vergrößern, oft weiträumig entfernt. Dort bilden Streuobstbestände oder frei stehende Obstbäume, neben Gewässern, Wäldern oder anderen Laubbäumen, häufig die letzten Gliederungselemente und haben somit eine strukturierende Wirkung auf die Wahrnehmung des Landschaftsbilds, einschließlich der Siedlungsgebiete.

Mit ihrem hohen Wuchs heben sie sich von den niedrigen, flächig erscheinenden landwirtschaftlichen Kulturen ab und erfüllen auf Feldern und Wiesen eine räumlich vertiefende Wirkung. Sie prägen durch ihre unterschiedlichen Erscheinungsformen in Einzelstellung, als formenreiche Gruppie-



Abb. 2: Exponiert stehender Birnbaum bei Fladungen (Foto: Julia Berger).



Abb. 3: Streuobstbestand im Herbst, am Rande der Gemeinde Hausen im Biosphärenreservat Rhön (Foto: Julia Berger).

rungen mit variierender Kronen- und Wuchsform, Blüten- und Laubfärbung die kulturräumliche Unverwechselbarkeit. Vielerorts lassen Obstbäume an Feldrändern, entlang von Straßen oder als Hof- und Gartenbäume die gewachsenen bäuerlichen Strukturen der heimischen Kulturlandschaft erkennen (LUCKE 1992, S. 50 f.).

Die durch Streuobst parkartig gestalteten Landschaften werden von den Menschen als besonders schön empfunden. Sie ziehen vor allem Wanderer und Erholungssuchende, aber auch die umgebende Bevölkerung zum Feierabendspaziergang an. Außerordentlich landschaftsprägend und daher auf den Menschen besonders anziehend wirkend sind exponiert liegende Streuobstbestände, die einen weiten optischen Einzugsbereich haben und damit eine besondere Fernwirkung entwickeln (KORNPROBST 1994, S. 94 f.).

### 3. Bestandserfassung, Analyse und Bewertung

Aufgrund der Tatsache, dass die wertvollen Streuobstbestände in der Rhöner Landschaft immer mehr zurückgehen und eine vermehrte Nutzungsaufgabe zu befürchten ist, wurde das Ziel verfolgt, Möglichkeiten zur Erhaltung und Entwicklung von Streuobstbeständen als genetisches Erbe einer nutzungsbetonten Kulturlandschaft zu entwickeln.

Die Sortenvielfalt der Bäume birgt ein großes Reservoir an vielseitigen Erbanlagen, die es in dem auf wenige marktgängige Sorten spezialisierten Intensivobstbau nicht mehr gibt. Dieses Genreservoir gilt es für die Zukunft zu sichern. Der Fokus sollte hierbei auf der Vermehrung derjenigen Sorten liegen, die sich als robust gegen Klimaeinflüsse, Krankheiten und Schädlinge erwiesen haben. Denn nur durch den Erhalt der robusten und widerstandsfähigen Streuobstsorten lässt sich das wertvolle „Kulturprodukt“ Streuobst für die Zukunft sichern.

Um Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung von Streuobstbeständen zu erschaffen, sind Aussagen über den Pflegezustand der derzeitigen Streuobstbestände und die voraussichtliche Entwicklung dieser innerhalb des Untersuchungsraums erforderlich.

Im Oktober 2006 erfolgte eine Geländebegehung in allen Gemarkungen der Stadt Fladungen, um den aktuellen Streuobstbestand, die Obstartenverteilung, die Sortenvielfalt, den Altersaufbau der Bestände, den Pflege- und Vitalitätszustand, die Bestandsform und die Art der Unternutzung zu erfassen.

Grundlage der Kartierung war eine vorangegangene Luftbildinterpretation im Sommer 2006 durch das Biosphärenreservat Rhön (Bayerischer Teil), bei der Einzelbäume digitalisiert wurden.<sup>1</sup> Die gesamten digitalisierten Daten sind überprüft und vervollständigt worden. Dabei wurden *1091 Einzelbäume* bezüglich ihres Pflegezustands untersucht und insgesamt *253 Streuobstbestände* flächig im Bestandsplan festgehalten (vgl. Abb. 4).

Zusätzlich wurde ein eigener Erhebungsbogen entworfen, anhand dessen jeder Einzelbaum durch bestimmte Aufnahmeparameter dokumentiert wurde, wodurch Aussagen zu Pflegezustand, Vitalitätszustand, Obstsorte, Schäden etc. getroffen werden konnten.

---

<sup>1</sup> Die Luftbildinterpretation fand mit Hilfe des Fachdatenprogramms FIN-View statt. FIN-View wurde für die bayerischen Naturschutzbehörden entwickelt.

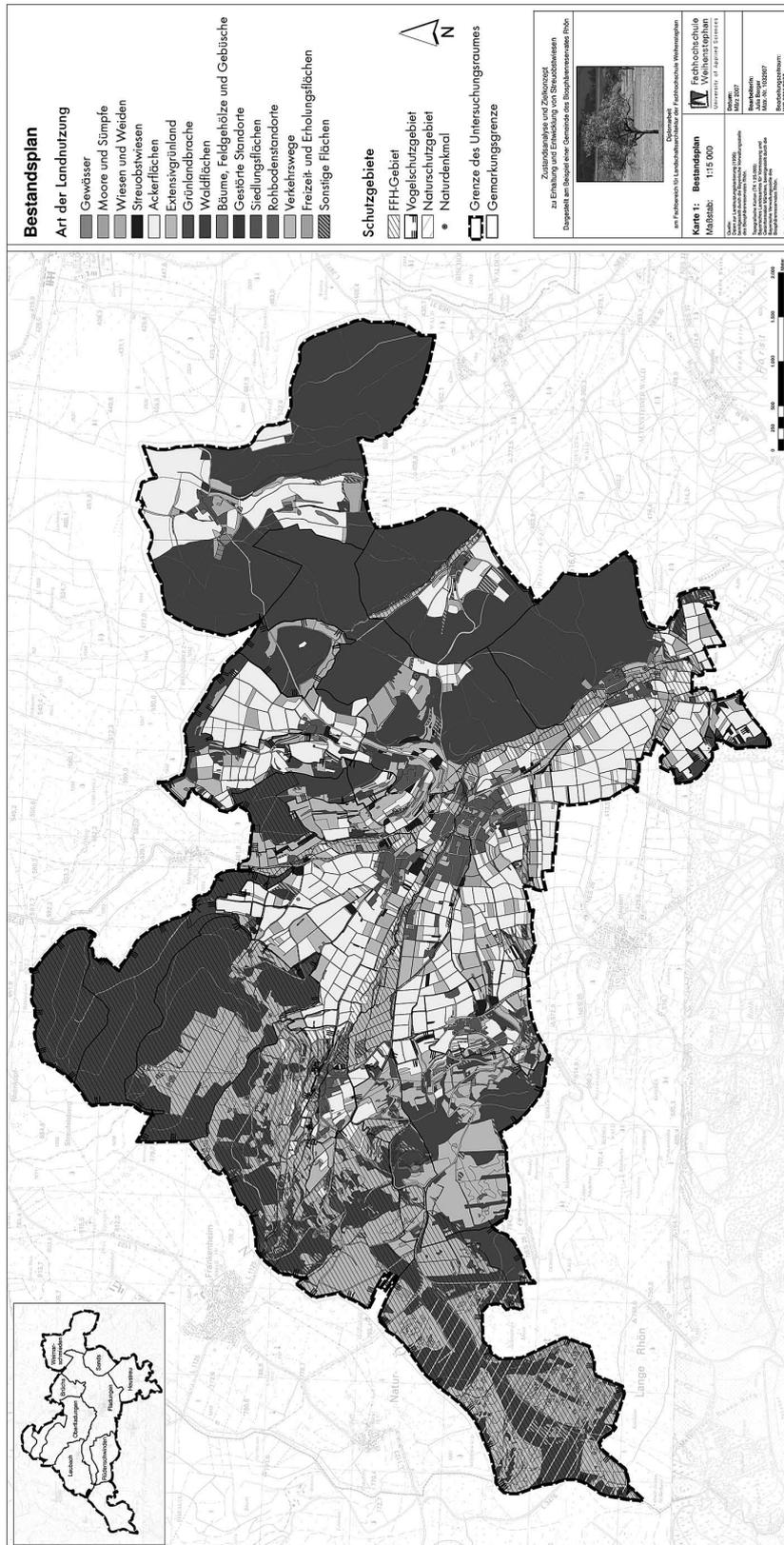


Abb. 4: Darstellung der flächigen Streuobstbestände im Bestandsplan.

Um die Obstsortenvielfalt im Untersuchungsraum zu erfassen, hat das Biosphärenreservat Rhön den Pomologen H.-J. BANNIER beauftragt, die Sorten von Apfel- und Birnbäumen stichprobenhaft und verteilt über alle sieben Gemarkungen zu bestimmen. Im Besonderen stand dabei die Bestimmung von „Mutterbäumen“ im Vordergrund. Dies sind Bäume meist alter Obstsorten, die bei guter Vitalität für die Reiserengewinnung Verwendung finden sollen und eine sehr hohe Bedeutung für das Genpotenzial darstellen.

### **3.1 Bewertungsmethodik**

Auf Grundlage der Zustandsanalyse (Erhebung der Verfasserin 2006) der Streuobstbestände im Untersuchungsraum wurde ein möglichst umfassendes Zielkonzept zur Erhaltung und Entwicklung der Streuobstwiesen in der Gemeinde Fladungen erstellt.

Die Informationen aus der Einzelbaumkartierung wurden im Anschluss in Flächen zusammengefasst. Anhand der aufgenommenen Informationen (Schlüsselmerkmale), die durch den bereits erwähnten Erhebungsbogen erfasst wurden, lassen sich den Flächen schließlich verschiedene Zielkategorien zuordnen, durch die eine Bewertung der Flächen stattgefunden hat. Die Zielkategorien sagen aus, dass die Streuobstwiesen Funktionen für die Bereiche Sortenerhaltung, Naturschutz, Landschaftsbild oder Obstgewinnung erfüllen. Anhand dieser Zielkategorien lassen sich Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung von Streuobstwiesen sowie zur Erhaltung von „alten“, häufig nur noch selten vorkommenden Obstsorten ableiten. Es wurden insgesamt vier Zielkategorien entwickelt:

- Sortenerhaltung: Flächen mit alten Sorten oder Flächen, die zur Anpflanzung alter Sorten dienen.
- Naturschutzziele: Flächen, die besonders viele Funktionen für die Flora und Fauna erfüllen.
- Landschaftsbild: Flächen, die besonders prägend für das Landschaftsbild sind.
- Obstgewinnung: Flächen, die sich zur Obstgewinnung eignen.

Die Ergebnisse der Zielkategoriebelegung wurden in einem Bestands- und Maßnahmenplan kartographisch dargestellt (vgl. Abb. 5). Es werden flächige Streuobstbestände gezeigt, die mit den Zielkategorien belegt wurden.

### **3.2 Zustandsanalyse und Ergebnisse**

In den Landschaften der Rhön finden sich Streuobstwiesen und Streuobstrelikte mit Bäumen mittleren bis hohen Alters. Die Überalterung der Bäume ist eine Folge des mangelnden Interesses der Eigentümer. Offensichtlich wird die fehlende Pflege vor allem am Zustand der Baumkronen, die wegen fehlendem Auslichtungsschnitt häufig zu dicht und überbaut sind sowie zu wenig junges Fruchtholz ausbilden. Des Weiteren ist der Mangel an Pflege auch am Unterwuchs festzustellen. Bei vielen Beständen unterbleibt die Mahd ganz, woraufhin rasch eine Verbuschung einsetzt, die mit der Zeit in Wald übergeht. Diese Form sich in Sukzession befindender Bestände ist vor allem an schwer zu bewirtschaftenden Hanglagen anzutreffen.

Streuobstwiesen sind zeitlebens auf ein Mindestmaß an Pflege angewiesen, damit ein vorzeitiges Altern („Vergreisen“) oder das Verbuschen der Wiesen verhindert werden kann.

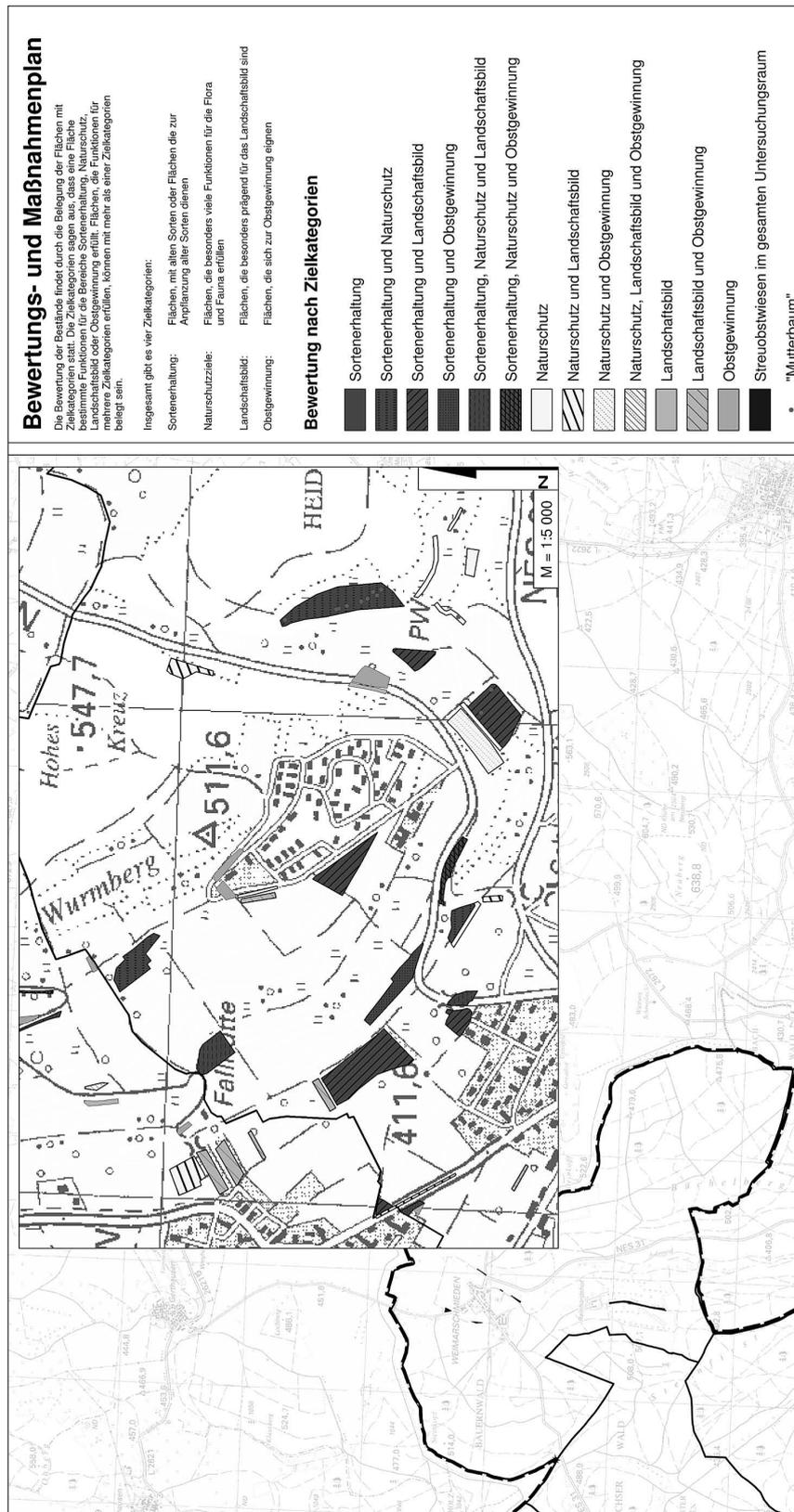


Abb. 5: Ausschnitt aus Bestands- und Maßnahmenplan.

Bei der Kartierung wurden alle Einzelbäume auf ihren Pflegezustand hin überprüft. Dabei wurde unterschieden zwischen:

- *gepflegt*: Bäume, welche einen guten Kronenaufbau haben und offensichtlich regelmäßig gepflegt werden,
- *ungepflegt*: Bäume, die schon seit vielen Jahren nicht mehr geschnitten wurden oder „vergreist“ sind,
- *schlecht gepflegt*: Bäume, welche aufgrund der stattgefundenen Pflege instabil wirken oder schlecht verheilte bzw. verheilende Schnittwunden aufzeigen sowie Bäume, an denen Schnittfehler (z.B. „Stümmelschnitt“) erkennbar waren und
- *angefangen zu pflegen*: Bäume, welche in einem schlechten Pflegezustand sind, aber den noch einen frischen Schnitt aufweisen.

Mehr als die Hälfte der Bäume sind als ungepflegt eingestuft worden. Davon waren viele der Bäume stark vergreist und wiesen z.T. starke Schäden auf (Astbruch, Stammschäden, Wunden). Nur 14 % aller kartierten Bäume konnten als gepflegt eingestuft werden. Der Anteil der Bäume, welche zwar Schnittmaßnahmen erkennen ließen, aber durch falsche Pflege eher instabil wirkten, liegt bei 5 %. Durch entsprechende Wissensvermittlung und Baumschnittkurse kann dem entgegengewirkt werden. Hier wird die Bedeutung des Obst- und Gartenbauvereins Fladungen deutlich, der letzteres bereits anbietet.

In der nachstehenden Graphik werden die Ergebnisse der Pflegezustandsanalyse zusammenfassend dargestellt:

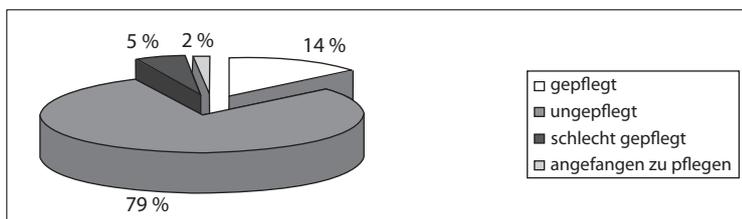


Abb. 6: Pflegezustand der 1091 Einzelbäume.

Auf die 253 Streuobstflächen bezogen stellt sich folgendes Ergebnis dar (hier wurde nur in gepflegt und ungepflegt unterschieden):

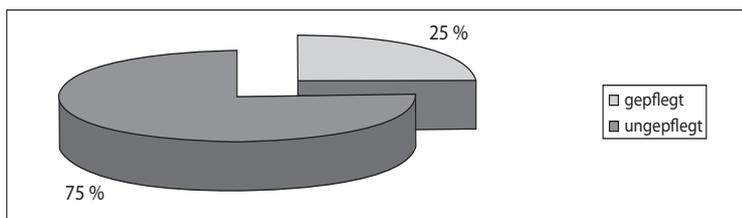


Abb. 7: Pflegezustand der Flächen.

Nach eigener Einschätzung ist ein Großteil der Bäume aufgrund des Pflegemangels in ihrer Existenz gefährdet, was bei weiterem Ausbleiben von Schnitt- und Pflegemaßnahmen beschleunigt wird.

Trotzdem lässt sich bei vielen dieser Bäume durch gezielte Schnittmaßnahmen (Verjüngungsschnitt) die Lebensdauer erhöhen.

### **3.3 Sortenvielfalt**

#### **Bedeutung der Obstarten und Sortenvielfalt**

Die in Mitteleuropa vorkommenden Obstarten haben sich seit Jahrhunderten für die Pflanzung in der Landschaft und in der Siedlung bewährt, wobei nicht alle Arten seit Urzeiten heimisch sind. Wärme-liebende Arten wie Mandel, Mispel, Maulbeere oder Quitte wurden erst von den Römern nach Germanien gebracht und wachsen bei uns nur in günstigen Klimazonen. Andere Arten wie z.B. Apfel, Birne, Kirsche, Walnuss oder Zwetschge vertragen raues Klima hingegen gut und sind deshalb auch für die höheren Lagen deutscher Mittelgebirge geeignet, so auch für den Untersuchungsraum dieser Arbeit.

Neben den Klimaansprüchen der verschiedenen Obstarten sind weitere Aspekte wie Frostempfindlichkeit von Holz und Blüte, Ansprüche an Feuchtigkeit, Durchlüftung, Nährkraft und Bodenansprüche bei der Pflanzung von Obstbäumen nicht zu vernachlässigen. Nur wenn vorher geprüft wird, welche Obstbäume sich für den gegebenen Standort eignen, können Fehlschläge vermieden werden.

Die Strukturvielfalt der Streuobstwiesen erfährt durch die verschiedenen Obstarten eine große Bereicherung, wird jedoch aufgrund der großen genetischen Vielfalt innerhalb ein und derselben Art noch um ein Vielfaches erhöht. Auch aus ökologischer Sicht ist diese Vielfalt an Arten und Sorten von besonderer Bedeutung. Eine Pflanzenkultur, die verschiedene Arten enthält, ist stabiler und widerstandsfähiger gegen Einflüsse (z.B. Schädlingsbefall) von außen, als es bei Monokulturen der Fall ist. Die Blütezeit in Streuobstwiesen erstreckt sich bspw. von Anfang April bis Anfang Juni (je nach Lage und Obstart), wodurch sich die Gefahr von Ernteeinbußen durch Blütenfrost stark verringert. Gleiches gilt auch für das Auftreten von Krankheiten, da diese meist nie an allen Bäumen gleichzeitig und oft auch nur an bestimmten Arten oder Sorten auftreten. Die Arten- und Sortendiversität in Streuobstbeständen kommt vor allem Insekten und Vögeln zugute, da diese aufgrund verschiedener Reifezeiten (Kirschreife ab Mitte Juni bis zu den letzten Apfel- und Birnensorten Ende November) über einen sehr langen Zeitraum Nahrung in den Obstwiesen finden (ZEHNDER/WELLER 2006, S. 60 f.).

Neben den überregionalen Sorten wurden noch bis in die 1950er Jahre hinein vielerorts lokale Sorten, die für eine bestimmte Region günstige Eigenschaften aufwiesen, in Baumschulen vermehrt oder von Obstbauberatern besonders empfohlen. Lokalsorten sind an die örtlichen Standortverhältnisse hervorragend angepasst.

Die Sortenvielfalt ist auch aus biologischer Sicht von großem Interesse, denn jede Sorte hat ihre charakteristischen Eigenschaften, die ein Gen-Reservoir mit vielseitigen Erbanlagen bilden. Aufgrund der großen Vielfalt an Sorten und den damit verbundenen individuellen Eigenschaften entsteht eine große Anzahl unterschiedlicher Nutzungsmöglichkeiten (z.B. Obst als Most, Schnaps, Dörrobst, Kompott, Tafelobst), die seit jeher große Bedeutung fanden. Die große Vielfalt an Sorten ist ein genetisches Erbe, das durch viele vorangegangene Generationen bewahrt wurde (ZEHNDER/WELLER 2006, S. 63).

Der Verkauf des heutigen Tafelobsts wurde im Sortenbild auf den gängigsten Geschmack und die Verbraucheransprüche (auch an rein äußerer Qualität wie Farbe, Aussehen oder Größe) spezialisiert. Die Tafelobstsorten wurden daher anfälliger gegenüber Krankheiten und Schädlingen und in ihrer genetischen Variabilität reduziert. In einzelnen, robusten „alten“ Sorten sowie in Wildobstsorten sind

jedoch die genetischen Informationen über Widerstandsfähigkeit, Wetterbeständigkeit, Krankheits- und Schädlingsresistenz, die in den heutigen Tafelobstsorten oft fehlen, enthalten. Diese genetischen Ressourcen müssen für die Zukunft bewahrt werden, indem die Sorten, die sich als robust gegen Klima, Krankheiten und Schädlinge bewährt haben, weiter vermehrt und angebaut werden. Für den intensiven Tafelobstbau selbst haben diese Sorten zwar keine direkte Bedeutung mehr, aber ihre Resistenzeigenschaften können in der Obstzüchtung wichtig werden. Durch Rückkreuzungen kann die geschmackliche Qualität der Tafelsorte mit erwünschten Resistenzmerkmalen der Streuobstsorte verbunden werden, womit sich die Aufwendungen für den Pflanzenschutz senken lassen (STADLER 1983, S. 437).

Abgesehen davon ist die Vermehrung und weitere Anpflanzung solcher „alten“ und robusten Sorten für alle extensiven Formen des Obstanbaus von besonderer Bedeutung, denn nur mit ihnen lassen sich die schwer zu bewirtschaftenden Hanglagen weiterhin obstbaulich nutzen. Auch die Landschaft kann schon allein durch den Erhalt dieser Sorten, die oft attraktive Einzelbäume darstellen, weiterhin geschmückt werden.

Die Sortenzüchtungen der heutigen Zeit können die wertvollen Funktionen der oft hundert oder mehr Jahre alten Sorten in keiner Weise ersetzen. Daher ist es wichtig, Erhaltungsmöglichkeiten zu schaffen, um die Sorten langfristig zu schützen.

### Sortenermittlung

Im Rahmen einer Sortenerhebung, die ebenfalls im Oktober 2006 (vgl. 3.) stattgefunden hat, wurden ausschließlich die Kernobstsorten Apfel und Birne behandelt. Ziel dieser Erhebung war die Ermittlung des aktuellen Sortiments und des genetischen Potenzials für die Gemeinde Fladungen. Allerdings handelt es sich auch hier um keine vollständige Untersuchung, da aus Zeitgründen nicht alle Obstbäume untersucht werden konnten. Es kam vielmehr darauf an, eine große Anzahl abwechslungsreicher Standorte aufzusuchen. Denn es wurde angenommen, dass sich die Sortenvielfalt aufgrund der unterschiedlichen Standortansprüche der Obstsorten erhöhen würde. Insgesamt sind 508 Bäume untersucht worden. Die folgende Tabelle stellt eine Übersicht der bestimmten und unbestimmten bzw. nicht mit Sicherheit bestimmten *Bäume* (Anzahl) dar:

	<b>Apfel</b>	<b>Birne</b>	<b>Gesamt</b>
Anzahl der Bäume für die Sortenbestimmung	437	71	508
Anzahl der Bäume bekannter Sorten	353	47	400
Anzahl der Bäume unbekannter Sorten	76	20	96
Anzahl der Bäume, deren Sorten nicht mit Sicherheit bestimmt werden konnten	8	4	12

Tab. 1: Anzahl der Bäume nach Obstarten und Sortenbestimmungsstatus.

Insgesamt konnten 62 Apfelsorten und 17 Birnensorten mit Sicherheit bestimmt werden.

Unter den Apfelsorten dominieren ‚Boskoop‘, ‚Goldparmäne‘, ‚Rheinischer Bohnapfel‘, ‚Pflanzenapfel‘, ‚Dülmener Rosenapfel‘, ‚Goldrenette von Blenheim‘, ‚Landsberger Renette‘, ‚Rote

Sternrenette‘, ‚Kaiser Wilhelm‘ und ‚Harberts Renette‘. Bei den Birnensorten sind es ‚Pastorenbirne‘, ‚Gellerts Butterbirne‘ und ‚Prinzessin Marianne‘. Es handelt sich bei den meisten um altbewährte Streuobstsorten, welche für die Mostherstellung verwendet werden, aber teils auch als Tafelobst oder andere Wirtschaftsarten Verwendung finden.

Eine Besonderheit im Untersuchungsraum stellen die zwei Lokalsorten ‚Bulcher/Herrenapfel‘ und ‚Pflankenapfel‘ dar. Es sind beides ausgezeichnete Streuobstsorten. Die Sorte ‚Bulcher/Herrenapfel‘ ist eher als Lokalsorte der hessischen Rhön bekannt und die Sorte ‚Pflankenapfel‘ kommt nur im Raum Fladungen vor (BANNIER mdl. 2006)<sup>2</sup>. Eine andere regionale Sorte der bayrischen Rhön ist außerdem die Sorte ‚Langtons Sondergleichen‘, welche ausschließlich in der Rhön vorzufinden ist, ein Vorkommen an anderen Standorten in Deutschland kann ausgeschlossen werden. Die Sorte stammt ursprünglich aus England. Auch die uralte deutsche Sorte ‚Rote Walze‘ kommt fast nur noch in der Rhön vor, war jedoch einst überregional bekannt (BANNIER mdl. 2006).

#### **4. Entwicklungsziele und Maßnahmen**

Die Erarbeitung der Entwicklungsziele und Maßnahmen zur Erhaltung von Streuobst, die für den untersuchten Raum angewendet werden können, hat sich an den Zielkategorien orientiert. Im Rahmen der zu diesem Thema verfassten Diplomarbeit wurden je Zielkategorie drei Entwicklungsziele mit entsprechenden Maßnahmen vorgeschlagen, die im Folgenden zusammenfassend erläutert werden.

Um die Sortenerhaltung alter, regionaltypischer Obstsorten zu gewährleisten, muss dafür gesorgt werden, dass die alten Bestände in ihrer Vitalität gestärkt und verbessert werden. Dies kann durch kontinuierliche Pflege wie z.B. Pflege- und Vitalisierungsschnitt sowie Totholzentfernung erfolgen. Nur wenn der Verlust alter Bestände verhindert werden kann, ist es möglich, die regionale Sortenvielfalt so weit wie möglich wiederherzustellen. Um das Genpotenzial der an bestimmte regionale Verhältnisse angepassten Sorten für die Zukunft zu sichern, sollten Baumschulen verstärkt diese Lokal- und Regionalsorten nachziehen und bei Neupflanzungen regionaltypische oder standortgeeignete Sorten gewählt werden. Eine positive Entwicklung der Neupflanzungen setzt immer eine standortgerechte Anpflanzung voraus.

Durch die Erhaltung extensiver Nutzung der Streuobstwiesen und die Entwicklung ökologisch besonders wertvoller Bestände kann die Erhöhung der Artenschutzwirksamkeit und Artenvielfalt erzielt werden. Die Förderung eines naturschutzorientierten Streuobstbaus durch z.B. naturschonende Bewirtschaftungsweisen und Pflegemaßnahmen, der Verzicht auf Insektizide, Herbizide und Fungizide und die Umwandlung von intensiver in extensive Bewirtschaftung sichert und verbessert die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes.

Damit auch die folgenden Generationen die kulturhistorischen und landschaftsbildprägenden Strukturen erleben können, müssen diese durch Erneuerung und Wiederherstellung landschaftsprägender Bestände bewahrt werden. Außerdem kann eine weiträumige Unterschutzstellung von Einzelbäumen oder Streuobstbeständen vor großräumigen Rodungen schützen.

---

<sup>2</sup> Nach BANNIER mdl. kommt der Pflankenapfel möglicherweise auch in Münster (Westfalen) vor, hat dort aber keinen eigenen Namen, sondern gilt als unbekannt. Der Pflankenapfel wäre demnach eine sehr alte überregionale Sorte, welche sich nur in der Rhön aus unbekanntten Gründen besonders etabliert hat und von welcher der ursprüngliche Name möglicherweise verloren gegangen ist.

Zur wirtschaftlichen Nutzung des Streuobsts ist es notwendig, vitale Bestände zu erhalten bzw. zu schaffen, die eine gemischte Altersstruktur aufweisen. Der Großteil dieser Bestände sollte sich im ertragsfähigen Alter befinden, um die Möglichkeit einer Vermarktung zu ermöglichen. Von Vorteil ist außerdem der Anbau von Wirtschaftssorten, da diese in ihrem Pflegebedarf aufgrund von Robustheit und geringer Krankheitsanfälligkeit anspruchsloser sind.

## **5. Erhalt durch Nutzung – Ein Fazit**

Zusammenfassend kann auf Grundlage der bei dieser Arbeit herausgestellten Ergebnisse die Tatsache bestätigt werden, dass sich die Streuobstwiesen in der Rhön in einem schlechten Pflegezustand befinden. Weitere Vernachlässigung sowie steigendes Desinteresse der Bevölkerung können dazu führen, dass die Streuobstbestände der Rhön noch weiter abnehmen.

Dennoch lässt sich speziell für den untersuchten Raum festhalten, dass sich hier durch gezielte Pflegemaßnahmen und Entwicklungsansätze die bestehenden Streuobstwiesen sichern lassen. Mit Hilfe von Fördergeldern sowie durch Projekte und Programme zur Förderung des Streuobstbaus wird versucht, diesem Prozess entgegenzuwirken. Bei der Erhaltung und Entwicklung der Rhöner Streuobstbestände sind die Pflege und die richtige Sortenwahl bei Neupflanzungen für eine nachhaltige und langfristige Erhaltung des wertvollen Kulturbiotops Streuobstwiese ausschlaggebend. So kann der Sortenverlust gemindert und die überalterten Bestände vor dem Absterben gerettet werden. Durch extensive Bewirtschaftung der Wiesen und Bäume lassen sich die wertvollen Funktionen für Natur- und Umweltschutz bewahren. Werden Rodungen verhindert und die Nutzung der Obstwiesen weitergeführt, kann der Verlust an Streuobst verringert werden.

Die Aktivitäten der Rhöner Apfelinitiative e.V., die wichtigster Akteur zur Erhaltung des Streuobsts in der Rhön ist, haben in der Region bereits sowohl ideell als auch finanziell eine große Wertschätzung des Rhöner Streuobsts erreicht. Wird in diesem Maße der Streuobstbau weiterhin unterstützt, kann eine positive Entwicklung prognostiziert werden. Durch den Einsatz und den Erfolg der Rhöner Apfelinitiative sowie anderer sich für den Streuobstbau einsetzender Einrichtungen und Personen kann das Interesse der Streuobstbesitzer an ihren Beständen und der Obstverwertung wieder geweckt werden. Es gilt deshalb, die Besitzer mit gezielten Maßnahmen zu überzeugen, so dass sie wieder anfangen, ihre Bestände zu pflegen und zu nutzen.

Schließlich lässt sich das schützenswerte und wertvolle „Kulturprodukt“ Streuobstwiese nur erhalten und sichern, wenn es wieder in den Mittelpunkt des Interesses der Besitzer und Verbraucher rückt. Der Fokus bei der Erhaltung und Entwicklung von Streuobst liegt daher in hohem Maße bei der Entwicklung von Produkten aus dem Streuobstbau.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Natur-, Landschafts- und Erholungsfunktionen sowie die Sortenerhaltung nicht getrennt betrachtet werden dürfen, es besteht sonst die Gefahr einer einseitigen Entwicklung.

## **Literatur**

GIS-ZENTRALE, BAYERISCHE RHÖN o.J.: Digitale Geländemodelle. Meereshöhen

GREBE, PLANUNGSBÜRO 1994: Biosphärenreservat Rhön. Rahmenkonzept für Schutz, Pflege und Entwicklung, Radebeul

KORNPROBST, M. (1994): Lebensraumtyp Streuobst. Landschaftspflegekonzept Bayern, Band II.5

LUCKE, R. / R. SILBEREISEN / E. HERZBERGER 1992: Obstbäume in der Landschaft – Obstbau und Landschaftspflege, Stuttgart

POKORNY, D. 2006: Umweltbericht Rhön. Kapitel: Gefährdete Kulturrassen und Sorten. Entwurf vom 30. März 2006

STADLER, R. 1983: Der landschaftsprägende Streuobstbau und sein Einfluss auf den Erwerbsobstbau. In: Obst und Garten, S. 435-439, Stuttgart

## Revitalisierung der Ulster am „Ulstersack“ – Konzept zur Entwicklung eines Uferrandstreifens und Förderung der Eigendynamik

Johanna Drinnenberg

Die Ausarbeitung stellt eine Zusammenfassung der Masterarbeit im Weiterbildenden Studium „Wasser und Umwelt“ an der Bauhaus-Universität Weimar dar.

### Kurzfassung

Für einen begradigten und ausgebauten Abschnitt der Ulster am „Ulstersack“ im Grenzgebiet Hessen/Thüringen sind im Rahmen des Projekts „Rhön im Fluss“<sup>1</sup> Maßnahmen zur Revitalisierung des Gewässers vorgesehen. Neben der Bestandsvermessung und einer Gewässerschau wurde nach dem LAWA-Vor-Ort-Verfahren<sup>2</sup> eine Strukturgüterhebung durchgeführt. Durch ausgesuchte Maßnahmen zur Förderung der Eigenentwicklung soll das in der EU-Wasserrahmenrichtlinie postulierte Umweltqualitätsziel des guten ökologischen Zustands bis zum Jahr 2015 erreicht werden. Mit Blick auf das fließgewässertypische Leitbild werden Einzelmaßnahmen entwickelt und als Maßnahmenkombinationen in drei Varianten vorgestellt. Gleichzeitig wird zur Quantifizierung des Erfolgs die erwartete Strukturgüteverbesserung dargelegt. Neben der Berechnung der Wasserspiegellagen wurde eine Kosten-Wirksamkeitsanalyse zur Bewertung der Kosteneffizienz vorgenommen. Die Ausweisung eines ausreichend breiten Uferrandstreifens als Entwicklungs- und Sukzessionsfläche ist wesentliche Voraussetzung für den Umsetzungserfolg. Die für die Planungsphase gewählte Projektabwicklung ist auf ähnlich gelagerte Projekte übertragbar.

### 1. Einleitung

Fließgewässer mit ihren Auen gehören zu den artenreichsten Ökosystemen Mitteleuropas. Durch Wasserverschmutzung und Gewässerausbau sind auetypische Tierarten bedroht oder bereits ausgestorben. Die Bach- und Flussauen haben vielerorts den Kontakt zum Gewässer und damit ihre charakteristischen Biotope verloren.

Die Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Gemeinschaft (EU-WRRL) greift diese Problematik auf. So ist eingangs formuliert:

*„Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss.“*

Das in der Wasserrahmenrichtlinie postulierte Ziel einer guten ökologischen und chemischen Gewässerqualität für Oberflächengewässer ist damit verbindlich vorgegeben. Zur Wiederherstellung

---

<sup>1</sup> „Rhön im Fluss“ – ein Projekt zu Revitalisierung und Verbund ausgewählter Rhön-Fließgewässersysteme, s. <http://www.rhoen-im-fluss.de>

<sup>2</sup> Vor-Ort-Verfahren der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) zur Erfassung der Gewässerstrukturgüte.

der ökologischen Funktionsfähigkeit ist die Verbesserung der oft unzureichenden Gewässerstruktur ein bedeutsamer Faktor. Mit diesem Instrument kann die Basis für eine naturnahe Entwicklung entsprechend der naturräumlichen Ausprägung geschaffen werden. Maßnahmen müssen sich daher an den naturraumtypischen Verhältnissen eines Gewässers ausrichten. Die eigendynamische Gewässerentwicklung löst einen idealen Renaturierungsprozess aus. Voraussetzung hierfür ist, wo irgend möglich, die Bereitstellung von Entwicklungskorridoren, die der naturraumtypischen Gewässerdynamik und -entwicklung ausreichend Raum geben (HILLENBRAND 2001).

Auch die Ulster im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön ist von starken Veränderungen ihrer natürlichen Fließverhältnisse geprägt und wurde zusammen mit den Fließgewässern Streu und Brend in das Projekt „Rhön im Fluss“ aufgenommen. Dieses hat die Wiederherstellung bzw. Verbesserung eines Biotopverbunds für national bedeutsame Lebensgemeinschaften durch Maßnahmen der Revitalisierung zum Ziel (RHÖN IM FLUSS 2007).

Zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie wurden mit dem „Modellvorhaben Flussgebietsmanagement Ulster“ auf thüringischer Seite im Jahr 2006 bereits Renaturierungsmaßnahmen umgesetzt. Unmittelbar flussaufwärts gelegen befindet sich als hessische Enklave in Thüringen der „Ulstersack“, der als Naturschutzgebiet „Ulsterwiesen bei Mansbach“, Gemeinde Hohenroda, ausgewiesen ist. Die Landesgrenze verläuft hier im freien Gelände mit dem Flusslauf der Ulster. Zur Sicherung der innerdeutschen Grenze wurde durch DDR-Grenztruppen in den 1980er Jahren die Ulster auch auf hessischer Seite begradigt und ausgebaut. Die Revitalisierung einer Strecke von ca. 1 km im Ulstersack ist bereits als Teilziel im Projekt „Rhön im Fluss“ formuliert. Erreicht werden soll dies insbesondere durch die Entwicklung eines Uferrandstreifens und die Förderung der Eigendynamik. Für die Etablierung eines Entwicklungskorridors wurden bereits Flächenankäufe getätigt, die über Tauschverfahren die Ausweisung eines Uferrandstreifens ermöglichen.

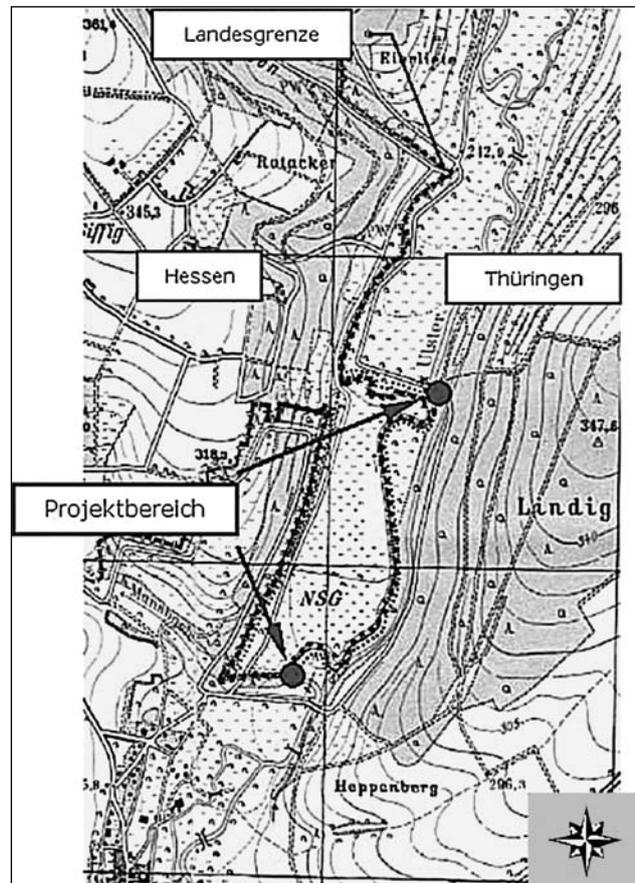


Abb. 1: Kartenausschnitt mit Darstellung des Projektbereichs.

Die Ulster ist ein linker Nebenfluss der Werra. Sie entspringt in der Hessischen Rhön am Nordhang des Heidelsteins und mündet nach insgesamt 55,5 km Lauflänge bei Philippsthal in die Werra. Der Planungsabschnitt liegt zwischen den Ortschaften Wenigentaft (Gemeinde Buttlar) und Pferdsdorf (Gemeinde Unterbreizbach).

## 2. Grundlagen

Zur Feststellung des Flusslaufs in Lage und Höhe wurden zunächst Vermessungsaufnahmen als Grundlage für die hydraulischen Nachweise und eine Gewässerschau durchgeführt. Die hierbei festgestellten besonderen Merkmale wurden dokumentiert und stellen ein wichtiges Planungsinstrument dar.

Obwohl die Wasserrahmenrichtlinie die Umweltziele für Wasserkörper vorrangig auf Grundlage biologischer und chemischer Qualitätskomponenten festlegt, kommt der Erfassung und Bewertung der Gewässerstrukturgüte eine große Bedeutung für ihre Umsetzung zu. Nach dem LAWA-Vor-Ort-Verfahren erfolgte in fünf Teilabschnitten des Bearbeitungsgebiets die Erhebung der Haupt- und Einzelparameter. Zusätzlich wurde zum Vergleich eine Referenzgewässerstrecke als Abschnitt 6 mit aufgenommen.

Im Projektbereich wurden in der Vergangenheit im Rahmen naturschutzfachlicher Planungen bereits Bestandserhebungen durchgeführt, auf die an dieser Stelle verwiesen wird. Ferner wurden durch das Projekt „Rhön im Fluss“ die Untersuchungsergebnisse chemisch-physikalischer und ergänzender Untersuchungen zur Wassertiefe und zum Sohlsubstrat zur Verfügung gestellt.

Die wesentlichen Aspekte der eingangs zitierten Europäischen Wasserrahmenrichtlinie sind mit der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in nationales Recht übernommen und in den Landeswassergesetzen konkretisiert worden.



Abb. 2: Ulster-Fluss-Kilometer 10+367, in Fließrichtung, Steinschüttung entlang des linken Ufers (Foto: Johanna Drinnenberg 19.05.2007).

Der „Ulstersack“ ist sowohl auf der hessischen als auch auf der thüringischen Seite als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Das Naturschutzgebiet „Ulster“ wurde als Gebietsvorschlag für das europäische Schutzgebietsnetz „Natura 2000“ gemeldet.<sup>3</sup>

Die Ulsteraue wird zu beiden Seiten des Flusses landwirtschaftlich genutzt. Die Nutzung reicht bis unmittelbar an das Ufer heran. Am westlichen Rand der Talau führt der Ulsterradweg entlang.

### **3. Zieldefinition**

#### **Leitbildbeschreibung**

Das Leitbild beschreibt die natürlichen Funktionen eines Fließgewässers. Es berücksichtigt keine Nutzungseinflüsse oder -anforderungen, sondern nur die natürlichen Randbedingungen und Gesetzmäßigkeiten sowie irreversibel einzustufende Veränderungen, wie z.B. die Auelehmbildung. Es dient als langfristig beständiger Bewertungsmaßstab und kann nur in Ausnahmefällen als Ziel umgesetzt werden. Unter Anwendung des Leitbilds erfolgt eine Bewertung des Ist-Zustands mit Darstellung der vorhandenen Defizite und der hieraus abgeleiteten Entwicklungsziele.

Zur Bewertung des ökologischen Zustands eines Gewässers werden Referenzzustände beschrieben. Die Wasserrahmenrichtlinie beschreibt als Referenzzustand die typspezifischen hydromorphologischen und chemisch-physikalischen Bedingungen, welche die Rahmenbedingungen für die Ausbildung des sehr guten ökologischen Zustands der Qualitätskomponenten bilden.

Wesentlicher Bestandteil der Leitbildbeschreibung ist die Typisierung der Fließgewässer. Die von SOMMERHÄUSER/POTTGIESSER (2004) für die Bundesrepublik Deutschland erstellten Steckbriefe der einzelnen Typen liefern hierzu Kurzbeschreibungen. Der vorliegende Bearbeitungsabschnitt der Ulster ist dem Fließgewässertyp 9 „silikatisch, fein bis grobmaterialreicher Mittelgebirgsfluss“ zuzuordnen.

#### **Defizitanalyse**

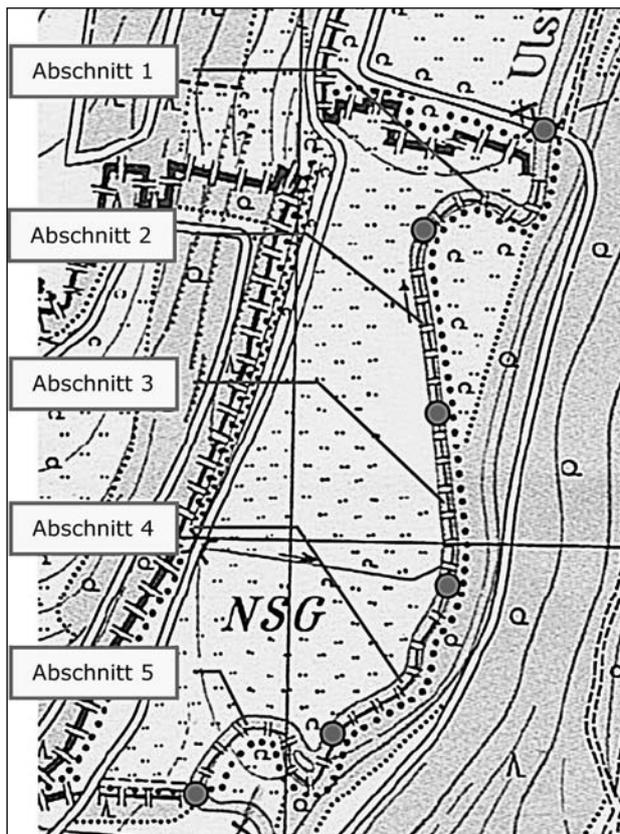
Die Defizitanalyse basiert auf einer Bewertung des Ist-Zustands. Als Bewertungsmaßstab gilt das zuvor beschriebene Leitbild.

Die abiotischen Parameter werden über das äußere Erscheinungsbild der Gewässerstruktur erfasst. Die hierüber vorliegenden Daten geben wichtige Informationen über die ökologische Funktionsfähigkeit des Gewässers. Die Defizitanalyse baut daher schwerpunktmäßig hierauf auf. Zur Beschreibung und Bewertung des Ist-Zustands wird auf die Strukturgütekartierung nach dem LAWA-Vor-Ort-Verfahren zurückgegriffen.

Die anschließende kartographische bzw. graphische Darstellung in Abbildung 3 bzw. 4 geben einen Gesamtüberblick über die Hauptparameter und deren Bewertung, bezogen auf die Abschnitte 1 bis 5 sowie die Referenzgewässerstrecke (Durchbruch Mänderschleife).

---

<sup>3</sup> Die besonderen Erhaltungsgebiete der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) bilden zusammen mit den besonderen Schutzgebieten der Vogelschutzrichtlinie das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000, s. [http://www.bfn.de/0316\\_wasist.html](http://www.bfn.de/0316_wasist.html)



- Abschnitt 1: km 10+113 – km 10+367
- Abschnitt 2: km 10+367 – km 10+590
- Abschnitt 3: km 10+590 – km 10+878
- Abschnitt 4: km 10+878 – km 11+116
- Abschnitt 5: km 11+116 – km 11+400
- Abschnitt 6: km 11+150 nach km 11+450

Abb. 3: Kartenausschnitt o.M. mit Darstellung der Bearbeitungsabschnitte.

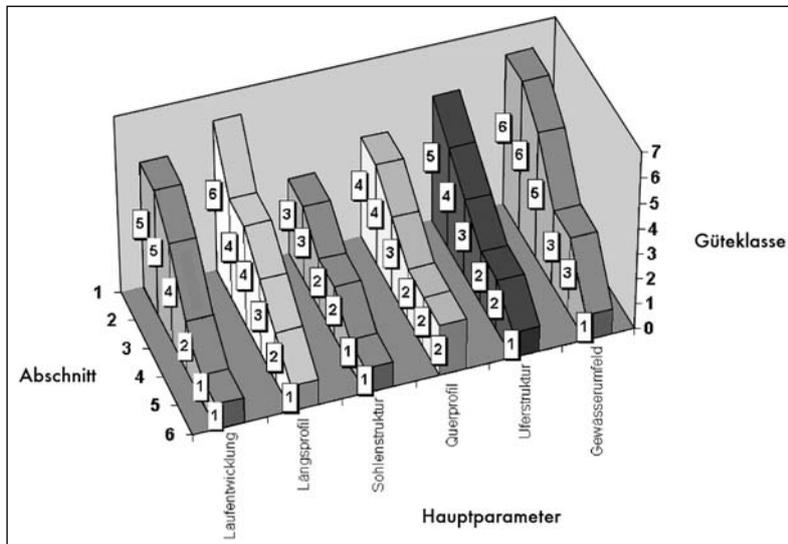


Abb. 4: Hauptparameter mit Güteklassen in den Abschnitten 1 bis 5 und auf der Referenzstrecke (Abschnitt 6).

Bei allen Parametern ist eine deutliche Tendenz im Längsverlauf des Gewässers zu erkennen. Als weitere Qualitätskomponenten sind das Abflussgeschehen und die Feststoffdynamik sowie der Lebensraum der Aue zu beachten.

Zusammenfassend lassen sich die Defizitschwerpunkte wie nachfolgend aufgeführt darstellen.

- **fehlender Uferstrandstreifen**  
(beidseitig in den Abschnitten 1 und 2, einseitig in den Abschnitten 3 bis 5)
- **landwirtschaftliche Nutzung bis unmittelbar an das Gewässer**  
(beidseitig in den Abschnitten 1 und 2, einseitig in den Abschnitten 3 bis 5)
- **Uferverbau**  
(Abschnitt 1)
- **Strukturarmut**  
(durchgehend)
- **Tiefenerosion**  
(überwiegend in den Abschnitten 1 bis 3)
- **Isolierung der Aue vom Gewässer**  
(durchgehend, ausgenommen angrenzender Wald)

### **Entwicklungsziele**

Die Entwicklungsziele lassen sich aus dem Vergleich des potenziell natürlichen Gewässerzustands (Leitbild) mit dem Ist-Zustand unter Berücksichtigung der Restriktionen ableiten (JÜRGING/PATT 2005). Sie definieren den möglichst naturnahen Zustand der sich unter den gegebenen sozio-ökonomischen Bedingungen und unter Einbeziehung der gesellschaftspolitischen Randbedingungen und Kosten-Nutzen-Betrachtungen realistisch erreichen lässt (LAWA 2000).

Vereinfacht lässt sich die Definition auf die Formel bringen:

$$\text{Entwicklungsziele} = \text{Leitbild} - (\text{Defizite} + \text{Restriktionen})$$

Der potenziell natürliche Zustand der Ulster ist als Leitbild beschrieben. Die aktuelle Situation im Projektbereich ist eingehend analysiert und einer Bewertung unterzogen. Die hieraus abgeleiteten Defizite sind unter Berücksichtigung vorliegender Restriktionen Grundlage für die Beschreibung der Entwicklungsziele. Zudem stützt sich die Zielsetzung auf die in der EU-Wasserrahmenrichtlinie benannten Umweltziele zur Erreichung eines guten ökologischen Zustands.

### **Zielkonflikte**

Das Gewässer mit seiner Auenlandschaft unterliegt einer Vielzahl unterschiedlicher Nutzungs- und Schutzinteressen, welche teilweise in Konkurrenz zueinander stehen.

Die Nutzung der Aue ist überwiegend durch die Landwirtschaft geprägt. Weil diese bis unmittelbar an die Ufer heran reicht, müssen dem Gewässer zur Bereitstellung eines Entwicklungskorridors Flächen zugeordnet werden, die dann für die herkömmliche Landnutzung nicht mehr zur Verfügung stehen. Im Projektbereich wurden bereits Flächenankäufe getätigt, weitere sind in Planung.

Zur Anbindung der Aue an das Gewässer und zur Entwicklung von Auenstandorten ist eine Anhebung der Grundwasserstände vonnöten. Da die Aue auch zukünftig landwirtschaftlich genutzt werden soll, kann eine Vernässung nicht uneingeschränkt zugelassen werden. Hier ist im Einzelnen abzustimmen, welche Bereiche als Feuchtareale umgesetzt und wie nachteilige Auswirkungen auf nachbarliche Flächen eingegrenzt werden können.

Ein weiteres wesentliches Handlungsfeld mit Konfliktpotenzial ist der Naturschutz. Das Projektgebiet befindet sich sowohl auf der hessischen als auch auf der thüringischen Seite im Naturschutzgebiet „Ulster“ bzw. „Ulsteraue“. Die in den Pflege- und Entwicklungsplänen formulierten Schutzziele sind daher bei der Planung zu beachten. Die geplanten Maßnahmen an der Ulster sind Bausteine zur Erreichung des guten ökologischen Zustands des Gewässers. Sie dienen gleichermaßen dem Naturschutz. Gewässer und Aue werden langfristig davon profitieren. Dennoch sind die Auswirkungen auf Natur und Landschaft zu prüfen, um z.B. den Einfluss auf etablierte Ersatzstandorte und -gesellschaften abzuwägen.

#### 4. Maßnahmenkatalog zur Zielerreichung

Vorrangig werden Maßnahmen erarbeitet, welche die eigendynamische Entwicklung fördern und die weitere Modellierung dem natürlichen Abflussregime mit dem Motor der Wasserkraft überlassen. Schwerpunkte werden bei den Defiziten gesetzt, die einen nachhaltigen Einfluss auf das Gesamtsystem haben.

Um eine zweckmäßige und überschaubare Zuordnung zu erhalten, erfolgt eine räumliche Aufteilung innerhalb des Gewässerquerschnitts in die Bereiche Sohle, Ufer, Aue. Tabelle 1 stellt die einzelnen Bereiche mit den ihnen zugeordneten Entwicklungszielen dar. Einige erscheinen in der Aufzählung mehrfach, was als Hinweis auf die natürliche laterale Vernetzung und die Abhängigkeiten der Teilbereiche zueinander zu deuten ist.

Entwicklungsziel	Sohle	Ufer	Aue
geschwungene Linienführung	+	+	+
eigendynamische Entwicklung	+	+	+
aktive Lateralentwicklung	+	+	+
Unterbinden der Eintiefung	+		
Anhebung der Gewässersohle	+		
Entwicklung eines flacheren Bettes	+	+	
Erhöhung der Tiefenvarianz und der Strömungsdiversität	+		
Verbesserung der Breitenvarianz	+	+	
Weitungen und Verengungen	+	+	
Entwicklung naturgemäßer Gewässerbreiten	+	+	
gewässertypische Sohlenlage	+		
Verringerung des Grundwasserflurabstandes	+		
lauftypische Sohlformen	+		
struktureichere Sohle mit differenzierterer Substratverteilung	+		
Bereitstellen und Sichern von Entwicklungsflächen		+	+
Entwicklung natürlicher, struktureicherer Ufer		+	

gewässertypische Uferhabitats		+	
wechselnde Uferformen		+	
Ausweisung eines Randstreifens als natürlicher Entwicklungsraum			+
Herrichten von Bewirtschaftungsgrenzen gegenüber genutztem Umfeld			+
Unterstützung eines ausgeglichenen Temperaturhaushaltes			+
Anbindung der Aue an das Gewässer, laterale Vernetzung			+
Anhebung der Grundwasserstände			+
Entwicklung von Auenstandorten, ggf. Sekundärauen			+
Gewässerverträgliche Auennutzung			+

Tab. 1: Teilgruppen Sohle, Ufer und Aue mit zugeordneten Entwicklungszielen.

Die nachfolgend aufgeführten Einzelmaßnahmen wurden im Einzelnen betrachtet und bewertet. Auf eine detaillierte Ausführung wird im Rahmen des vorliegenden Beitrags verzichtet.

- Grundswellen aus Pfahlreihen
- Grundswellen mit Totholz
- mehrmaliges Einbringen von Grundswellen
- Sohlanhebung (Sohlengleiten)
- Belassen und Einbringen von Totholz
- Einbringen von Störelementen
- Einbau von Strömunglenkern
- Rücknahme der Böschungssicherung
- Gewässeraufweitung
- Gewässereinengung
- Uferrandstreifen
- Stilllegung Entwässerungsgraben
- Aufweitung Entwässerungsgraben
- Auwaldentwicklung
- Wiese Gemarkung Pferdsdorf

Auf der Grundlage der vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen werden in drei Varianten Maßnahmenkombinationen vorgestellt, die zur Zielerreichung geeignet sind (s. Tab. 2). Hierbei gilt als übergreifendes Leitziel die Formulierung der Aufgabenstellung „Konzept zur Entwicklung eines Uferrandstreifens und Förderung der Eigendynamik“. Die Varianten stellen in aufsteigender Folge Eingriffe in unterschiedlicher Intensität dar. Zur Quantifizierung des Erfolgs wird die durch die Maßnahmen erwartete Strukturgüteverbesserung der Hauptparameter den Werten der Bestandserhebung gegenübergestellt.

V	Einzelmaßnahme	Strukturgüte														
		Ist-Zustand							Planung							Δ
	Beschreibung	Laufentwicklung	Längsprofil	Sohlenstruktur	Querprofil	Uferstruktur	Gewässerumfeld	Mittelwert	Laufentwicklung	Längsprofil	Sohlenstruktur	Querprofil	Uferstruktur	Gewässerumfeld	Mittelwert	
	<p>Erläuterungen:</p> <p>x = direkter Einfluss der Einzelmaßnahme auf Strukturgüte des Hauptparameters</p> <p>o = indirekter Einfluss der Einzelmaßnahme auf Strukturgüte des Hauptparameters</p>															
1	Belassen und Einbringen von Totholz								o	o	x	o				
	Einbringen von Störelementen								o	o	x	o				
	Einbau von Strömungslenkern								o	o	x	o				
	Rücknahme der Böschungssicherung								x			x	x			
	Uferrandstreifen												x	x		
	Stilllegung Entwässerungsgraben													x		
	<b>Gesamtbewertung Abschnitte 1-5</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>5</b>	<b>3,3</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2,3</b>	<b>1,0</b>
2	<b>wie Variante 1 zzgl.:</b>															
	Grundschwelle aus Pfahlreihen								o	x	x	o				
	Grundschwelle mit Totholz								o	x	x	o				
	mehrmaliges Einbringen von Grundswellen								o	x	x	o				
	Sohlanhebung								o	x	x	o				
	<b>Gesamtbewertung Abschnitte 1-5</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>5</b>	<b>3,3</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2,3</b>	<b>1,0</b>
3	<b>wie Variante 2 zzgl.:</b>															
	Gewässeraufweitung								x	o		x	x			
	Gewässereinengung								x	o		x	x			
	Wiese Gemarkung Pferdsdorf													x		
	Aufweitung Entwässerungsgraben													x		
	Auwaldentwicklung													x		
	<b>Gesamtbewertung Abschnitte 1-5</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>5</b>	<b>3,3</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2,0</b>	<b>1,3</b>

Tab. 2: Maßnahmenkombinationen der Varianten 1, 2 und 3 mit jeweiliger Strukturgütebewertung.



## 5. Kostenuntersuchungen

Die Kostenermittlung wurde jeweils für die Varianten 1, 2 und 3 ermittelt. Es wurden lediglich die einmaligen Investitionskosten erfasst, für die Betriebs- und Unterhaltungskosten wird davon ausgegangen, dass diese langfristig nicht anfallen.

Die Kosten-Wirksamkeitsanalyse ist ein geeignetes Planungsinstrument zur Auswahl und Bewertung kosteneffizienter Maßnahmen, wie sie die Wasserrahmenrichtlinie fordert. Die Methodik lehnt sich an die Vorgehensweise der „Kosten-Wirksamkeitsanalyse für Gewässerstrukturmaßnahmen in Hessen“ (HILLENBRAND 2001) an. Die Kostenwirksamkeit wird als Quotient der aufzuwendenden Kosten für die Revitalisierungsmaßnahme und der prognostizierten Strukturgüteverbesserung dargestellt.

Um einen Vergleich innerhalb des Projekts und auch mit anderen Maßnahmen zu ermöglichen, werden die Projektkosten auf die Gewässerstrecke bezogen [€/lfdm].

Die Daten der Strukturgüte (Bestand und Planung) sind in Tabelle 2 erfasst. Die langfristig erwartete Strukturgüteverbesserung basiert auf einer vor Ort erfolgten projektbezogenen Einschätzung. Sie ist im Wesentlichen von der Entwicklungsfreudigkeit des Gewässers abhängig. Eine Vorhersage hierzu, insbesondere über Häufigkeit und Intensität größerer Hochwasserereignisse, ist nicht möglich.

Zur Auswertung wurde der Projektbereich in zwei Hauptabschnitte untergliedert.

- Hauptabschnitt 1: km 10+133 bis km 10+878 (Abschnitte 1-3)
- Hauptabschnitt 2: km 10+878 bis km 11+400 (Abschnitte 4-5)

Die Ergebnisse der Analyse sind in der nachfolgenden Tabelle 3 zusammengestellt.

V	Abschnitt	PK	L	K	ΔSGK	KW
		[€]	[lfdm]	[€/lfdm]	[-]	[€/lfdm/ΔSGK]
1	Hauptabschnitt 1	36.257,00	745,00	49,00	1,6	31,00
	Hauptabschnitt 2	11.412,00	522,00	22,00	0,3	73,00
	<b>Gesamtbewertung</b>	<b>47.669,00</b>	<b>1.267,00</b>	<b>38,00</b>	<b>1,0</b>	<b>38,00</b>
2	Hauptabschnitt 1	57.654,00	745,00	77,00	1,6	48,00
	Hauptabschnitt 2	11.412,00	522,00	22,00	0,3	73,00
	<b>Gesamtbewertung</b>	<b>69.066,00</b>	<b>1.267,00</b>	<b>54,51</b>	<b>1,0</b>	<b>55,00</b>
3	Hauptabschnitt 1	158.522,00	745,00	213,00	2,2	97,00
	Hauptabschnitt 2	26.585,00	522,00	51,00	0,4	128,00
	<b>Gesamtbewertung</b>	<b>185.107,00</b>	<b>1.267,00</b>	<b>146,00</b>	<b>1,3</b>	<b>112,00</b>

Tab. 3: Kosten-Wirksamkeitsanalyse.

PK = Projektkosten	Kostenangaben incl. MWSt
L = Gewässerstrecke	Allgemeine Baustellenkosten und Ingenieurleistungen
K = spezifische Kosten	im Hauptabschnitt 1 berücksichtigt.
ΔSGK = Strukturgüteverbesserung	
KW = Kosten-Wirksamkeit	

## 6. Diskussion und Anwendung

Die drei Ausführungsvarianten stellen Vorschläge dar, die zur Revitalisierung der Ulster im Projektbereich geeignet sind. Die Varianten sprechen unterschiedliche Defizitschwerpunkte an. Sie unterscheiden sich in ihrer Ausprägung und den damit verbundenen Aufwendungen. Grundsätzlich wird die Ausweisung eines ausreichend breiten Uferstrandstreifens als Entwicklungs- und Sukzessionsfläche vorausgesetzt und findet in allen Varianten Berücksichtigung. Auf der hessischen Seite wurden durch Flächenankäufe bereits entsprechende Vorbereitungen getroffen, für Thüringen ist ein Streifen in einer Breite von 10 m bislang gesichert. Damit wird den Defizitschwerpunkten „fehlender Uferstrandstreifen“ und „landwirtschaftliche Nutzung bis unmittelbar an das Gewässer“ bei allen drei Varianten entgegen gewirkt. Über die aufgeführten Vorschläge hinaus sind weitere Kombinationen möglich.

Es werden folgende Bewertungskriterien herangezogen:

- Förderung der Eigenentwicklung
- Verbesserung der Gewässerstruktur
- Veränderung der Wasserspiegellage
- Einfluss auf die Sohleintiefung
- Einfluss auf die Aue
- Kosteneffizienz
- Unterhaltung und Pflege
- Umsetzbarkeit

Die Eigenentwicklung wird mit den in Variante 1 dargestellten Maßnahmen intensiv gefördert. Diese führen zu einer deutlichen Verbesserung der Gewässerstruktur. Die Wasserspiegellage verändert sich beim Mittelwasserabfluss unwesentlich, beim 5-jährlichen Abfluss erfolgt eine Anhebung i.M. um 20 cm, beim 100-jährlichen Abfluss i.M. um 30 cm. Hinsichtlich der Sohleintiefung sind keine nennenswerten Auswirkungen zu erwarten. Die Aue wird lediglich durch die Stilllegung des Entwässerungsgrabens beeinflusst. Die Kosten sind mit ca. 48.000 € ermittelt, die Kosten-Wirksamkeit ist mit 38 €/lfdm/€ ΔSGK ausgewiesen, was in Anlehnung an HILLENBRAND (2001) als „sehr gut“ einzustufen ist. Unterhaltungs- und Pflegearbeiten werden anfangs zur Kontrolle und Nachbesserung erforderlich, danach werden sie sich im Rahmen der bislang üblichen Aufwendungen (Status quo) bewegen. Umsetzbarkeit und Akzeptanz werden als positiv eingeschätzt.

Die Verbesserungen aus der Variante 2 gegenüber der Variante 1 liegen vordergründig im positiven Einfluss auf die Sohleintiefung. Dies kann nicht verwundern, da sich die Maßnahmen zur Sohl-anhebung genau in diesem Punkt von der Variante 1 unterscheiden. Die Wasserspiegellagen liegen i.M.

um ca. 6 cm über denen der Variante 1. Der Einfluss auf die Aue sowie Aufwendungen für Unterhaltung und Pflege stellen sich unverändert dar. Auch hinsichtlich der Umsetzbarkeit wird eine gleiche Einstufung gegeben. Bei den Kosten errechnet sich eine deutliche Erhöhung auf ca. 70.000 €, was insbesondere auf die über eine längere Strecke vorgeschlagene Sohlanhebung im ersten Abschnitt zurückzuführen ist. Dementsprechend ist bei der Kosten-Wirksamkeit eine Steigerung auf 55 €/lfdm/ϕ ΔSGK ermittelt. HILLENBRAND (2001) weist diesen Wert als „gut“ aus. Auf lange Sicht stellen die Maßnahmen zur Stabilisierung der Sohle einen nachhaltigen Schutz vor einer fortschreitenden Sohleintiefung dar, die in ihren Auswirkungen oft unterschätzt wird.

Die Variante 3 verursacht die einschneidendsten Eingriffe. Die in den Varianten 1 und 2 aufgeführten Maßnahmen finden auch hier Anwendung. Durch die Gewässeraufweitungen kann ein allmählicher Übergang in die Aue geschaffen werden. Je nach Flächengröße kann sich hierdurch eine Sekundäraue etablieren, die zu einer deutlichen Aufwertung der Uferbereiche und des Gewässerumfelds führt. Der Einfluss auf die Wasserspiegellagen ist beim Mittelwasserabfluss vernachlässigbar, beim 5-jährlichen Abfluss (HQ5) ist gegenüber dem Bestand i.M. eine Anhebung um ca. 30 cm, beim 100-jährlichen Abfluss (HQ100) eine Anhebung um i.M. 35 cm zu verzeichnen. Die maximalen Erhöhungen liegen bei ca. 50 cm für das HQ5 und bei ca. 70 cm für das HQ100. Flussaufwärts reduzieren sich die Werte und liegen unter denen der Varianten 1 und 2. Sofern die gegenüber dem derzeitigen Zustand frühzeitigeren Ausuferungen nicht akzeptiert werden können, sind die Aufweitungen in ihrer Ausdehnung zu vergrößern. Die in erheblichem Umfang erforderlichen Erdbewegungen verursachen entsprechend hohe Kosten. Sie wurden mit ca. 185.000 € ermittelt, bei der Kosten-Wirksamkeit liegt der Wert mit 112,00 €/lfdm/ϕ ΔSGK in einem Bereich der von HILLENBRAND (2001) als „mittel“ eingestuft wird. Die Gewässerprofilierungen intensivieren die eigendynamische Entwicklung und verstärken die Maßnahmen der Variante 1 zur Strukturverbesserung. Dies wirkt sich insbesondere bei der Laufentwicklung und der Uferstruktur aus. Für die Unterhaltung und Pflege ist in den ersten beiden Jahren gegenüber den Varianten 1 und 2 mit intensiveren Einsätzen zu rechnen. Ungeklärt ist, wo und wie die Aushubmassen Verwendung finden können. Hinsichtlich der Umsetzbarkeit ist die Frage der Finanzierung ein wesentlicher Aspekt, der frühzeitig der Klärung bedarf. Um die Akzeptanz für eine solche Lösung zu finden, sind Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit wichtige Voraussetzungen. Denkbar ist auch eine Reduzierung der Aufweitungen auf weniger Bereiche, was jedoch die Laufentwicklung verzögert und das Pendeln des Flusses in der Aue vermindert.

Unter dem Fokus der Aufgabenstellung „Förderung der Eigendynamik“ und dem Anspruch der Kosteneffizienz im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie ist der Variante 1 der Vorzug zu geben. Um einer weiteren Sohleintiefung entgegen zu wirken, sollten zumindest an ausgesuchten Stellen Grundschwellen angelegt werden. Zur lateralen Vernetzung ist insbesondere der Bereich des südlichen Entwässerungsgrabens bei km 10+878 hervorzuheben und wird daher zur Ausführung empfohlen. Unterhaltung und Pflege werden bei allen Varianten als langfristig günstig eingeschätzt, der Umfang wird sich im Rahmen der derzeitigen Aufwendungen bewegen. Die Verwendung von örtlich anstehendem Material liegt bei allen Einzelmaßnahmen nahe und trägt zu einer kostenverträglichen Lösung bei. Deutliche Unterschiede sind in den beiden Hauptabschnitten festzustellen (Hauptabschnitt 1 = Fluss-km 10+113 bis 10+878, Hauptabschnitt 2 = Fluss-km 10+878 bis 11+400). Die bereits bei der Bestandserhebung dokumentierten Differenzen stellen sich für die Ausführung gleichermaßen dar.

Grundsätzlich tragen Maßnahmen, welche mit Erdbewegungen verbunden sind, zu einer erheblichen Kostensteigerung bei, so dass sich bei der Kosten-Wirksamkeit wesentlich ungünstigere Werte errechnen. Der Umfang solcher Eingriffe sollte daher kritisch in Abwägung der Gründe und der angestrebten Teilziele betrachtet werden.

Wie sich ein Gewässer entwickeln wird, ist schwer vorauszusehen. Wesentliche Faktoren hierfür sind die breitenspezifische Strömungsleistung, die Abflussdynamik und Überschwemmungshäufigkeit, die Erosionsresistenz (Festigkeit) des Ufermaterials und des Uferbewuchses sowie die Intensität des Feststoff- bzw. Geschiebetransports (HILLENBRAND 2001). Erfolgskontrollen einer Fließgewässerrevitalisierung sind daher erforderlich, um die mit der Planung festgelegten Ziele auf ihre Wirkung zu überprüfen. Hierzu wird ein Vergleich zwischen der Ausgangslage und der Situation nach der Umsetzung der Maßnahme vorgenommen. Sofern sich die Entwicklung nicht wie erwartet einstellt, können zusätzliche Maßnahmen eingeleitet werden, welche die Beseitigung der Mängel herbeiführen. Die Datenauswertung der Erfolgskontrollen kann für die Planung und Ausführung zukünftiger Projekte wertvolle Informationen liefern und so zum Erfolg von weiteren Revitalisierungsmaßnahmen beitragen.

## Literatur

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN (2000): Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 327 vom 22. Dezember 2000. EG-WRRL

HILLENBRAND, Th. / E. BÖHM / J. LIEBERT / A. ROSER (2001): Kosten-Wirksamkeitsanalyse für Gewässerstrukturmaßnahmen in Hessen, Endbericht. Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe [http://www.isi.fhg.de/n/Projekte/pdf/Bericht\\_Hessen.pdf](http://www.isi.fhg.de/n/Projekte/pdf/Bericht_Hessen.pdf)

JÜRGING, P. / H. PATT (2005): Fließgewässer und Auenentwicklung, Grundlagen und Erfahrungen, Berlin/Heidelberg

LÄNDERARBEITSGEMEINSCHAFT WASSER (2000): Gewässerstrukturgütekartierung in der Bundesrepublik 2000 Deutschland – Verfahren für kleine und mittelgroße Fließgewässer, Berlin

SOMMERHÄUSER, M. / T. POTTGIESSER (2004): Steckbriefe der Fließgewässertypen (Typ 9. Silikatische, grob- bis feinmaterialreiche Mittelgebirgsflüsse) <http://www.wasserblick.net/servlet/is/18727/Typ9.pdf?command=downloadContent&filename=Typ9.pdf> (Datum des Zugriffs: 21.01.2008)

RHÖN IM FLUSS: Revitalisierung und Verbund ausgewählter Rhön-Fließgewässersysteme (2007): DBU-Abschlussbericht, DBU-Az.: 20793

VERORDNUNG ÜBER DAS NATURSCHUTZGEBIET „ULSTERWIESEN BEI MANSBACH“ vom 11. Dezember 1991, Staatsanzeiger für das Land Hessen Nr. 32, 30.12.1991

WASSERHAUSHALTSGESETZ in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.08.2002 (BGBl. I S. 3245), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25.06.2005 (BGBl. I S. 1746)

# Nachruf

## **Nachruf – Prof. Dipl.-Ing. Reinhard Grebe**

Prof. Reinhard Grebe verstarb am 10. Oktober 2007 plötzlich und unerwartet nach einer kurzen, aber schweren Erkrankung im Alter von 79 Jahren. Die Betroffenheit über den Verlust eines großherzigen Menschen und eines bedeutenden Landschaftsarchitekten ist groß. Viele werden ihn vermissen. Weit über die Ruhestandsgrenze von 65 Jahren hinaus hat er mit hoher Identifikation seinen Beruf, der ihm immer Berufung war, engagiert ausgeübt und sein Planungsbüro in Nürnberg geführt.

Reinhard Grebe studierte nach einer Gärtnerlehre Landschaftspflege an der TU Hannover, wurde Landschaftsarchitekt BDLA/DASL, gründete 1966 sein Büro für Landschaftsplanung in Nürnberg, das mit 25 Mitarbeitern zu den bedeutendsten in Deutschland zählte, und übergab dies im Jahre 2000 an seine Mitarbeiter. Eine große Zahl ländlicher Räume und bedeutender Städte und Großstädte tragen in ihrer Flächennutzungsplanung und in der Begleitung ihrer Umsetzung seine Handschrift. 150 Landschaftspläne sind eine Größenordnung dieser Arbeit des Büros Grebe, die mit zahlreichen besonders herausragenden, langjährig begleiteten Projekten, wie z.B. im Altmühltal und natürlich in der Rhön, ein Beleg für das Engagement und die Anerkennung von Reinhard Grebe sind. Eine Vielzahl wissenschaftlicher Arbeiten und Gutachten sowie zahlreiche Publikationen bezeugen darüber hinaus sein vielseitiges und nachhaltiges Wirken, das immer geprägt war durch eine ganzheitliche Sichtweise von Landschaft, Natur und menschlichen Lebens- und Siedlungsräumen. Er war seit 1980 Mitglied des Deutschen Rates für Landschaftspflege. Mehr als 15 Jahre lang lehrte er mit großem Engagement als Honorarprofessor an der TU München und gab seine theoretischen Kenntnisse und praktischen Erfahrungen an die Studenten weiter.

Sein Wirken in der Rhön seit den 1980er Jahren und sein Einsatz für eine angemessene Zukunftsplanung für das seit 1990 bestehende UNESCO-Biosphärenreservat Rhön verbinden ihn für immer mit dieser Mittelgebirgslandschaft und dem herausragenden UNESCO-Projekt. Der Schutz, die Pflege und die Entwicklung dieser Kulturlandschaft waren für ihn eine Sache des Herzens und des Verstandes, ein tiefes inneres Anliegen, das er mit einem unermüdlichen Einsatz verfolgte, der weit über das hinausging, was der Planungsauftrag für die Erarbeitung des 1995 veröffentlichten „Rahmenkonzepts“ beinhaltete. Es war das erste Konzept dieser Art für ein deutsches Biosphärenreservat, mit neuen Wegen und Methoden hinsichtlich Kooperation und Partizipation mit Beteiligten und Betroffenen. Man muss es als eine echte Pionierarbeit würdigen, die in hohem Maße integrierend und orientierend wirkte. Er hat dafür gestritten, gekämpft und überzeugt. Ein Weg, der über fünf Jahre Planung und Abstimmung bedeutete – mit Gremien, Institutionen und Personen, die, z.T. von Unwissenheit und Vorurteilen geprägt, der Einrichtung des Biosphärenreservats Rhön mit massiver Ablehnung und öffentlichem Widerstand begegneten. Es gab aber auch diejenigen, die aus Überzeugung das Projekt befürworteten und die Vorschläge von Reinhard Grebe und seinen Mitarbeitern aktiv unterstützten und sich dafür engagierten. Der Weg war lang, auch schwierige Kompromisse mussten gefunden werden, bis das Büro Grebe nach zahlreichen Entwürfen schließlich die Endfassung für eine zukunftsweisende Rahmenplanung mit Zustimmung der drei beteiligten und auftraggebenden Bundesländer Hessen, Bayern, Thüringen und auch der regionalen Gebietskörperschaften in einem großformatigen Band mit einem Umfang von 402 Seiten vorlegen konnte. Es ist bis heute die

Nachruf

verbindliche Arbeitsgrundlage für die Verwaltungsstellen des Biosphärenreservats Rhön und die regionalen Entwicklungsgruppen.

Aber auch in den Folgejahren nach Abschluss des Planungskonzepts hat sich Reinhard Grebe weiter mit der Entwicklung der Rhön befasst, als gefragter Referent, als Ratgeber und Kritiker und nicht zuletzt auch in seinen Veröffentlichungen. Das Biosphärenreservat und die Region Rhön schulden ihm großen Dank und werden sein Andenken und seine Verdienste mit hoher Wertschätzung bewahren.

Mich persönlich erfüllt sein Tod mit besonderer Trauer, verband uns doch eine langjährige freundschaftliche Beziehung und fruchtbare Zusammenarbeit. Ausführliche Gespräche konnten wir anlässlich seines letzten Besuches in Fulda noch wenige Wochen vor seinem Tod führen. Dafür bin ich dankbar.

Erich Ott

## Autorenverzeichnis

Prof. Dr.-Ing. Burkhard AHLERT, Professor für Lebensmittelmikrobiologie und Biotechnologie, Fachbereich Lebensmitteltechnologie der Hochschule Fulda

Dr. Tobias BEHNEN, Institut für Wirtschafts- und Kulturgeographie der Leibniz Universität Hannover

Julia BERGER, Dipl.-Ing. Landschaftsarchitektin, München

Prof. Dipl.-Ing. Ulrich BOESCHEN, Professor für Abfallwirtschaft und Umweltverträglichkeit, Fachbereich Architektur und Bauingenieurwesen der Fachhochschule Wiesbaden

Dr. Thomas BÜTTNER, Planungsbüro für Heimatkunde und Kulturlandschaftspflege, Morschen

Johanna DRINNENBERG, Dipl.-Bauing. (FH) M.Sc., Wächtersbach

Eva-Maria ESSLINGER, Dipl.-Oecotroph., o.O.

Sabine HACKSPACHER, Leiterin der Grundschule Thalau

Prof. Dr. habil. Christoph KLOTTER, Professor für Gesundheitspsychologie, Ernährungspsychologie und Psychotherapie, Fachbereich Oecotrophologie der Hochschule Fulda

Jens-Uwe KÜNZEL, Dipl.-Politologe, Gersfeld/Rhön

Dieter LOMB, Dipl.-Päd., Bildungsreferent, Fachgruppe Handwerk der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Kassel

Nadine MÜLLER, Dipl.-Oecotroph., o.O.

Prof. Dr. Erich OTT, Professor für Soziologie und Projektleiter „Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön“ und „Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit“, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Fulda

Armin RÖHRER M.A., Planungsbüro, Bamberg

Sabine SCHÄFER M.A., „Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön“ und „Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit“, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Fulda

Dr. Hans UNBEHAUEN, Koordinierender Fachberater Schule & Gesundheit am Staatlichen Schulamt Fulda, Oberstudienrat an der Freiherr-vom-Stein-Schule, Fulda und Pädagogischer Mitarbeiter des Umweltzentrums Fulda

Prof. Dipl.-Ing. Klaus WERK, Fachbereich Geisenheim der Fachhochschule Wiesbaden

Dipl.-Ing. Carsten WIENRÖDER, HERGET und WIENRÖDER – Landschafts- und Städtebauarchitekten, Eichenzell

Dr. Dieter WITTMANN, Stellvertretender Projektleiter „Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön“ und „Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit“, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Fulda

Katrin WUNDERLICH, Dipl.-Oecotroph., o.O.

## Inhaltsverzeichnis Beiträge RN 1/2004

<b>Vorwort</b> .....	4
<b>„Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön“ und „Forschungsstelle Region und Nachhaltigkeit“ an der Fachhochschule Fulda</b> .....	5
Agenda und Perspektiven der neuen Einrichtungen (Erich OTT / Dieter WITTMANN).....	6
Eine Erweiterung und Bereicherung der Hochschul- und Landesbibliothek Fulda (Marianne RIETHMÜLLER / Berthold WEIß) .....	13
Forschung für nachhaltige Entwicklung – Konzeptionelle Orientierung für sozial- wissenschaftliche Projekte (Erich OTT / Dieter WITTMANN) .....	16
<b>Zu Bilanz und Perspektive nach 12 Jahren Biosphärenreservat Rhön</b> .....	31
Das Rahmenkonzept. Grundlage der Entwicklung und Bewertung – Interview mit Reinhard GREBE .....	32
Das Geographische Informationssystem – Entwicklung und Stand (Reinhard BRAUN / Eugen SAUER) .....	40
Schwermetallpfad Luft – Boden – Pflanze am Beispiel der Cadmiumbelastung durch den Truppenübungsplatz Wildflecken im Biosphärenreservat Rhön (Martin DÖLZ / Karina JESTÄDT / Romy SCHUBERT / Alexander SEITH / Knut KRUSEWITZ / Ulrich KURFÜRST) .....	45
Naturschutzfachliche Anmerkungen (Franz MÜLLER) .....	50
Rhön im Fluss – ein Projekt zur Revitalisierung von Fließgewässern (Eckhard JEDICKE) .....	62
Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände im Landkreis Fulda (AGN) zur Evaluation des Biosphärenreservats Rhön im 13. Jahr seines Bestehens (Margarete KERN / Joachim SCHLEICHER) .....	71
Umweltbildung im Biosphärenreservat Rhön aus Sicht der Volkshochschule Fulda (Udo LANGE).....	75
Regionalmuseen in der Rhön – Kulturgut im Wandel (Klaus Dieter KOCH) .....	80
Regionale Akzeptanz und Einstellungen – Befunde und Konzept einer Repräsentativbefragung (Jochen HANSEN).....	83
<b>Autorenverzeichnis</b> .....	89

## Inhaltsverzeichnis Beiträge RN 2/2005

<b>Vorwort:</b> Stand, Entwicklung und Perspektiven eines Projekts zum UNESCO-Biosphärenreservat Rhön .....	4
<b>I. Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön</b> .....	7
Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön – Modellhafte Konzeption und Projektverlauf (Anne Sabine SCHÄFER) .....	8
<b>II. Überregionale Forschungsberichte mit MAB-Bezug</b> .....	22
Zwischenbericht eines DFG-Projekts: Regional Governance im Biosphärenreservat Rhön? – Beobachtungen in der Rhön und zwei weiteren Biosphärenreservaten (Marion LAHNER / Kim POLLERMANN) .....	23
„Biosphärenbildung“: Ein neuer Begriff – Anstoß für eine breitere Diskussion? (Michael REHLI / Peter HEITKÄMPER, Vorbemerkung: Dieter WITTMANN) .....	37
Was kann die Geographie zur nachhaltigen Regionalentwicklung in Biosphärenreservaten beitragen? Ein Überblick vor dem Hintergrund des <i>30th Congress of the International Geographical Union</i> (Tobias BEHNEN) .....	45
Status-Quo der Regionalvermarktung in den deutschen Biosphärenreservaten – Ergebnisse einer FuE-Untersuchung des Bundesamtes für Naturschutz (Armin KULLMANN) .....	48
<b>III. Berichte, Reflexionen, Informationen zu Entwicklungen in der Rhön</b> .....	62
Forschung in der Rhön – für die Rhön. Beiträge der Forschung für eine Nachhaltige Entwicklung und die Ergebnisse des Forschungsworkshops 2004 (Doris POKORNY) .....	63
Geographische Beiträge zur abiotischen Ausstattung des Biosphärenreservats Rhön (Christian OPP) .....	71
Zum Gutachten „Biosphärenreservat Rhön: Bekanntheit und Anziehungskraft im Vergleich zu anderen Biosphärenreservaten in Deutschland“ – Zusammenfassung und Kommentierung (Dieter WITTMANN / Siegbert ENGEL) .....	84
Perspektiven der Regional- und Strukturentwicklung im Biosphärenreservat Rhön nach 2006 (Stephan BÜTTNER) .....	92
Siedlungsgeschichtliche Anknüpfungspunkte für eine nachhaltige Dorfentwicklung in der hessischen Rhön (Bruno GÜNKEL) .....	98
Regionalentwicklung und Erhalt der Kulturlandschaft: Die Tanner Bürgerinitiative gegen die Trasse Fulda – Meiningen (Johann RÜPPEL) .....	111
Von der „Gentechnikfreien Zone“ zur „Gentechnikfreien Anbauregion“ – Erfahrungsbericht aus dem Biosphärenreservat Rhön (Helmut SCHÖNBERGER) .....	122
<b>Autorenverzeichnis</b> .....	126
<b>Projektskizze und Inhaltsverzeichnis Beiträge RN 1/2004</b> .....	127

## Inhaltsverzeichnis Beiträge RN 3/2006

<b>Vorbemerkung: Nachhaltige Entwicklung – anspruchsvolle Vision und notwendige Perspektive</b> .....	5
<b>Zur Wissenschaftlichen Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön (WSR)</b> .....	8
Entwicklung der Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön und Stand des Archivkonzepts (Anne Sabine SCHÄFER) .....	9
<b>Netzwerke: Überlagerungen, Transformationen, regionale Entwicklungen</b> .....	17
Regional Governance – Kooperation in dezentralen Metanetzen in der bayerischen Rhön (Sandra WEBER) .....	18
Die Transformationsprozesse der Region Starkenburg und die Grenzen der Regional Governance (Hans-Rainer BÖHM / Birte FROMMER) .....	38
Die Auswirkungen des demographischen Wandels – Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit in der hessischen Rhön und die Entstehung von Netzwerkstrukturen (Brigitte ERB / Günter GROB) .....	54
Vom personalen zum institutionellen Netzwerk: Strategiebildung und erfolgskritische Faktoren für SeniorInnen-Netzwerke (Susanne Maria WEBER) .....	68
<b>Heimat und regionale Identität – pädagogische Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen:</b> .....	77
Regionale Identität – Fragen und Thesen zum Begriff, zur Abgrenzung vom Begriff Heimatgefühl und zur Bedeutung für die regionsspezifische Bildung (Dieter WITTMANN) .....	78
Gibt es eine Rhöner Identität? Empirische Untersuchung des Regionalbewusstseins (Tobias KÜHNE / Tobias BEHNEN) .....	82
Heimatbindung und -verständnis von Repräsentanten des öffentlichen Lebens – eine Untersuchung am Geographischen Institut der Universität Würzburg in Zusammenarbeit mit dem Fränkischen Freilandmuseum Fladungen (Konrad SCHLIEPHAKE / Susanne ORF) .....	89
„Heimatregion im Koffer“ – Raumnarrationen in den Ergebnissen eines SchülerInnenwettbewerbs (Jochen RAMMING) ....	102
Das Projekt „Keltenwelt Rhön“: Besiedlung in der Eisenzeit und keltische Kultur – Bedeutung für Touristen und einheimische Bevölkerung (Manfred HEIDRICH / Regina FILLER) .....	115
<b>Regionale verkehrspolitische Betrachtungen</b> .....	120
Neue Bundesstraße B 87 n soll das Biosphärenreservat Rhön durchqueren – 15 Jahre Kontroversen um die Trasse Fulda–Meiningen (Erich OTT) .....	121
Stellungnahme zur Straßenverbindung Rhein-Main–Erfurt, Abschnitt Fulda–Meiningen (ARBEITSGEMEINSCHAFT DER NATURSCHUTZVERBÄNDE (AGN) IM LANDKREIS FULDA) .....	132
<b>Naturschutzfachliche Berichte und Einschätzungen</b> .....	138
Die Gefahren der Gentechnik und der Nutzen Gentechnikfreier Regionen (Christian SCHÜLER / Rüdiger GRAB) .....	139
Beweidung: Paradigmenwechsel im Naturschutz-Management der Rhön? (Harald PLACHTER) .....	151
Naturwaldreservateforschung in der Rhön – unerwarteter Artenreichtum (Wolfgang H. O. DOROW / Günter FLECHTNER / Jens-Peter KOELKE) .....	171
<b>Sonstige Berichte, Anregungen und Informationen</b> .....	183
Aktivitäten v. a. ost-europäischer Biosphärenreservate und UNESCO-Schulen zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005–2014)“ (Yuliya SHCHERBA / Katarina SCHÄDEL-KMENTOVA) .....	184
Qualitätsmanagement und Evaluierung von Biosphärenreservaten als wissenschaftliche und politische Herausforderung (Jochen HANISCH) .....	193
Wie weiter nach LEADER+? – Ansätze und Anforderungen im Biosphärenreservat Rhön (Josef BÜHLER) .....	209
<b>Autorenverzeichnis</b> .....	216
<b>Projektskizze und Inhaltsverzeichnis Beiträge RN 1/2004 und 2/2005</b> .....	218

## Inhaltsverzeichnis Beiträge RN 4/2007

<b>Vorbemerkung</b> .....	3
<b>Die Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön</b> .....	5
Wissenschaftliche Sammlung UNESCO-Biosphärenreservat Rhön – ein Modell für die Biosphärenreservate in Deutschland: Überlegungen zur Übertragbarkeit (Erich OTT / Anne Sabine SCHÄFER / Dieter WITTMANN) .....	6
<b>Zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung</b> .....	17
Die Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014)“ in deutschen UNESCO-Biosphärenreservaten (Erich OTT) .....	19
Umweltbildung im Naturpark und Biosphärenreservat Bayerische Rhön – Ansatz und Beispiele (Michael DOHRMANN) ....	21
<b>Nachhaltigkeit und Siedlungsentwicklung</b> .....	27
Evaluation der Hessischen Dorfentwicklung – neue Anforderungsprofile an ein Programm für die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums im Zeichen des demographischen Wandels (Annegret BOOS-KRÜGER / Christoph GRAB / Klaus SCHÜTTLER) .....	28
Spielräume gestalten – nachhaltige Planungsprozesse durch Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Das Beispiel „Fulda-Galerie“ (Monika ALISCH) .....	41
<b>Das Biosphärenreservat Rhön verändert sich</b> .....	53
Gedanken zur Erweiterung des Biosphärenreservats Rhön (Guido BAUERNSCHMITT) .....	54
Geplante Bundesfernstraße B 87n (Rhönquerung) – zum Verfahren, zur Verantwortung und zur Notwendigkeit (Helmut BRÄUTIGAM) .....	59
Kommunalisierung der hessischen Verwaltung des Biosphärenreservats Rhön – Folgen und Perspektiven einer problematischen politischen Entscheidung (Erich OTT) .....	69
Forschung für eine nachhaltige Modernisierung im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön aus einer politikwissenschaftlichen Sicht (Jens-Uwe KÜNZEL) .....	77
<b>Anregungen und Berichte zum Biosphärenreservat Rhön</b> .....	84
Partizipation und Kooperation zur Realisierung von Naturschutzprojekten im Biosphärenreservat Rhön“ (Eckard JEDICKE) .....	85
Nachhaltiges Wirtschaften im Biosphärenreservat Rhön – Evaluierung von wirtschaftlichen Impulsen und Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt (Sabine NATTERMANN) .....	99
Regionale Dachmarke als Nachhaltigkeitskonzept: Erfahrungen mit der Regionalmarke Eifel für eine Dachmarke Rhön (Dieter POPP) .....	115
Genusswerk – Lebensmittel mit Charakter aus der Rhön (Burkard AHLERT / Christoph KLOTTER) .....	134
Biosphärenreservat Rhön: Partizipation im Ökosystemaren Ansatz und historischer Rückblick (Christoph MEYER / Illona KLINGELE) .....	140
Quellen in der Rhön – Eine faunistisch-ökologische Erfassung im Biosphärenreservat Rhön (Martin REISS / Stefan ZAENKER) .....	159
Die Holzbildhauerschule Bischofsheim im Wandel der Zeit (Roland EHMIG / Claudia FINK) .....	170
<b>Autorenverzeichnis</b> .....	179
<b>Projektskizze und Inhaltsverzeichnis vorausgegangener Beiträge RN</b> .....	181